

Erlangen 1974

MISCELLANEA BAVARICA MONACENSIA

Dissertationen zur Bayerischen Landes- und Münchner Stadtgeschichte
herausgegeben von Karl Bosl und Michael Schattenhofer

- Heft 57 -

RAINER HOFMANN

Max von Neumayr
(1808 - 1881)



Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München

1974

1974 № 3 27

MAX VON NEUMAYR

(1808 - 1881)

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Rainer Hofmann
aus
Nürnberg

Tag der mündlichen Prüfung: 13. /14. Juli 1972

Dekan: Universitätsprofessor Dr. G. Siebenmann
Referent: Universitätsprofessor D. Dr. G. Pfeiffer
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. W. P. Fuchs



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	V
I) Herkunft, Jugend und Werdegang bis 1848	1
II) Abgeordneter in der Paulskirche 1848/49	4
1. Politische Urteile und politische Haltung	4
2. Neumayrs private Verhältnisse	26
3. Neumayrs Menschenschilderungen	28
4. Beurteilung	32
III) Gesandter in Württemberg 1849 - 1859	34
1. In speziellem Auftrag in Stuttgart Sommer 1849	34
2. Privates, Werdegang, Sonderfälle	38
3. Politische Verhältnisse Württembergs	41
4. Neumayrs Menschenschilderungen	51
5. Beurteilung	59
IV) Minister des Innern 1859 - 1865	61
1. Amtsantritt, Grundhaltung, Presse, Deutsche Frage	61
2. Die Arbeit des Ministeriums	67
3. Ein liberales Ministerium?	77
4. Die Ministerkrise von 1864	79
5. Neumayrs Sturz	87
V) Intermezzo als Kabinettssekretär 1866	98
VI) Letzte politische Betätigung, Lebensabend 1866 - 1881	112
Zusammenfassung	116
Anmerkungen	118
Quellen- und Literaturverzeichnis	151

VORWORT

"Eine Ausnahme ((unter den sonst unfähigen bayrischen Gesandten)) bildete Herr von Neumayr, der von 1851 - 59 bayerischer Gesandter in Stuttgart war. Er hatte einen sehr sicheren Blick für Wesentliches und Unwesentliches; seine Berichte geben ein so lebendiges Bild vom Leben an dem Stuttgarter Hofe, daß sie wohl verdienten, veröffentlicht zu werden als mustergültige, zeitgenössische Schilderung der tragikomischen Zerrissenheit des politischen Lebens Deutschlands in der Mitte des 19. Jahrhunderts." Diese Stelle bei Siegmund Meiboom bildete den Anlaß zur Erteilung dieser Arbeit. Über Max von Neumayr gab es bislang noch keine Biographie. Zudem wird er in der Literatur gemeinhin nur karg erwähnt und gewürdigt, wenn man von der Arbeit Peter Hoffmanns absieht. Der Informationsmangel führt häufig zum Vorurteil, daß Max von Neumayr in der bayrischen Politik seiner Zeit wohl ein Mann der zweiten Linie gewesen sei, dem keine überragende Bedeutung zuzubilligen wäre. Ziel dieser Arbeit ist es, Lebensweg und politisches Verhalten Neumayrs aufzuzeigen, soweit es die Quellenlage zuläßt. Dabei wird sich auch der Wahrheitsgehalt des genannten Vorurteils erweisen.

Max von Neumayr war politisch tätig in einer nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland sehr wesentlichen Epoche: 1848/49 als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung, 1849 - 1859 als Gesandter in Stuttgart, 1859 - 1865 als Staatsminister des Innern in München, 1866 als der erste von König Ludwig II. selbst gewählte Kabinettssekretär, 1868 als Mitglied des Zollparlaments. Die Skizzierung des Lebenswegs allein mag das Interesse wecken und damit diese Arbeit rechtfertigen. Sie schließt eine Lücke in der Information über die Zeit bis zur Reichsgründung.

Um jedoch Fehlinterpretationen vorzubeugen, sei gesagt: es ist nicht Ziel dieser Arbeit und kann es auch nicht sein, eine Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung, der württembergischen Verhältnisse, der deutschen Politik Bayerns und seiner Könige, der ersten Regierungsjahre König Ludwigs II. und seines Verhältnisses zu Richard Wagner zu schreiben. Hier wird versucht, die Geschichte Neumayrs zu schreiben. Sicherlich aber liefert diese Arbeit Beiträge zur Geschichte der genannten Probleme und vermag vielleicht in dem einen oder anderen Punkt die bisherige, insgesamt gründliche und umfassende Geschichtsschreibung zu ergänzen und eventuell zu bereichern.

Die Quellenerschließung stand von Anfang an unter dem ungünstigen Stern, daß ein Nachlaß Neumayrs in keiner öffentlichen Bibliothek und in keinem öffentlichen Archiv erhalten ist. Die Nachlaßsuche bildete somit

einen wesentlichen Bestandteil der Materialerfassung. Sie begann mit dem Anschreiben aller möglichen 'Neumayrs', und es sei allen Antwortgebern - in Regensburg, Burghausen, München, Wien oder sonstwo - für ihre, freilich durchweg negativen Bemühungen gedankt. Es folgten weiterhin Bestrebungen, über Todesanzeigen, Standesamtsmatrikel, Kirchensprengel, Grabnachweise, Hausbögen und Polizeimeldebögen zu eventuellen Nachfahren Neumayrs zu gelangen, wobei völlig ungewiß war, ob es sie gab und, vor allem, ob sie noch im Besitze eines schriftlichen Nachlasses waren. Ich habe hier für viele Hinweise vor allem Herrn Oberregierungsarchivrat Nebinger zu danken. Die Suche über den Nachlaßakt der Therese von Neumayr, der Schwiegertochter des Max von Neumayr - hier sei dem Nachlaßgericht München für Einsichtnahme und Übersendung nach Nürnberg gedankt - sowie über die Haus- und Polizeimeldebögen führte schließlich, nach über einem 3/4 Jahr, zum Erfolg: es gelang, Nachfahren Neumayrs aus einer Seitenlinie (aus der Familie des Ludwig von Neumayr) festzustellen. Ihnen, besonders Herrn Dr. med. Winfried Grassmann, München, und Frau Prof. Dr. Dr. Erika Cremer, Innsbruck, gilt mein besonderer Dank. Sie haben mich umfassend und sehr freundlich unterstützt, soweit es im Bereich ihrer Möglichkeiten lag. Es ist zweifellos ein besonderer Glücksfall, daß die Nachkommen noch im Besitz von persönlichen Briefen Neumayrs aus den Jahren 1848 und 1849, der Frankfurter Zeit also, sind und sie dem Verfasser zur Bearbeitung überlassen haben. Auch einige Schreiben Ludwigs II. und Pfordtens aus ihrem Besitz vermochten zur Stützung der Arbeit nicht wenig beizutragen. Die noch erhaltenen Bücher wie der Besitz in Miesbach lassen, ebenso wie die in der Familie weitergegebenen Anekdoten, manche Rückschlüsse auf Neumayrs Persönlichkeit zu.

Was die Münchner Akten anlangt, vor allem die des Innenministeriums, so hat sich relativ rasch herausgestellt, daß sie allein für eine Fundierung dieser Arbeit nicht ausreichten. Es mußten daher andere Quellen erschlossen werden, um insbesondere die Innenminister- und die Kabinettssekretärszeit Neumayrs - die Höhepunkte seiner Laufbahn - erhellen zu können. Dies waren zum einen die Zeitungen, die freilich den Nachteil haben, häufig schlecht oder gar nicht informiert zu sein. Zum anderen wurden die Berichte von in München akkreditierten Gesandten herangezogen: der preussischen, der österreichischen, der französischen, des württembergischen und der badischen. Die Problematik, die damit verbunden ist, soll nicht verhehlt werden. All diese Gesandten sind Partei. Wenn sie Neumayr beurteilen, so geschieht dies aus einer subjektiven, persönlich oder politisch bedingten Haltung. Auf der anderen Seite sind die meisten Gesandten aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und aufgrund ihrer Erfahrungen wie Fähigkeiten in der Lage, sich ein gründliches Bild des politischen Gesche-

hens in München zu machen. Gesandter wird in der Regel nicht irgendwer. Der Österreicher Graf Blome (1829 - 1906) z. B. war in Petersburg, Paris und Hamburg tätig, ehe er nach München versetzt wurde, Prinz Heinrich VII. Reuss-Köstritz (1825 - 1906), seit 1853 in preußischen Diensten, in Paris, Frankfurt, Kassel. Letzterer wird "zur Elite der preußisch-deutschen Diplomatie" (Heinrich Heffter) gezählt. Was die Gefahr der Einseitigkeit verringert, ist einmal die Tatsache, daß mehrere, u. U. gegensätzliche Berichte verglichen werden konnten, zweitens, daß Neumayr als Innenminister nicht in allererster Schußlinie stand. Die Gesandtschaftsberichte sind nicht das non plus ultra, aber für diese Arbeit scheinen sie das beste Informationsmittel zu sein.

Trotz aller Bemühungen muß festgehalten werden, daß die Quellenlage nicht sonderlich günstig ist. Über die ersten vierzig Lebensjahre Neumayrs sind wir nur sehr spärlich unterrichtet, ähnliches gilt für die Zeit nach 1866. Aus der Frankfurter Zeit liegen Privatbriefe vor, die die beste Hilfe sind, um Neumayr 'kennenzulernen'. Die Gesandtenzeit wird in der Hauptsache von Neumayrs Berichten getragen, Innenministertätigkeit und Kabinettssekretariat von Gesandtschaftsberichten, Akten des Innenministeriums, Zeitungen und vielen anderen Quellen. Insgesamt muß gesagt werden, daß die Biographie über Max von Neumayr die Bezeichnung als Torso verdient. Dennoch hoffe ich, der Geschichtswissenschaft wenigstens einen kleinen Mosaikstein geliefert zu haben.

Es bleibt mir, den Beamten und Angestellten der von mir benutzten Archive, Institute und Bibliotheken meinen Dank auszusprechen, Herrn Prof. Dr. K. Bosl, München, und Herrn Oberstadtarchivdirektor Dr. Schatzenhofer, ebenfalls München, habe ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe "Miscellanea Bavarica Monacensia" zu danken.

Aufrichtig habe ich meinem Lehrer, Herrn Prof. D. Dr. G. Pfeiffer, Universität Erlangen-Nürnberg, für die Anregung zu dieser Arbeit, vor allem aber für geduldige, umfangreiche und großzügige Unterstützung, sowie für die Beschaffung des französischen Materials, zu danken.

Dem Korreferenten, Prof. Dr. W. P. Fuchs, Universität Erlangen, danke ich für viele Hinweise, die, wie ich hoffe, geholfen haben, die Arbeit zu verbessern.

Auch meinen Eltern, meinem Bruder und meiner Frau, die mich materiell wie ideell voll unterstützt haben, sei herzlich gedankt.

VIII

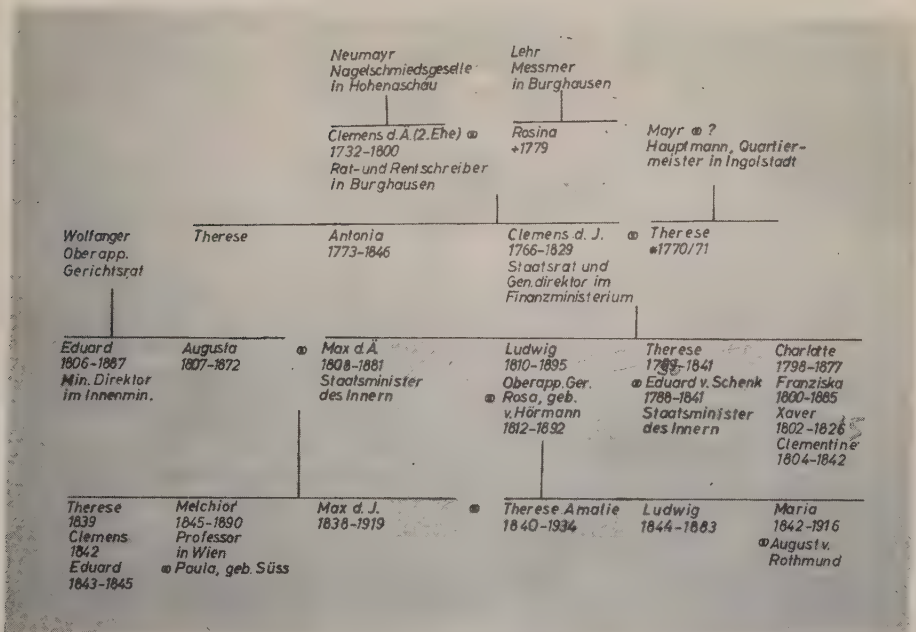
Lebensdaten Max von Neumayrs

1808 Juli 28	Geburt in München
1829 April 6	Tod des Vaters
1836	Sekretär im Innenministerium
1837 Februar 1	Heirat mit Auguste Wolfanger
1838 Februar 21	Geburt Max d. J.
1840	Ministerialsekretär
1842	Assessor
1843	Ministerialassessor
1845 Oktober 24	Geburt Melchior
1847	Oberstudienrat im Kultusministerium
1848	Ministerialrat
1848 April 28	Wahl zum Abgeordneten Burghausens
1848 Mai - 1849 Mai 7	Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung
1849 Sommer	Sonderauftrag in Stuttgart
1849 November 1	Mit der Wahrnehmung der dipl. Geschäfte in Stuttgart beauftragt
1850 November 16	Geschäftsträger in Stuttgart
1853 April 16	Ministerresident in Stuttgart
1859 Mai 1 - 1865 Nov. 7	Staatsminister des Innern; dazu 4. 10. 1864 - 4. 12. 1864 Verweser des Staatsministeriums des Königl. Hauses und des Äußeren
1866 Oktober - Dezember	Kabinettssekretär
1868	Abgeordneter Rosenheims im Zollparlament
1872	Tod der Ehefrau
1881 Januar 14	Tod



oben: Karikatur Franz v. Poccis, 1866

links: Max von Neumayr, 1861
(mit freundlicher Genehmigung des
Verlags F. Hanfstaengl dem Buch von
G. J. Wolf entnommen)



Stammtafel der Familie Neumayr

I) HERKUNFT, JUGEND UND WERDEGANG BIS 1848

Am 29. Juli 1808 wird Maximilian Ludwig Napoleon Neumayr als acht-tes Kind des Clemens Neumayr, damals Direktor der staatswirtschaftlichen Deputation und Etatskurators bei der Landesdirektion, und dessen Ehefrau Therese in München geboren.

Die Familie Neumayr stammt aus Burghausen, wo der Großvater des Maximilian Ludwig Napoleon, Clemens d. Ä. (1732 - 1800), als Rat- und Rentschreiber tätig war. Dieser Clemens, der Sohn eines Nagelschmiedsge- sellen aus Hohenaschau, heiratet in zweiter Ehe die Tochter des "Mess- mers" Lehr aus Burghausen, Rosina (+ 1779). Aus dieser Ehe sind drei Kin- der bekannt: Clemens d. J. (1766 - 1829), Antonia (1773 - 1846), die spä- ter als "Fräulein Tant" der gute Geist im Hause Neumayr werden sollte, und Therese (1768 - 1809).

Clemens d. J., ganz ein Mann der bayerischen Aufklärung, der auch 1783 dem Illuminatenorden beitrifft, studierte ab 1784 an der Universität Ingolstadt die Rechte. Im Anschluß daran arbeitet er drei Jahre lang als Oberschreiber in der Rentdeputation in Burghausen unter der Leitung seines Vaters. 1795 wird er Rentrat in Burghausen. Ein Jahr darauf, 1796, heira- tet er Therese Mayr, Tochter eines zu diesem Zeitpunkt schon verstorbe- nen Ingolstädter Hauptmanns und Quartiermeisters, die ihm im Laufe der Ehe neun Kinder schenkt:

Therese (1796 - 1841), Charlotte ¹⁾ (1798 - 1877), Franziska (1800 - 1885), Xaver (1802 - 1825), Clementine (1804 - 1842), Maximilian (1808 - 1881), Ludwig ²⁾ (1810 - 1895), sowie ein Mädchen und einen Knaben, deren Namen, wohl infolge ihres frühzeitigen Todes, nicht über- liefert sind.

Der Vater, Clemens d. J., arbeitet sich beruflich stetig voran. Ver- mutlich 1799 erfolgt die Übersiedlung der Familie von Burghausen nach München infolge der Ernennung zum Generaldirektionsrat. Am 1. Februar 1803 wird Clemens Neumayr Direktor bei der Landesdirektion in Kempten, am 20. Juli 1804 Direktor der staatswirtschaftlichen Deputation und Etats- kurator in München, am 1. September 1808 schließlich Direktor bei der Steuer- und Domänensektion ebendort.

1817, am 8. März, erfolgt die Ernennung zum Staatsrat im Finanzmi- nisterium, nur zweieinhalb Jahre später die zum Generaldirektor. Der Hö- hepunkt seiner Laufbahn ist erreicht, als der bisherige Finanzminister Max Freiherr von Lerchenfeld (1778 - 1843) im Dezember 1825 nach Frankfurt geschickt wird und Clemens Neumayr als Ministerverweser des Finanzmi- nisteriums fungiert. ³⁾

Die Stellung des Vaters ermöglicht den Kindern den Erwerb einer umfassenden humanistischen Bildung und die Möglichkeit zur Entfaltung künstlerischer Neigungen. Clemens Neumayr selbst schreibt 1828 in seinen Lebenserinnerungen ⁴⁾ hierzu: "Dieses kann ich mit Wahrheit sagen, daß es keinem unserer Kinder an Talenten fehlt, und daß ich vieles gethan habe, ihnen eine sorgfältige Erziehung zu geben, " Therese, Charlotte und Max haben Gelegenheit, sich der "Tonkunst" zu widmen, und bringen es darin, wie der Vater mit Befriedigung vermerkt, "weiter ((...)) als es Liebhaberey gewöhnlich zu bringen vermag", ⁵⁾ Die Kinder wachsen also in einer behüteten, durchaus 'gutbürgerlichen' Atmosphäre auf, im Haushalt eines relativ fortschrittlichen Beamten, unter Umständen, wie sie in den vergleichbaren Häusern der damaligen Zeit nicht ungewöhnlich gewesen sein mögen. Kennzeichnend ist der Satz des Vaters: "Auch dieses kann ich sagen, daß keines unserer Kinder uns bis jetzt Verdruß gemacht hat, " ⁶⁾

Nach dem Besuch des Gymnasiums studieren die Brüder Max und Ludwig an der Universität München die Rechte, "wie es scheint, mit Erfolg" ⁷⁾, wie der Vater mit vorsichtigem Stolz bemerkt, Am 6. April 1829 stirbt Clemens von Neumayr. Die Zuneigung Ludwigs I. zu Eduard von Schenk, der mit Therese, einer Schwester Max' verheiratet ist, sichert der Familie jedoch weiterhin - neben den unvergessenen treuen Diensten des Verstorbenen - das Wohlwollen des Königs. Bereits zehn Tage nach dem Tode seines Schwiegervaters schreibt Eduard von Schenk an Ludwig I.: "Seine ((Clemens d. J.)) zahlreiche Familie - deren Schicksal ich der allerhöchsten Huld Eurer Majestät zu empfehlen wage - verliert mit ihm den liebevollsten Gatten und Vater ((...)). " ⁸⁾

Herkunft wie Protektion mögen nicht ohne Einfluß auf die spätere Einstellung Max Neumayrs und seines Bruders in die Staatsdienste gewesen sein; zumindest aber wird ihnen beides den Weg etwas geebnet haben. 1836, also mit 28 Jahren, ist Max Neumayr als Sekretär im Innenministerium verbürgt, ⁹⁾ Im Jahre darauf, am 1. Februar 1837 wird er von Pfarrer Dr. Heinrich Hofstetter mit der Schwester seines Kollegen, Eduard von Wolfanger, Auguste (1807 - 1872), getraut, ¹⁰⁾ Die Tochter des Oberappellationsgerichtsrats Joseph von Wolfanger und dessen Frau Anna, einer geborenen von Spitzel, erweist sich im Laufe der Jahre als gute Ehegefährtin. Von den fünf Kindern, die aus dieser Ehe hervorgehen, bleiben freilich nur der Erst- und der Letztgeborene - Max d. J. (1838 - 1919) und Melchior (1845 - 1890) - am Leben; drei weitere Kinder - Therese (1839), Clemens (1842) und Eduard (1843 - 1845) sterben sehr früh.

Auch Max Neumayr steigt im Ministerium auf, nicht kometenhaft, nicht außergewöhnlich, vielleicht etwas mehr als durchschnittlich, 1840

ist er Ministerialsekretär I. Klasse mit Rang und Uniform eines Regierungsassessors, 1842 Assessor, 1843 Ministerialassessor mit dem Rang eines Regierungsrates. Der Aufstieg geht weiter bis zum Oberstudienrat im Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, eine Dienststellung, die Max Neumayr mit 39 Jahren erreicht. Als Ministerialrat schließlich überschreitet er ein Jahr später, 1848, die eigentliche Schwelle zur Karriere: bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung wird Max Neumayr vom Wahlkreis Burghausen ¹¹⁾ als erster Ersatzmann nach Professor Edel, Würzburg, nominiert. Da Edel, der in den vier Wahlkreisen Bischofsheim, Burghausen, Gemünden und Hofheim aufgestellt und gewählt wird, sein Mandat für Hofheim annimmt ¹²⁾, wird für Neumayr der Weg frei: als einer von 71 bayrischen Abgeordneten begibt er sich im Mai 1848 zur deutschen Nationalversammlung nach Frankfurt.

II) ABGEORDNETER IN DER PAULSKIRCHE

1848/49

1. Politische Urteile und politische Haltung

"((...)) mir gefallen Eure Beschlüsse und Anträge recht wohl, besonders die, welche Ihr für ewige Zeiten macht, was mir in unserer Zeit als besonders löbliche Vorsicht erscheint; ich meine nur: Wenn Ihr zum Gebäude im Verhältnisse so lange als zu einer Grundlegung braucht, wird, bis die Arche fertig ist, die Sündflut uns verschlungen oder die Wasser sich verlaufen haben. Ich hoffe das Letztere."

(Lotte Neumayr an ihren Bruder Max 1848 September 29)

Als Max Neumayr nach einer zeitweilig beschwerlichen Reise - "Meine Sitzorgane ((...)) waren recht wehmütig verstimmt" ¹³⁾ -, die ihn von München über Augsburg, Ulm, Stuttgart, Heidelberg und Darmstadt führt, in Frankfurt ankommt, ist eine der ersten Feststellungen, die er trifft: "((...)) namentlich war kein bayrischer Landsmann weit und breit zu finden," ¹⁴⁾

Ein Bayer in der Fremde also? Sicher, zwar nicht nur das, doch läßt sich bei Neumayr ein ausgeprägtes Stammeszugehörigkeitsgefühl feststellen. Dies drückt sich in seiner ganzen, nicht nur in der politischen Einstellung aus. Ist ihm schon z.B. die Loreley nur eine "lausige Steinpastete" im Vergleich zu den bayrischen Bergen und wirkt die "hiesige dicke Luft" auf ihn, "wie auf alle Münchner, deprimierend" ¹⁵⁾, so schneidet die Bevölkerung, verglichen mit der des "lieben glücklichen Bayernlandes", fast noch schlechter ab:

"Hier fehlt der eigentliche Kern der Bevölkerung. An seiner Stelle haust eine geistig und körperlich krüppelhafte Rasse von Hungerleidern in blauen Kitteln, die auch bey der angestrengtesten Arbeit das Leben kaum zu fristen vermag, - Jodeln, Tanzen, Raufen, Kegelschieben - die Sonntagslust unserer gut altbayrischen Dorfbewohner - ist hier gänzlich unbekannt. Statt dem besuchen sie Volksversammlungen, laben sich an einem populären Vortrag über Umstürzen und Dreinschlagen, oder hocken zusammen beim Apfelwein (einer gar lieblichen Purganz) und lesen die Zeitung, politisieren und schwadronieren," ¹⁶⁾

Jodeln und Raufen scheinen Neumayr - im Gegensatz zum Politisieren oder sogar zum Zeitungslesen - nicht zu Unrecht bessere Garantien für Stabilität. Es verwundert daher nicht, daß Bayern ihm als der "eigentliche Schwerpunkt Deutschlands" gilt. Er charakterisiert die dortige allgemeine Lage so:

"Bayern ist gegenwärtig der gesündeste, vielleicht der einzig gesunde Fleck in Deutschland. Dieser kräftige Bürger- und Bauernstand, der achtbare Kern der Bevölkerung von fünfthalb Millionen Seelen, dieses Stammesbewußtsein, diese trotz der unleidlichen äußeren Verhältnisse immer noch leidliche Lage unserer materiellen Zustände, ist nirgends anderswo als in Bayern anzutreffen und steigert dadurch auch den Einfluß und die Bedeutung der bayrischen Abgeordneten." 17)

Wie sich zeigen wird, ist die Schlußfolgerung sehr euphorisch.

Mit diesem Alt-Bayern-Bewußtsein ist eine - ich möchte fast sagen: typische - antipreußische Tendenz verbunden, die Neumayrs politische Haltung mit verursacht, zumindest erleichtert haben mag. Es ist durchaus möglich, daß ihn dieses Gefühl - neben allen rationalen Überlegungen - mit beeinflusste, als er z. B. im Januar 1849 das Casino verläßt, um zum Pariser Hof überzuwechseln:

"Ich habe mich vom Casino-Club zurückgezogen, weil hier das preußische Element entschieden dominiert, und bin der Fraktion des Pariserhofes beygetreten, welche größten Theils aus Österreichern und Bayern besteht." 18)

Das Casino, die erste politische Heimat Neumayrs in Frankfurt also, war die Heimstätte des rechten Flügels des liberal genannten Zentrums, das die Mehrheit der Abgeordneten umfaßte und damit zum eigentlichen Motor der Paulskirche wurde. 19) Es wäre wohl verfehlt, dies auf eine besonders straffe Organisation als 'Partei' zurückzuführen - hier gilt, was Tormin so sagt: "Der deutsche Liberalismus war bedeutender durch seine Persönlichkeiten als durch seine Organisation" 20) -, doch dürfte andererseits die Überzeugung, diese politischen Gruppierungen wären ohne Fraktionszwang ausgekommen nach der neuesten Forschung nicht zu halten sein. 21)

Die politische Grundhaltung des Casinos skizzierte Robert Heller in seinen "Brustbildern aus der Paulskirche" dahingehend: Die Souveränität des Volks dokumentiert sich in der Frankfurter Nationalversammlung, deren zu schaffende Verfassung im Konfliktfall den Vorrang vor denen der einzelnen Länder haben muß; eine Einigung Deutschlands muß erreicht werden, jedoch unter "Anerkennung der den einzelnen deutschen Staaten und Stämmen in der Gesamtheit gebührenden Besonderheit" 22); schließlich soll die politische Freiheit "fest begründet und gesichert werden", "aber mit

aller Entschiedenheit ist für die öffentliche Ordnung gegen die Anarchie zu kämpfen", 23)

Erscheint dieses Programm, wie es Heller formulierte, noch als durchaus fortschrittlich, so ist doch seine Auslegung bezüglich der nötigen Übereinkunft mit den Regierungen der einzelnen Länder zum Teil recht gemäßigt. Dieses vorsichtige Taktieren legt Neumayr dar, der, wohl in Übereinstimmung mit der Fraktion des Casinos, davon ausgeht:

"Die künftige Reichsverfassung Deutschlands (welche im Kollisionsfalle den Verfassungen der Partikularstaaten derogieren soll) könne nur im Einverständnis mit den Regierungen errichtet werden. Auch wird man durch diese Präjudiz 24) gewarnt, bey Formulierung der Reichsverfassung mit um so größerer Vorsicht zu Werke zu gehen und Kollisionsfälle so viel als möglich zu vermeiden suchen." 25)

Und an anderer Stelle umreißt Neumayr die Haltung des Zentrums noch deutlicher:

"Das denselben ((den Abgeordneten des Zentrums)) gemeinsame Merkmal besteht darin,

1. daß sie die Nationalversammlung als eine konstitutionierende nicht aber als eine selbstregierende betrachten und aus letzterem Gesichtspunkte jeden Versuch, die Versammlung zu Übergriffen in die exekutive Sphäre zu verleiten, mit Entschiedenheit bekämpfen;

2. daß sie das Verfassungswerk womöglich im Einverständnis mit den Regierungen zu Stande gebracht wissen wollen." 26) Daß es Abweichungen nicht nur in geringfügigen Nuancen von diesen Postulaten gibt, sie aber dennoch vorläufig die Fassade bilden, erklärt Neumayr diplomatisch damit, daß es einerseits "nicht rätlich sey, diese ((abweichenden)) Theorien so schroff an die Spitze zu stellen, ((...)) um der Nationalversammlung das allgemeine Vertrauen zu wahren", andererseits insbesondere die Radikaleren "klug genug ((sind)), um einzusehen, daß ein Konflikt mit den Regierungen ((...)) leicht in einen Konflikt zwischen den einzelnen Volksstämmen und folgeweise in Bürgerkrieg umschlagen könnte". 27) So begeben sich alle unter den Hut des "gemeinsamen Merkmals", "die einen *parceque*, die Andern *quoique*". 28)

Dieses "ausgesprochene Kompromißprogramm" 29), dessen Kernpunkt das sog. Vereinbarungsprinzip ist, gilt als eine der Ursachen für das Scheitern der Nationalversammlung, da die Regierungen infolge des zögernden, vorsichtigen und hinhaltenden Taktierens Gelegenheit erhielten, ihre durch die Revolution stark angeschlagenen Kräfte zu regenerieren und der Nationalversammlung gekräftigt und schließlich überlegen gegenüberzutreten. 30)

Als Max Neumayr am 29. Mai 1848 seine erste Sitzung in der Paulskirche erlebt, ist er, was die Zukunftsaussichten seiner eigenen politischen Couleur

anlangt, recht optimistisch:

"Diesmal nur so viel, daß ich die politischen Zustände über Erwarten gut getroffen ((habe)). ((...)) Ich habe die allerbesten Hoffnungen gefaßt. Das konservative Element ist bereits in imposanter Majorität." 31)

Die Nationalversammlung erscheint ihm in ihrer Zusammensetzung "solid". Darin sieht er sich in der am 31. Mai stattfindenden Wahl Heinrich von Gagerns, für den er große Bewunderung hegt 32), zum Präsidenten, der Soirons zum ersten und der Andrians ("ein Akt freundlichen Entgegenkommens gegen die Österreicher" 33)) zum zweiten Vizepräsidenten - alle übrigens Angehörige des Zentrums - bestätigt.

Doch diese beruhigte Zufriedenheit hält nicht lange an. Neumayr berichtet vom Gerücht eines bevorstehenden Aufstands der Republikaner "mit Hilfe der demokratischen Vereine, welche aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands zu Frankfurt, wie die Hexen auf dem Brocken, sich rendezvous gegeben haben für den Pfingstsonntag. Wie viel an der Sache ist, läßt sich zur Zeit noch nicht ermessen, und wer auf das Tollste gerät, rät vielleicht der Wahrheit am nächsten." 34) Neumayr kann sein Unbehagen nicht unterdrücken. Er traut den linken Kräften, den "politischen Tollhäuslern", das Äußerste zu 35), bleibt aber dennoch zuversichtlich: "Aber sollte es zu einem Versuche kommen, so könnte er jedenfalls nur in einem kläglichen Putsch ausschlagen, denn man ist hier gewarnt." 36) Zu dieser einen Beruhigungspille kommt eine noch viel wesentlichere: Neumayr plante für Pfingsten einen Ausflug und würde einen Putsch sowie so verpaßt haben, 37)

Dennoch traut Neumayr dem Frieden nicht mehr völlig - sein Vertrauen auf die Überlegenheit des "konservativen Elements" und seine Skepsis gegenüber den Radikalen halten sich nun etwa die Waage. Er erkennt sehr rasch, "daß diese Versammlung einen furchtbaren Gärungsstoff in sich fasse, der überall nur des kleinsten Anstosses bedarf, um aufzukochen". 38) Eine hier angefügte allgemeine Schilderung der Parlamentsdebatten mag seine Ansicht plausibel machen:

"Jede Frage wird sogleich Parteyfrage und jeder neue Kampf dient nur dazu, die Parteyen schärfer abzugrenzen und sich feindlicher gegenüberzustellen. Ich habe ((...)) Szenen gesehen, wie ich sie in einer aus besonnenen Deutschen zusammengesetzten Versammlung kaum für möglich gehalten hätte. So ein Republikaner bemächtigt sich der Tribüne, ist aber in dem Augenblicke, wo ihm solches gelungen, schon so in Wut, daß ihm die Stimme in der Kehle stecken bleibt und er mehr kräht und brüllt, als eigentlich spricht. Endlich faßt er sich soweit, als erforderlich ist, eine wohlkonditionierte Grobheit oder Verdächtigung zu formulieren und der Rechten entgegenszuschleudern. Die äußerste Linke ruft Beyfall. Die Rechte

erhebt sich tobend dagegen, die Gallerien zischen, klatschen, heulen, stampfen, je nachdem das Schlagwort, das ihnen gegeben ist, es erheischt - und aus diesem brodelnden Hexenkessel soll das Gebilde eines großen, freyen und einigen Deutschlands hervorgehen!" 39)

Neumayr grenzt sich gegen diesen Überschwang politischer Leidenschaften ab, indem er sich in die Rolle des Beobachters zurückzieht, eine Haltung, die er auch in späteren Jahren immer wieder bemüht. Es wird von daher verständlich, daß Neumayr bezüglich der Mitarbeit in der Nationalversammlung sich nicht ungern zur Passivität verpflichtet fühlt. Er schreibt hierzu:

"Ich zweifle, ob ich je in der Paulskirche dazu kommen werde, zu sprechen. Vieles ist hier entgegen. Einmal schon das Gefühl, mit so vielen Zelebritäten ersten Ranges ⁴⁰⁾ zusammen zu seyn, die wenigst insolange, als es sich nicht um spezielle bayrische Interessen handelt, jedenfalls mehr Beruf haben, das Wort zu führen, als unser Einer. - Mehr noch aber das Bewußtsein, daß eine Rede in der Paulskirche, wenn sie nicht etwas ganz ausserordentliches bietet, auf die Überzeugung der Majorität und auf die Abstimmung so gut als gar keinen Einfluß übt." 41) Das zweite Argument hat, wie Neumayr selbst richtig erkennt, seine Ursache darin, daß die eigentlichen politischen Einstellungen der Abgeordneten schon von vornherein in den einzelnen Fraktionen, genauer: "in den kleinen Zusammenkünften, bey'm Mittagstisch, in den Clubs" gebildet werden. Dort, wo "der Schlachtplan entworfen ((wird))" und "die Hauptrollen verteilt ((werden))" 42), hebt Neumayr hervor, fallen die eigentlichen Entscheidungen. Helmut Kramer schreibt hierzu: "Damit hatten die Frankfurter Klubs von Anfang an den Charakter echter Fraktionen, die die Willensbildung des Plenums durch regelmäßige Vorberatungen und Vorabstimmungen steuerten. Hierdurch und durch interfraktionelle Kompromisse waren die Plenarentscheidungen durchweg dem Zufall der spontanen Mehrheitsbildung entzogen." 43) Neumayr, der sich wahrscheinlich aus der Heimat wegen der "Schweigsamkeit des bayrischen Deputierten-Kontingentes" angegriffen sieht oder einem solchen Angriff zuvorkommen möchte, stellt heraus, daß in diesen kleineren Kreisen "das bayrische Kontingent, mich inbegriffen, so rührig und so wirksam ((ist)) wie ein anderes". 44) Es steht jedenfalls fest, daß Neumayr in der Nationalversammlung nie gesprochen hat 45) und daß auch für seine bayrischen Kollegen die Feststellung Paul Wentzkes zutrifft: "Verschwindend wenige ((der bayrischen Abgeordneten)) sollten sich auszeichnen oder auch nur ihre Stimme in den Ausschüssen und im Plenum erheben." 46) Neumayr kommt nochmals - ein Zeichen, daß ein wunder Punkt angesprochen ist - auf die Zurückhaltung der bayrischen Mandatsträger zurück. Als zusätzliche, nicht unbedingt sehr einleuchtende Entschuldigung führt er die schlechte

Akustik der Paulskirche an:

"Um verstanden zu werden, wird ein sehr ergibiges, um Effekt zu machen, wird ein außergewöhnliches Organ erfordert. Viele, insbesondere norddeutsche ((!)) Deputierte wollen nun das freilich gar nicht einsehen ((...))." 47) Der Topos vom schweigenden, aber klugen Bayern und dem ständig redenden Norddeutschen wird als Entschuldigungsgrund für besonders eingängig gehalten. Eine ganz deutliche Hinterbänkler-Entschuldigung aber ist es, wenn Neumayr meint, daß "es doch wahrlich eine Gewissenssache ((wäre)), hinterher ((wenn alles, was evtl. zu sagen wäre, schon von anderen gesagt wurde)) auch noch den Schnabel aufzusperren und mich und die ganze Versammlung um die schöne Zeit zu bringen", 48)

Immerhin, wenn die Bayern auch nicht viel reden, so beteiligen sie sich doch wenigstens an den Abstimmungen. Neumayr berichtet über die allgemeine Haltung seiner Kollegen im Juli 1848 mit einer Genauigkeit, die fast schon Assoziationen an Spitzeldienste wachruft. "Mit der äußersten Rechten haben bisher in den meisten Prinzipienfragen gestimmt: Beisler, Döllinger, Gluck, Gombart, Lassaulx, Obermüller, Philips, Sepp, Wulfen. Mit dem Zentrum: Arndts, Bassermann, Dekan Bauer, Burkart, Cucumus, Eckart, Edel, Dekan Friedrich, Gebhart von Fürth, Gebhart von Hof, v. Grundher, Haubenschmid, Gr. v. Hegnenberg-Dux, Keim, Kirchgessner, Kraft, Künsberg, Nagel, Neumayr, Ostermünchner, Quante, Reitmeyr, Rothenhan, Ruhwandel, Schauss, v. Schrenk, Schubert, Thines, Dekan Vogel, Weber, Zenatti, Zerzog.

Mit dem Linken Zentrum: v. Barth, Behr, Eisenmann, Fallmeyer (wiewohl man übrigens bey diesem nie recht weiß, wie man daran ist), Ganghofer, Geigel, Ministerialrat Hermann, Forstmeister Müller, v. Paur aus Augsburg, Pötzl, v. Taumer, Schlön, Stahl.

Mit der Linken: Mayer, Blumröder und sämtliche Pfälzer.

Mit der äußersten Linken: Titus, " 49)

Es mag für Neumayr trostreich gewesen sein, daß nur ein bayrischer Abgeordneter zu den verabscheuten wirklich Radikalen zu zählen war.

In seiner ablehnenden Haltung gegenüber der sogenannten Linken ist Neumayr geradezu ein Musterbeispiel für eine ganze Gruppe, die in der Paulskirche von großer Bedeutung war, die Konstitutionellen.⁵⁰⁾ Es handelte sich um die Schicht der Akademiker, der Kaufleute, der Beamten, kurz des oberen Mittelstandes, um Leute, die mit ihrer wirtschaftlichen wie politischen Lage im großen und ganzen zufrieden waren und die durch radikale Forderungen eher erschreckt denn angezogen wurden. 'Linke' Postulate wurden in diesen Kreisen sehr häufig sogleich mit dem Etikette 'Anarchie', 'Zerstörung', 'Wühlerei' etc. versehen. Griewank sieht in die-

ser "Furcht vor dem sozialen Umsturz" und der aus ihr resultierenden Kluft zwischen den politischen Richtungen einen Grund für das Scheitern der Revolution.⁵¹⁾ In einem von Neumayrs Briefen finden wir eine Stelle, in der er die Demokraten darzustellen sucht. Sie macht deutlich, daß hier keine geistige Auseinandersetzung verschiedener Auffassung stattfindet, sondern ein Vorurteil sich in der Karikatur auslebt:

"Die Demokraten trieben inzwischen ihr Unwesen auf eine unerhörte Weise. Es war wirklich interessant, diese gewaltige Menagerie menschenähnlicher Tiere sich in der Nähe zu besehen. Man stellt dergleichen auch mit der regsten Fantasie sich nicht so vor, wenn man es nicht selbst mit angesehen hat. - Diese brutalen Gesichter, diese zottigen Kosackenbärte, diese Karrenschiebergrazie in Bewegung und Gebärde, diese demokratische Einfalt der Toilette, die selbst unter den polnischen Juden doch für etwas gar zu negligiert gelten würde und worin sie, in Widerspruch mit ihren sonstigen Maximen, eine entschiedene Anhänglichkeit an das Bestehende zeigten - d. h. was Schmutz und Dreck anbelangt (...). Von einem politischen Jargon dieser Art mit den beständigen Schlagwörtern 'Souveranität und Majestät des Volks, Tyrannen, Revolution, Guillotine' etc., davon macht man sich keine Vorstellung.

Das Interessanteste waren aber ihre öffentlichen Beratungen, welche unter dem Vorsitz von Julius Fröbel in streng parlamentarischer Form vor sich gingen, und worin die Revolutionierung und der Umsturz der Verfassungen Deutschlands mit großer Gewissenhaftigkeit diskutiert und zu Faden ((?)) geschlagen wurde." 52)

In seiner überheblichen Intoleranz sieht sich Neumayr freilich immer wieder durch Putschgerüchte bestätigt. Als gegen Mitte Juni 1848 erneut überall von den Vorbereitungen für einen Putsch gemunkelt wird - sogar die roten Fahnen sollen schon in Auftrag gegeben worden sein -, diese Sache jedoch ausgeht wie das "Hornberger Schießen", ist Neumayr dennoch nicht ganz zufrieden. Ihm hatte offenbar ein reinigendes, aber trotzdem natürlich kleines und unbedeutendes Gewitter vorgeschwebt:

"Uns wäre es ganz recht gewesen, wenn die Sache zum Durchbruche gekommen wäre; Denn da nach dem Programm nur ein paar der Versammlung vor die Köpfe geschlagen werden sollten und offenbar kein Grund vorgelegen wäre, gerade unsere Köpfe zu diesem Experimente auszuersuchen, so hätten wir den Putsch ruhig abwarten und ihn zum Motiv einer Verlegung des Parlamentes nach Regensburg oder Würzburg nehmen können." 53)

Es zeigt sich auch hier, daß Max Neumayr der Platz im Hintergrund behagt. Es wird sich herausstellen, daß dieser Wesenszug auch in den späteren Jahren, als er eine exponierte Stelle einnimmt, nicht restlos verschwindet,

Die Frage nach der provisorischen Exekutivgewalt erhitzt Ende Juni 1848 die Gemüter immer stärker. Neumayrs Skepsis wächst; er klagt darüber seiner Frau: "Das Parlament in Kindesnöten und niemand kann jetzt nach siebentägiger Verhandlung sagen, ob diese provisorische Exekutivgewalt, welche morgen die 4 Wände beschreiben wird, als wohlkonditioniertes Kindlein oder als gräulicher Wechselbalg zur Schmach Deutschlands sich präsentiert. Die Parteyleidenschaft hat den höchsten Grad erreicht, " 54)

Neumayrs ursprüngliche Vorstellung - "wie es anfänglich im Salon Heggenberg 55) - Neumayr angenommen" - war eine "Fürsten-Trias", die zusammen mit einem Ministerium von den deutschen Staaten ausgewählt werden sollte, ein Programm, "welches von der Seite der bayrischen Abgeordneten ziemlich lebhaft Unterstützung erhalten hatte". Dieses Programm war eine durchaus konsequente Verfolgung des Vereinbarungsprinzips und eine klare Absage an die Idee der Souveranität der Nationalversammlung. Es muß daher - "weil es entschiedenes Mißtrauen hervorgerufen haben würde" 56) - fallengelassen werden,

Die Nationalversammlung entscheidet sich schließlich für das von Gagnern propagierte Ernennungsrecht und wählt Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser. Neumayr stimmt "nicht aus Vernunftgründen, sondern aus Gewissenskrupeln" gegen diese Wahl, da er erkennt, daß mit ihr die Nationalversammlung ihren "Souveranitätsanspruch gegenüber den Einzelstaaten und Regierungen durchgesetzt" 57) hat. Dennoch paßt sich Neumayr der Situation rasch an, hält sie sogar "für das Beste" und begründet seine neue Haltung so:

"Es ist ein entscheidender Schritt und die großen Majoritäten zu Gunsten ((...)) der Person des Erzherzogs Johann haben für die überwiegend konservative Zusammensetzung der Versammlung einen eklatanten Beweis geliefert - zur Verzweiflung der Republikaner, " 58)

Neben dieser Überlegung mag zu Neumayrs Zustimmung noch die Sympathie für den Österreicher als Repräsentanten der großdeutschen Einheitsbestrebungen beigetragen haben. Hinzugekommen kann auch das Gefühl sein, das Neumayr angesichts der Einführung des Reichsverwesers - dieser "herrlichste, aber auch ((...)) erschütterndste politische Akt, den die gegenwärtige Generation in Deutschland erlebt" 59) - empfindet. In seiner Schilderung stehen Glockengeläut, Salutschießen, überhaupt der ganze äußerliche Aufwand an erster Stelle. Es ist also möglich, daß der Akt an sich Neumayr völlig mit der Wahl ausgesöhnt hat. Seine Schilderung verrät persönliche Beeindruckbarkeit:

"Erzherzog Johann hat den günstigsten Eindruck hier zurückgelassen und hat alle Ursachen, mit der Art seiner hiesigen Aufnahme - die eine wahrhaft herzliche und begeisterte war - vollkommen zufrieden zu seyn. Sein

ganzes Auftreten war voll Würde, voll Takt und dabey voll dieser ungeschminkten Gemütlichkeit, welche ihm sogleich alle Herzen zuwandte, ((...)).

Seine Einführung in die Paulskirche am nächsten Tag war ein sehr feierlicher - ein sehr erschütternder Akt. Mir lief es ein über das andremal kalt den Rücken hinab, als der Donner der Kanonen uns, die wir in der Paulskirche seiner harften, es verkündete, daß er das Absteigequartier verlassen und den Gang nach dem Parlamentshause angetreten habe; als dann der Volkszuruf, anfänglich nur als ein unbestimmtes Summen aus der Ferne vernehmbar, immer näher rückte, immer mehr anschwellend, immer gewaltiger sich erhob, als dann endlich die Torflügel des Hauptportals sich öffneten und durch dasselbe halb gesenkt die kolossalen schwarzrotgoldenen Parlamentsbanner hereinschwankten an der Spitze der Empfangsdeputationen, welche in langem Zuge paarweise einerschritten, der Ausdruck tiefen Ernstes, tiefer Rührung auf jedem Gesichte und als endlich der alte Erzherzog erschien, in schlichtem bürgerlichem Kleide, als einzige Auszeichnung ein schwarzrotgoldenes Band im Knopfloch tragend und rüstig nach dem Ehrenplatz hinschritt, begleitet von Heinrich von Gagern, dessen ritterliche Gestalt die seine fast um Kopfeslänge überragte. Das hagere tiefgefurchte Gesicht des Erzherzogs hat bekanntlich ganz den österreichischen Typus, aber Festigkeit, Klugheit und Gutmütigkeit ist klar darin ausgeprägt, leuchtet klar hervor aus dem frischen Gemenjägerauge. Sein Organ - wer sollte es von dem alten Manne erwarten? - reicht vollkommen aus für die mächtige Rotunde der Paulskirche. Ich habe von meinem entfernten Sitze aus jedes Wort seiner Anrede ohne Mühe verstanden. Nachdem Rede und Gegenrede geschlossen war, verließ der Reichsverweser wieder das Parlamentshaus unter betäubendem Zuruf. Die ganze Versammlung - wenige unverbesserliche Wildfänge ausgenommen - begleitete ihn schwarzbefrackt und entblößten Hauptes paarweise durch die Spaliere der zu beiden Seiten paraderenden Frankfurter Linien- und Bürgerwehr bis zu seinem Absteigequartier auf der Zeil und verabschiedete sich dort von ihm mit nochmaligen gewaltigen Cheers.

Am Donnerstag war großes Parlamentsdiner auf der Mainlust im Freyen. Ein Besuch des Erzherzogs war dabei nicht angesagt, aber als sich von selbst verstehend vorausgesetzt, ((...)). Nun auf einmal erschien der erlauchte Hansel - getreu seinem angeborenen sicheren Takte gerade in dem Momente, wo der Tischwein abgetan und Jeder im Begriffe war, sich nach einer besseren Nummer umzusehen. Dem Mainlustwirth war das ein Nutzen von mehreren hundert Gulden; denn in den begeisterten Zuruf, welcher den Erzherzog aus so vielen hundert Kehlen empfieng, mischte sich "Champagner! Champagner, ein Königreich für eine Flasche Champagner!" Schwitzende

Kellner schleppten sofort in großen Körben ganze Eselsladungen davon her-
 bey, und nun begannen die Propfen durcheinander zu knallen, wie die
 Achtundvierzigpfünder in der Schlacht von Navarin und dazwischen into-
 nierte das Orchester in brausenden Akkorden "Was ist des Deutschen Vater-
 land". - Viele unserer wackeren deutschen Brüder aus Süd und Nord fühlten
 sich sogleich berufen, mit heller Kehle in dieses Festlied miteinzustimmen,
 was eine sehr absonderliche Kantate abgab - das leibhaftige Bild des gegen-
 wärtigen deutschen Einheitsembryos - viel, sehr viel Begeisterung, aber
 mitunter noch höllische Dissonanzen, ((...)). Der Champagnergenuß hatte
 natürlich seine Wirkung nicht verfehlt, Deutschland war noch nie so einig
 und wird kaum je so einig werden, wie es damals auf der Mainlust der Fall
 war. Die alten Studentenreminiszenzen erwachten, der Landesvater wurde
 gesungen mit obligatem Hutaufspießen, zuletzt gar der Fürst von Thoren.
 Die Frankfurter sperren natürlich Augen und Mäuler auf ob dieser Hilarität
 der Väter des Vaterlandes, als Herzog von Regensburg, Vinke von Hagen,
 Gfrörer aus Mähren, Jordah aus Berlin, Fuchs aus Breslau etc. successive
 den Tisch bestiegen, dem eigenthümlichen Ceremoniel dieses geistreich-
 sten aller Burschenlieder zu genügen. Zuletzt erwischten sie gar unsern
 trefflichen Beisler, und seine Exzellenz der Herr Kultusminister, er mochte
 wollen oder nicht, mußte gleichfalls auf den Tisch hinauf, um, das Cham-
 pagnerglass in der Hand, in kräftigem Recitative dem neu erwachten Deutsch-
 land zu verkündigen: 'Er sey der Fürst von Thoren
 'Zum Saufen auserkoren etc.

Ich machte mich beizeiten aus dem Staube, um nicht ähnlicher Auszeich-
 nung theilhaftig zu werden." 60)

Diese Schilderung liest sich recht vergnüglich. Sie zeigt Neumayrs
 Witz und seine gute Beobachtungsgabe; der Leser wird in die Situation
 gleichsam mit hinein versetzt. Dennoch muß die Frage aufgeworfen wer-
 den, was denn eigentlich ausgesagt, bzw. was verschwiegen wird. Hand-
 lungsabläufe werden in fast allen Einzelheiten exakt und minutiös, mit
 journalistischer Akribie und publikumswirksam geschildert; dennoch erhält
 man den Eindruck, sich lediglich an der Oberfläche des Geschehens zu be-
 wegen. An keiner Briefstelle geht Neumayr auf die politische Bedeutung
 oder gar auf die Hintergründe und möglichen Folgen der Wahl eines Reichs-
 verwesers oder auf die rationalen Überlegungen ein, die zur Wahl ausge-
 rechnet des Erzherzogs Johann von Österreich führten. 61)

"Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen Deutschen
 Bundes.

Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig bleibt vor-
 behalten."

So lautet der § 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849, und so ist die Schwäche der Nationalversammlung in einem entscheidenden Punkte dokumentiert. In der Schleswig-Holsteinischen Frage standen sich Paulskirche und Preußen - erstere eigentlich nur von der öffentlichen Meinung getragen, letzteres ein bestehender, mächtiger Staat - konträr gegenüber, und in dieser Auseinandersetzung scheiterte die Versammlung. Am 26. August 1848 hatte Preußen den Waffenstillstand von Malmö unterzeichnet - ohne Einschaltung der Nationalversammlung und gegen ihren Willen.

Die Kompromißhaltung des Kasinos setzt sich trotz anfänglichen Zögerns durch. Auch Neumayr, der zunächst an eine Ablehnung der "mitunter allerdings schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen" glaubt ("Gott ((...)) wird es zum Besten lenken"), sieht bald keine andere Möglichkeit, als die, sich mit Preußen zu arrangieren:

"Die Frage liegt schwer auf uns allen. Ich wollte, Schleswig-Holstein meerumschlungen, wäre, wo der Pfeffer wächst! Wir sind in die Alternative gesetzt, entweder einen unpopulären Vertrag als *fait accompli* hinzunehmen, dadurch in einem Teil von Schleswig-Holstein mutmaßlich den Bürgerkrieg von Neuem anzufachen, allen Wühlern Deutschlands die schönste Gelegenheit zu neuen Wühlereien darzubieten und überdies unsere eigene Popularität vielleicht unrettbar zu kompromittieren - oder auf der anderen Seite den Vertrag zu annullieren, dadurch aber einen alsbaldigen sicheren Bruch mit Preußen, einen Riß zwischen Nord- und Süddeutschland herbeizuführen, die deutsche Einheit, zu deren Befestigung wir nach Frankfurt berufen sind, zu zertrümmern - jedenfalls im günstigsten Falle den Ost- und Nordseehandel mit Allem, was daran hängt, vollends zu Grunde zu richten. Wie im Übrigen die Sachen stehen, glaube ich an das Erstere - an eine Majorität in der Nationalversammlung zu Gunsten des Vertrags und halte solches unter den beiden zur Auswahl vorliegenden Übeln jedenfalls für das Geringere, so wie ich aus der Durchlesung der Dokumente ((...)) die Überzeugung gewonnen habe, daß Preußen nicht wohl anders verfahren konnte, als es verfahren ist, und dabey das Verhältnis zur Zentralgewalt keineswegs, wie behauptet worden, ignoriert und bey Seite gesetzt hat." 62)

Neumayr - dessen letzter Satz mir allerdings nicht zutreffend erscheint - sollte ansonsten Recht behalten. Der Dahlmannsche Antrag vom 5. September auf Nichtdurchführung der Waffenstillstandsbedingungen, der angenommen worden war, wird am 16. des gleichen Monats zurückgenommen, da die Nationalversammlung sich ihrer Ohnmacht bewußt ist. Diese Entscheidung beschert der Frankfurter Nationalversammlung die Septemberwirren als Zeugnis ihrer Schwäche, Neumayr aber das längst erwartete Gewitter.

Die oppositionellen Kräfte innerhalb und außerhalb der Paulskirche ak-

zeptieren die Haltung der Versammlung nicht und fordern am 17. September 1848 auf einer Volksversammlung, alle Majoritätsabgeordnete "für Volksverräter zu erklären und zum Austritte aus dem Parlamente aufzufordern". Die Situation eskaliert; es kommt zu Barrikadenbau und Truppenverlegung nach Frankfurt. Schließlich werden zwei Abgeordnete der Rechten vor den Toren der Stadt ermordet. Um Neumayrs Art und Stil noch etwas deutlicher werden zu lassen, sei hier als zweite größere Schilderung sein Bericht zu diesem Aufstand angeführt:

"Dabey ((bei der Volksversammlung)) soll auch, wie heute morgens vielseitig erzählt wurde, auf Sprengung des Parlaments, ja sogar darauf abgesehen gewesen seyn, der Volksjustiz 3 Opfer (Lychnowsky, Hekscher und Heinrich von Gagern) zu schlachten, den Reichsverweser zu beseitigen und die Regierung Deutschlands einem Triumvirate, bestehend aus Wesendonk, Simon von Trier und Metternich in die Hand zu geben. - Herr von Schmerling war aber böswillig genug, diesem gemüthlichen Plan Hemmnisse zu bereiten. In stiller Mitternacht, während die künftigen Beglückter Deutschlands noch über ihrem Plan zu Rate saßen, flüsterte der Telegraph lautlos die reaktionärsten Dinge hinüber nach der Reichsfestung Mainz, und als heute die Demokraten sich erhoben und ihre Brüder von Hanau und Mainz, von Nauheim und Offenbach und weiß Gott wo sonst noch her einzogen im schönsten Menschenfresserkostüm à la Hecker und à la Sansculotte, uns armen Parlamentariern den Garaus zu machen, bot sich auf dem Platze vor der Paulskirche und in den benachbarten Straßen ein höchst empörender Anblick dar, nämlich nicht mehr und nicht weniger als ein Bataillon Preußen und ein Batallion Österreicher, die bey eitler Nacht herübergekommen waren von Mainz, um während der Messe hier reaktionäre Gastrollen zu geben. - Man hätte nun glauben sollen, unsere Brüder mit den zerlumpten Ellenbogen würden sich hübsch ruhig verhalten mit Rücksicht auf die 'vertierten Söldlinge' - aber keineswegs! Kaum hatte man die Letzteren, nachdem unsere Sitzung begonnen, aus vielleicht übertriebener Decenz ein wenig aus der Nähe der Paulskirche zurückgezogen, so kamen die Roten und wollten zu uns herein. Sie drückten das Tor auf, und ein paar kamen wirklich bis an die Glastür des Sitzungssaals (ich saß ganz in der Nähe, hatte daher die farce aus erster Hand) - aber der handfeste Riesser aus Hamburg und Breuning von Aachen und noch ein paar Abgeordnete, von den eben in der Nähe stehenden Parlamentsdienern unterstützt, schoben die Eindringlinge wieder zum Tempel hinaus, und stemmten sich sodann gegen das Tor, welches glücklicher Weise stark genug war, den von außen applicierten Knittelschlägen solange zu widerstehen, bis der militärische Succurs herankam. Auch Professor Müller von Würzburg, der ultramontane Kahlkopf, tat sich bey diesem Anlasse männ-

lich hervor, indem er unter seinem Paletot einen kurzen, schweren englischen Kampfkittel hervorzog und, denselben kriegerisch schwenkend, wie der lustige Mönch von Comanhurst, am Eingang Posto faßte, Gagern aber ermahnte alle zur Ruhe, und wir debattierten gravitatisch fort bis 2 Uhr, während das Geheul der drohenden Menge von Außen bald näher, bald ferner dazwischen tönte. Inzwischen wurden Barrikaden errichtet, und noch während wir im Pariser Hofe ganz gemütlich an der table d'hôte saßen, ließ sich aus der Schnur- und Döngesgasse mit einemmale ganz unmaßgebliches Kleingewehrfeuer vernehmen. Alles riß natürlich Fenster, Augen und Mäuler auf. Mir fiel dabey die bekannte Äußerung des phlegmatischen Schwaben bey Anlaß der Münchner Laboratoriums Explosion ein: Das ischt doch höchst auffallend! Baron von Schrenk und ich, die wir beide außerhalb der Stadt wohnen, wollten uns nach Hause begeben, fanden aber zu unserer nicht geringen Verwunderung das Bockenheimer Tor geschlossen und trieben uns auf den Straßen - d. h. immer in diskreter Entfernung vom Kampfplatze - herum; da aber das Schießen immer heftiger wurde und bekanntlich auch das Unangenehme hat, daß man möglicherweise davon getroffen werden kann, so fand ich für gut, in das Casino auf dem Roßmarke (das Frankfurter Museum) mich zurückzuziehen und (während in den Straßen, welche in den unteren Teil der Zeil einmünden, unausgesetzt die Gewehrsalven knattern) ein paar auf dem Tisch liegende Papierblätter zu ergreifen und mit gegenwärtigem Berichte zu besudeln. Ich war nicht bald in einer so originellen Situation wie eben jetzt. Von allen Seiten wird unausgesetzt Militär herangezogen. Unter unseren Fenstern auf dem geräumigen Großmarkt kampiert ein böhmisches Infanterie-Regiment - wackere Burschen; sie kauern auf dem Steinpflaster, rauchen ihre Zigarren, lachen und schäkern, hat es doch keiner schwarz auf weiß in der Tasche, ob er die nächste Stunde noch am Leben ist. Eben jetzt erheben sie ein mörderisches Hurra, schwenken Musketen und Tschakos - es gilt dem Darmstädter Batallion, welches mit klingendem Spiel einzieht. Auch den preußischen Succurs, der eine halbe Stunde früher angekommen war, haben sie in gleicher Weise begrüßt.

Das Schießen dauert noch immer fort und es geht jetzt schon auf halb sieben Uhr. Ich war inzwischen wieder ein wenig an der Haustüre und habe erfahren, man wolle, um die Mannschaft tunlichst zu schonen, den Hauptangriff gegen die Barrikaden so lange noch aussetzen, bis das Geschütz angekommen ist, das von Darmstadt und Mainz stündlich erwartet wird. -

Nun kommen sie, von donnerndem Hurrah begrüßt, nun wird es ernsthaft. Voran leichte Kavallerie, im Galopp dahersprengend und mit hochgeschwungenen Säbeln den rauschenden Gruß ihrer Waffenbrüder erwidern, und hintendrein rasseln sechs Kanonen. Es ist doch ein gräulich Ungetüm solch eine Kanone. Freilich, die unsrigen auf der Münchner Hauptwache,

die man täglich sieht und die sich jahraus jahrein so ruhig verhalten, die sehen ganz harmlos aus. Aber eine Batterie, wenn sie so über das Pflaster daherpolt, so unbeholfen, so ungeschlacht und doch so eilfertig mit ihren todverkündenden Mündungen - das sieht gräulich aus und es geht einem die Humoristik auf die Neige, ehe man sich versieht. Da rollen sie hinunter längs der Zeil - sie werden wohl bald von sich hören lassen. Es ist nun dunkel geworden und still. Kein Gewehrfeuer läßt sich weiter vernehmen. Die Hessen halten unten auf dem Platze; sie haben die Gewehre in Pyramiden geschichtet, stehen zusammen und singen alte Kriegslieder. Der schöne kräftige Männerchor schlägt eigentümlich ans Herz in so ernster Stunde. Zuhörergruppen nähern sich, dazu sind alle Fenster beleuchtet, wie bey einem Feste; - es ist natürlich nur, um die militärischen Operationen zu erleichtern, aber es macht einen ganz eigentümlichen Eindruck. Nun - donnert es - fünf Kartätschenschüsse habe ich gezählt -. Ich habe mich unterbrochen. Mittlerweile ist Nachricht gekommen -. Die Barrikaden sind von den Truppen genommen - aber noch andere, furchtbar gräßliche Nachricht erfuhr ich soeben. Die beiden ostpreußischen Abgeordneten Fürst Lichnowsky und Oberst Auerswald waren in unerhörter Tollkühnheit um die Stadt spazieren geritten und sind hier den Insurgenten in die Hände gefallen. Auerswald wurde vom Pferd geschossen und blieb sogleich tot. Lichnowsky ist noch am Leben, aber in einem gräßlichen Zustande - zwey Musketenschüsse durch den Unterleib, zwey Sensenhiebe über den Kopf, beide Arme gebrochen - so hat ihn der Abgeordnete Bailey gesehen, der mir soeben das Gräßliche erzählte. Ich kann nicht weiter schreiben, ich bin furchtbar aufgeregt ((. . .))." 63)

Diese Schilderung ist Neumayrs packendste, nicht nur wegen des Inhaltes an sich, sondern auch wegen der Schilderungsweise, des Umschlagens vom distanzierten, ja ironischen und - so soll es fast scheinen - unbeteiligten Beobachter in den unmittelbar Betroffenen, dem nun die Worte fehlen, der persönlich zu erschüttert ist, um in seinem distanzierten Stil fortfahren zu können.

An den beiden hier ausführlich wiedergegebenen Schilderungen Neumayrs - der von der Einführung des Reichsverwesers und der von dem Septemberaufstand - wird deutlich - und wir werden dies bei Neumayrs Menschenschilderungen noch ausgeprägter wiederfinden können -, wie groß Neumayrs Talent einerseits für die Beobachtung an sich, andererseits aber auch für die Mitteilung des Beobachteten an Dritte ist. Neumayr hat zweifelsohne journalistische Begabung. Die im Schlußteil zu verspürende Erschütterung hält freilich nicht lange vor. Noch am gleichen Abend, am 18. September, besucht Neumayr einen ihm bekannten Offizier und beschreibt die "pikante Szene". Seine Beschreibung ist wieder, was Äußer-

lichkeiten angeht, perfekt, und phantasievolle Leser kommen zu ihrem Recht: die Lager der Soldaten mitten in Frankfurt werden vom Vollmond beschienen, Lieder erklingen, die Wachtfeuer leuchten, vereinzelte Schüsse sind zu hören, und Neumayr "plaudert". Auch der Spott ist im Nu wieder da: "Die Anarchisten lassen die Flügel gewaltig hängen. So kleinlaut habe ich die Herren noch nicht gesehen." Und: "Die Opposition ist ganz verdutzt und verblüfft - sie ((be))nimmt sich dabey wie das Kind vor dem - Zucker", 64) berichtet er am 19. September 1848 seiner Frau.

Neumayrs weitere Septemberbriefe sind kurz gehalten; sie enthalten nicht viel Neues. Die Feststellung, daß Frankreich keine diplomatischen Beziehungen zur Reichsregierung aufnehmen, solange "die Reichsgewalt den anarchistischen Elementen gegenüber nicht mit voller Entschiedenheit auf-trete" 65), der Schluß daraus, daß durch den Aufstand die Frankfurter Nationalversammlung selbst auch nach außen hin sehr stark belastet wird und die französische Haltung nur eine weitere Wegemarke beim Niedergang der Paulskirche bedeutet, wird nicht gezogen. Für Neumayr ist der Aufstand nunmehr eine Affäre, ein Skandal, sogar das Signal für eine (unartikulierte) Wende in Deutschland - "sie ((...)) haben bereits dazu gedient, die verschiedenen, der Anarchie feindlichen politischen Parteyen enger aneinander zu schließen" 66) - jedoch, so scheint es, kein Menetekel, und die beschlossene Fertigung einer Heizung für die Paulskirche vermag ihn zu beruhigen.

Am 17. Oktober 1848 wird in der Nationalversammlung wegen des Wiener Aufstands ein Ausschuß für die österreichische Frage gebildet, dem auch Neumayr angehört: "((...)) und wer wurde unter jenen auserlesenen Männern mitgewählt? - Old Gixler! 67) - ((...)) ich bin also derjenige, auf den die Völker hoffen," 68) Viel erfährt man aus Neumayrs Briefen jedoch nicht über die eigentliche Arbeit des Ausschusses, insbesondere was die Paragraphen 2 und 3 der Verfassung 69) bezüglich der nichtdeutschen Länder Österreichs angeht. Neumayr hofft, diesmal spöttisch, auf Heinrich von Gagern: "Möge er den kühnen Griff finden, der uns den hier vorliegenden, grenzenlosen Verwicklungen und Verlegenheiten entreißt!" 70) Auch Feststellungen wie diese: "Heute haben wir 9 Verfassungsparagraphen zu Stande gebracht. Es geht wie geschmiert" 71) geben für Neumayrs Haltung nicht das mindeste her.

Am 3. November wird Max Neumayr zum Sekretär der Nationalversammlung gewählt. Mit liebenswerter Selbstironie skizziert er seine neue Tätigkeit:

"Ich bin heute als wirklicher Schriftführer tätig, sitze neben Heinrich

v. Gagern, Simson und Küster auf hoher Estrade, von den Reichsbannern überschattet, hinten ein großes Wappen - das heißt (ich bitte jedes Mißverständnis ferne zu halten) - das heißt unmittelbar hinter uns prangt von roter Draperie umgeben der schwarze Doppeladler Deutschlands auf goldenem Grunde.

Du glaubst nicht, wie rührend meine zarte bürokratische Persönlichkeit sich ausnimmt neben dem turniermäßigen Heinrich Gagern. Ich will vorläufig sagen "wie eine Lilie neben einer Zeder" - bis mir ein noch passenderer Vergleich einfällt. Die Damen im schönen Kranze uns gegenüber auf hohem Balkone wissen, wie mir scheint, diesen Gegensatz mit sicherem Takte zu würdigen. Daß ich einem steten Kreuzfeuer von allen Opernguckern ausgesetzt bin, kann nicht befremden. Sein Gesicht hat man von Gott." 72) An anderer Stelle schreibt er ebenso heiter an seine Frau (die ihm offenbar mitgeteilt hatte, sie werde durch das Geschrei der Kinder am Briefeschreiben gehindert): "Ich aber sitze an meinem erhöhten Katzenstische unmittelbar hinter der Rednertribüne und mehr als 400 große Bubys schreien meist zugleich mir entgegen." 73)

Die Hinrichtung Robert Blums in Österreich, die einen klaren Affront der österreichischen Regierung gegenüber der Frankfurter Nationalversammlung darstellte, hält Neumayr für ungeschickt, freilich nicht für mehr. Sein Denken ist in dieser Hinsicht nicht so sehr auf die politische Aktion konzentriert, sondern vor allem auf die politischen Auswirkungen in Bezug auf die zu befürchtende "Ausbeutung" durch die Radikaldemokraten:

"Wie hier Blums Hinrichtung ausgebeutet wird, läßt sich denken. Fürst Windisch-Grätz, mag er auch formell und materiell dabey im guten Recht gewesen seyn, hat uns einen sehr üblen Dienst erwiesen. Er hat aus einem abgenützten Demagogen einen politischen Märtyrer gemacht und allen Wühlern Deutschlands einen herrlichen Anlaß zu neuen Wühlereien an die Hand gegeben." 74)

Es ist daher Neumayr am wichtigsten, daß "die Blum'sche Leichenfeier ((...)) wohl hoffentlich zu Ende gehen" 75) wird, und er ist froh darüber, daß man sich "lediglich auf eine kirchliche Feyer beschränkt". 76)

Dies zeigt wiederum auf, daß Neumayr sich weit mehr als Vertreter einer politischen Richtung begreift, denn als Mitglied einer gesamtdeutschen, souveränen Nationalversammlung. Ihm mangelt es an Solidaritätsgefühl; ein entwickeltes Rechtsbewußtsein läßt er in dieser Situation vermissen.

Die wichtigste Frage, die die Nationalversammlung nach den Weihnachtsferien zu behandeln hat, ist ohne Zweifel die nach dem Reichsoberhaupt, die "preußische-Kaiser-Drehkrankheit" 77), wie es Neumayr for-

muliert. Er bezieht von vornherein eindeutig Stellung, wie sein eingangs erwähnter Austritt aus dem Casino und sein Eintritt in die Fraktion des Pariser Hofes erkennen lassen. Optimismus - "Der preußisch-deutsche Kaiser wird bereits als Unmöglichkeit betrachtet" 78) - und Verbitterung - "und geschumpfen wird uns Bayern((...)) das geht ins Übernatürliche! Stockpartikularistisch, Ultramontane, verkappte Republikaner und was weiß ich sonst, kriegen wir täglich zu hören, bloß weil wir Österreich bey Deutschland erhalten wollen und demnach auf einer Verfassung bestehen, die diese Erhaltung möglich macht - und die Preußen und ihre Freunde, welche die Größe Deutschlands durch Verkleinerung und die Macht durch Zerstückelung und die Einheit durch unheilbares Zerwürfnis anstreben, die nennen sich die Deutschgesinnten," 79) - gehen Hand in Hand. Neumayrs Lösungsvorschlag ist nach wie vor ein "vernünftiges Direktorium", 80) Mit diesem Gedanken wie auch mit seiner ganzen Haltung in diesem Punkt steht Neumayr voll und ganz auf der Linie seines Königs und der Regierung seiner bayrischen Heimat. Heinrich Ritter von Srbik bemerkt dazu:

"Seinen ((Ludwigs I.)) Nachfolger, Max II., erfüllten bei allem starken Nationalbewußtsein viel zu sehr die Triasideen - nicht eines dritten Deutschlands als Bundes im Bunde, aber eines Bayern als natürlichen und geschichtlichen Führers der Mittleren und Kleinen, als eines Gegengewichts gegen die deutschen Großmächte, - als daß er den deutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze ohne Österreich hätte billigen können, Bayern als 'dritte deutsche Großmacht' sollte Österreichs und Preußens Dualismus im Gleichgewicht halten, ihn aber auch der Gefahr eines Bruches entkleiden, ((...)). Der bayrische Gegenentwurf gegen Dahlmanns Projekt entsprang demselben Gedankenkreis: er zielte auf einen Bundesstaat mit einem Direktorium von drei Vertretern Nord-, Ost- und Süddeutschlands," 81) Neumayr erkennt bereits im Januar 1849, wie sehr die Nationalversammlung (das "Narrenhaus") 82) von der Frage nach dem Reichsoberhaupt abhängig ist und an ihr zugrunde gehen wird: "Ich will sehen, wie lange es noch währt, Man bereitet sich hier allgemein zum Abschiednehmen vor, man schreibt sich gegenseitig Gedenklblätter in die Albums," 83) Im Februar stellt er bei seinen Gesinnungsgenossen zunehmende Ratlosigkeit fest:

"Es hat sich eine gewisse Konfusion, eine gewisse Ratlosigkeit der Leute bemächtigt, die mich Schlimmes besorgen läßt. Man will die Meinung nicht aufkommen lassen, als stünden die Ochsen auf dem Berg mit ihren Theorien von der unbedingten Souveränität der Nationalversammlung und man weiß noch nicht, wie man es wenden soll und 'Wo so ein Köpfchen keinen Ausgang sieht, stellt es sich immer gleich das Ende vor'.

Und ein Mensch, der sich von seinem Ende bedroht sieht, ist zu Depressionsstreichen sehr geneigt und Desperationsstreiche schlagen gar leicht in

dumme Streiche um. Das ist beyläufig die Situation, in welcher unsere Di minorum gentium sich befinden und die von den schlaun Führern der Preußenpartey auf das Beste ausgebeutet wird." 84) Obwohl König Max II. mit vielen bayrischen Abgeordneten Kontakte pflegt 85), ist seinen Bemühungen, dadurch in der Paulskirche zugunsten der Trias und gegen die kleindeutsche Lösung Einfluß zu nehmen, kein dauernder Erfolg beschieden. 86) Es gelingt nicht, die bayrischen Abgeordneten in ausreichendem Maße zu solidarisieren. Neumayr berichtet Mitte März 1849, "daß es mich gar nicht wundern soll, wenn auch solche, die noch vor 8 Tagen für vollkommen solid gegolten ((haben)), ihre Stimme dem preußischen Erbkaiser geben". 87)

Resignation macht sich breit - "es gibt nur einen Trost, der aber für mich vollkommen ausreicht, nämlich die feste Überzeugung, daß wir arme Schlucker ((. . .)) doch in keinem Falle mehr berufen sind, diesen vielverschlungenen Knäuel endgiltig zu entwirren ((. . .)) 88) - und schwarzer Humor kommt auf: "((. . .)) ich bin fest überzeugt, die Sache läßt sich nur mehr nach kanonischem Recht entscheiden." 89)

Abstimmung folgt auf Abstimmung, und auf die Verwerfung folgt am 27. März 1849 die Annahme des preußischen Erbkaisertums mit hauchdünner Mehrheit, "die sich erst beym Buchstaben Z durch die Herren Zeltner aus Nürnberg und Zerzog entschied". 90) "Hoffentlich ein totgeborenes Kind", ist der erste Stoßseufzer des mit seinen Gesinnungsgenossen unterlegenen Neumayr, und scharf bezeichnet er im Nachhinein Wahlkampf und Wahlakt als "unwürdige Farce" 91), die Abgeordneten als "mutwillige, ungezogene Kinder", die nur "Possen" treiben und ihre Lachlust befriedigen wollten. Es ist dies freilich nur ein Schmollen; allzu tief trifft ihn die Niederlage nicht mehr. Seine Haltung hilft ihm darüber hinweg:

"In meiner Lebensphilosophie habe ich im innersten Schubfache als letzten Notpfennig immer eine gute Portion Fatalismus vorrätig und das hilft über vieles hinüber. Seitdem ich mich Tag für Tag immer mehr überzeugt habe, daß die großen politischen Probleme der Gegenwart so verfitzt sind, daß sie mit den Sitzorganen in der Paulskirche - durch blosses Aufstehen und Sitzenbleiben - sich nicht mehr lösen lassen, werde ich immer resignierter und gehe eben auch hier hindurch ((. . .))." 92)

Am 14. April, als die Angelegenheit des preußischen Erbkaisertums durch die Zurückweisung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 de facto bereits entschieden war, viele Abgeordnete sie aber noch in der Schwebe glaubten und nicht wußten, ob sie hoffen oder bangen sollten ("Unsere dermalige Situation ist so kompliziert, daß wir selbst nicht recht wissen, wie wir daran sind" 93)) berichtet Neumayr aus Frankfurt, daß sich ein Teil der Österreicher auf Empfehlung ihrer Regie-

rung bereits aus dem Parlament zurückgezogen habe, die Übrigen aber sich auf Drängen der Bayern entschlossen hätten, "einstweilen noch mit uns auszuharren, um so dann bey dem nächsten entscheidenden Anlasse, der wohl nicht lange auf sich warten wird lassen, gemeinschaftlich mit uns in Masse auszuscheiden", 94)

Neumayr nutzt die Wartezeit zu einer umfassenden Analyse der Wirkung einer kleindeutschen Lösung auf Bayern. "Wenn Bayern sich schwach finden läßt und zustimmt, so müssen Sachsen und Hannover folgen. Preußen wird zugreifen, Österreich sich isolieren. Inwiefern es in der Lage ist, für den Augenblick dabey ein schwereres Gewicht, als das seiner Protestation in die Wagschale zu werfen, wird vielleicht in diesem Augenblick vor Pressburg entschieden. Wenn aber Bayern die Verfassung ohne Rückhalt annimmt, so ist es nicht nur um seine Dynastie, sondern auch um seinen Wohlstand geschehen. - Ein preußisches Erbkaisertum schließt nicht nur Österreich für alle Zeiten von Deutschland aus, sondern bringt es auch in eine feindliche Stellung zu letzterem. Bayern wird ein deutsches Grenzland, die ganze südliche und östliche Grenze Bayerns von Lindau bis Hof bildet die deutsche Grenze. Alle strategisch wichtigen Punkte, alle Pässe auf dieser ganzen Linie sind in Österreichs Händen. Deutschland ist von dieser Seite ein offenes Land. Die erste Verteidigungslinie ist an der Donau und auch diese Linie ist eine zweifelhafte, sie wird von Böhmen flankiert. Bayern ist demnach jeder feindlichen Invasion zunächst preisgegeben. Der deutsche Zolltarif wird künftig durch Parlamentsmajoritäten, und zwar, wenn die Österreicher im Parlament fehlen, durch norddeutsche Parlamentsmajoritäten im Sinne des Freyhandels festgestellt. Bayerns Industrie ist ruiniert. Gleich gefärbte Parlamentsmajoritäten stellen die deutsche Gewerbeordnung fest, dekretieren die Aufhebung der bayrischen Realrechte, vernichten mit einem Schlage dadurch ein bayrisches Nationalvermögen von 60 Millionen. Bayerns Gewerbebestand ist gleichfalls ruiniert. Dieselbe Majorität wird im Interesse ihrer heimischen Übervölkerung die unbedingte Übersiedlungsfreyheit dekretieren. Sind die Schleusen geöffnet, so werden die Heuschrecken-Schwärme des sächsischen und schlesischen Proletariats unser gesegnetes Land überfluten. Zerstückelung von Grund und Boden und Überbürdung der gemeindlichen Armenkassen im Gefolge dieser Katastrophe werden dem Kern unserer Bevölkerung, dem kräftigen, wohlhabenden Bauernstand den Todesstoß bereiten. Bayern durfte hoffen, durch den Anschluß an Österreich, durch Beseitigung seiner Zollschranken, durch Eröffnung der Donau, durch Eisenbahnverbindungen mit Venedig und Triest, den großartigsten Transithandel zu gewinnen, seine günstig gelegenen Städte zu Stapelplätzen des levantinischen Welthandels emporblühen zu sehen, während es jetzt im Süden und

Osten von Zollschranken umgeben, in einer commerciellen Sackgasse sich befindet, hinsichtlich des Bezugs der überseeischen Produkte und Rohstoffe auf die fernen Nord- und Ostseehäfen angewiesen bleibt und dadurch seine Industrie von der norddeutschen - eben wegen des kostspieligen Bezugs der Rohstoffe -, fort und fort überflügelt sieht. - Diese Organisation Deutschlands mit Ausschluß Österreichs erscheint aus dem Standpunkte des europäischen Gleichgewichtes als eine einseitige Vergrößerung Preußens ((...)). Die sämtlichen Großmächte sind in ihrem Rechte, wenn sie solches für einen Casus belli erklären ((...)). Aber wie steht es mit den Finanzquellen? - Unter den ergibigsten Einnahme-Positionen des bayrischen Budgets waren bisher begriffen die Erträgnisse der Zölle, des Malzaufschlags (Dotation der Staatschuld), der grundherrlichen Gefälle und das Lotto. Das letztere und mit ihm 1,300,000 Fl. werden fortan aus dem Budget verschwinden, was wohl getan ist. Der Ertrag der Getreideernten vermindert sich im Gefolge des Ablösungsgesetzes um ein Viertel. Die Zölle aber und den Malzaufschlag nimmt die Reichsgewalt von vornherein für sich weg ((...)). Also auch der Staatshaushalt und Staatskredit Bayerns ist gründlich ruiniert ((...)). Das Königtum ist fortan nur mehr ein kostspieliger Luxusartikel. Hierauf werden die Republikaner in den einzelnen Staaten fußen und auf Beseitigung der Zivilisten nach allen Kräften hinarbeiten. Die Reichsregierung wird diese Bestrebungen hegen und pflegen, so gut es gehen will, denn dieselben sind ganz in ihrem Interesse gelegen. In Bayern ist aber das Königtum noch tief gewurzelt, tiefer wohl als in irgend einem andern Staate und hier werden daher die Zuckungen am heftigsten sein, die diesen Prinzipienkampf zur Entscheidung führen.

Was aber ist nun hier zu tun? Erklärt die bayrische Regierung ihre Unterwerfung, so stehen die heftigsten Gärungen gerade in den treuesten, den altbayrischen Provinzen bevor, zumal wenn diese über die hier konkurrierenden materiellen Fragen erst einmal gehörig aufgeklärt sind, und wenn zu allem Übrigen auch noch das konfessionelle Ferment hinzutritt. Verweigert dagegen die Regierung diese Unterwerfung, so droht Aufruhr in der Pfalz und in einem großen Teil von Franken, und wie weit dieses Feuer, wenn erst im Zuge, auch nach Altbayern herüberschlagen kann, vermag kein menschliches Auge vorherzusehen.

Meines Erachtens hat die Regierung nur EINEN Weg, auf welchem Rettung möglich ist, wenn er rasch und entschieden betreten wird. Mit der gegenwärtigen zweyten Kammer ist auf die Dauer nicht auszukommen. Der gegenwärtige Moment böte den schicklichsten Anlaß zur Auflösung. Ich würde diese Auflösung alsbald verfügen. Ich würde zugleich ein Regierungsmanifest an das Volk erlassen und darin erklären, der König sey für seine Person zu jedem Opfer bereit, welches das Wohl des Volkes erhei-

schen mag, aber er könne in die schweren Opfer, die hier dem bayrischen Volke angesonnen werden, nun und nimmermehr einwilligen, es sey denn, daß das Volk sie zu bringen begehre. Ich würde alle jene materiellen Bedenken, wie ich sie eben angedeutet, in gemeinfaßlicher Sprache darlegen und die Versicherung beyfügen, daß wenn die alsbald zu berufende neue Kammer in ihrer Majorität gleichwohl für den Anschluß sich aussprechen sollte, dieser von Seiten der Regierung sodann alsbald erklärt werden würde, daß aber die Regierung der Ansicht lebe, es sey für Bayern vorzuziehen, vorläufig in isolierter Stellung, gestützt auf ein Schutz-, Trutz- und Handelsbündnis mit Österreich, zu beharren, bis der gegenwärtig künstlich angeregte Parteysturm beschwichtigt und die Möglichkeit gegeben seyn wird, gemeinsam mit Österreich in den großen deutschen Staatenverband unter entsprechenden Bedingungen einzutreten. - Gleichzeitig würde ich mit Österreich eventuelle Verhandlungen anknüpfen. Österreich wird gewiß im gegenwärtigen Momente zu den möglichsten Zugeständnissen in kommerzieller Beziehung bereit seyn, einmal weil es für seine Politik eine wahre Lebensfrage bildet, daß Bayern in den deutschen Bundesstaat gegenwärtig nicht eintrete und durch sein Beyspiel voraussichtlich auch die Schritte Württembergs und Badens bestimme und dann weil es Aufruhr in seiner treuesten Provinz - Tyrol - besorgen muß, wenn es die Zollschranken, welche den Export des Tyrolerweins hindert, nicht alsbald beseitigt. Die übrigen Großmächte werden die Integrität und Unabhängigkeit Bayerns zu garantieren ebenfalls gerne bereit seyn, denn es liegt in ihrer aller Interesse, Kleindeutschland nicht zu groß werden zu lassen." 95)

Dieses Schreiben ist wohl das wichtigste, das Neumayr während seiner Abgeordnetenzeit verfaßt hat. Es enthält nämlich nicht nur ein fundiertes politisches Glaubensbekenntnis, sondern verschafft ihm auch Aufmerksamkeit beim bayrischen Hof. Der Inhalt wird dem König bekannt 96) und dieser bittet den früheren Minister des Innern (1837 - 1847) Carl August von Abel (1788 - 1859) 97) um eine Stellungnahme. Abel anerkennt die von Neumayr "mit kräftigen, wahrheitsgetreuen Zügen" 98) dargestellte Situation, widerspricht aber scharf den Überlegungen Neumayrs zu deren Bereinigung.

Die neumayrsche Darstellung ist knapp umrissen die: eine Unterwerfung unter einen preußischen Erbkaiser bedeutet für den bayrischen König den Verlust von Kronrechten und vor allem den der Zivilliste, für Bayern schwerste wirtschaftliche Rückschläge und militärische Nachteile, für Deutschland schließlich starke politische Unruhen. Bayern hat die Möglichkeit sich zu unterwerfen; dann drohen Aufstände in Altbayern; es hat die Möglichkeit sich nicht zu unterwerfen; dann sind Unruhen in der Pfalz und in Franken wahrscheinlich. Neumayr bietet als Lösungsvorschlag die Auflösung der

zweiten Kammer verbunden mit Neuwahlen. Ein Regierungsmanifest, in dem der König formell die Entscheidung dem Volk bzw. der neuen Kammer übergibt, indirekt aber eine Ablehnung suggeriert, soll die bayrische Position nach innen und außen festigen. Außenpolitisch hat sich, so Neumayr, Bayern vorläufig mit Österreich zu verbinden.

Abel stimmt, wie gesagt, der Analyse und Darstellung Neumayrs zu, nicht aber den Lösungsvorschlägen. Die Auflösung der Kammer der Abgeordneten erscheint ihm "unzeitig, unklug und sogar als verderblich" ⁹⁹⁾, da Neuwahlen keine "bessere Kammer", wohl aber Unruhe im Lande bringen würden. Eine Proklamation des Königs gar, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung zu beugen, wenn das Volk dies von ihm verlange, wird von Abel als eine "eid- und pflichtwidrige ((...)) unwürdige Handlung" ¹⁰⁰⁾ gescholten. Es ist ein sehr schweres Geschütz, das Abel hier aufführt, da die Proklamation in seinen Augen eine Verletzung des Gottesgnadentums und eine Hinwendung zum Prinzip der Volkssouveränität bedeuten würde. Abel schließt mit einer letzten Abrechnung mit Neumayrs Vorschlägen:

"Ministerialrath von Neumayr stellt in seinem Dilemma die Folgen, welche die Unterwerfung unter die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung - und jene, welche die Nichtunterwerfung nach sich ziehen wird - nach meiner Ansicht in einer Art und Weise gegen einander, welche auf Vollständigkeit nicht Anspruch machen kann,

Welche Folgen eine Unterwerfung für Eure Königliche Majestät und für das Allerhöchste Königliche Haus nach sich ziehen würde, hat er wenige Zeilen höher weit vollständiger ausgesprochen. Die Besorgnisse aber, welche er an die Nichtunterwerfung knüpft, theile ich nicht, da ich die Überlegung in mir trage, daß Eure Königliche Majestät, jeden Aufstand niederzuschlagen, Macht und Mittel genug besitzen.

Und wenn dann, wie Herr von Neumayr anerkennt, die Unterwerfung den Verlust der Krone und des Scepters und aller Attribute des Königthums unvermeidlich nach sich zieht, so bin ich wohl berechtigt zu fragen, welch' größeren Verlust denn noch die Nichtunterwerfung nach sich ziehen könne?" ¹⁰¹⁾

Diese Reaktion zeigt zwar, daß Neumayr mit seinem Rat für den Geschmack konservativer Kreise zu weit vorgeprellt ist; vor allem aber muß hervorgehoben werden, daß es Neumayr vermutlich erstmals gelungen ist, selbst beim König aufzufallen. Die Frage, ob bzw. inwieweit diese Analyse den Grundstock zu seiner weiteren Karriere bildete, muß leider offenbleiben. Interessant ist noch, daß Neumayr bei seinen Lösungsvorschlägen der öffentlichen Meinung eine solch tragende Rolle zukommen läßt, dies vor allem in Hinblick auf seine spätere Tätigkeit als Minister des Innern,

"Lange währt es hier nicht mehr" - Neumayr hatte Recht. Am 7. Mai 1849 erfolgt sein Austritt aus der Frankfurter Nationalversammlung im Verein mit den bayrischen Abgeordneten Beisler, Daxenberger, Eckart, Graf, Grundner, Lasaulx, Nagel, Obermüller, Philipps, Schrenk, Wulfen, Xylander.¹⁰²⁾ Er gehört damit zu den ersten ausgetretenen Bayern (Döllinger z. B. tritt erst am 17. Mai aus). Es bleibt schließlich nur noch ein sog. Rumpfparlament übrig, dem - von insgesamt 104 Mitgliedern - nur noch 14 bayrische Abgeordnete, Pfälzer und Franken, angehören.

Max von Neumayr hatte seine erste politische Feuerprobe hinter sich; auf ihn warteten seine Familie und - zunächst - ein wohlverdienter Urlaub. -

2. Neumayrs private Verhältnisse

Während sich Max von Neumayr als Abgeordneter Bayerns in Frankfurt aufhält, bleiben in München seine Frau Auguste und die beiden kleinen Söhne Max und Melchior, zehn und drei Jahre alt, zurück. Die Trennung von der Familie fällt Neumayr trotz gelegentlichen Urlaubs verständlicherweise schwer. Die etwa sechzig erhaltenen und zum großen Teil sehr umfangreichen Briefe an seine Frau - denen vielleicht eine umfangreiche Korrespondenz mit Mutter, Schwestern und anderen Verwandten, wie auch mit Freunden und Bekannten zur Seite stand - und die im Zeitraum zwischen dem 29. Mai 1848 und dem 3. Mai 1849, also in knapp elf, wenn man den Urlaub wegrechnet, in gut neun Monaten geschrieben wurden, legen davon ein deutliches Zeugnis ab.

Für Neumayr ist die Familie nicht nur refugium, sondern Lebensinhalt gegenüber der mehr oder weniger lästigen Verpflichtung als Abgeordneter. Aus der Ferne nimmt er regen und oft rührenden Anteil am Familiengeschehen. Die Erkrankung seiner Frau an Scharlach erschüttert ihn zutiefst; der berufliche Erfolg seines Bruders Ludwig erfreut ihn, und er kann auch auf seinen Sohn Max stolz sein, der in das Gymnasium eingeschult wird und bald zu den Besten zählt. Mit ihm wechselt er lateinische Episteln, ihm läßt er Bücher übermitteln und er spart auch nicht mit Lob für seine Leistungen.

Wir entdecken die kleinbürgerliche Sparsamkeit des Mannes, der sich freut, einen kleinen "Überschuß" erwirtschaftet zu haben und durchaus "wohlfeyl" zu leben, der mit Stolz seiner Frau Abrechnungen zuschickt und sie fragt, ob sie ebensogut ausgekommen sei ("Ich bin begierig ((...)) wie Du gewirtschaftet hast. Ich habe mein ökonomisches Talent auf das Glänzendste entfaltet")¹⁰³⁾ und der eifrig hin und her erwägt, wie der Porto

sparen oder eine Münchner Zeitung umsonst beziehen könne. Wir lernen Neumayr auch als den Feinschmecker und Weintrinker - der billig ein "Ohm Wein" einkauft und mit Augenzwinkern darauf hinweist: "Bey derley Geschäften muß man sich an die geistlichen Herren adressieren, da fährt man am besten" 104) - kurz: den Genießer kennen.

Und wir bemerken die private Unternehmungslust des Abgeordneten, der häufig der Frankfurter Politik entflieht und auf 'Bildungsreisen' geht. Sie führen ihn nach Köln, wo ihn der Dom sehr beeindruckt (besonders die bayrischen Glasmalereien), an den Oberrhein, nach Mannheim, Speyer und Neustadt und auch nach Aachen, Gent, Ostende und Brügge. Von überall berichtet er malerisch von seinen Eindrücken; die Kostprobe einer fortgeschrittenen Stunde an der Nordsee sei hier angeführt:

"Die Aussicht war demnach sehr unzulänglich, aber doch charakteristisch, und wir fanden endlich angemessen, den Wassernixen einen wohl nie genossenen Ohrenschmaus zu bereiten und dreystimmig den 'bayrischen Hiasl' vorzutragen, was sich dann unter obligater Begleitung der donnernden Wogenbrandung ganz herrlich ausnahm und uns höchst ehrenvollen Beyfall erwarb. Wir hörten die schönen blondhaarigen Meerfrauen ganz deutlich in den Wellen platschen. Schade, daß wir wegen der ungenügenden Mondbeleuchtung sie nicht auch sehen konnten, wie sie von allen Seiten gegen das Ufer geschwommen kamen, dem schönen Liede zu lauschen aus dem Munde der schönen fremden Gesellen " 105)

Neumayr ist kein Kind der Traurigkeit. Er ist ein geselliger, fröhlicher und gemütlicher Mann, dem man in manchen Dingen wohl zu Recht vorwirft, er sei ein "unverbesserlicher Optimist". Die Frankfurter Zeit ist für ihn nicht nur eine Zeit der politischen Arbeit, sondern - ich erinnere nur an den Ausspruch von der "schönen Zeit", um die er sich und die anderen nicht durch das Halten von Reden bringen will - auch ein Abschnitt, den er zu genießen versteht. Dennoch - und damit komme ich auf seine enge und glückliche Bindung an die Familie zurück - ist ihm voll zu glauben, wenn er bekümmert schreibt: "Das gewohnte Familienleben misse ich mit jedem Tag schwerer." 106)

Im Privaten zeigt sich Max von Neumayr also von einer durchaus sympathischen Seite. Aus seinen Briefen spricht ein warmer und herzlicher Ton, der Offenheit mit Humor verbindet. -

3. Neumayrs Menschenschilderungen

Die Menschenschilderungen Neumayrs werden hier in erster Linie um Neumayrs selbst willen behandelt. Sie - es sind hier nur die wichtigsten und ausführlichsten herausgegriffen - helfen mit, seinen eigenen Charakter zu deuten. Dadurch, wie Neumayr andere beschreibt, zeigt er sich uns selbst. Die Schilderungen der Menschen, mit denen es Neumayr - und sei es nur einmal - zu tun hatte, erweisen sich als Bumerang, der zu seinem Werfer zurückkommt.

Es ist verständlich, daß eine Gestalt wie Heinrich von Gagern¹⁰⁷⁾ auf den 40jährigen Ministerialrat Eindruck macht. Neumayr schildert ihn bereits in einem seiner ersten Briefe:

"((...)) jedenfalls haben wir die anerkannt ausgezeichnetste Zelebrität in unseren Reihen; Heinrich von Gagern. Ich wollte, ich könnte ihn Euch zeigen, wiewohl es nicht in jeder Beziehung gut wäre: Denn Tante Amalie z. B. würde ihr Herz so ganz und gar an ihn verlieren, daß sie kein Pfötchen machen könnte. Ein wahrer, zuslicher Filznummer!! - Dem Alter nach scheint er ein angehender Fünfziger. Sein Wuchs ist hoch, kräftig, seine Haltung edel und imposant. Eine hohe Stirne, etwas schroff vortretend; die Haare ziemlich kurz ((und)) ein klein wenig struppig, eine Mischung von schwarz und grau; die dunklen Augenbrauen, eng zusammentretend, buschig, aber edel gezogen, geben der ganzen Physiognomie den vorherrschenden Eindruck tiefen Ernstes. Das dunkle Auge ist unbeschreiblich schön, der Blick - melancholisch umwölkt, so lange kein äußerer Gegenstand ihn besonders anzieht - wird scharf und durchdringend, wenn die Aufmerksamkeit angeregt ist und wirft Glut und Flammen bey gesteigertem Affekte. Das Organ ist tief und ein wenig rau, was sich aber sehr gut ausnimmt; es mahnt an den verstorbenen Esslair, und rollt wie Donner, wenn er gegen die Republikaner sich erhebt. Der Mund ist von ächt napoleonischem Schnitte." ¹⁰⁸⁾ Der Napoleon-Vergleich scheint das höchste Prädikat des Maximilian Ludwig Napoleon Neumayr gewesen zu sein. Noch ein zweitesmal wird es Gagern verliehen:

"Unter den vielen eminenten staatsmännischen Eigenschaften Heinrichs von Gagern ist die unter anderen an Napoleon gerühmte Gabe, hinter einem steinernen undurchdringlichen Gesichtsausdrucke seine Gedanken und Empfindungen zu verbergen, nicht begriffen. Er ist in dieser Beziehung das direkte Widerspiel Bonapartes, und ich habe nie ein Gesicht gesehen, das so schön, so scharf, so ausdrucksvoll den inneren Gang der Ideen und Empfindungen bezeichnet und abspiegelt. Ich sehe ihn oft lange an, und ich meine, ich sollte stenographieren nach diesem Gebärdenspiel und getreu und richtig

Akt nehmen von Allem, was er gleichzeitig denkt und fühlt. Da hättet Ihr ihn nun sehen sollen, wie er bey dem Beginn der Rede ruhig an seinem Tisch saß, der unmittelbar hinter der Tribüne und dieselbe beträchtlich überragend sich erhebt; wie er bald aufstand und dem Redner mit sichtlich peinlicher Spannung folgte, wie Verlegenheit, Ironie und Ärger fortwährend auf seinem Gesichte wechselten, bis er zuletzt dastand, halb nach der Seite gewandt und, die Arme über der Brust verschränkt, auf seinen schwadronierenden Kollegen herabschaute mit dem Ausdruck einer so souveränen, tödlichen Verachtung, daß der arme Hermann hätte in Stein verwandelt werden müssen, wie die Opfer der Meduse, wenn sein Auge diesem eisigen Blicke begegnet wäre." 109)

Nur ein einziges Mal, gegen Ende der Nationalversammlung, läßt Neumayr etwas Negatives über Heinrich von Gagern verlauten: "((...)) der ein wahrer politischer Trentler 110) geworden ((ist))" 111), schreibt er über ihn an seine Frau. Vergleicht man Neumayrs fast durchweg positive Stellungnahme zu Gagern mit anderen zeitgenössischen Schilderungen, etwa mit der des Grafen Hegnenberg-Dux 112), der wahrhaft backfischähnlich für Gagern schwärmt, so fällt bei Neumayr doch noch eine gewisse wohlthuende Distanz auf. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß Neumayr von Gagern wirklich beeindruckt ist; sich von diesem aber hinreißen zu lassen, ist nicht die Art Neumayrs.

Fast bauernschlau ist die Art und Weise zu nennen, in der Neumayr die Bekanntschaft mit Friedrich Ludwig Jahn (1778 - 1852) anknüpft. Lustig - man spürt das behagliche Schmunzeln in fast jeder Zeile - berichtet er vom "Urturner Jahn":

"Neulich machte ich auch die Bekanntschaft von Vater Jahn, dem deutschen Urturner. Das ist ein närrischer alter Kautz! Er muß ein tiefer Siebziger seyn, ist aber dabey nicht bloß, was man rüstig nennt, sondern bey seltener Muskelkraft und Gewandtheit. Er turnt noch zuweilen. In seinem Äußeren gleicht er auffallend dem Eremiten von Gauting, nur ist er von höherer und weit kräftigerer Statur, Haar und Bart, letzterer bis an den Magen reichend, sind schneeweiß. Das Auge ist noch lebhaft, das Gesicht verwittert wie die Rinde eines alten Eichstamms; der Ausdruck desselben bezeichnet derben Humor, welcher auch in allen Reden Jahns sehr entschieden zu Tage tritt. Er trägt immer eine zwilchene Pumphose, einen schwarzen deutschen Rock, einen übergeschlagenen weißen Hemdkragen von kolossalen Dimensionen und ein schwarzes Samtmützchen, welches er auch in der Paulskirche nicht abnimmt. - Wir sind bereits dicke Freunde geworden und gestern erst noch bis gegen Mitternacht im Weidenbusche plaudernd zusammen gesessen, ((...)). Alles auf der Straße kennt, alles grüßt den

alten Jahn. Die Art unseres Bekanntwerdens war aber sehr originell. Vergangenen Montag, gleich am ersten Tage meines Hierseins, war er mir vormittags in der Paulskirche von ferne gezeigt worden. Nachmittags durch die Stadt schlendernd, begegnete ich ihm auf der Zeil. Ich grüßte ihn auch, wie fast alle Vorübergehenden tuen, war aber sogleich mit mir darüber einig, daß das bey Vater Jahn nicht auf die gewöhnliche Art mit Kratzfuß und Hut-abziehen geschehen dürfe, sondern begnügte mich in urdeutscher Gemütlichkeit mit dem Kopfe und dem rechten Handgelenke zu schlenkern und ihn dabei treusinnig durch die Brille anzublicken. Das war die rechte Art. Er blieb stehen, faßte mich bey der Hand und sprach: "Freund! Hätten Sie jetzt wohl Lust nach einem Krug Bier? Wie wäre es, wenn wir zusammen einen leerten?" Ich schüttelte ihm die Hand so krautkräftig, als mir zu Gebote stand, und gegenredete: 'Freund, ein solcher Aufruf ist an mir noch nie verloren gegangen, und Vater Jahn zu Ehren trinke ich wohl auch einmal einen Schluck über den Durst!

Somit war der Bund geschlossen, er faßte mich unter den Arm und wir wanderten nun zusammen und sprachen von des deutschen Volkes Notdurft. Gestern erzählte er mir auch, wie er zum Turner geworden. 'In meiner Jugend', sagte er, 'waren meine Sinnesorgane außergewöhnlich scharf - Gesicht, Geruch, Gehör, wie die eines amerikanischen Wilden. Als zehnjähriger Knabe diente ich den Paschern (Schmugglern) als Kundschafter. Wenige Jahre später war ich ihr Führer. Von ihnen lernte ich klettern, von den dänischen Matrosen schwimmen und die Büchse führen von den hannoveranischen Wilderern.' Ich lachte über diesen seltsamen Cursus praktischer Jugenderziehung. 'Ja, sehen Sie, Freund', setzte er bey, 'den Jagdgesetzen habe ich nie eine verbindliche Kraft eingeräumt. Wie könnte ich auch? Das ist ja barer Unsinn. Ebensogut könnte ja auch der Kurfürst von Brandenburg damals ausschließlich das Recht sich vorbehalten, seinen Bauernmädchen die Flöhe wegzufangen.' - Dieses und noch viel anderes sprach zu mir Vater Jahn, der Urturner. " 113)

Die Figur Jahns ist auch in späteren Jahren, vor allem aber zu seinen Lebzeiten reichlich umstritten. Bei weiten Kreisen der Bevölkerung, vor allem beim sog. gebildeten Bürgertum gilt er als Sonderling, als Eulenspiegel oder Narr. In seiner Untersuchung über das Jahn-Bild stellt Fritz Eckardt dar, daß die meisten Urteile negativer oder ironischer Art "vollendet in der Form, gezwungen in ihrer Geistreichigkeit, gesucht in den Bildern" 114), sind. Dies trifft zum Teil auch auf Neumayrs Schilderung zu. Überdies dürfte der Vergleich mit dem "Eremiten von Gauting" nicht von Neumayr selbst stammen, sondern von ihm als gängiges Wort übernommen sein. 115) Neumayr stellt das Schrullenhafte an Jahn sehr stark heraus; er urteilt ganz von der hohen Warte des gebildeten Bürgers, der solch "wunderliche Heilige" mit

einem amüsierten Lächeln zu tolerieren weiß,

Als dritte Schilderung aus dieser Zeit sei die des Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860) angefügt:

"Da muß ich aber auch noch des alten Arndt erwähnen, des Lieblings aller Damen und aller Männer ebenso, Der war ganz aus dem Häusel, wie man in München zu sagen pflegt, Nicht leicht sieht man eine Persönlichkeit, in welcher das Ehrwürdige und Possierliche zu einer so glücklichen Mischung sich zusammengegeben haben. Sein Äußeres erinnert mich, so oft ich ihn sehe, jedesmal an den seligen Ramlo, den berühmten Hofbratschisten; namentlich hat er ganz wie dieser jenes einnehmende, liebevolle Nußknackerlächeln; an Statur ist er etwas weniger schwächlicher, auch trägt er keinen Haarpuder, dagegen ist aber sein Gesicht mit einem äußerst dünnbehaarten, schneeweißen Colier grèque geziert. Zu einem dunkelblauen Gehrocke, der mit einem stehenden Kragen besetzt und durch eine Reihe von Knöpfen bis an den Hals geschlossen ist, trägt er ein gewaltiges Barett. Er spricht immer mit der größten Lebhaftigkeit, wiewohl, da ihm die Zähne mangeln, etwas unverständlich, was er aber durch äußerst energische Gestikulationen - meist mit beiden Armen und Beinen zugleich - tunlichst zu verbessern sucht. Wer diesen alten Arndt sieht, der muß ihn lieb haben vom ersten Augenblick an. Jede Rede, jedes Wort aus seinem Munde atmet Vaterlands- und Menschenliebe. Letztere erstreckt sich nun freilich auch häufig auf die längst in Thor und Odin selig verstorbenen Cherusker, Quaden, Hermunduren u. s. w. Wenigst führt er sie gern im Munde und läßt sich nicht so leicht einen Anlaß entgehen, auf selbe zu sprechen zu kommen. Die Schaffung der Executivgewalt als der erste praktische Ausdruck des deutschen Gesamtbewußtseyns und die glückliche Wahl des Reichsverwesers hatten ihn natürlich auf das Tiefste angeregt. Der schönste Traum seines langen Lebens beginnt sich zu verwirklichen. Schon am Tage, an dem der Reichsverweser seinen Einzug hielt, hatte er sein Barett mit einem mächtigen Eichenzweig geschmückt, welcher ihm das Gesicht bis über die Nase beschattete, und auf die Gefahr hin, erdrückt und zertreten zu werden, war er in dem unbeschreiblichen Menschengewoge der Nächste bey dem Portale des Absteigequartiers. Bey dem Banket war er vollends in der exaltiertesten Stimmung und schoß auf und nieder wie ein Eichhörnchen; man kann sich keinen possierlicheren und zugleich tieferführenderen Anblick denken als diesen alten Mann." 116)

Es fällt bei allen drei Schilderungen als gemeinsames Hauptmerkmal die enorme Genauigkeit und die Ausführlichkeit auf, mit der das Äußere der jeweiligen Person dargestellt wird: Augenausdruck, Haare, Zähne, die Kleidung bis ins Detail. Dem geht voraus oder schließt sich an der Vergleich

mit einer mehr oder weniger bekannten Persönlichkeit; hoch gegriffen bei Gagern, vertrauter für den damaligen Leser bei Jahn und bei Arndt. Hinzu tritt eine Beschreibung des Verhaltens, die je nachdem eine bewundernde, eine herablassend-ironische oder eine sympathisierend-überspitzende Färbung trägt. Niemals aber gelingt Neumayr im eigentlichen Sinne eine Charakteristik. Er drängt nicht hinter das sich ihm anbietende Bild. Die Beschränkung Neumayrs offenbart sich hier im Mangel, aus seinen Beobachtungen Schlüsse ziehen und sie interpretieren zu können. Was er liefert, sind Bildbeschreibungen, keine Bilddeutungen.

Die Würze von Neumayrs Menschenschilderungen, ja seiner Briefe überhaupt, ist die spaßige und humorvolle Art, in der sie geschrieben sind. Wenn Neumayr häufig Menschen und Dinge nicht so ernst nimmt, wie sie vielleicht genommen werden wollen, so zeigt er damit vielleicht sein Bestreben, Abstand zu ihnen zu gewinnen. Dies gelingt ihm jedoch - hier wie später! - nur dann einigermaßen, wenn der negative Aspekt eine Rolle spielt. Bei Gagern z. B., den er sehr bewundert zu haben scheint, ist die von ihm sonst aufgerichtete Distanz bereits gefährlich klein geworden. Es wäre daraus zu folgern, daß ein positives Urteil Neumayrs mit weit mehr Vorsicht als ein negatives entgegzunehmen ist. -

4. Beurteilung

Max von Neumayr kommt in der Frankfurter Nationalversammlung keine erkennbare politische Bedeutung zu. Von daher wäre die Aussage Robert Heßlers hinreichend: "ein junger talentvoller Mann von dem schönsten Eifer." 117) Der Ministerialrat gehört wohl zu jenen bayrischen Hinterbänklern, von denen Graf Hegnenberg-Dux 118) humorvoll schreibt:

"Die gräßlichsten Gesichter aber schneiden unsere Ministerial-, Apell-, Oberappell-, Regierungs- und Hofräte; das ist wirklich ein kostbares Volk. Mit der ängstlichsten Gewissenhaftigkeit vermeidet dieses Häuflein jede Berührung mit Fremden und scharrt sich zusammen wie die Schafe beim Gewitter. Nach des Tages Müß' und Lasten sitzt dann die muntere Gesellschaft hinter dem heimatlichen Krug Bier, sehnt sich nach den bayerischen Knödeln, Nudeln, Akten und Bürogenüssen, schimpft weidlich über die greuliche Zeit und findet den letzten Trost in dem Umstande, das von den 7 Gulden Diäten doch alle Tage ein Paar ersparte Batzen übrigbleiben." 119)

Neumayr ist seiner politischen Überzeugung nach zuallererst Weiß-Blau. Er ist gegenüber seiner Regierung und vor allem gegenüber seinem Königs-

haus loyal. Den Souveranitätsansprüchen der Nationalversammlung steht er skeptisch bis ablehnend gegenüber. Er ist damit den Konstitutionalisten zuzurechnen, "denen es genügte, die monarchische Gewalt zu beschränken durch verfassungsmäßigen Anteil der aktiven Staatsbürger, vorzugsweise der Mehrbesitzenden und Gebildeten." 120) Neumayr ist, zumindest was die Jahre 1848/49 anlangt, in dieser Hinsicht schichtspezifisch. Als Bayer vertritt er das Ziel eines Gesamtdeutschlands, d. h. unter Einschluß Österreichs, in dem Bayern eine Mittlerrolle zugedacht ist. Da sich dieses Programm in der Nationalversammlung nicht durchzusetzen weiß, ist er mit ihrem Scheitern zumindest ausgesöhnt. Dazu trägt auch seine Furcht vor den Radikaldemokraten bei, gegen die er sich scharf, ohne jedes Verständnis für deren Ziele, abgrenzt.

Daneben zeigt sich Neumayr doch auch als Bürokrat, der es gewohnt ist, politische Entscheidungen zu verwalten, nachzuvollziehen, nicht sie selbst zu initiieren. Er kann keineswegs als 'Vollblutpolitiker' gelten. Im Gegenteil: seine Erkenntnis, daß sich deutsche Politik nicht durch bloßes Abstimmen (durch die "Sitzorgane") machen läßt, und noch mehr die daraus resultierende Schicksalsergebenheit stellen ihm in dieser Hinsicht eigentlich ein Armutszeugnis aus.

Die Briefe aus der Paulskirche verraten uns noch eine ganze Reihe rein persönlicher Eigenschaften. Hervorzuheben ist zunächst Neumayrs überdurchschnittliche Beobachtungsgabe und Wiedergabefähigkeit, die einem Journalisten zur Ehre gereicht hätten. Allerdings muß angefügt werden, daß Neumayr seinen Schilderungen kaum jemals eine Analyse anfügt; dies nur darauf zurückzuführen zu wollen, daß es sich hier eben um Privatbriefe, um Briefe an seine Frau, handelt, schiene mir nicht gerechtfertigt.

Eng verknüpft mit dieser Eigenschaft ist auch Neumayrs Vorliebe für Distanz zu den Personen und Geschehnissen. Um sie aufrechterhalten zu können, dienen ihm seine "gute Portion Fatalismus", sein unleugbar vorhandener Humor, aber auch eine gewisse Ängstlichkeit vor dem Engagement.

Insgesamt erscheint Neumayr als eine eher durchschnittliche, jedoch nicht unsympathische Persönlichkeit.

Dies alles ist die Basis, von der aus sein weiterer Lebensweg verstanden werden sollte. -

III) GESANDTER IN WÜRTTEMBERG

1849 - 1859

1. In speziellem Auftrag in Stuttgart Sommer 1849

"Komme ich übrigens nach München, so habe ich keineswegs Lust, mich sogleich in die Bürohetze zu werfen, ((...)). Ein paar Wochen der Erholung habe ich jedenfalls sauer verdient ((...))" 121), schrieb Neumayr kurz vor seinem Austritt aus der Frankfurter Nationalversammlung seiner Frau. Lange kann jedoch diese Erholung - wenn sie überhaupt stattgefunden hat - nicht gewährt haben und von Bürohetze kann auch nicht die Rede gewesen sein. Man hatte mit diesem Beamten, der sich durch sein politisches Verhalten in der Paulskirche empfohlen hatte, andere Pläne, als die, ihn ins Ministerium zurückzuholen. Was Neumayr als Begründung für seine großdeutsche Haltung angeführt, vielleicht, was wahrscheinlich ist, übernommen hat, in erster Linie nämlich die wirtschaftliche Abschnürung Bayerns durch die Schaffung eines Deutschlands ohne Österreich, scheint nach dem Zerschlagen der Nationalversammlung auch die Haltung der bayrischen und österreichischen Regierungen, vertreten durch Ludwig Frhr. von der Pfordten und Fürst Schwarzenberg, bestimmt zu haben. Es ging also um eine wirtschaftliche Verknüpfung mit Österreich, eine Zollunion, weiterhin um eine Stärkung der sogenannten Mittelstaaten durch einen Zusammenschluß - über den freilich die Mittelstaaten sehr unterschiedliche Auffassungen hatten - und für Österreich darum, den Anschluß an das eigentliche Gebilde Deutschland nicht vollends zu verlieren. Um diese Ziele vereinen zu können, mußte Österreich an einer Distanzierung Bayerns von Preußen und einer Anlehnung an Österreich, Bayern an einer verbindlichen Abstimmung der Mittelstaaten - wenn irgend möglich unter bayrischer Hegemonie - und an engem Kontakt mit dem östlichen Nachbarn liegen. Ganz in diesem Sinn liegt der Vorschlag des Fürsten Schwarzenberg zur Bildung eines 'Süddeutschen Bundes', zu dem die Initiative von Bayern ausgehen und dem neben Bayern noch Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt angehören sollten. Österreich hätte diesen Bund unter seinen Schutz gestellt und mit ihm eine Zollunion geschlossen, 122) Das Ziel ist klar: die de jure Schaffung einer dritten Macht in Deutschland, die de facto von der zweiten, Österreich, abhängt und somit zu einer entscheidenden Stärkung Österreichs und auch - durch seine erstrebte Hegemonialstellung - Bayerns, sowie zu einer ebenso entscheidenden Schwächung Preußens geführt hätte. Für Österreich war die beabsichtigte "Trias" nicht

nur das kleinere Übel gegenüber dem größeren Kleindeutschlands mit Hegemonie Preußens, sondern auch ein trojanisches Pferd.

Doch die Mittelstaaten werden nicht nur von Österreich, sondern auch von Preußen umworben. Der preußische Unionsplan ¹²³⁾ sah die Zurückdrängung Österreichs vor und war eindeutig auf die künftige Führungsrolle Preußens zugeschnitten.

Dieser Plan stand in krassem Gegensatz zur Haltung des bayrischen Königs und seiner Regierung. Klipp und klar formuliert dies Pfordten im April 1849 in einem Schreiben an den damaligen bayrischen Gesandten in Stuttgart, Freiherrn von Malzen:

"Seine Majestät ((...)) und dessen Regierung werden fest in dem Grundsatz halten, daß ein Anschluß Österreichs aus Deutschland ebenso rechtswidrig als für das übrige Deutschland selbst verderblich seyn würde. Sie werden daher nicht blos zu einem solchen Ausschluß nicht mitwirken, sondern allen hierauf abzielenden Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit allem Ernste entgegenreten." ¹²⁴⁾ Es ist möglich, daß Neumayrs Analyse vom 14. April ¹²⁵⁾ auf die Haltung der bayrischen Regierung eingewirkt hat; wahrscheinlich ist es jedoch, daß sie auch ohne Neumayrs Erkenntnisse zu dieser Haltung gefunden hätte. Für Bayern jedenfalls waren die Vorstellungen Österreichs bei weitem akzeptabler als die Preußens. Männer, die das Vertrauen der bayrischen Staatsführung erlangt hatten, wurden zu Sondierungsgesprächen in die Staaten entsandt, die mit Bayern zu einem Süddeutschen Bund vereint werden sollten. Für die Sondierungen in dem für diese Verhandlungen wichtigsten Staat, Württemberg, wurde Max von Neumayr ausersehen. ¹²⁶⁾

Die Haltung Württembergs - genauer die seines Königs - war ein großer Unsicherheitsfaktor der bayrischen Triaspolitik und sollte es noch lange bleiben. Unabhängigkeitsstreben und Mißtrauen gegen alle, die dieses auch nur im entferntesten hätten gefährden können, kennzeichneten die Grundhaltung König Wilhelms I. von Württemberg. Sein Mißtrauen richtete sich nicht nur gegen die mächtigen Reiche Österreich und Preußen, sondern auch gegen seinen Nachbarn Bayern, dessen Hegemonieanspruch innerhalb einer zu schaffenden dritten Macht ihm äußerst suspekt erschien. ¹²⁷⁾ Wilhelm war zwar Befürworter einer Stärkung der Mittelstaaten, wollte aber den föderativen Charakter gegenüber der von Bayern angestrebten Zentralposition sehr stark betont wissen. Die Rivalitätsgedanke bei Württemberg wie bei Bayern bedeutete ein großes handicap für die konsequente Verfolgung einer Mittelstaaten-Politik. Es nimmt nicht Wunder, daß Bayerns Politik gegenüber Württemberg von einem steten Drängen nach Loyalität, nach einer Haltung, bei der sich Bayern hätte sicher fühlen dürfen, bestimmt wurde. Die Unsicherheit der bayrischen Regierung bezüglich

der Haltung Württembergs wurde noch durch die dortigen innenpolitischen Verhältnisse verstärkt, Mußte sich der König von Württemberg schon im Januar 1849 dem Druck der Kammern und vor allem des Ministeriums Römer beugen und - als erster Fürst von größerer Bedeutung! - die Grundrechte der Nationalversammlung akzeptieren, so unterlag er ebenfalls bei dem Problem der Anerkennung der Verfassung des deutschen Volkes, Wilhelms anfängliche Weigerung verursachte Unruhen im ganzen Land; schließlich konnte er dem Drängen nicht mehr widerstehen. Die Lage blieb dennoch infolge der preußischen Ablehnung der Kaiserkrone gespannt. Der bayrische Gesandte Frhr. v. Malzen schrieb am 25. April 1849 an Pfordten: "((...)) daß also Württemberg nunmehr unbedingt der Reichsverfassung sich unterwirft ((...)). Die Revolution ist in Württemberg - man wüßte nicht, durch was sie noch aufzuhalten sei - im vollsten Anzuge." (128) Eine Welle von Aufständen, deren Ziel es war, der Reichsverfassung zur Anerkennung zu verhelfen, durchlief Württemberg, Baden und Sachsen. Die in Frankfurt zunächst noch verbliebenen Reste der Nationalversammlung verlegten ihren Sitz nach Stuttgart und tagten dort als sog. Rumpfparlament. Der württembergische Justizminister Friedrich Römer (1794) - 1864) ursprünglich ein führendes Landtagsmitglied liberaler Prägung, 1848 Minister im Märzministerium und in der Paulskirche zur extremen Linken zählend -, von der Aussichtslosigkeit eines Aufstandes überzeugt und um Württemberg Blutvergießen zu ersparen, untersagt dem Rumpfparlament die weitere Tätigkeit und läßt es schließlich auflösen. (129) Im Sommer 1849 ist Römer der eigentliche spiritus rector der württembergischen Politik. So ist es nicht verwunderlich, daß Neumayr mit diesem Manne politischen Kontakt aufzunehmen und zu halten hat.

Ein Brief König Max II. vom 1. Juli 1849 an seinen Justizminister Karl Joseph von Kleinschrod zeigt, wie groß die Unsicherheit auf bayrischer Seite bezüglich der Haltung der anderen süddeutschen Fürsten gewesen ist und wie vorsichtig die Fühler ausgestreckt wurden, um die Utopie der 'Dritten Macht' Wirklichkeit werden zu lassen: "Ich bin vollkommen einverstanden, daß nunmehr die Stellung Neumayrs gegenüber dem Staatsrat Römer geändert werde. Wollen Sie daher unverzüglich an Neumayr schreiben, ich hätte seine Mitteilungen mit Vergnügen empfangen, er solle vorläufig Römer im Vertrauen eröffnen, daß er Auftrag habe, mit ihm zu verhandeln, und namentlich dahin wirken, daß Württemberg ja in nichts einseitig mit Preußen abschließe, sondern Hand in Hand mit Bayern gehe. Er möge gleichzeitig Römers Ideen über die Verhältnisse zu Preußen zu erfahren suchen und ihm mitteilen, daß bereits in der den Zweck von Neumayers Sendung bildenden Angelegenheit an den Staatsminister von der Pfordten geschrieben sey und daß nach dessen Antwort Römer augenblicklich das Nähere mitgeteilt werde. Die Idee eines süddeutschen Bundes für den Fall, daß mit Berlin nichts zu machen sey, mag er

vorläufig nur hinwerfen und hören, was Römer dazu sagt; ferner eröffnen, daß man in Wien und Berlin ein wesentliches Resultat bis jetzt nicht habe erzielen können, obwohl man bemüht gewesen, eine Verständigung zu Wege zu bringen. Ich möchte ferner, daß Sie unverzüglich an von der Pfordten nach Berlin schreiben und ihm bezeichnen, daß dies in Meinem Auftrag geschehe, um seine Meinung darüber zu erfahren, ob man die Grundlagen, auf welchen er in Wien und Berlin verhandeln wollte, und die deshalb von ihm selbst verfaßte These, auch die dem Gesamtministerium nicht vorgelegte Instruction, nach Württemberg vorgelegt werden könne, bei welcher Gelegenheit es angemessen seyn wird, ihm die ganze Sachlage der Sendung Neumayrs ausführlich darzufassen und seine Ansicht in der Sache zu erhalten. Er möge ja den Badischen und die Hessischen Gesandten in Berlin recht ins Auge fassen und Alles aufbieten, sie uns möglichst zu gewinnen. Ich hätte gestern abermals und dringend nach Darmstadt geschrieben und ob es nicht gerathen wäre, sich wegen Badens an die österreichisch gesinnte und einflußreiche Großherzogin von Baden zu wenden, ob man sich damit nicht für später die Hände binde. Er möge sich ausführlich darüber äußern, wie man in der Sache ein gemeinschaftliches Handeln erzielen könne und was hierin zu geschehen habe." (130)

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, ist Neumayr vom bloßen Erkunder zum Verhandlungspartner avanciert. Es dürfte nicht fehlinterpretiert sein zu vermuten, daß diese Verhandlungen sich im wesentlichen auf die deutsche Frage konzentrierten. Besonderes Augenmerk gilt hierbei natürlich dem Verhältnis von Württemberg und Preußen. Immerhin hatte sich die württembergische Politik durch die Annahme der Reichsverfassung der kleindeutschen Lösung - genau wie die Nationalversammlung - angepaßt und hiermit zumindest nach außen hin eine bedingte Zuwendung zu Preußen vollzogen. Freilich war das Rumpfparlament vierzehn Tage vor diesem Brief aufgelöst worden, aber wer konnte in diesem knappen Zeitraum darin schon die für eine wirksame Triaspolitik unumgängliche Wende erkennen? War es nicht möglich, daß Württemberg sich dem preußischen Unionsprojekt aufgeschlossen zeigte? Wie isoliert wäre dann Bayern ohne Württemberg, ohne die anderen Mittelstaaten dagestanden, dem trügerischen Freund Österreich fast ausgeliefert? Diese Besorgnis spricht aus den Zeilen König Max' II. und zeigt das unsichere Lavieren Bayerns auf der Suche nach einer gemeinsamen Haltung der Mittelmächte.

Ende Juli 1849 kehrt Neumayr von seinen Sondierungsgesprächen mit Römer zurück. Neben dem Wunsche Römers, sich persönlich mit Pfordten zu besprechen, übermittelt er eine Denkschrift, in der die württembergische Haltung zur deutschen Frage dargestellt wird.¹³¹⁾ Römers Vorstellungen weichen von dem Gedanken einer wirklich unabhängigen, sowohl gegen

Österreich wie auch gegen Preußen eigenständigen Trias ab. Er schlägt eine starke Anlehnung an Österreich angesichts der Übermacht Preußens und der von ihm abhängigen Staaten vor. Zudem befürwortet er ein Fürsten-Kollegium an der Spitze eines Bundes, das "bloß aus den lebenskräftigen Staaten zusammengesetzt werden sollte, und diese wären außer Österreich und Preußen: Bayern, Württemberg, Hannover und /:kaum:/ Sachsen." 132)

Man sieht an diesem Beispiel deutlich, daß die großen Mittelstaaten sich nicht prinzipiell von den Großmächten Preußen und Österreich unterschieden; auch sie versuchten ihre Positionen auf Kosten der kleineren Staaten zu stärken. An diesem Egoismus, den selbst der Druck Preußens nicht zu beseitigen vermochte, ist die Triasidee vor allem gescheitert.

Wie so vielen Bemühungen in der deutschen Frage scheint auch Neumayrs Bemühungen nicht nachhaltiger Erfolg beschieden gewesen zu sein. Minister Römer nämlich muß bereits im Herbst 1849 nach der von König Wilhelm verlangten Ablehnung des preußischen Unionsplans zurücktreten. König Wilhelm hatte gezeigt, daß er wieder in der Lage war, die Politik seines Landes zu bestimmen. Die Zeit der Reaktion bricht an. -

2. Privates, Werdegang, Sonderfälle

Mit Wirkung vom 1. November 1849 wird Max von Neumayr "in temporärer Beauftragung bis auf Weiteres" nach Stuttgart entsandt, "um die da-selbst vorkommenden diplomatischen Geschäfte ((...)) zu versehen." 133) Eine weitere Bestimmung unterstreicht noch deutlich, daß man in München erst sehen will, ob sich Neumayr bewähren würde: "Dabei haben Allerhöchstdieselben sich bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der K. Ministerialrath M. Neumayr in seiner dermaligen Eigenschaft verbleibe und seiner bisherigen Laufbahn erhalten, somit der Diplomatie nicht förmlich eingereiht werde." 134) Seine Besoldung bleibt damit die gleiche wie bisher, nämlich 3000 fl pro Jahr. Hinzu treten allerdings monatliche Spesen von 200 fl, so daß Neumayer de facto über 5400 fl im Jahr verfügen kann. Neumayr trifft etwa am 22./23. November 1849 in Stuttgart ein und mietet dort "das Quartier des Schneidermeisters Fritz in der Kronenstraße 28, welches Baron von Malzen bisher innegehabt hat", für 800 fl, wobei er selbstverständlich Mietsfreiheit bis Lichtmeß aushandelt. 135) Am 23. noch wird er von Freiherrn von Wächter-Spittler zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens empfangen; am 25. ist die Audienz beim König. Ende November trifft schließlich die Familie in Stuttgart ein.

Durch Fleiß, Eifer wie auch durch seine exakte, ausführliche Bericht-
 erstattung scheint sich Neumayr verhältnismäßig rasch das volle Vertrauen
 seines Vorgesetzten von der Pfordten, das der württembergischen Regierung
 durch Umgänglichkeit, Vertrauenswürdigkeit und das des württembergischen
 Königs vielleicht auch durch eine gewisse Naivität erworben zu haben.¹³⁶⁾
 Ein Jahr nach seiner interimistischen Berufung nach Stuttgart fragt Pfordten
 an, "ob Neumayr, so wie zu Anfang, sich noch immer der allerhöchsten
 Gnade Eurer Königlichen Majestät ((Wilhelm I.)) zu erfreuen habe und
 für den bejahenden Fall, ob es Euer Majestät nicht unangenehm seyn würde,
 daß Neumayr nun definitiv, vorerst aber nur als Geschäftsträger, denn er
 müsse alle Dienststufen durchmachen, beglaubigt werde".¹³⁷⁾ P. Hoffmann
 legt völlig zu Recht die Formulierung des württembergischen Gesandten in
 München, Graf Degenfeld: "Herr von Pfordten ist nun so sehr mit den Lei-
 stungen des Herrn von Neumayr zufrieden ((...))" ¹³⁸⁾ als ein "großes Lob
 für Neumayr" ¹³⁹⁾ aus, da Neumayr ja nicht aus dem eigentlichen Diplo-
 matenstand hervorging. Die positive Antwort aus dem königlichen Kabinett
 in Stuttgart erfolgt prompt, wobei besonders "die vorzügliche Geschäftsge-
 wandheit und der einnehmende Charakter" hervorgehoben werden und die
 Bemerkung einfließt, daß es besser sei, "mit einem Mann zu stehen, der
 hiesigen Kreisen sich bereits näher bekannt gemacht habe, als mit einem
 solchen, der die Verhältnisse erst neu würde kennen lernen müssen".¹⁴⁰⁾

Neumayr zeigt sich also als durchaus anerkannte und wohlgelittene
 persona grata. Somit steht Neumayrs Ernennung zum Geschäftsträger in
 Stuttgart nichts mehr im Wege; der Tag seiner Accreditation ist der
 16. November 1850. Als Graf Degenfeld Pfordtens Wunsch mitteilte,
 schrieb er noch, um in dem württembergischen König gar nicht erst den
 Gedanken an einen Affront durch den minderen Rang Neumayrs wach wer-
 den zu lassen: "((...)) ich auch wohl annehmen dürfe, daß, wenn die
 Person angemessen, Euer Majestät auf den derselben zu verleihenden Ti-
 tel keinen besonderen Wert legen werden, um so mehr, als aus des Mini-
 sters Mittheilung der Übergang vom Geschäftsführer zum Gesandten ersicht-
 lich sey." ¹⁴¹⁾ Zweieinhalb Jahre später ist es dann soweit: nachdem Neu-
 mayr von seiner bevorstehenden Beförderung schon am 12. März 1853 erfah-
 ren hatte ¹⁴²⁾, und es Anfang April auch in den Diplomatenkreisen allge-
 mein bekannt war, wird er am 16. April 1853 zum Ministerresidenten be-
 fördert; seine Gehaltserhöhung beträgt 1000 fl.¹⁴³⁾ Im September 1856
 erfolgt dann eine weitere Steigerung der Bezüge um 600 fl auf insgesamt
 7000 fl pro Jahr.¹⁴⁴⁾

So fleißig Neumayr auch arbeitet, so findet er doch Gelegenheit, sich
 zu entspannen und, insbesondere in den Jahren 1851 bis 1856, Bücher zu

lesen und (vermutlich) alte Schulkenntnisse aufzufrischen. Hierbei bevorzugt der humanistisch gebildete Jurist vornehmlich griechische und römische Klassiker: Sophokles, Homer, Platon, Sallust, Ovid, Cicero, Livius, 145) Auch hierin ist Neumayr ganz Kind seines Jahrhunderts, das die alte Geschichte favorisierte. Offensichtlich bleibt die Familie nicht die ganzen zehn Jahre zusammen in Stuttgart. Zumindest der älteste Sohn, Max, der 1856/57 mit dem Studium beginnt, begibt sich zu diesem Zweck nach München. 1857 wird er von König Max II. ins Maximilianeum aufgenommen, worüber der Vater, weil er es nicht zu Unrecht auch als Anerkennung seiner eigenen Person ansieht, sehr geschmeichelt ist, 146)

Neumayrs Stellung in Stuttgart ist nicht die einfachste. Hierzu trägt nicht nur die politische Lage bei, die viel Fingerspitzengefühl, Takt und Zurückhaltung erfordert, sondern auch Neumayrs private Verhältnisse: seine, wie erwähnt, andersgeartete Berufsausbildung für den höheren Dienst im Innenministerium und somit das Fehlen einer diplomatischen Ausbildung (wenngleich ein gewisser Erfahrungsschatz auf dem Gebiet der Außenpolitik durch die Abgeordnetenzeit schon gegeben ist) und schließlich seine Herkunft aus dem Bürgerstand, anfänglich verbunden mit dem geringen Titel eines Geschäftsträgers; vor allem letzteres trägt nicht dazubei, Neumayr die Türen der Salons sofort zu öffnen. Er ist sich seiner handicaps sehr stark bewußt und reagiert empfindlich auf alle Etikettefragen. Zum Beispiel vermag ihn die Beförderung zum Ministerresidenten zu einem überschwenglichen Dankesbrief an Pfordten zu bewegen, den ein selbstsicherer Diplomat wohl nie in dieser Form geschrieben haben würde, 147) Auch auf jede tatsächliche oder vorgebliche Nichtachtung seiner Person in ihrer Eigenschaft als Vertretung Bayerns spricht Neumayr sensibelst an, so als er - wohl mehr infolge eines Versehens - 1853 anlässlich des Besuchs von Prinz Karl von Bayern nicht zur Hoftafel geladen wird, 148)

Dem bayrischen Hofe gilt Max von Neumayr während seiner Gesandtenzeit offenbar als durchaus vertrauenswürdig. Er wird z. B. auch mit Nachforschungen in so relativ delikaten Angelegenheiten befaßt, wie der Überprüfung eines angeblichen illegitimen Sohnes Max I. Joseph, 149)

Auch die württembergische Regierung zollt Neumayr - wenngleich erst gegen Ende seiner Laufbahn in Stuttgart - verdiente Ehrung. Im Januar 1859 wird Neumayr das Kommenturkreuz des Verdienstordens des Heiligen Michael verliehen, 150) Gewissermaßen als Ausdruck der Zufriedenheit und des Dankes für die geleisteten Dienste wird ihm schließlich anlässlich seines Scheidens von Württemberg das Großkreuz des Friedrichordens verliehen; wie P. Hoffmann bemerkt, "für einen Ministerresidenten eine ungewöhnliche Ehrung", 151)

In München vollzieht sich die Ablösung des Ministeriums Pfordten-Reigersberg. Pfordten selbst schlägt Frhr. von Schrenk als seinen Nachfolger vor.¹⁵²⁾ Die Neubesetzung des Postens des Ministers des Innern scheint noch am 11. April 1859 offen.¹⁵³⁾ In diesen Tagen fällt die Entscheidung und am 13. April erscheint Neumayrs Berufung dem preußischen Gesandten Löwenstein so gut wie sicher.¹⁵⁴⁾ Der bisherige Innenminister Graf Reigersberg und Neumayr tauschen die Plätze (eine Verlegenheitslösung?).

Max von Neumayr scheint sich in Stuttgart großer Beliebtheit erfreut zu haben, wie nicht nur die Ordensverleihungen beweisen. Sein Scheiden aus Württemberg wird "in allen Kreisen der Gesellschaft" mit "großem Bedauern" zur Kenntnis genommen.¹⁵⁵⁾

Neumayrs eigenes Resümee aber lautet, vielleicht etwas aufgebauscht, so:

"Wenn es wahr ist, daß nichts so sehr den Charakter bildet und kräftigt, als ein stetes Herumgeworfenwerden in extremen Situationen, so war es mir und meinem Charakter ((...)) allerdings beschieden, eine wahrhaft glänzende Schule am hiesigen Hofe durchzumachen." ¹⁵⁶⁾

3. Politische Verhältnisse Württembergs

Württemberg wird zu Anfang der fünfziger Jahre von einer wirtschaftlichen Krise heimgesucht. Die Ursachen dieser Depression sind zahlreich; ausgelöst wurde sie durch eine Reihe schlechter Ernten, wobei insbesondere einer mehrjährig grassierenden Kartoffelkrankheit große Bedeutung zukommt.¹⁵⁷⁾ Auch die Aufhebung der grundherrlichen Lasten, lange ersehnt und 1848/49 endlich vollendet, bringt nicht nur für die Grundherren starke finanzielle Einbußen mit sich ¹⁵⁸⁾, sondern schwächt auch die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe:

"Ein radikales Gesetz hatte eben erst die grundherrlichen Lasten gegen höchst unzulängliche Entschädigung als ablösbar erklärt. - Man machte dem Volk glauben, auch dieses Gesetz sey nur eine Abschlagszahlung, eine Übergangs-Phase; nicht nur die grundherrlichen Lasten, auch die Hypothekenzinsen würden demnächst ohne alle Entschädigung aufgehoben. - Diese Lehre fand überall ein geneigtes Ohr. - Überall, zumal auf dem flachen Lande, kam die Verweigerung der Hypotheken-Zinsen in rasche Annahme, selbst bey solchen, welche die Zahlungsmittel unschwer hätten aufbringen können ((...)). Das Geld, das zu ihrer Berichtigung hätte dienen sollen, wurde inzwischen begreiflicherweise nicht in Ersparnissen

angelegt, sondern verschleudert; und als dann nach Verlauf von ein paar Jahren die öffentlichen Verhältnisse sich consolidiert hatten, als die Rechtspflege wieder unbehindert im Amte waltete, und nunmehr diese angehäuften Zahlungs-Retardaten mit einem Male allenthalben eingeklagt wurden, da trat auch überall die Insolvenz zu Tage, " 159)

Am ärgsten trifft es die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Die Verschuldung nimmt enorme Formen an, Zwangsvollstreckungen sind an der Tagesordnung. Die Konkurslisten im württembergischen "Staatsanzeiger" sprechen eine deutliche Sprache. Nach Neumayr gab es 1834 noch 727 in der ersten Instanz anhängige Konkursverfahren; 1841 sind es 1208, 1845 2397, 1850 schon 3478. ¹⁶⁰⁾ 1852 berichtet Neumayr, daß vereinzelt schon ganze Ortschaften vergantet seien. ¹⁶¹⁾ Konsequente Folge dieser Verarmung und zunehmenden Arbeitslosigkeit ist eine erhöhte Inanspruchnahme der Armenpflege. Es wird berichtet, daß z. B. 1854 (erstes Halbjahr) etwa 150 000 Menschen von der Armenfürsorge leben. ¹⁶²⁾ Auch noch bemitteltere Schichten sind stark betroffen; u. a. durch das Sinken der Bodenpreise.

Neumayr beschäftigt sich in seinen Berichten intensiv mit den Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs. "Forscht man nach den Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung, so lassen sich allerdings sehr mannigfache nachweisen -, in den Rückwirkungen der Revolutions-Periode, in dem demoralisierenden Einflusse derselben auf einen großen Theil der Bevölkerung, in den Handels- und Finanzkrisen, in der Absorbierung großer Kapitalien durch Staats-Anleihen zum Nachtheile des Realkredits, in ungewöhnlichen Elementar-Ereignissen, in einer Reihe von ungünstigen Ernten, in Mängeln der Gesetzgebung, in Mißgriffen der Verwaltung. Damit ist sicherlich vieles, aber leider nicht alles gesagt. Wäre diese Aufzählung erschöpfend, so könnte das sociale Übel immerhin als heilbar betrachtet werden. Der eigentliche Sitz des Übels ist aber leider weit tiefer, er ist in jener Überbevölkerung gelegen, welche sich in Württemberg bereits zu einem so unnatürlichen Grade gesteigert hat, daß nur der Würgeengel der Pest oder ein mehrjähriger Krieg sie wieder ins Gleichgewicht zu bringen vermöchte, " 163)

Neumayr wartet als Beleg mit eindrucksvollen Zahlen auf. Württemberg hat, wie er berichtet, 1 733 263 Einwohner; das Staatsgebiet beträgt etwa 354 Quadratmeilen. Dies würde pro Quadratmeile 4900 Einwohner im Schnitt bedeuten; da aber etwa ein Drittel des Gebietes mit Wäldern bewachsen ist und zudem ein weiteres Drittel, der sogenannte Donaukreis mit 3636 Einwohnern pro Quadratmeile im Durchschnitt besiedelt ist, kommen auf das letzte Drittel, stellenweise pro Quadratmeile fast 10 000 Bewohner. Hand in Hand damit geht eine Zerstückelung des Bodens, die das ihre dazu beiträgt, die Landwirtschaft völlig unrentabel erscheinen zu lassen; Neu-

mayr gibt an, daß im Neckarkreis auf die Quadratmeile über 26 000, im Oberamtsbezirk Waiblingen sogar mehr als 38 000 Parzellen treffen! 164)

Aber auch Handel und Gewerbe sind teilweise unrentabel. Hieran gibt Neumayr dem unglücklichen Gegeneinander von Gewerbefreiheit und mangelnder Übersiedlungsfreiheit die Schuld:

"Wenn ich in Württemberg von Gewerbefreiheit spreche, so erlaube ich mir zur Fernhaltung von Mißverständnissen submissesst daran zu erinnern, daß dieselbe, wenn auch nicht dem Namen, so doch dem Wesen nach hier zu Lande längst besteht ((...)) nachtheilige Wirkungen äußern sich denn auch zur Genüge in der Unterdrückung des kleinen Kapitals durch das große, in der Überwucherung des Handwerks durch den Fabrikbetrieb und in der allmäligen Verdrängung des kernhaften Mittelstandes. ((...)). Man hat nämlich für eine Reihe von Gewerben noch eine Art von Zunftverband fortbestehen lassen. Allein dieser letztere hat fast keine andere Bedeutung, als die verschiedenen Gewerbe äußerlich gegeneinander abzugrenzen, während jedes einzelne Gewerbe innerhalb dieser Schranke sich auf das Prinzip vollkommener Gewerbefreiheit gestellt sieht. Mit anderen Worten: kein zünftiges Gewerbe darf in die Attribute eines anderen zünftigen Gewerbes übergreifen; aber Niemandem kann bei klaglosem Leumund etc. die Befugnis versagt werden, sich auf ein zünftiges Gewerbe als Meister ansässig zu machen, sofern er nur dasselbe ordentlich erlernt hat.

Außerdem unterliegt aber die Befugnis zur Übersiedlung von einem Ort zum anderen in Württemberg höchst wesentlichen Beschränkungen. Folge davon ist, daß der angehende Gewerbsmeister, zumal, wenn er mittellos ist, zunächst nur an seinem Heimatorte sich ansässig machen kann, daß demnach die Vermehrung der Gewerbsmeister nicht nach den Lokalbedürfnissen, sondern fast nur nach der Fruchtbarkeit der Handwerkerfamilien sich bemißt, indem die Söhne doch meist bei der Handtierung des Vaters bleiben, " 165)

Es ist angesichts dieser wirtschaftlichen Zustände einerseits, andererseits aber auch aufgrund der rein politischen, der Zerstörung vieler politischer Hoffnungen durch das Scheitern der Nationalversammlung und durch Demokratenverfolgungen, kein Wunder, daß in den Jahren 1849 bis 1855 ein Exodus aus Württemberg stattfindet. Über 70 000 Einwohner verlassen das Land, zumeist nach Übersee. Noch 1848/49 verließen jeweils etwa 3000 - 4000 Menschen Württemberg, 1852 sind es bereits über 14 000 und 1854 über 21 000, 1856 sinkt diese Ziffer wieder etwa auf den ursprünglichen Stand, 166) Diese Auswanderung ist ein für Württemberg nützliches Ventil, wiewohl Neumayr klagt:

"Das Traurigste dabei ist, daß dieser Auswanderungsstrom nicht etwa bloß das Proletariat von Württemberg ableitet, sondern daß er ganz vorzugsweise die Besitzenden - den Kern der städtischen und ländlichen Bevölkerung angegriffen hat und hiedurch dem Lande die besten Kräfte entzieht - das *sauve qui peut!* scheint immer mehr zur allgemeinen Losung zu werden." 167)

Neben Bevölkerungsverminderung und einigen guten Ernten tragen zur Konsolidierung der Wirtschaft auch eine Reihe von Maßnahmen der württembergischen Regierung bei. So wird z. B. der technische Unterricht für Handwerker gefördert und in Stuttgart ein "industrielles Musterlager" eingerichtet; zur Erweiterung ausländischer Märkte erfolgt die Gründung einer Exportgesellschaft; in der Landwirtschaft werden neue Pflanzensorten eingeführt und die Viehzucht vorangetrieben, wobei in beiden Punkten die Landwirtschaftsschule in Hohenheim eine wesentliche Rolle spielt. 168) So viel Neumayr von diesen Einrichtungen auch hält - über Hohenheim gerät er förmlich ins Schwärmen! - so wenig Aussicht auf breiten Erfolg unterstellt er ihnen. Sie sind für ihn der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, und es erweist sich deutlich, daß Neumayrs Beobachtungsstärke vornehmlich auf den negativen Seiten eines Objektes liegt: den Niedergang der Wirtschaft analysiert er genauestens, deren Aufschwung nach 1855 findet er unerklärlich. Noch im April 1855 schreibt Neumayr: "Der Zustand gestaltet sich immer trostloser und trostloser von Jahr zu Jahr und läßt kaum die Möglichkeit einer Wendung zum Besseren irgend mehr erkennen. ((...)). Daß ((...)) für Württemberg nur eine trübe Zukunft in Aussicht stehen könne, bedarf keines weiteren Beweises." 169) Als im Jahr darauf, 1856, zum erstenmal seit 20 Jahren die "Gantlisten", d. h. die Verzeichnisse der Konkurse, zurückgehen und dieser "beste Gradmesser der volkswirtschaftlichen Zustände" 170) somit eine Wendung zum Besseren dokumentiert, glaubt Neumayr noch, dies als vorübergehenden Zustand abtun zu können:

"Die socialen Übel sind hier zu tief verwurzelt, als daß der gegen((wärtigen)) scheinbaren Wandlung zum Besseren ein dauernder Bestand zu versprechen wäre." 171) Die Entwicklung führt jedoch entgegen Neumayrs Prognosen zur weiteren Sanierung der Wirtschaft. Beträgt die Zahl der Konkurse 1854 noch 8813, so geht sie im folgenden Jahr immerhin auf 7883 und 1856 sogar auf 4772 zurück. 172) Die Bemühungen der Regierung zählen sich auf dem Gebiet der Industrie aus. Baumwollspinnerei, Musikinstrumentenherstellung, Papierindustrie, chemische Industrie, Zuckerfabrikation, Maschinenbau nehmen einen gewaltigen Aufschwung, daneben etabliert sich ein bedeutendes Verlags- und Buchhandelswesen. 173) Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt kräftig. Und nun, 1857, ist bei Neumayr nicht mehr

die Rede von einer Überbevölkerung, der nur Pest oder Krieg beikommen könnten, sondern von einem Mangel an Menschen: "Diese Schattenseiten bestehen unter Anderen

1. in der kontinuierlichen Abnahme des Bevölkerungsziffers,
2. in der nicht bloß relativen, sondern absoluten Abnahme der Ehen,
3. in der steten Verminderung der Zahl der kriegsdiensttauglichen Jünglinge, ((...)) endlich
4. in der höchst charakteristischen Zifferbewegung, welche die Statistik des landwirtschaftlichen Viehstandes vor Augen führt, und gemäß welcher die Zahl der Pferde fortwährend abnimmt, die der Ziegen aber in steter Vermehrung begriffen ist." 174)

Neumayr vollzieht also in der Argumentation eine Kehrtwendung, nicht aber in dem Ziel, die Lage Württembergs negativ herauszustellen. Noch ein Jahr später allerdings kann er nicht umhin, von dem "neu consolidierten und nunmehr wahrhaft blühenden Zustand der württembergischen Agrikultur und Industrie" 175) zu sprechen. Eine Analyse der Gründe für diese positive Entwicklung oder auch nur deren breitere Darlegung bleibt aus. Während Neumayr in der Baisse durchaus bereit war, noch schlechtere Zukunftsaussichten zu entwickeln, weist er in der Hausse auf das Unsichere des Glücks hin und nimmt seine Zuflucht zu sybillinischer Rätselhaftigkeit:

"Vor allem freilich ist diese Zukunft durch die Lösung der Frage bedingt, ob die schweren Gewitterwolken, welche rings den politischen Horizont umsäumen, in einem verheerenden Orkane zum Ausbruch kommen oder friedlich sich zertheilen werden." 176)

Zumindest ein Übelstand der inneren württembergischen Zustände, den einst König Wilhelm mit der Wurzel auszurotten versprach, bleibt bestehen: die Verwaltung. "Zur Genüge ist bekannt, daß Württemberg sprichwörtlich das 'Schreiberparadies' heißt, und ich gestehe, daß ich das Sprichwort allerdings insoweit bestätigt gefunden habe, als jenes widerliche degenerierte Beamtenwesen ohne höhere Bildung u. höheres Streben, ohne Begeisterung, ohne Hingebung und ohne Ehrgefühl - jenes Beamten-Wesen, welches man gewöhnlich mit dem Worte 'Schreiberthum' kennzeichnet, kaum in irgend einem andern deutschen Lande so üppig wuchert, als in W((ürttemberg))." 177) Der Verwaltungsapparat, so Neumayr, setzt sich aus den Mitgliedern relativ weniger Familien zusammen; Ämter bleiben somit oft in der Familie, indem sie vom Großvater über Vater und Sohn auf den Enkel vererbt werden; zudem setzt die Beamtenposition keinerlei höhere Vorbildung, kein Studium voraus und beschränkt sich auf eine bloße praxisnahe Ausbildung. Aus all dem erwachsen natürlich beschränkte Ho-

rizonte, Kompetenzstreitigkeiten, Dünkel und die für einen rationalen Geschäftsablauf bis auf den heutigen Tag störende Sturheit. Dazu kommt, so Neumayr, die unsichere politische Haltung vieler Beamter, die infolge einer drastischen Kürzung ihrer Bezüge und Pensionsansprüche durch ein Gesetz vom September 1849 zu einem Teil den Demokraten zuneigen. Fünf Jahre nach dieser Charakterisierung des Verwaltungswesens, 1857, sieht der, was nicht-bayrische Angelegenheiten betrifft, fast immer pessimistische Neumayr, daß "es sich hier um einen Zustand handelt, der ein für allemal stereotyp besteht" und, daß "das Unkraut um so lustiger wuchert, je mehr man es zu beschneiden trachtet". 178)

Einen "quälenden Pfahl im Fleische" 179) bildet auch der Adel. Während Bayern auf eine geschlossene Geschichte zurückblicken kann, in der ein Geschlecht seit langer Zeit die Führungsrolle innehat, ist das württembergische Königshaus nicht unangefochten und vom Adel nicht immer anerkannt.

"Was Wunder, wenn die jetzt mediatisierten Enkel dieser Letzteren auch heute noch jener Zeiten gedenken und in den Tatsachen, welche sie zu Unterthanen, die Grafen v((on)) W((ürttemberg)) aber zu Souveränen gemacht, lediglich eine Laune des Zufalls erblicken, die ebensowohl auch im entgegengesetzten Sinne sich hätte fügen können." 180) Aus dieser antidynastischen Haltung heraus erklärt Neumayr auch die Tendenz der überwiegenden Mehrheit des Adels zu einem (großdeutschen) Kaiserreich: "((...)) und wenn sie demohngeachtet mediatisiert sein und mediatisiert bleiben sollen, so dünkt es ihnen wenigstens ehrenvoller, auf den Stufen eines Kaiserthrons zu stehen, als die Vasallen des kleinen Königs v((on)) W((ürttemberg)) zu heißen." 181) Die "Fremdlinge bis auf den heutigen Tag", "les Mameluges de Württemberg" 182) sind nicht imstande, sich dem Staatsorganismus zu assimilieren. Gefördert wird dieses Verhalten - nach Meinung Neumayrs - durch die Ablösungsgesetze, die nach Ansicht des Adels einer Plünderung gleichkommen; auch spätere Modifikationen können an dieser Auffassung nichts ändern. Was den Adel weiter isoliert und ihn in eine fast staatsfeindliche Stellung rücken läßt, ist die Abneigung der Bürger gegen ihn.

"Die Abneigung gegen den Adel ist ((...)) wohl kaum in einem anderen Lande so allgemein und so tief verwurzelt als in Württemberg. ((...)). Demokraten und Altliberale, Beorgoisie und Büroaucratie scheinen sich in jenem gemeinsamen Gefühle gegenseitig zu überbieten, und seit langem hat der Parteigeist sich daran gewöhnt, in den Ablösungsgesetzen nicht etwa die Verletzung von Rechten, sondern vielmehr nur die endliche Aufhebung eins verjährten Unrechts zu erblicken." 183)

Ein kurzer Blick sei noch auf den Klerus geworden. Wie auch in ande-

ren deutschen Ländern besteht in Württemberg ein gewisser Gegensatz zwischen insbesondere dem katholischen Klerus und der Staatsgewalt, der sich in Geplänkel, Spitzfindigkeiten und hundert Kleinigkeiten äußert. Neumayr verbreitet sich über diese Kirchenfragen, da sie ihm infolge seiner "früheren amtlichen Wirksamkeit als einschlägiger Sach-Respicient im Ministerium" 184) geläufig ist. Dennoch bieten diese Streitigkeiten um Kompetenzen, wie auch die Berichte Neumayrs über sie, wenig Originelles oder Exemplarisches. Immerhin arbeitet Neumayr Unterschiede zu den bayrischen Verhältnissen heraus; er sieht den augenfälligen Hauptunterschied darin, daß in Bayern 2/3 der Bevölkerung katholischer Konfession sind und darin dem Herrscherhaus konform laufen, während in Württemberg eine katholische Minorität sich einer protestantischen Mehrheit, der auch die Herrscherdynastie angehört, gegenüberstellt. Damit hängt denn auch, wie Neumayr meint, die Tatsache zusammen, daß der Klerus in Württemberg weniger begütert als in Bayern ist; die bayrische Geistlichkeit kann somit Forderungen stellen, die die Verfassung nicht tangieren, sondern auf dem Weg königlicher Verordnungen erfüllt werden können, während in Württemberg auch aus materiellen Gründen Wünsche und Forderungen gestellt werden, die tiefgreifender sind und daher von den Kammern bewilligt werden müßten." 185) Die Haltung der württembergischen Regierung gegenüber dem katholischen Klerus wird in den fünfziger Jahren zunehmend entgegenkommender, bis schließlich 1857 ein für den Klerus nicht ungünstiges Konkordat abgeschlossen wird, das, nach zwischenzeitlicher Verwerfung, in etwas anderer Form 186/2 die Billigung der Kammern findet.

Den "politischen Tollhäuslern" bzw. der "Umsturz-Partei" gilt auch in Württemberg Neumayrs besonderes Interesse. Selbst in der Reaktionszeit sind ihm die Radikalen ein zeilenfüllendes Schreckgespenst, das den Bestand Württembergs gefährdet. Die besondere Gefährdung Württembergs liegt seiner Ansicht nach darin, daß hier Staatsbewußtsein und Anhänglichkeit ans Herrscherhaus fehlen. Unter diesem Aspekt fällt sein Vergleich mit Bayern sehr zugunsten seiner Heimat aus:

"Mögen auch in Bayern hie und da excentrische Köpfe sich finden - ultramontane Stubengelehrte, die von einer Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserthrons unter Habsburg zur Ausrottung des Protestantismus träumen; - oder radicale Ideologen, welche sich für's Erste diesen Kaiserthron als Übergangsstufe zur deutschen Republik gleichfalls gefallen lassen würden -, diese Menschen und ihre Bestrebungen haben sicherlich nicht die mindeste Wurzel im Volke. - Die öffentliche Meinung in Bayern hat nichts mit ihnen zu thun. - Diese öffentliche Meinung auch, wo sie mit der Regierung in Conflict sich befindet, geht doch stets vorzugsweise von bayrischen Er-

wägungen aus, ohne besondere Winkelzüge und Hintergedanken." 186) Württemberg hat eben, wie Neumayr meint, die "Grundbedingungen staatlicher Selbstständigkeit nachgerade gänzlich (...) verloren", 187) Da Württemberg auch die ihm nötig erscheinende geographische Größe abgeht, sieht Neumayr - eingerechnet die sonstigen Mängel, wie: Wirtschaft, Stände, Alter des Königs, Unfähigkeit des Kronprinzen - die Zukunft des Staates als sehr trübe an, 188) Zwar begünstigen derart schlechte innenpolitische Verhältnisse normalerweise das Aufkommen radikaler Parteien, doch scheint dies in Württemberg in der Zeit der wirtschaftlichen Rezession wohl infolge der politischen Übermüdung, vielleicht auch infolge der starken Auswanderung politisch radikaler Kräfte, nicht der Fall gewesen zu sein, wie selbst Neumayr feststellen muß, Trotz dieser 'Erschlaffung' jedoch konstatiert er, daß dadurch die Gefahr nicht geringer geworden sei:

"Wenn übrigens in Württemberg auch die Reihen der Demokr. Partei sich gelichtet haben, so ist das doch eigentlich nur in Bezug auf den demokratischen Tross zu verstehen, der sich hier wie allerwärts verlaufen hat, Die Cadres der Partei sind dagegen hier zu Land noch vollständig organisiert vorhanden, und gilt es den Kampf unter günstigeren Conjunkturen wieder aufzunehmen, so haben sie nur ihre beurlaubten Rekruten einzuberufen, um schlagfertig zu sein." 189)

Mir scheint, daß sich Neumayr hier einen Popanz aufgebaut hat; insbesondere wenn er von den Verbindungen der Radikalen nach England und in die Schweiz in einer Art munkelt, als handle es sich hierbei möglicherweise um die allergefährlichsten Konspirationen,

Die württembergische Haltung in der deutschen Frage und, damit in engstem Zusammenhang, die Beziehungen zu Bayern, hat Peter Hoffmann in seiner 1963 erschienenen Arbeit eingehendst und vor allem unter ausführlicher Hinzuziehung von Neumayrs Gesandtschaftsberichten dargestellt. Um eine Doublette zu vermeiden, sei hier dieses Problem nur abrißartig behandelt,

Das Verhältnis Württembergs zu Bayern muß vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bestrebungen zur Schaffung eines 'Dritten Deutschland' gesehen werden. Diese Bestrebungen lassen sich generalisierend so darstellen: "Fassen wir die Stellung der Mittelstaaten zum Triasprogramm zusammen, so müssen wir feststellen, daß alle dem Triasprogramm nur unter der Voraussetzung zustimmten, daß ihre eigenen Machtbefugnisse bedeutend erweitert wurden. Jeder verlangte mehr oder weniger die Führung der Trias für sich. Keiner war bereit, die Oberhoheit einem anderen zuzugestehen. Die Trias konnte jedoch nur wirksam werden, wenn ein einheitliches Oberhaupt ihre Politik vertreten hätte. Diese Rolle hatte Bayern mit Recht sich

selbst zgedacht. Darauf durfte und konnte es nicht verzichten. Die Zustimmung der übrigen Mittelstaaten war jedoch nicht zu erlangen; sie hingen alle zu sehr an den letzten Fragmenten ihrer Souveranität." 190) Das Kernproblem war also: "Bayern war zu groß, um den anderen süddeutschen Staaten ungefährlich zu erscheinen, und es war zu klein, um die Führerschaft zu erzwingen." 191) Württemberg ist einem Zusammengehen der Mittelstaaten in der deutschen Frage zwar nicht abgeneigt, versteht sich aber nicht dazu, sich Bayern unterzuordnen. Das württembergische Trias-Modell sieht ein Zusammenwirken gleichberechtigter Mitglieder vor, falls dies - ebenso wie eine gesamt-(groß)deutsche Einigung - nicht möglich erscheint, ist es mit einem "Fortbestehen des bisherigen Verhältnisses ohne Änderungen" 192) zufrieden.

Diese Haltung ist vor allem in der Person des württembergischen Königs begründet, dem eine Erhaltung seiner Souveranität, der Selbständigkeit seines Landes, ein Ziel ist, das vor allen anderen absoluten Vorrang hat. Wenn jedoch eine Unterordnung überhaupt in Frage gekommen wäre, so niemals unter Preußen, auch nicht unter Bayern, sondern allenfalls unter Österreich. 193) Man kann sagen, daß König Wilhelm eine ausgesprochene preußenfeindliche Position einnimmt und sich, was Deutschland angeht, mit Bedacht und Mäßigung an Österreich und, zwar mit dem Gefühl, im gleichen Boot zu sitzen, jedoch mit großem Mißtrauen, auch an Bayern hält. Württembergs Bindung an Rußland (vor allem durch die Kronprinzessin Olga) sowie die Nähe Frankreichs lassen ohnedies keine großen Sympathien für Preußen möglich erscheinen. Gestützt wird König Wilhelm in seiner bedingt pro-österreichischen politischen Linie durch die öffentliche Meinung seines Landes. Ein Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß viele junge Württemberger, vor allem Adlige, in der österreichischen Armee Dienst tun. Neumayr bemerkt über die Favoritenstellung Österreichs in der öffentlichen Meinung Württembergs:

"Es ist ein eigenthümliches ((...)) Verhängnis, daß die verschiedenartigsten Persönlichkeiten, daß Parteien, die sonst sich auf Leben und Tod bekämpfen, hier in dem gleichen Gedanken zusammentreffen. Was für Deutschland ist, muß gegen Rußland sein. Österreich ist vor Allem gegen Rußland, also ist es vor Allem für Deutschland, Was nicht unbedingt für Österreich ist, das ist unbedingt für Rußland, also unbedingt gegen Deutschland." 194) König Wilhelm von Württemberg, der ganz zweifellos die Richtlinien der Politik seines Landes (wieder) bestimmt, ist - was den Gedanken eines Süddeutschen Bundes etwa anlangt - überzeugter Föderalist. In einem Gespräch mit Neumayr geht er - was seine Haltung auch bezüglich einer sog. kleindeutschen Lösung charakterisiert - auf "das Unhaltbare und Unmögliche jener doktrinären Idee, den Süden und Norden Deutsch-

lands trotz aller gegenseitigen Abstoßungs-Punkte gewaltsam zu verschmelzen" 195) ein. Die Formulierung des Königs, wenngleich aus politischer Taktik entstanden, "Man leidet dort viel zu sehr an Selbstüberschätzung und Hochmuth, als daß vernünftige Betrachtungen Eingang finden könnten" 196), beweist seine tiefe innerliche Abneigung gegen den preußischen Hegemonieanspruch. Wenn es dennoch manchmal den Anschein hat, als sei Württemberg einem Flirt mit Preußen nicht abgeneigt 197), so dürfte es sich dabei wohl eher um ein bewußtes Verunsichern Bayerns und anderer Staaten, also um ein politisches Druckmittel, als um ein ernstzunehmendes Ausstrecken der Fühler in preußische Richtung handeln.

Bei einer Gesamtbeurteilung des Verhältnisses von Bayern und Württemberg wird man sich der Formulierung P. Hoffmanns anschließen können: "Unter den skizzierten zwischen Württemberg und Bayern im Deutschen Bund überhaupt herrschenden Verhältnissen konnte von wirklicher Zusammenarbeit und gar von vertrauensvollem Hand-in-Hand-gehen keine Rede sein." 198) Württemberg glaubte zur Erhaltung seiner Eigenstaatlichkeit auch Bayern gegenüber keine Konzessionen machen zu dürfen.

Max von Neumayrs Stärke liegt normalerweise im Detail. Dennoch hat er den Versuch gemacht, seine eigene Anschauung über das Sich-überlegt-haben der Kleinstaaterei, wie sie ihm am Beispiel Württembergs immer wieder vor Augen geführt wurde, in einer Global-Sicht darzulegen. Weitsichtig, durchaus nicht befangen in den Alltagskleinigkeiten, führt er aus:

"In der Entwicklung des europäischen Staatensystems ist seit Jahrhunderten ein Streben nach Centralisierung vorherrschend, gemäß welchem die größeren lebensfähigen Staaten Zuwachs und Abrundung auf Kosten ihrer kleinen und hinfälligen Nachbarn suchen ((...)). Nur beispielsweise sei für den gewaltigen Einfluß der modernen Communications-Mittel erwähnt, wonach alle bisherigen Begriffe von Distanzen-Verhältnissen gänzlich verrückt wurden, die bestehenden Territorien gewissermaßen in engere Grenzen zusammengeschumpft sind, die Lokal-Interessen und mit ihnen auch der Lokal-Patriotismus nothwendig sich immer mehr verlieren müssen und manche Länder und Ländchen, welche vor wenigen Dezennien sich noch für lebensfähig halten durften, bereits zum Anachronismus herabgesunken sind. Nach menschlicher Voraussicht wird daher anzunehmen sein, daß die nächste große europäische Conflagration zugleich zu abermaligen Arrondierungen, zu einer Revision der Länderkarte die Lösung geben werde; und vielleicht hat mit den Wirren, in denen wir gegenwärtig stehen, das Vorspiel dieser neuen Entwicklungsphase bereits begonnen." 199)

4. Neumayrs Menschenschilderungen

Auch diesem Kapitel sei ein Abschnitt mit den Menschenschilderungen Neumayrs beigelegt. Während die Schilderungen der Jahre 1848/49 aus keiner Notwendigkeit heraus erstellt wurden, sondern um Eindrücke an Angehörige zu vermitteln und um zu unterhalten, handelt es sich in den Jahren der Gesandtenzeit um notwendige Übermittlung von Informationen für die bayrische Staatsführung. In diesen 'offiziellen' Schilderungen geht Neumayr im Gegensatz zu seinen früheren privaten natürlich erheblich mehr von diplomatisch wichtigen Gesichtspunkten aus; das Gefühl weicht hier der Nüchternheit. Spaßigkeit und eigenes Erleben treten zugunsten von meist knapper, aber informativer Beschreibung der für die Staatsführung zur Einschätzung des Betreffenden notwendigen Fakten zurück; des Aussehens, der Gesundheit, der politischen Haltung, des Umgangs, des Herkommens und Werdegangs, evtl. der Familie und der materiellen Lage. Hinzu tritt eine Wertung; manchmal verbal ausgedrückt ("Ehrenmann"), manchmal durch die Art und Weise der Schilderung erkennbar. Neumayrs Bemühung um Objektivität ist nicht immer Erfolg beschieden; allzuoft färben Sympathie oder Antipathie das Bild entscheidend.

Wenn wir mit der Schilderung König Wilhelm I. von Württemberg (1781 - 1864) beginnen, so muß zuerst bemerkt werden, daß Neumayr ihm gegenüber das Gefühl der Unsicherheit nie verloren zu haben scheint. Wohl noch unter dem frischen Eindruck der Nicht-Einladung zur Hofafel notiert Neumayr 1853, daß ein Diplomat sich das Wohlwollen König Wilhelms nur erhalten könne, wenn er "entweder den natürlichen Beruf oder das erforderliche Maaß von Selbstverleugnung besäße, sich bei dem Monarchen in den Credit eines unzweifelhaften Schwachkopfs zu setzen".²⁰⁰ Lassen wir Neumayrs - im Grunde ablehnende - Schilderung aus dem gleichen Jahre folgen:

"Persönlichkeit u. Charakter des Monarchen im Ganzen als hinlänglich bekannt voraussetzend, erübrigt ((sich)) mir hier zunächst, den Einfluß zu constatieren, welchen die Last des Alters körperlich wie geistig auf All((er)) h((öchst)) denselben zu üben beginnt. - Der König ((...)) schien bis vor kurzem in seltener Rüstigkeit jenem Einflusse Sich entziehen zu wollen; der aber nunmehr, wenn auch nur erst allmähig, in der gebeugten Haltung des Körpers, in einem nicht ganz zu verbergenden Zittern des Kopfes, in der sichtlichen Erschlaffung der stark gerötheten Gesichtszüge, sowie vorzüglich in der größeren Empfindlichkeit gegen die Witterungs-Eindrücke sich geltend macht. Schärfer noch tritt jenes Naturgesetz in psychischer Richtung hervor. Die Gemüthsart des Königs - düster u. verschlossen von Natur - ver-

düstert sich immer mehr; seine Laune wird immer bitterer, immer grämlicher, und die mißliebigen Ausbrüche derselben influencieren mehr u. mehr auch Seine politischen Auffassungen und Entschlüsse, zumal da unter Seinen Umgebungen keine Persönlichkeit sich findet, welche jenes Maaß von geistiger Überlegenheit und zugleich von entschlossener Haltung besitzt, um sogleich einem Ausbruche, da wo es gilt, im eigenen Interesse des kgl. Gebieters entgegen zu treten." 201) Wilhelm I., von dem Grauer schreibt "er war auch nicht die Persönlichkeit, die Wärme ausstrahlte, weshalb es um ihn, je älter er wurde, immer einsamer geworden ist" 202), dürfte eine etwas einseitige Persönlichkeit gewesen sein, Neumayr, der dem König einen traurigen Lebensabend bescheinigt, stellt fest, der Monarch vermöge allen Widrigkeiten "in seinem Innern nichts entgegen zu setzen, als die trübe Stoik eines trockenen, jedes höheren Aufschwungs entbehrenden, jeder poetischen Anregung unzugänglichen, kalt berechnenden Verstandes, Solch einem Geiste, wie reich er auch sonst begabt seyn mag, ist gerade dasjenige versagt, was den inneren Frieden unabhängig von feindlichen äußeren Einflüssen zu bewahren geeignet ist, ((...)). Dieser entschiedene Mangel an geistiger Elevation, an poetischer Empfänglichkeit, äußert sich denn auch in allen sonstigen Erholungen u. Zerstreuungen des Monarchen, welche einen ebenso ordinären als stereotypen Charakter an sich tragen." 203) Diese Charakterisierung Neumayrs findet in der Literatur ihre Bestätigung, etwa wenn festgestellt wird, daß König Wilhelm I. "in wichtigen Feldern des geistigen Lebens keinen oder nur unwesentlichen persönlichen Willen entwickelt und Einfluß genommen hat" 204) oder, wenn er als "mißtrauisch, empfindlich und nachtragend" oder als "ein etwas farb- und temperamentloser, aber sicherer Verstand" 205) beschrieben wird.

Königin Pauline von Württemberg (1800 - 1873), Cousine und dritte Gattin König Wilhelms, wird als eine "schlichte, fromme Gattin" und "gute Mutter" 206), geschildert, als Gestalt ohne nennenswerte Bedeutung. Neumayrs Darstellung bestätigt diese Anschauung:

"Ihre M((ajestät)) d((ie)) K((önigin)) nimmt an politischen Dingen nur in sehr untergeordnetem Maaße Anteil, und die gewöhnliche Meinung geht dahin, daß sie sowohl durch eigenen geistigen Beruf, als durch den Willen Ihres König((lichen)) Gemahls von dieser Sphäre gänzlich ausgeschlossen sey. - Inzwischen möchte dieser Meinung doch nicht so ganz unbedingt beyzupflichten seyn. Gewiß ist, daß S. M. jeden polit((ischen)) Einfluß so viel als irgend möglich niederhält und, in dieser Beziehung, auch seiner kgl. Gemahlin gegenüber keine Ausnahme zuzulassen geneigt wäre. Ebenso gewiß ist, daß I. M. die Königin auch abgesehen davon schon gemäß ihres angeborenen Phlegmas sich nicht leicht versucht fühlen würde, die Grenzen der ihr vorge-

zeichneten Stellung zu überschreiten; noch daß sie der Klasse der s((o)) g((enanten)) genialen u. politisch inspirierten Frauen angehört oder angehören will. - Aber sie besitzt unbestreitbar in hohem Maaße, was oft dankenswerther ist als eine glänzende geistige Begabung. Sie besitzt einen feinen und sicheren Takt, der sie zur rechten Zeit schweigen, und doch, wo es noth tut, Ihre kgl. Würde zu wahren lehrt; sie besitzt jene Milde nicht bloß der Formen, sondern in der That des Herzens, welche die Herzen gewinnt, und indem Sie innerhalb ihrer Sphäre überall mildernd, vermittelnd und versöhnend eingreift, übt sie in der That einen wirklichen und unleugbar höchst wohlthätigen gesegneten Einfluß. " 207)

So rücksichtsvoll und verständig Neumayr die Königin betrachtet, so wenig zimperlich ist er, wenn es gilt, von dem württembergischen Kronprinzen Karl Friedrich Alexander (1823 - 1891) einen Eindruck zu vermitteln. Neumayrs Ansicht nach gehört der Kronprinz einer Gattung von Menschen an, die "nur in dem Maaße interessieren, als durch die Situation, in der sie sich befinden, ein Interesse auf sie geworfen wird. ((...)). Was die Natur für ihn gethan, um ihn zum Herrscher zu stempeln, was sein königlicher Vater für ihn gethan, um ihn zum Herrscher zu erziehen, ist leider bekannt, oder - vielleicht richtiger gesprochen - gänzlich unbekannt. Man glaubt in ihm gewisse Ähnlichkeiten mit König Friedrich zu erkennen, aber leider besitzt er nur manche Fehler seines Großvaters, ohne irgend einer der hervorragenden Eigenschaften dieses staatsklugen und willenskräftigen Autokraten sich rühmen zu können. Eigensinnig und doch ohne Energie, unfähig sich selbst zu berathen und doch fremdem Rathe verschlossen, unwissend und doch ohne Streben sich zu belehren, absolutistisch gesinnt und doch unfähig, eine persönliche Geltung - das erste Erfordernis des Absolutismus - zu behaupten, vereinigt er in seiner Persönlichkeit das unmittelbarste Gegentheil jener Eigenschaften, welche sein künftiger Beruf von ihm erheischen würde. " 208)

Jahre zuvor gibt Neumayr ein 'Gespräch' mit dem Kronprinzen wieder, das allein genügt, um diesen vollauf einschätzen zu können:

"Die geistige Richtung S((einer)) K((öniglichen)) H((oheit)) - sowie sie auch für den ferner Stehenden erkennbar ist - scheint zur Zeit ausschließ- lich jenen heiteren Künsten u. Wissenschaften zugewendet, welche das Leben zu verschönern bestimmt sind. - ((In einem Gespräch über Kunst tadelte er)) es als eine mit der allgemeinen modernen Geschmacks-Richtung schlechterdings unverträgliche Bizarrie, daß auch unsere Künstler so hartnäckig sich in den Kopf setzen, 'immer nur viereckige Bilder zu malen, während doch runde oder eyförmige offenbar weit gefälliger meublieren würden'. " 209)

Die Prinzessin Olga Nikolajewna, Tochter des Zaren Nikolaus und seit 1846 mit dem Kronprinzen verheiratet, gilt als eine "geistig äußerst lebendige, künstlerisch veranlagte und politisch sehr rege" ²¹⁰ Frau. Sie sieht - wenn man Neumayr folgt - ihre gewiß nicht leichte Aufgabe darin, einerseits die Stellung ihres Mannes bzw. ihn selbst zu stärken, andererseits die Politik Württembergs gegebenenfalls nach Rußland, ihrer Heimat, zu orientieren. Neumayr weiß über sie zu berichten:

"I(hre)) Kais(erliche)) Hoh(eit)) die Fr(au)) Kronprinzessin Olga Nikolajewna bietet für den flüchtigen Beurtheiler lediglich die Erscheinung einer anmuthigen, ihrem Gemahl mit der zärtlichsten Liebe ergebenen, dabey bloß dem Augenblicke lebenden und den Freuden und Zerstreuungen ihres Alters und Standes sich mit voller Unbefangenheit sich überlassenden Frau. - Mit jener Schönheit begabt, von welcher das dreysigste Lebensjahr wohl die erste Jugend-Blüthe, nicht aber den höheren Reitz der Anmuth abzustreifen vermochte, im Besitze aller Kenntnisse und Kunstfertigkeiten, welche eine sorgfältige Erziehung nur irgend zu geben vermag, Meisterin der Formen der offiziellen Repräsentation wie des geselligen Verkehrs, scheint sie nicht bloß durch ihre Stellung, sondern mehr noch durch ihre Persönlichkeit berufen, den Mittelpunkt des Kreises zu bilden, in dem sie sich bewegt.

Manchmal hört man wohl auch das Urtheil fällen, daß die geistige Begabung der Prinzessin nicht über das Ziel hinausreiche, daß diese Begabung nur durch die Folie einer reizenden Persönlichkeit überhaupt ihre Geltung behaupte und, dieser glänzenden Zugabe entkleidet, das Niveau der Mittelmäßigkeit nicht übersteigen würden. -

Ich gestehe, daß alle meine bisherigen Beobachtungen solchen Urtheilen auf das Entschiedenste widersprechen. Mir ist I(hre)) K(aiserliche)) H(oheit)) die Frau Kronprinzessin stets als eine ebenso talent- wie taktvolle Frau erschienen, als eine Frau, welche ihrer Aufgabe in Württemberg sich klar bewußt ist und welche die Lösung derselben mit einer Consequenz verfolgt, die sich in allen Einzelheiten ihres ganzen Thuns und Lassens sichtlich ausprägt.

Für sie gilt es, ihren Gemahl zu seinem eigenen Besten unbedingt zu beherrschen, zu bevormunden, zu gängelnd, überall, wo ihm Kopf und Herz gebricht, mit ihrem Kopf und ihrem Herzen vor die Lücke zu treten und doch dabey jeglichen Schein einer solchen ehelichen Diktatur von sich abzulenken, und die Welt, vor allem aber ihren Gemahl selbst, in dem Glauben zu erhalten, es sey kein anderer Wille maßgebend als der seinige.

Sie liebt ihn, wie man allgemein zu versichern sich gefällt, mit der Liebe einer Braut, sie ist nur glücklich, in seiner Nähe; sie hat es aber auch auf diese Weise glücklich dahin gebracht, ihn von allen seinen früheren nicht immer löblichen und moralischen Verbindungen vollständig zu isolieren und

unter ihre ununterbroche und ausschließliche Regierung zu stellen, ((...)). Sie ist unerschöpflich in Erfindung von immer neuem Zeitvertreib, darauf berechnet, die Öde und Leere seines Geistes in freundlicher Weise auszufüllen, " 211)

Wohl das - nächst dem über den Kronprinzen - vernichtendste Urteil, daß Neumayr im Laufe seiner Gesandtenzeit fällt, ist das über Herzog Maximilian von Württemberg. Dieser Herzog entspricht ganz und gar nicht den Rollenerwartungen, die an ihn gestellt werden. Gemessen an diesen Erwartungen, muß es sich bei Herzog Maximilian um einen Tunichtgut gehandelt haben, über dessen Verhalten ein guter und braver Bürger - wie Neumayr - nur die Nase rümpfen kann:

"Herzog Maximilian ist bekanntlich der einzige Sohn des Herzogs Paul von Württemberg und der Prinzessin Sophie von Thurn und Taxis - der Sprößling einer segenlosen Ehe. Verwahrlost von Natur trägt er zugleich die Spuren einer vernachlässigten Erziehung recht sichtlich zur Schau. Seine Formen sind blöde und unbeholfen, seine Sitten roh, seine geistigen Anlagen unter dem Niveau der Mittelmäßigkeit. Hierin möchte auch der vorzüglichste Grund jener auffallenden Vernachlässigung zu suchen sein, welche im Schoße der Königlichen Familie ihm von jeher zu Theil geworden ist. Als Probe derselben erlaube ich mir die Art und Weise submisstest zu erwähnen, wie ich zuerst die persönliche Bekanntschaft Seiner Durchlaucht zu machen das Glück hatte,

Vor einigen Jahren, gelegentlich eines Hofballes, wenige Tage nachdem der Herr Herzog zur hiesigen Garnison versetzt worden war, bekam ich ihn zum Erstenmale zu sehen, ((...)). Die Art wie Seine Durchlaucht sich alsdann zur Präsentation anstellte, die Art, wie er hiebei die Conversation führte, /:wenn anders ein fast ununterbrochenes stummes Aufsperrn des Mundes mit diesem Namen richtig bezeichnet wird:/ machte mir freilich manches erklärlich ((...)). " 212)

Auch die wesentlichsten Minister der württembergischen Regierung werden von Neumayr einer eingehenden Würdigung unterzogen. Bei der Schilderung des Freiherrn von Wächter-Spittler fällt die hervorragende Beobachtungsgabe Neumayrs besonders auf:

"Herr von Wächter macht bey näherer Bekanntschaft den Eindruck dessen, wofür er bey Freund und Feind gilt - den Eindruck eines Ehrenmannes. Seine ganze Persönlichkeit flößt mir Vertrauen ein und ich hoffe nicht zu irren, wenn ich annehme, daß auch ich mich bereits einigermaßen in seinem Vertrauen befestigt habe. - Ich glaube für Letzteres einen ganz eigenthümlichen Maßstab zu besitzen. Herr v. Wächter-Spittler ist von Natur aus vorsichtig, ängstlich, zum Mißtrauen geneigt. Er besitzt dabey

schlechterdings nicht die erforderliche Herrschaft über seyn Äußeres, um dergleichen Regungen zu verschleiern; vielmehr hat ihn die Natur in dieser Beziehung mit einer Gabe beschenkt, die für einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter Umständen beynahe ebenso verhängnisvoll werden kann, als für die Klapperschlange ihr musicierendes Schweif-Ende. - Sobald er sich nämlich innerlich zum Zweifel, zur Vorsicht, zum Mißtrauen gemahnt fühlt, so tritt dieses in seynem Gesicht alsbald höchst charakteristisch zu Tage. Er blinzelt sodann mit den Augen und ein eigenthümliches vibrierendes Muskelspiel setzt seine ganze Physiognomie in Bewegung. - Bey unserer ersten ceremoniösen Unterredung fand sich reichlich Gelegenheit, dieses Phänomen zu beobachten. - Bey den späteren Unterredungen trat es seltener hervor - immer aber im charakteristischen Momente. Bey unserer jüngsten Conferenz endlich hatte es sich allgemach gänzlich verloren. - Schritt für Schritt damit im Einklange ist auch seine Mittheilungsweise eine Andere geworden. Das Ceremoniöse und augenfällig Vorsichtige seiner anfänglichen Conversation hat successive einem offenen, warmen, herzlichen Tone Platz gemacht und auf diesem Wege sind wir in unserer gegenseitigen Verständigung nun so weit gediehen, als es unter den gegebenen Umständen bis jetzt billiger Weise wohl nur irgend zu erwarten stand." 213)

Constantin Freiherr von Neurath war von 1851 bis 1854 Minister des Königlichen Hauses und des Auswärtigen. 1851 wird der 'neue Mann' von Neumayr folgendermaßen dargestellt:

"Die getroffene Wahl darf übrigens als eine sehr glückliche bezeichnet werden. Freiherrn v. Neurath kömmt schon von vornherein die völlig unabhängige Stellung zu statten, die ihm durch den Besitz eines sehr beträchtlichen Privatvermögens gesichert ist. Er ist dabey ein ganz loyaler, durch und durch ehrenwerter Mann von anerkannter Charakterfestigkeit und Consequenz; ein Mann, der seine Zeit begreift, der zu dem konstitutionell monarchischen Principe /; im ehrlichen konservativen Sinne :/ aus voller Überzeugung sich bekennt, und in dieser letzteren Beziehung den häufig nur zu einseitigen Auffassungen seiner Standesgenossen gegenüber bisher bey jedem Anlasse eine sehr entschiedene Haltung behauptet hat. Er ist überdies ein gewandter Geschäftsmann, der mit einer gründlichen universellen Bildung sehr bescheidene und liebenswürdige Formen zu verbinden weiß. Zu seiner weiteren Charakteristik erlaube ich mir schließlich noch die Thatsache anzuführen, daß er im Jahre 1848, als der /; damals radikale :/ Rechtskonsulent Römer an die Spitze der Geschäfte trat, seine bisher bekleidete Stelle eines geheimen Legationsraths und Referenten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten niederlegte, und unter Verzicht auf jeden Pensions-Anspruch in den Privatstand zurückkehrte, weil er das damals proklamierte System mit seiner

Überzeugung unvereinbar erachtete." 214)

Bei dem württembergischen Gesandten in Österreich, dem Freiherrn von Hügel, der 1855 leitender Minister in Württemberg wird, ist Neumayrs Beschreibung wohl zuerst von Gerüchten genährt worden, da er Hügel "auch noch gar nicht anders als vom Hörensagen" 215) kannte.

"Eine bedeutsame Modifikation des württembergischen Ministeriums - die Ernennung des ehemaligen Gesandten in Wien zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche ich Eurer Königlichen Hoheit bereits vor einem Jahre als beabsichtigt zu bezeichnen mir erlaubte, - wird nach dem, was ich gestern auf vertraulichem Wege erfuhr, nunmehr wirklich in den nächsten Tagen erfolgen. Dieser lange verzögerte Schritt deutet auf ernste Konsequenzen in mehr als einer Richtung. - Die Persönlichkeit des Freiherrn von Hügel ist nicht gemacht, die internationalen Beziehungen Württembergs enger zu knüpfen. Er genießt - und wohl nicht ganz ohne Grund - den Ruf eines grundsatzlosen Intrigants, und hat an keinem der auswärtigen Höfe, bei denen er bisher accreditiert gewesen, sich Achtung und Vertrauen zu erwerben gewußt. Er ist außerdem nicht der Mann, seinen Königlichen Gebieter unbefangen und gegebenen Falls mit freimütiger Selbstaufopferung zu berathen. Der König dürfte in ihm finden, was Er ohne Zweifel sucht, ein blindes, willenloses - und eben darum auch charakterloses Werkzeug. Er ist überdies den Verhältnissen des Landes durch vieljährige Abwesenheit entfremdet; er ist für parlamentarische Geschäftsformen weder geboren noch erzogen, und nebenher genießt er auch noch die wenig empfehlende Auszeichnung, vielleicht der unpopulärste Mann in ganz Württemberg zu sein. Seine Stellung den Kammern gegenüber kann demnach von vorneherein als eine verzweifelte bezeichnet werden. Der Eintritt des Baron Hügel in das Ministerium dürfte aber möglicherweise auch noch sonstige ministerielle Personalveränderungen zur Folge haben." 216)

Dieser negativen Schilderung widerspricht völlig die Srbiks: "Dieser Außenminister Württembergs war ein Mann vom Schlage seines bayrischen Kollegen, ganz seinem leidenschaftlichen und selbstherrlichen Monarchen untergeordnet, aber ehrlich und zuverlässig, ohne Kraft und stählerne Zuversicht," 217) Wie Hoffmann wohl richtig bemerkt, dürften beide Ansichten nicht voll ins Schwarze treffen; immerhin bleibt Neumayr - bei aller späteren Anerkennung der diplomatischen Leistung Hügels 218) - was die politische Ehrlichkeit Hügels anlangt, auch weiterhin sehr skeptisch: "Konstitutionelle Gewissens-Scrupel in dem Munde des Freiherrn von Hügel machen stets einen heiteren Eindruck," 219)

Gute Arbeit leistet Neumayr auch bei der Schilderung der preußischen Gesandten. Bei Graf Seckendorff, der 1858 zum Gesandten in München ausersehen wird, ist die allesumfassende und doch kurz gehaltene Beschreibung, aufgrund der eine Einschätzung Seckendorffs wohl ohne weiteres und auch ohne Fehl zu gehen möglich ist, hervorzuheben, bei Sydow die Karikatur, mit der dieser dargestellt wird. "Graf Seckendorff ist, um bei seinem Physischen zu beginnen, ein starker Fünzfziger, etwas gichtleidend und kaum merklich schwerhörig. Er lebt seit 18 Jahren in einer exemplarischen Ehe, aus welcher sechs Kinder in dem Alter von fünf bis sechzehn Jahren vorhanden sind. Sein Vermögen ist nicht beträchtlich, aber seine ökonomische Lage geregelt. - Auch steht ihm von seiner Schwiegermutter, der verwitweten Gräfin Fernemont eine bedeutende Erbschaft in Aussicht.

Er ist seit fünf Jahren am hiesigen Hofe accredited, Vorher war er in Brüssel, früher in Hannover, Kopenhagen. - Aus seiner langen Dienstes-Laufbahn steht ihm eine reiche diplomatische Erfahrung zur Seite. Er ist ein gewiegter Geschäftsmann, nicht brillant aber tüchtig, kein Genie aber ein Charakter, und zwar ein durchaus ehrenhafter Charakter. - Im amtlichen Verkehr zeigt er sich conciliant, besonnen und ruhig. Er hat ganz und gar nichts von jenem geheimrätlich-schnarrenden Wesen an sich, welches die preußischen Diplomaten so unvorteilhaft kennzeichnet. - Mit seinen sämtlichen Kollegen hat er jederzeit und bei mitunter schwierigen Verhältnissen das beste Einvernehmen zu bewahren gewußt. -

Nach seiner bisherigen pekuniären Stellung in Verbindung mit einem zahlreichen Familienstande war er zwar nicht in der Lage, ein s((o)) g((enanntes)) Haus zu machen, wohl aber bescheidene Hospitalität mit Würde und Anstand zu üben. - Die Abberufung des Grafen Seckendorff würde hier sicherlich ganz allgemein und aufrichtig bedauert werden.

Ich wende mich hiernach zur pflichtschuldigsten Schilderung seiner besseren Hälfte.

Seine Gemahlin, geborene Gräfin Fernemont, ist eine Dame nahe an, wenn nicht in den Vierzigern, lebensfroh, von unverwüstlicher Gesundheit und etwas überschwänglichen Conturen. - Diese Letzteren in Verbindung mit der kleinen Schwachheit, sich viel und zu jugendlich zu putzen, geben ihr mitunter einen etwas komischen Anstrich. Hierin ist aber auch all der Tadel erschöpft, welchen ich irgend gegen sie auszusprechen wüßte. Denn durch den komischen Anstrich hindurch, der übrigens nur ganz leicht über sie hingehaucht ist - gleichsam wie der blaue Duft auf reifen Pflaumen, - durch diesen komischen Anstrich hindurch leuchtet überall der Charakter einer ganz und gar achtungs- und liebenswerthen Frau, die als Gattin, als Mutter wie als Hausfrau für ein wahres Muster gelten kann, und im gefälligen Umfange jene Gemütlichkeit und Herzensgüte, die schon ihr behaglich-

ches Äußeres ankündigt, mit dem feinsten Anstande und den korrektesten Salon-Formen zu vereinigen weiß, " 220)

Und der Gesandte von Sydow:

"((...)) der exquisiteste Katzenkopf, den man sich denken kann, in feinen Formen heimisch, aber durch und durch parfümiert von unbeschreiblicher pietistischer Salbung, welche durch jenen charakteristischen näselnden Ton, wie man ihn sonst bei Pastoren findet, ein ganz besonderes Relief erhält; - dazu Augen wie Korkenzieher, die während seiner gemütlichen Conversation fort und fort im ganzen Zimmer geschäftig herumsuchen, um bald das Ameublement zu mustern, bald die Titel der auf dem Tisch befindlichen Briefe und Zeitungen zu konstatieren, bald ein ihm verkehrt gegenüberliegendes Schreiben zu entziffern, und bald wieder die Gesichtszüge desjenigen, mit dem er sich unterhält, physiognomisch zu secieren, " 221)

Es sei hier mit den Menschenschilderungen innegehalten. Es ließen sich zwar noch eine ganze Reihe nicht uninteressanter Schilderungen anführen, doch scheint mir das für Neumayrs Art Wesentliche bereits in den wiedergegebenen enthalten zu sein,

Der Unterschied zwischen Privatbriefen und Gesandtschaftsberichten wirkt auf Neumayrs Menschenschilderungen zum Teil verfeinernd. Dennoch ist in der Art und Weise der Darstellung eine Kontinuität festzustellen. Hier wie dort erweist sich Neumayr als der detailgetreue Beobachter; gegenüber den früheren eher oberflächlichen Darstellungen aber zeigt sich Neumayr in seinen Gesandtschaftsberichten weit mehr als echter Menschenkenner. Das rein Äußerliche tritt hier gegenüber den Lebensumständen und dem Charakter des jeweils zu Schildernden nahezu völlig zurück. Der nicht mehr so unverblümt hervortretende, aber dennoch immer noch vorhandene Humor nimmt den Berichten jegliche Trockenheit, -

5. Beurteilung

Die zehn Jahre, die Max von Neumayr als Gesandter in Württemberg verbringt, vermögen sein Bild nurmehr abzurunden. Die hervorstechendsten Eigenschaften, die in dem Kapitel über Neumayrs Abgeordnetenzeit konstatiert werden konnten, treten nicht nur in der Gesandtenzeit wiederum sehr stark hervor, sondern gelangen in ihr zur vollen Entfaltung: die Beobachtungsgabe, die Wiedergabefähigkeit, die Neigung zur Distanz, die absolut weiß-blaue Haltung. Diese kontinuierlichen Eigenschaften machen Max von

Neumayr zum nahezu idealen Gesandten, Bayern dürfte weder vorher noch nachher so genau und umfassend über die Zustände in Württemberg informiert worden sein,

Dennoch muß gesagt werden - gerade weil es sich um eine Biographie Neumayrs und nicht um eine Geschichte Württembergs handelt -, daß die Erkenntnisse über Neumayr - abgesehen von der Bestätigung einiger Eigenschaften - für diesen Zeitraum relativ gering sind. Gewiß, einige Daten sind bekannt: Beförderungen, Ordensverleihungen, Gehaltserhöhungen etc., , doch von ihm selbst ist keine Meinungsäußerung erhalten, die nicht darauf berechnet wäre, dem bayrischen Ministerium vorzuliegen. Dies macht das Kapitel unbefriedigend; es dient letztlich nur zur Fundierung bereits vorher gewonnener Erkenntnisse. -

IV) MINISTER DES INNEREN 1859 - 1865

1. Amtsantritt, Grundhaltung, Presse, deutsche Frage

Mit königlicher Verfügung vom 13. April 1859 wird Max von Neumayr zum Staatsrat in ordentlichen Diensten und zum Staatsminister des Inneren ernannt, ²²²⁾ Obwohl Neumayrs Amtsantritt allgemein für den 1. Mai 1859 erwartet wird, erreicht er vom König wegen der für Abschiedsaudienzen in Stuttgart nötigen Zeit einen Aufschub bis zum 7. Mai, dem geplanten Termin der Grundsteinlegung des Bayerischen Nationalmuseums. Grippe, sogenanntes gastrisches Fieber, sowie ein Abszeß im Ohr verzögern indes die Amtsübernahme bis zum 13. Mai 1859. ²²³⁾

Neumayr tritt in eine ausgewogene Regierungsmannschaft ein. Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist seit dem 1. Mai 1859 Karl Freiherr Schrenk von Notzing (1806 - 1884). ²²⁴⁾ Er wird als eine "harmlose Persönlichkeit" ²²⁵⁾ geschildert, als ein Mann, zu dessen Gunsten sich nichts weiter anführen läßt, als sein "besonders ehrenwerter Charakter und die edlen Motive, die seine Handlungen meist leiten". ²²⁶⁾

Schrenk amtiert bis zum 5. Oktober 1864. Er wird durch Ludwig Freiherr von der Pfordten (1811 - 1880) ²²⁷⁾, der das Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren wieder übernimmt und bis zum Dezember 1866 innehaben wird, und durch Adolph Freiherr von Pfretzschner (1820 - 1901) ²²⁸⁾, der Staatsminister für Handel und öffentliche Arbeiten wird, abgelöst.

Staatsminister der Justiz ist, ebenfalls seit dem 1. Mai 1859, Karl Freiherr von Mulzer (1805 - 1875) ²²⁹⁾, der bis zum 29. Juli 1864 im Amt bleibt und durch Eduard von Bomhard (1809 - 1886) ²³⁰⁾ ersetzt wird.

Ein Mitglied der ersten Regierung Pfordten ist auch in der Regierung Schrenk vertreten: der Staatsminister des Innern für Kirchen und Schulanlagen Theodor von Zwehl (1800 - 1875). ²³¹⁾ Er wird von Neumayr - der sich angeblich selbst Hoffnungen auf das Kultusministerium gemacht hatte ²³²⁾ - bereits zu Anfang dadurch brüskiert, daß er nicht ihn, sondern Staatsrat von Pelkhoven zu seinem Stellvertreter während einer Dienstreise macht. ²³³⁾ Zwehl scheidet 1864 zusammen mit Mulzer aus; an seine Stelle tritt Nikolaus von Koch (1807 - 1866). ²³⁴⁾

Der Nachfolger Joseph von Aschenbrenners im Finanzministerium ist Benno Heinrich von Pfeufer (1804 - 1871). ²³⁵⁾ Er ist derjenige, der sich

am längsten in dieser Regierung hält: vom 1. Juli 1859 bis zum 31. Juli 1866. Vom Sturz Schrenks bis zur Amtsübernahme Pfretzschners verwaltet er zudem das Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten. Von der Wochenschrift der Fortschrittspartei wird er boshaft als ein "simpler Geschäftsmann", der "sich mit höheren politischen Fragen, namentlich auch mit finanzpolitischen, grundsätzlich nicht befaßt" ²³⁶⁾ bezeichnet, was, wenn es zu trifft, sicherlich mit ein Grund für die relativ lange und ungeschorene Amtsführung im Finanzministerium ist.

Das Kriegsministerium ist in den Jahren 1859 bis 1866 einem ständigen Wechsel in seiner Führung unterworfen. Nach dem General Ludwig von Luder (1795 - 1861) ²³⁷⁾, der vom 13. 4. 1859 bis zum 12. 6. 1861 Minister ist und zurücktritt, weil er seinen Etat gegen die Minister Neumayr und Mulzer nicht durchzusetzen vermag ²³⁸⁾, folgt General Moriz von Spies (1805 - 1862) ²³⁹⁾, der bis zum 11. Dezember 1861 und dann wieder vom 16. Juni 1862 bis zum 10. Oktober 1862 das Kriegsministerium leitet. Vom 1. März 1863 bis zum 11. Juli 1863 ist General Karl Friedrich von Liel (1799 - 1863) ²⁴⁰⁾ Kriegsminister. In den Zwischenzeiten wird das Kriegsministerium entweder von General Hugo von Bosch ²⁴¹⁾ oder von General Bernhard von Heß ²⁴²⁾ verwaltet. Der häufige Personenwechsel in der Führung des Kriegsministeriums findet erst 1863 mit der Einsetzung des Generals Eduard von Lutz (1810 - 1893) ²⁴³⁾ ein vorläufiges Ende. Lutz amtiert vom 15. August 1863 bis zum 1. August 1866.

Die Regierung Schrenk-Neumayr hat mit einem grundsätzlichen Übelstand zu kämpfen, der auch während der Regierung Pfordten-Reigersberg bestand: dem mangelnden Kontakt zum König. Max II., der es liebte, den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen ²⁴⁴⁾, zog es vor, mit seinen Ministern schriftlich zu verkehren. König Max II., der uns als "ein den stillen Freuden des Studierzimmers mit ausgezeigter Vorliebe ergebener Fürst" ²⁴⁵⁾ geschildert wird, besprach politische Probleme lieber mit seinen unverantwortlichen Ratgebern ²⁴⁶⁾ als mit den für die Politik verantwortlichen Ministern. Daß diese Gewohnheit allein durch neue Gesichter in der Regierung sich ändern würde, erwarten wohl nur ausgesprochene Optimisten. Der badische Gesandte jedenfalls urteilt pessimistisch:

"Ob es den neu eintretenden Ministern gelingen wird, in diese Verhältnisse eine Änderung treten zu lassen, ist abzuwarten. Im Allgemeinen bezweifelt man es. Die früheren Minister haben SM. an eine sehr bequeme Geschäftsbehandlung gewöhnt; wenn es auch anfangs gut gehen wird, so kommt auf 4 Wochen einmal ein K((önigliches)) Handbillet, was etwas befiehlt, womit der Minister nicht einverstanden ist, er wird aber zu Demonstrationen nicht zugelassen, er kann nicht wegen jeder Unbedeutenheit in

Entlassung gehen, auf 8 Tagen kommt ein zweites und auf 3 Monaten ist man im alten Schlendrian," 247)

Max von Neumayr ist in der bayrischen Innenpolitik offenbar kein völlig unbeschriebenes Blatt. Mit Prognosen freilich hält man sich vorsichtig zurück, wie der nachstehende Bericht des österreichischen Gesandten Graf Hartig zeigt:

"Der Minister des Innern, Herr von Neumayr, obwohl seit seiner mehrjährigen diplomatischen Stellung in Stuttgart den inneren Verhältnissen entfremdet, dürfte bei seiner früheren ausgezeichneten Geschäftsleitung als Ministerialrath und bei seinen katholischen Gesinnungen demnach den Erwartungen der Gutdenkenden entsprechen, wenn er nicht, schon durch stete Kränklichkeit gehemmt, dem Drucke der großen constitutionellen und rastlosen protestantischen Partei mit ihrem allmächtigen Einflusse unterliegen wird," 248)

Von Anfang an legt Neumayr die Grundprinzipien seines Ministeriums in Arbeit und Haltung fest. Was die Arbeit anlangt, so hatte er es schon im April zur Bedingung für die Übernahme des Amtes gemacht, daß die neue Regierung "entschieden die seit Jahren und von allen Seiten angestrebte Gerichtsorganisation durchführen werde" 249), was ihm auch zuerkannt wurde. Was die grundlegende Haltung des Ministeriums anlangt, so schafft sich Neumayr von vornherein Mißtrauen wenn nicht gar Feindseligkeit bei den konservativen Kreisen. In einer Rede vor den Beamten seines Ministeriums nämlich hebt er hervor, "daß die Regierung den in Aussicht stehenden trüben Zeiten bloß dann mit Muth entgegengehen könne, wenn sie von der öffentlichen Meinung getragen werde, auf die sie sich deshalb zu stützen gesonnen sei". 250)

Diese Stützung auf die öffentliche Meinung bedeutet natürlich zuallererst eine liberale Haltung gegenüber der Presse. Tatsächlich kommt es in der Amtszeit Neumayrs zu relativ wenigen Beschlagnahmen. Selbst gegenüber dem Schriftleiter des "Nürnberger Anzeigers", Gottfried Meyer, von dem Ruider schreibt: "sein Fürsten- und Pfaffenhaß kannte keine Grenzen" 251), untersagt er trotz des Drängens der mittelfränkischen Regierung jegliches Vorgehen. 252) Auch dem gelegentlichen Wunsche ausländischer Mächte auf ein Vorgehen gegen bestimmte Zeitungen willfährt Neumayr nicht, so z. B. 1859, als Preußen glaubt, seine Politik falsch widergegeben zu sehen 253), und 1863, als Österreich ein Vorgehen gegen die Donau-Zeitung wegen eines Artikels zur Schleswig-Holstein Frage fordert. 254)

Mit dieser liberalen Presse-Politik eckt Neumayr sehr rasch an. Den gewichtigsten Tadel erhält er anläßlich eines Empfanges bei Prinz Karl im

Winter 1859. Der württembergische Gesandte Gräf Degenfeld, für gewöhnlich aufgrund seiner Beziehungen gut unterrichtet, notiert hierüber:

"((...)) denn der Prinz hat ((...)) mit ihnen ((den Ministern)) nicht allein wichtige Tagesfragen besprochen, sondern auch diesen Staatsmännern, namentlich dem Minister des Innern, Herrn von Neumayr, ganz unumwunden zu verstehen gegeben, daß Seine Königliche Hoheit nicht in allem mit ihrer Amtsführung einverstanden seien. Der Prinz hat nämlich nie gebilligt, daß die neuen Minister, namentlich in Beziehung auf Preßangelegenheiten, etwas allzu liberal vorgegangen sind, und kann den Rücktritt des Ministeriums Pfordten-Reigersberg noch immer nicht verschmerzen." 255)

Neumayr scheint versucht zu haben, sich durch Lavieren den Anschuldigungen bzw. dem Drängen der Konservativen zu entziehen. Graf Degenfeld, der ihm gegenüber Besorgnis über die Entwicklung der Presse in Deutschland äußert, begegnet er mit Besänftigungen, Worten und, wo es gar nicht anders geht, mit Versprechungen, die keine Aussicht auf Erfolg haben. Degenfeld berichtet von einer Unterredung mit Neumayr:

"Was aber das Gebahren der rothen Presse namentlich in Nürnberg im besonderen anbelange, so hätten Staatsanwalt und Polizeibehörde den Auftrag bekommen, von jetzt an strenger einzuschreiten, und das Blatt so häufig wie möglich, selbst ohne Aussicht auf sicheren Erfolg, vor die Geschworenen zu bringen. Trete dann, wie vorausszusehen, keine Verurtheilung ein, so sei ihm dies ein höchst willkommener Umstand, um den Kammern zu beweisen, daß mit der gegenwärtigen Preßgesetzgebung nicht auszukommen sei. Angesichts früherer Vorgänge wird man jedoch gut thun, diese dem Herrn von Neumayr im Fluß der Rede entschlüpfte Äußerung, die zwar immerhin bezeichnend ist, nicht à la lettre zu nehmen, wie auch Freiherr von Schrenk, mit dem ich jüngst zufällig auf Preßzustände zu reden kam, ehrlich genug war, mir auf meine bei dieser Gelegenheit gemachte Bemerkung, ob denn Bayern nicht vielleicht auf dem bevorstehenden Landtag an die Einführung der Bundespreßordnung, wenigstens in den wichtigeren Bestimmungen denke, zu entgegnen, hiez zu bestehe weder irgend eine Aussicht auf Erfolg in den Kammern, noch irgend eine Absicht der Regierung." 256)

Es scheint tatsächlich, daß Neumayr der Öffentlichkeit gegenüber eine Politik des *laissez faire* betreibt, die er mit beschwichtigenden Worten gegenüber den Konservativen zu vertuschen sucht. Der Grund für Neumayrs Haltung wird klarer, wenn wir Graf Degenfeld, der im übrigen Neumayr alles andere als freundlich gegenübersteht, noch einmal zu Wort kommen lassen:

"Darf ich aber schließlich noch eine allgemeine Bemerkung befügen, so ist, glaube ich, allerdings nicht zu verkennen, daß die Stimmung in Bayern im Innern eine bedeutend ruhigere geworden ist, doch möchte ich dahingestellt sein lassen, ob Herr von Neumayr nicht zu rosig sieht, wenn er meint,

daß die weitverzweigten und thätigen liberalen Elemente sich bloß durch die gewünschten Gesetzbücher zufrieden stellen lassen." 257)

Neumayr braucht zur Verabschiedung seiner Gesetzesvorhaben die Unterstützung der liberalen zweiten Kammer. Daher kann er sich durchgreifende Schritte gegen die liberale Presse nicht erlauben. Andererseits darf er es auch mit den Konservativen nicht verderben. Zur Tarnung faßt er zwar Maßnahmen gegen die sogenannte rote Presse ins Auge, ist aber von der Nutzlosigkeit von vornherein überzeugt. Max von Neumayr befindet sich also mit seinem Taktieren von vornherein zwischen den Stühlen.

Wie stark Neumayr die Macht der Presse einschätzt, beweist die Tatsache, daß er sich selbst journalistisch betätigt. Sein Organ ist die "Isarzeitung", die von August Becker redigiert wird und dem Fabrikanten Medikus gehört. 258) Die Tendenz der 1860 gegründeten und im Juni 1864 eingestellten "Isarzeitung" ist großdeutsch-liberal. Da Neumayr anonym schrieb, ist es leider bis auf wenige Ausnahmen 259) nicht möglich, seine Meinung mit Sicherheit aus dieser Zeitung zu eruieren.

Unsere Erkenntnisse über Neumayrs Bedeutung für die bayrische Außenpolitik sind schon aufgrund der Tatsache begrenzt, daß dieses Gebiet offiziell nicht in sein Ressort fiel. Infolgedessen findet seine Bedeutung kaum Niederschlag in Archivalien, die heute noch zugänglich sind. Dennoch wird man davon ausgehen müssen, daß Neumayr als die "Hauptperson im Ministerium" 260) es verstanden hat, seinen nicht allzu profilierten Kollegen Schrenk in dessen Amtsführung zu beeinflussen.

Neumayr ist uns als typischer bayrischer Patriot bekannt, als ein Verfechter der Eigenstaatlichkeit der Mittelstaaten gegenüber den Großmächten, als ein Befürworter des Gedankens der Trias und einer großdeutschen Lösung. Es ist verständlich, daß Neumayr auch während seiner Ministerzeit von dieser Haltung nicht abweicht.

Die deutsche Frage steht in jener Zeit immer noch im Vordergrund des politischen Lebens. Nach wie vor ist auch die Haltung der Mittel- und Kleinstaaten vom Streben nach einer gemeinsamen Haltung gegenüber den Großmächten, zugleich aber von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Wegen des Strebens nach einer gemeinsamen Haltung kommt es immer wieder zu Sondierungen, Initiativen und Projekten, die schließlich wegen des Mißtrauens scheitern.

Eine dieser Initiativen geht 1860 vom sächsischen Minister von Beust aus. Anlaß bot ihm hierzu ein Plan des Herzogs von Meiningen, dessen Vorschläge ganz im Zeichen einer Stärkung der Mittelstaaten standen. Wie W. P. Fuchs ausführt, ist Neumayr in Bayern "die Seele der Partei, die ganz und gar für Beusts Vorschläge eintrat". 261) Neumayrs Haltung

ist die bekannte: er erwartet den Versuch Preußens, im Bunde die Spitzenposition zu erobern, wogegen sich die Mittelstaaten durch Einigung beizeiten wappnen sollten, Neu oder gar eigenständig ist daran nichts; zudem bekennt er bezüglich der Einzelvorschläge - gemeinsame Volksvertretung mit begrenzter Befugnis -, daß er sie "nicht weiter durchdacht" 262) habe, Neumayr trägt seine Vorstellung dem König vor, dieser zaudert - nicht zuletzt aufgrund gegenteiliger Anschauungen aus dem Kreis seiner engen Berater 263) - und entscheidet schließlich gegen Beusts Projekt einer gemeinsamen Konferenz. Der Schlußsatz von Fuchs: "Daß aus der Trias nichts wurde, dafür sorgten die Mittelstaaten selbst am besten" 264), ist nicht nur bezüglich des Beustschen Vorhabens völlig am Platz,

Noch eine weitere Initiative - aus dem Jahre 1861 - sei hier kurz gestreift. Zum - von Österreich inspirierten - Zweck, in den deutschen Staaten eine großdeutsche Partei zu gründen, begibt sich Julius Fröbel im Sommer 1861 auf eine Rundreise. In München verhandelt er mit Neumayr, dem Präsidenten der zweiten Kammer, Graf Hegnenberg-Dux, und mit dem Freiherrn von Lerchenfeld:

"Ich legte den Herren das ((...)) bekannte großdeutsche Programm der Trias ((...)) vor, und dieses Programm wurde von dem Minister von Neumeier, dem Grafen Hegnenberg-Dux und dem Freiherrn von Lerchenfeld mit mir nach allen Richtungen durchgesprochen und fand unbedingte Billigung. Die Herren übernahmen es, in Bayern im Sinne des Programmes zu wirken und dafür eine Partei zu organisieren." 265)

Als im Jahr darauf die Idee die Runde macht, großdeutsche Vereine ins Leben zu rufen, soll sich Neumayr gegen die Gründung derartiger Organisationen in Bayern ausgesprochen haben. Er soll gesagt haben, daß es "schwer halten ((dürfte)), hier einen großdeutschen Verein, der Bestand haben und wirklich Thätigkeit entwickeln soll, zu begründen", 266) Neumayr hält es auch hier für weitaus besser, eine Zeitung zu gründen oder zu übernehmen, die im großdeutschen Sinne wirken sollte, 267) Immerhin - dies als ein, freilich bescheidenes Beispiel für ein konkretes Handeln im großdeutschen Sinne - stellt er am 19. Februar 1863 einen Antrag des Gesamtstaatsministeriums auf Auflösung der Kammer der Abgeordneten, weil der Zeitpunkt günstig sei, "kleindeutsche Wühlereien" im Landtag zu unterbinden. 267a)

Die wenigen Monate, die Neumayr im Herbst 1864 nach dem Sturz Schrenks als Außenminister fungiert, lassen keinerlei politische Tendenz erkennen, da er in dieser Zeit nur das Allernötigste erledigt, um seinem Nachfolger nichts vorwegzunehmen,

Neumayrs Haltung in der deutschen Frage dürfte ähnlich wie der Lerchenfelds, Edels etc. gewesen sein: "Man wollte zwar, hieß es, auch nichts sehnlicher als die deutsche Einheit, aber im Augenblick sei sie unerreichbar." 268)

Neumayr ist seinen politischen Prinzipien durchaus treu geblieben. Er ist jedoch kein Mann der Tat, so daß von ihm in der deutschen Frage mehr oder weniger nur Lippenbekenntnisse zu erwarten sind. Die bittere Abschlußbeurteilung Neumayrs durch Julius Fröbel ist kaum von der Hand zu weisen:

"Herr von Neumayr war in mehr als einer Beziehung nicht der Mann, von welchem sich für die deutschen Angelegenheiten etwas erwarten ließ, " 269)

2. Die Arbeit des Ministeriums

Die große innenpolitische, auch nach außen erkennbare Leistung des Ministeriums Schrenk-Neumayr liegt in der Gesetzgebung von 1862. Mit ihr wurden nicht nur Versprechungen des Märzministeriums, sondern auch der Verfassung von 1818 verwirklicht. Es handelt sich dabei um

- a) das Gerichtsverfassungsgesetz
 - b) das Notariatsgesetz
 - c) das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch
 - d) das Strafgesetzbuch
 - e) das Polizeistrafgesetzbuch und
 - f) das Einführungsgesetz zu Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch.
- Inhalte und Bedeutung dieser Gesetze seien kurz dargestellt, ²⁷⁰⁾

a) Das Gerichtsverfassungsgesetz bringt als wichtigste Errungenschaft die schon fast überfällige Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der untersten Ebene. Die bisherige Einteilung in Kreis-, Stadt- und Landgerichte, Appellationsgerichtshöfe und Oberappellationsgerichtshof erfährt eine Straffung; hinzu tritt eine teilweise Neuordnung der Befugnisse.

Wurden bisher Übertretungen in erster Instanz von den Distriktpolizeibehörden, in zweiter von den Kreisregierungen geahndet, so wird nun die Ahndung den sogenannten Einzelgerichten, d. h. den Stadt- und Landgerichten übertragen, an deren Spitze in der Regel ein Stadt- bzw. Landrichter steht, dem mehrere Assessoren zugeteilt sind. Die Einzelgerichte erhalten die niedere Gerichtsbarkeit in Fällen des bürgerlichen Rechts; sie übernehmen auch die Rechtspflege in nichtstreitigen Fällen, soweit diese nicht Sache der Notare werden,

Auf die Stadt- und Landgerichte folgen Bezirksgerichte, die in zweiter und dritter Instanz Fälle der ersteren zu behandeln haben und in erster Instanz für Strafsachen zuständig sind. Verbrechen und Pressevergehen werden

ebenfalls an diesen Gerichten durch gegebenenfalls zu bildende Schwurgerichte abgeurteilt.

Nach den Bezirksgerichten kommen die Appellationsgerichte, die, was das strittige und nichtstrittige bürgerliche Recht anlangt, in zweiter und dritter Instanz über die von den Bezirksgerichten in erster Instanz behandelten Fälle Recht zu sprechen haben und zudem, was das Strafrecht anlangt, ebenfalls die zweite Instanz, in Ausnahmefällen auch die dritte, bilden. An der Spitze eines Appellationsgerichtes steht ein Präsident, dem mehrere Direktoren, Räte etc. beigeordnet sind.

Letzter im Gerichtsaufbau ist der Oberappellationsgerichtshof, der für alle ihn noch erreichenden Fälle die letzte Instanz darstellt - im bürgerlichen wie im Strafrecht. An ihm wirken ein Präsident, mehrere Direktoren etc. Hervorzuheben ist, daß das Gerichtsverfassungsgesetz keine völlige Neuschöpfung der Ministerien Neumayr-Mulzer, also des Innenministeriums und des Justizministeriums, darstellt. Dies geht schon aus der Rede Mulzers zur Einführung des Gesetzentwurfs in den Landtag am 25. Mai 1861 hervor, in der er darauf hinweist, daß man das bereits bestehende Gerichtsverfassungsgesetz vom 25. Juli 1850 auch nur hätte revidieren, die neu hinzutretenden Bestimmungen also auf dem Verordnungsweg hätten beigelegt werden können. Mulzer führt jedoch zur Begründung eines neuen Gesetzes an: "Die Staatsregierung hielt es jedoch im Interesse der Übersichtlichkeit des Gesetzes und zur Abschneidung von Kontroversen für zweckmäßiger, einen neuen, vollständigen Entwurf über die Gerichtsverfassung aufzustellen." 271)

b) Das Notariatsgesetz stellt eine sehr wesentliche Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes dar. Ab 1862 werden Teile der nichtstrittigen Rechtspflege, die nicht - wie etwa Grundbücher, Hypotheken, Vormundschaften etc. - den Gerichten vorbehalten bleiben (nach Artikel 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes), öffentlichen, von den jeweils Beteiligten und nicht vom Staat besoldeten Beamten übertragen, die in ihrer Wirksamkeit auf ihren jeweiligen Bezirk festgelegt sind. Im Einzelnen hat der Notar folgende Aufgaben:

- 1) alle auf Rechtsverhältnisse sich beziehenden Erklärungen, Verhandlungen, Verträge und Thatsachen zu beurkunden, über welche entweder nach gesetzlicher Vorschrift oder nach dem Willen der Beteiligten eine öffentliche Urkunde zu errichten ist;
- 2) die Urschriften aufzubewahren;
- 3) Ausfertigungen und Abschriften zu erteilen;
- 4) den Ausfertigungen die Vollziehbarkeitsklausel beizufügen."

Durch Artikel 16 des Gesetzes wird dem Notar in diesen genannten Aufgaben ein Monopol eingeräumt.

Auch das Notariatsgesetz ist keine Neuschöpfung, sondern entspricht "in allen wesentlichen Punkten dem im Jahre 1851 an den Landtag gebrachten".²⁷²⁾ Obwohl das Notariat in Bayern schon 1852 wieder abgeschafft wurde, glaubte die Regierung jedoch, den Gedanken eines Notariats wieder aufnehmen zu können, "da zu erwarten steht, daß die Anschauungen über dieses seit längerer Zeit in verschiedenen Nachbarländern bestehende und als bewährt empfundene Institut im Verlaufe der letzten zehn Jahre sich geklärt haben werde".²⁷³⁾

c) Schon 1836 und 1846 hatte die württembergische Regierung bei Beratungen der Zollvereinsstaaten ein gemeinsames Handelsrecht angeregt, 1856 greift Bayern diesen Gedanken auf und beantragt bei der Bundesversammlung, "daß zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für die deutschen Bundesstaaten eine Kommission niederszusetzen sei".²⁷⁴⁾ Diese Kommission tritt am 15. 1. 1857 in Nürnberg erstmals zusammen. Ihre Arbeit ist am 11. 3. 1861 beendet. Der dort entstandene Entwurf muß durch ein Einführungsgesetz in Einklang mit der bisher bestehenden Gesetzgebung gebracht werden. Sehr wesentlich ist die im Einführungsgesetz verankerte Einführung von Handelsgerichten und Handelsappellationsgerichten, in denen Juristen und Laien Recht sprechen.²⁷⁵⁾ Dadurch wird eine zusätzliche Entlastung des Gerichtswesens erreicht.

d) Um das Strafgesetzbuch und das damit in engstem Konnex stehende Polizeistrafgesetzbuch von 1862 zu würdigen, ist ein geschichtlicher Überblick über die bisher im Königreich Bayern bestehenden Strafgesetzbuchbestimmungen unerläßlich. Schon die Verfassung vom 26. März 1818²⁷⁶⁾ gab das Versprechen: "Es soll für das ganze Königreich Bayern dasselbe bürgerliche und Strafgesetzbuch bestehen." Um dieses Versprechen auch nur teilweise einzulösen, brauchte es immerhin 44 Jahre!

Bis 1862 nämlich gab es im Königreich Bayern zwei geltende Strafgesetzbücher; diesseits des Rheins das Strafgesetzbuch von 1813, jenseits des Rheins aber, also in der Pfalz, den napoleonischen Code Pénal von 1810. Beide Strafgesetze unterschieden sich bezüglich des Strafmaßes und der Einordnung eines Deliktes nicht unbeträchtlich. Es konnte ein Delikt, das in der Pfalz begangen wurde, als Verbrechen eingestuft werden, die gleiche Tat aber im diesseitigen Bayern als Übertretung geahndet werden. Dies bedeutete z. B., daß ein nachts ausgeführter Diebstahl einer Summe bis zu 5 fl im diesseitigen Bayern eine Übertretung bedeutete, die mit Arrest geahndet wurde, in der Pfalz aber als Verbrechen galt und eine Strafe von 5 - 10 Jahren Inhaftierung nach sich zog und zudem noch normalerweise den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte!²⁷⁷⁾ Die Verwirrung wurde durch die Tatsache vollständig, daß alle Militärangehörigen dem Strafgesetz des

diesseitigen Bayern, dem von 1813, unterstanden, also auch die Soldaten in der Pfalz, deren Bewohner sonst ja dem Code pénal unterworfen waren, Man stelle sich einmal vor, daß ein bayrischer Unteroffizier in Zweibrücken wegen Diebstahls einer kleinen Summe zu drei Monaten Arrest verurteilt worden wäre und ein Bürger desselben Ortes wegen des gleichen Deliktes zu fünf Jahren Gefängnis mit Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte! Diese Ungleichheit wurde schon beizeiten - wie die Verfassung ja auch zeigt - gesehen, und es wurden daher verschiedene Anläufe unternommen - 1822, 1827, 1831, 1844, 1847 - um sie zu beseitigen und ein einheitliches Strafrecht für das ganze Königreich Bayern zu schaffen. Diese Versuche führten nicht zum Erfolg, "weil der Einheit des materiellen Strafrechts die Verschiedenheit des Strafverfahrens in den diesrheinischen Provinzen einerseits und in der Pfalz andererseits hindernd im Wege stand".²⁷⁸⁾ Bis 1849 nämlich gab es in der Pfalz den öffentlichen und mündlichen Prozeß, bei dem Juristen und Geschworene als Rechtsprecher fungierten, im diesseitigen Bayern den "geheimen schriftlichen Inquisitionsprozeß", bei dem nur Juristen als Richter tätig waren. Erst durch das Gesetz vom 10. November 1849 - durch welches der öffentliche Geschworenen-Prozeß Allgemeingültigkeit erlangte - wurde dieser Gegensatz aufgehoben und damit auch das Haupthindernis für ein einheitliches Strafgesetzbuch. Die theoretische Möglichkeit, daß ein geltendes Strafgesetzbuch eines Teils des Königreichs Bayern für das ganze Bayern hätte gelten können, wurde durch die Überalterung sowohl des Strafgesetzbuches von 1813 wie des Code pénal als Unmöglichkeit angesehen.

Der Code pénal war angesichts seiner historischen Bedingtheit - nach einer Revolution erlassen! - den Gegebenheiten der 50er und 60er Jahre nicht mehr angemessen, und das Strafgesetzbuch von 1813 hatte neben seiner Überalterung zudem noch den Fehler, daß es mit dem neuen Prozeßverfahren nicht mehr in Einklang zu bringen war - es war vor allem für Nichtjuristen im praktischen Gebrauch zu schwierig.

Es galt also, ein Strafgesetzbuch zu schaffen, das sowohl der Zeit, wie auch dem Strafprozeßverfahren entsprach. Dies gelang, indem auf den Bemühungen und Versuchen der vergangenen Jahrzehnte aufgebaut und außerdem Grundsätze der alten Strafgesetzbücher übernommen wurden. Wie stark allerdings die Anlehnung an das Strafgesetzbuch von 1813 und den Code pénal von 1810 war, ist schon 1861/62 umstritten: der eine Kommentator sieht in dem neuen Gesetz eine Fortentwicklung der alten²⁷⁹⁾, der andere erkennt Abweichungen "in den erheblichsten Punkten".²⁸⁰⁾ Beibehalten wird im neuen Strafrecht die grundsätzliche Einteilung der Delikte in Verbrechen, Vergehen und Übertretungen, geändert wird allerdings ihre Zuordnung in die Zuständigkeitsbereiche von Strafgesetz und Polizeistrafgesetz sowie das je-

weils geltende Strafmaß. An der Aburteilung der Verbrechen ändert sich prinzipiell nichts; sie werden nach wie vor mit Kerkerstrafen oder Todesstrafe gesühnt. Auch bei den Vergehen fällt eine Änderung nicht sofort ins Auge; wie vordem können Gefängnisstrafen bis zum Höchstmaß von 5 Jahren oder Geldstrafen bis zum Höchstmaß von 1000 fl verhängt werden. Neu ist, daß die körperliche Züchtigung im Katalog der möglichen Strafen wegfällt. Prinzipieller Natur ist die Änderung bei den Übertretungen, deren Bestrafung nunmehr "ausschließlich zur Zuständigkeit der Gerichte gehört", 281) Im Strafmaß tritt eine Milderung ein. Waren früher Arreststrafen bis zu 3 Monaten, Geldstrafen bis zu 300 fl und die Strafe der körperlichen Züchtigung möglich, so liegen nach der Justizreform die Höchststrafen bei sechs Wochen Arrest und 150 fl; die körperliche Züchtigung fällt auch hier weg.

Es ist schon erwähnt worden, daß das Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch von 1862 auf früheren Entwürfen aufbauen; hinzuzufügen wäre, daß insbesondere die Gesetzentwürfe der fünfziger Jahre, also der Zeit nach der Vereinheitlichung des Strafverfahrens, herangezogen wurden. Dennoch unterscheidet sich das neue Gesetz von den Entwürfen der Minister Kleinschrod und Ringelmann in entscheidenden Punkten. Sehr wesentlich ist, daß dem Polizeistrafrecht - in Übereinstimmung mit den Entwürfen von 1827 und 1831 - nurmehr Rechtsgefährdungen nicht aber Rechtsverletzungen überlassen bleiben. Andererseits wird aber das Prinzip der mildernden Umstände nicht aus den Entwürfen der fünfziger Jahre übernommen 282); im Strafmaß aber ist eine Annäherung an besagte Entwürfe deutlich zu erkennen.

Aufgrund der Tatsache, daß auch das Strafgesetzbuch und das Polizeistrafgesetzbuch von 1862 nicht völlig neugeschaffen werden mußte, ist es erklärlich, daß sie in der relativ kurzen Zeit vom Amtsantritt des Ministeriums bis zum Frühjahr 1860 vorgelegt werden konnten. Am 26. April 1860 werden die Kammerausschüsse berufen; der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten tagt in 74 Sitzungen bis zum 31. Mai 1861, der der Kammer der Reichsräte in 12 bis zum 7. Juni 1861. Am 10. November 1861 werden die Gesetzentwürfe in der Kammer der Abgeordneten mit großer Mehrheit angenommen, 283)

Die gesamte Gesetzgebung bildet einen Komplex, in dem die einzelnen Gesetze einander bedingen. So sind zum Beispiel das Strafgesetzbuch und das Polizeistrafgesetzbuch nicht ohne das Gerichtsverfassungsgesetz zu denken, und letzteres wäre ohne das Notariatsgesetz oder auch ohne das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch unvollkommen. Kernprinzipien der neuen Gesetzgebung sind Klarheit, Straffung,

Vereinheitlichung und Anpassung. Das Notariat, in anderen Ländern lange bewährt, entlastet die Gerichte; das Gerichtsverfassungsgesetz bringt die endgültige Gewaltenteilung zwischen Administration und Justiz und verschafft damit dem einzelnen Bürger eine größere Rechtssicherheit; das Strafgesetzbuch eint das Königreich Bayern in einem sehr wesentlichen Punkt des Rechtswesens, beseitigt bestehende Unklarheiten und Ungerechtigkeiten, paßt sich dem bestehenden Strafverfahren an und schützt zudem den Untertanen in stärkerem Maß, als es vorher der Fall gewesen ist, vor der staatlichen Willkür durch die "Aburtheilung aller strafbaren Handlungen, also auch der wirklichen Polizeiübertretungen" 284) durch die Gerichte. Ein Gesetz freilich, das den Komplex abgerundet hätte, fehlt; eine neue Zivilprozeßordnung. Justizminister Mulzer bedauert dies in seiner Rede vor der Kammer der Abgeordneten am 25. Mai 1861:

"Dadurch wäre das Organisationswerk wesentlich vereinfacht und erleichtert worden. Es wäre in diesem Falle möglich gewesen, anstatt abermals mehr oder weniger provisorische Zustände zu schaffen, den Gerichten sogleich eine definitive Gestaltung zu geben und es hätte hiebei insbesondere auch die mit dem neuen Civilproceßverfahren voraussichtlich eintretende Verminderung des Justizpersonals in erheblichem Maße verwirklicht werden können." An einem Entwurf zu einem Gesetzbuch über das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen wird freilich mit Hochdruck gearbeitet; Referent hierfür ist Ludwig von Neumayr. Dennoch tritt die neue Zivilprozeßordnung erst 1869 in Kraft. Somit bleibt die Gesetzgebung von 1862 durch eine nicht unwichtige Lücke doch Stückwerk, das noch der Ergänzung bedarf.

Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß diese Gesetzgebung völlig reibungslos und ohne Hindernisse ans Ziel kam. Dies gilt freilich nicht bezüglich der Kammern, von denen insbesondere die Kammer der Abgeordneten "selbst den Schein einer Opposition" 285) vermeidet. Die Zusammenarbeit mit diesen ist vorzüglich, was nicht zuletzt auf das Entgegenkommen der Minister Neumayr und Mulzer zurückzuführen ist, die "stets bereit waren, die Anschauungen der Gesetzgebungsausschüsse der beiden Kammern überall, wo denselben eine wirkliche Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte, in loyalster Weise beizutreten ((...))". 286) Justizminister von Mulzer würdigt denn auch die Zusammenarbeit, indem er den Wunsch äußert, "daß die Eintracht, die in diesem Augenblick die Kammern und die Regierung so schön und fest verbindet, ungestört fort und fort bestehen möge ((...))". 287)

Die Hauptschwierigkeit liegt in der zaudernden und teilweise ablehnenden Haltung König Max' II. Die Gesetzentwürfe werden verschleppt; der

Kontakt zu den Ministern wird zunehmend schlechter. Im Januar 1860 beabsichtigt der Monarch, aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Spanien anzutreten. Neumayr ist angeblich der einzige, der sich dagegen wendet und den König schließlich davon abbringt.²⁸⁸⁾ Statt nach Spanien reist Max II. im Frühjahr 1860 in die Schweiz, aus Trotz und "Hypochondrie", wie der österreichische Gesandte vermutet. Da somit auch die Gesetzentwürfe beim König in Genf liegen, drängt Neumayr auf baldige Rückkehr.²⁸⁹⁾ Dies führt dazu, daß Neumayr immer mehr in Ungnade fällt.²⁹⁰⁾

Es gelingt Neumayr und Mulzer, die Strafgesetzbücher und deren Einführungsgesetz - wobei zu bemerken wäre, daß auch hier Ludwig von Neumayr, damals Ministerialrat im Justizministerium, maßgeblich am Zustandekommen beteiligt ist - relativ rasch und verhältnismäßig reibungslos voranzubringen. Wie die Korrekturen an den Gesetzesentwürfen zeigen, nimmt Max II. seine Aufgabe sehr ernst und scheint sich intensiv mit ihnen beschäftigt zu haben.²⁹¹⁾ In der Einflußnahme Max' II. ist auch der Grund zu vermuten, warum die Strafgesetze nicht die unbedingte Zustimmung der Fortschrittspartei gefunden haben.²⁹²⁾ Als der König die Entwürfe genehmigt hat, äußert Neumayr, "der übrigens meistens in allen solchen Dingen sehr rosafarben sieht" ²⁹³⁾, wie Graf Degenfeld spitz bemerkt, seine große Zufriedenheit und die Hoffnung, daß es in diesem positiven Sinne weitergehen möge.

Doch für großen Optimismus besteht kein Grund, wie sich bald am - vermutlich von Graf Seinsheim und Baron Guttenberg genährten ²⁹⁴⁾ - Widerstand des Königs gegen das Gerichtsverfassungsgesetz und vor allem gegen das Notariatsgesetz, von dem gesagt wird, es habe 4 Monate im Kabinett des Königs "nur gelegen" ²⁹⁵⁾, zeigt. Die Gründe für die ablehnende Haltung des Königs sind nicht klar. Neumayr und Mulzer gelingt es nur unter dem Einsatz ihres äußersten Mittels - der Rücktrittsdrohung - den König zum Einlenken zu bewegen.²⁹⁶⁾ Graf Degenfeld berichtet Mitte Mai 1861 von diesem Druck auf den König:

"Die Minister von Mulzer und von Neumayr ((...)) erlaubten sich deshalb Seiner Königlichen Majestät die dringendsten Vorstellungen zu machen, aber umsonst, und erst nachdem sie ((...)) dem König erklärten, daß, wenn die Genehmigung nicht erfolge, sie beide um ihre Entlassung bitten müßten, erreichten sie ihren Zweck, erhielten die Unterschrift des Königs und bleiben somit in ihren respectiven Stellungen." ²⁹⁷⁾

Das Vorgehen der Minister trübt die Beziehungen zum König noch mehr. Degenfeld wagt die Prognose: "Von nun an wird ihnen der König gram sein." Gegen Neumayr, die "eigentliche Seele des Ministeriums" ²⁹⁸⁾, richtet sich die Ungnade noch stärker als vorher. Die Prophezeiung des ba-

dischen Gesandten erfüllt sich voll und ganz: die Minister werden nicht mehr zum Vortrag empfangen, und es scheint kaum Kontakt zwischen Regierung und König zu bestehen. Von Frhr. v. Schrenk wird z. B. im Dezember 1861 berichtet, daß er den König seit Juli 1861 nicht mehr gesehen habe! 299) Man spricht offen davon, daß der König, "wenn die Sache so leicht auszuführen wäre, Alle entlassen würde, um auf ein Ministerium Pfordten-Reigersberg zurückzugreifen", 300) Der württembergische Gesandte kritisiert das Verhalten des Königs:

"((...)) aber die Frage darf man wohl stellen, ob der König nicht klüger gethan, wenn Er bei jedem einzelnen Fall den Räten der Krone kräftig und entschieden entgegengetreten wäre. Das Schmollen hintendrin wird nicht zum guten führen, ja könnte möglicherweise recht üble Folgen haben, denn die Minister sind natürlich verstimmt, und werden nun, um so mehr als sie samt und sonders wenig Energie besitzen, die Staatsmaschine zwar im Gange erhalten, aber alles vermeiden, was aufs Neue zu einem Konflikt mit Seiner Majestät führen könnte ((...))." 301) Die öffentliche Reaktion auf das kritische Verhältnis von König und Regierung artikuliert sich vor allem in einem erhebliches Aufsehen erregenden Artikel des "Volksboten" vom 22. Mai 1861. Dieser Leitartikel kritisiert in vergleichsweise scharfer Form den Mangel an "mündlichen Verkehr" und nutzt die Gelegenheit zu einer harten Attacke auf die Institution des Kabinettssekretariats. Der Volksbote stellt fest, "daß das gegenwärtige System einerseits dem Monarchen selbst die Uebersicht und Arbeit, andererseits aber den Ministern die ohnehin überhäufte Geschäftsführung außerordentlich erschwert und hemmend auf ihre Berufsthätigkeit einwirkt". Er befürchtet abschließend aufgrund der bestehenden Verhältnisse "neue und ernstere Ministerkrisen", 302)

Die Fertigstellung der Gesetzgebung ist vor allem der geschlossenen Zusammenarbeit von Justiz- und Innenministerium, d. h. von Mulzer und Neumayr zu danken, 303) Dieser enge Zusammenhalt drückt sich deutlich in den Zeilen aus, die Max von Neumayr nach dem Inkrafttreten der Gesetze an seinen Kollegen sendet:

"Soeben erhalte ich Ihre gütigen Zeilen vom Gestrigen, und will keinen Augenblick versäumen, den Gefühlen, von denen dieselben diktiert sind, und die auch mich beseelen, aus vollem aufrichtigem Herzen treuen Ausdruck zu geben, - Ich habe gestern, an unserem großen Ehrentage, nicht an Sie geschrieben, aber ich habe viel an Sie gedacht, und mir recht lebendig vergegenwärtigt, was wir in den jüngst verflossenen 3 Jahren zusammen durchgemacht haben, - Alles, was Sie mir in den oft so kritischen Situationen jener Periode gewesen, - Alles, was mich für mein ganzes Leben

zu Ihrem Schuldner macht, - Wenn Sie so freundlich sind, mir gegenüber von Dank zu sprechen, so kann ich das nur hundertfach zurückgeben; denn Ihrer unerschütterlichen Consequenz und Beharrlichkeit haben wir zunächst das Gelingen des großen Werkes zu danken, welches - um nur Eines zu erwähnen - Stückwerk geblieben wäre ohne das Notariat!
/: Mulzerus invenit et fecit :/

Aber zugleich mit der Vollendung des Organisationswerkes ist auch der oft besprochene Nabelstrang gelöst worden, der uns gleich den siamesischen Zwillingen verbunden hatte - allerdings mit der zeitweisen Inkonvenienz, daß, wenn der Eine ein Schlückchen über den Durst trank, der Andere die Wallungen und das Herzklopfen davon empfand. Mögen uns statt dieses Nabelstranges dafür in Zukunft um so fester und dauernder die Freundschaftsbande aneinander ketten ((...)). " 304)

Um die Gesetze der Öffentlichkeit zu präsentieren, greift Neumayr in der Isarzeitung 305) selbst zur Feder. Den Tag des Inkrafttretens der neuen Gesetze, den 1. Juli 1862, nennt Neumayr einen "epochemachenden Tag" für Bayern, "von ihm datiert eine ganz neue Gestaltung seiner inneren Entwicklung, die, so Gott will, des bayrischen Volkes Wohlfahrt und Gedeihen wesentlich fördern und befestigen soll". Neumayr appelliert an das Volk, die Gesetze zu unterstützen, da sie nur dann zu Leben erweckt werden könnten. Er hebt die Übersichtlichkeit insbesondere des Polizeistrafgesetzbuches hervor und nennt die Gesetze ein "mit langem Fleiß von Meisterhand gefertigtes Original" (im Gegensatz zu den populären Gesetzesausgaben). Neumayr schließt mit einer vorsichtigen Betonung der Tatsache, daß Amtswillkür und Amtsmissbrauch künftig erschwert werden: "Wie jetzt noch die Dinge stehen, ist man sehr häufig der Meinung, es hänge bloß von dem Belieben der Behörden ab, in den Angelegenheiten ihres Amtes so oder anders zu handeln. Wenn man weiß, daß sie bloß die Gesetze vollziehen, so wird ihnen gar manches nicht zugemuthet werden, und man wird ihren Verfügungen williger Folge leisten."

Die Regierung Schrenk-Neumayr-Mulzer ist auch bezüglich der - von König Max II. sehr stark geförderten - Sozialgesetzgebung tätig gewesen, wenn sie auch deren Verwirklichung nicht mehr erlebt hat. 306) Hier ist eine enge Zusammenarbeit Neumayrs mit Schrenk, der ja auch für das Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten verantwortlich zeichnete, vor allem bezüglich der angestrebten Gewerbefreiheit, festzustellen. 307) Neumayr scheint diese Gesetzgebung wichtig genommen zu haben, da er einen seiner fähigsten Beamten mit der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe betraut. 308) Seine Haltung legt Max von Neumayr 1865 vor der Kammer der Abgeordneten so dar: "Es handelt sich darum, die Gemeindeverfassung

auf neuen, wesentlich vereinfachten Grundsätzen aufzubauen, dem kooperativen Leben eine freie, naturgemäße Entwicklung zu sichern, die Oberaufsicht und Einwirkung der Staatsgewalt auf das wirklich Nothwendige und Fruchtbringende und eben darum auch Unveräußerliche zurückzuführen, andererseits aber zugleich die Schranken zu brechen, welche dem Individuum in freier Verwertung der Arbeitskraft und Begründung des häuslichen Herdes zur Zeit sich entgegenstellen, und auf diese Weise den organischen Kräften des Landes auf sozialem und nationalökonomischem Gebiete jene fruchtbringende Entfaltung zu sichern, deren der Landbau und die Gewerbsthätigkeit in unseren Tagen mehr als je bedürfen, soll Bayern nicht untergehn in dem großen Wettkampfe, welchem es sich in Folge der neuesten handelspolitischen Phase nicht länger entziehen kann." 309)

Noch Anfang Mai erklärt Neumayr, daß er für die Verwirklichung der Sozialgesetzgebung seine ganze Kraft einsetzen werde. Für den Winter 1865/66 war die Einbringung der Entwürfe in den Landtag geplant. Der Sturz Neumayrs vereitelte diesen Plan. Unter der Herrschaft Ludwigs II. und der Regierung Hohenlohes spielten die Sozialgesetze nur eine "untergeordnete Funktion", 310) Erst Ende der sechziger Jahre traten sie in Kraft.

In engem Konnex mit dem Verhalten der Regierung zu den Sozialgesetzen steht auch das Verhalten gegenüber den Arbeitervereinen. Im Oktober 1862 ruft der 1861 gegründete Nürnberger Arbeiterverein zu einer Versammlung aller deutscher Arbeitervereine in Nürnberg auf. Dabei soll vor allem über Gewerbefreiheit, die Altersfürsorge für Arbeiter, sowie über die allgemeinen Aufgaben der Arbeiter in den "bestehenden Verhältnissen" diskutiert werden. Die Versammlung darf zwar stattfinden 311), mit einem juristischen Schachzug seitens des Innenministeriums wird aber verhindert, daß die außerbayrischen Arbeitervereine teilnehmen können: das Versammlungsrecht gelte nur für bayrische Staatsbürger, nicht für Nicht-Bayern, 312) Damit ist der Versammlung die überregionale Bedeutung genommen. Daß Neumayr auf diese Versammlung ein scharfes Auge hat, beweist, daß er einen schriftlichen Bericht der Regierung von Mittelfranken "in thunlichster Bälde" anfordert und schließlich an dem Bericht des "Polizeiaktionärs Jäckel" bemängelt: "Der Bericht scheint mir sehr oberflächlich," 313) Neumayr hat seine äußerst mißtrauische und abwehrende Stellung gegenüber den Linksradikalen also nicht aufgegeben. Die Haltung König Max' II. erscheint in diesem Zusammenhang sehr interessant. Er wirkt fortschrittlicher als sein Innenminister. Hatte Neumayr noch dem Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Auswärtigen mitgeteilt: "Es gibt nirgends im Königreiche ((Bayern)) eine Agitation im Sinne der Grundsätze von Schultze-Delitzsch oder im Sinne von Lassalle und ist eine solche auch in der nächsten Zukunft nach allen in Betracht kommenden Verhältnissen

nicht zu gewärtigen" ³¹⁴), so stellt Max II. am 17. Juni 1863 - nach Einholung eines Gutachtens ³¹⁵) - fest, daß Arbeitervereine, die von Viktor Huber und Schultze-Delitzsch inspiriert seien, als "unbedenklich" gelten und zu einer "Unterstützung von Seiten einer wohlmeinenden Regierung ((eher)) als zu einer Hemmung in ihrer Entwicklung" geeignet sind. Arbeitervereine sind allerdings dann gefährlich, wenn sie politisch werden, "weil dadurch große Massen von unselbständigen Leuten für politische Demonstrationen u. Aktionen organisiert werden". Es gelte, so Max II., die Arbeitervereine nicht der Fortschrittspartei zu überlassen. Da es "weder möglich noch gerechtfertigt" sei, die Arbeitervereine pauschal zu unterdrücken, sollten die "Gutgesinnten" selbst Vereine gründen. Max II. führt als Beispiel den Verein der Kammacher an, der von dem Grafen Giech und dem Pfarrer Künell begründet wurde. Der König schließt mit dem Satz: "Ich wünsche, daß Mein Staatsministerium des Innern in diesem Sinne sich mit der Sache befasse." ³¹⁶) Es ist sehr aufschlußreich, daß Neumayr diesem Befehl nicht folgt, sondern das Schreiben unverzüglich an den Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Schrenk, weiterleitet. Schrenks "Harmlosigkeit" drückt sich so stark aus, daß er in seinem - durchaus bereitwilligen - Antwortschreiben an Max II. fast wortwörtlich das anführt, was der König an Neumayr geschrieben hatte. -

3. Ein liberales Ministerium?

Die "Neue Frankfurter Zeitung" bringt Anfang Juli 1862 einen Artikel zur bayrischen Gesetzgebung ³¹⁷), dessen Schlußsatz lautet: "Wer Bayern vor dem Jahre 1848 kannte und die damaligen Zustände mit den heutigen vergleicht, wird erkennen, daß die Reaktion gründlich zu Schanden geworden ist." Ist das Ministerium Neumayr liberal? Neumayr, "c'est un homme éclairé et dont les tendances sont liberales" ³¹⁸) verkündet der französische Gesandte und so oder ähnlich klingt es aus allen Gesandtschaftsberichten. Das Ministerium Schrenk-Neumayr hat von sich nie behauptet, liberal zu sein. Die Wochenschrift der Fortschrittspartei stellt fest:

"In Perioden wie die gegenwärtige herrscht jenes juste milieu, das zwischen links und rechts hin und wieder lavirt, dem Liberalismus heute ein Zugeständnis macht, morgen zur Ausgleichung eine Ohrfeige versetzt und mit diesem Verfahren den gemüthvollen deutschen Philister ohne Schwierigkeit bei guter Laune hält." ³¹⁹)

Gilt die tendenziöse Darstellung des österreichischen Gesandten?

"Wohl keines der deutschen Mittelstaats-Cabinete dürfte so unentschieden in politischen Anschauungen und der Willenskraft so sehr entbehren als das hiesige. Seine Majestät der König sind von den politischen Vorkommnissen mangelhaft oder gar nicht unterrichtet und meiden jede anstrengende Betheiligung an politischer Thätigkeit. Die Minister sind selten in der Lage, Seine Majestät zu sprechen und wissen, daß der König sein Bedürfnis nach Ruhe auch durch sie berücksichtigt zu sehen wünscht. Ihr Hauptbestreben geht daher dahin, die inneren Angelegenheiten zur Befriedigung der Bevölkerung zu sichern und sich eine günstige Stellung dem künftigen Landtage gegenüber, der zudem ein Budget-Landtag ist, zu sichern. Daher das überaus vorsichtige Vorgehen des Freiherrn von Schrenk ((...)), daher das Erlassen liberaler Verfügungen in der Presse, in der Polizei etc. von Seiten des Ministers des Innern, Herrn v. Neumayr, " 320)

Stellen wir fest: Neumayrs Amtswaltung kann in vielerlei Beziehung das Prädikat 'liberal' in Anspruch nehmen. Dies gilt vor allem für die Gesetzgebung von 1862 und für das Verhalten gegenüber der Presse, aber auch für viele kleinere Punkte, die im vorangegangenen Abschnitt mangels Fundierung nicht angeführt wurden, wie Beginn der Abschaffung der Lebensmittelsteuern, Erteilung einer Amnestie für die Revolutionäre von 1848, natürlich aber auch für die anlaufende Sozialgesetzgebung. In anderen Punkten, wie etwa der Frage der Arbeitervereine oder der Landwehr (letzteres wird in Abschnitt 5 näher erörtert) wirkt Neumayr ausgesprochen reaktionär. Soweit träfe das Urteil der "Wochenschrift der Fortschrittspartei" über die Amtsführung zu: eine "Mischung von kalt und warm" 321), wobei allerdings - vor allem im Vergleich zur Regierungszeit Reigersbergs - die Waagschale weit mehr zu 'warm' neigt. Ist aber schon das Urteil über Neumayrs Politik bezüglich der Frage 'liberal oder nicht?' nicht eindeutig zu klären, so tapen wir noch mehr im Dunklen, wenn die Frage personalisiert wird. Hierzu nochmals die Wochenschrift: "Bekannt nennen wir aber nur die Politik des Ministers, nicht seine persönliche Gesinnung, von welcher Niemand mit einiger Zuversicht urtheilen kann, ob sie ihrer Natur nach konservativ und nur aus Gründen der Klugheit bereit ist, gewisse Zugeständnisse in liberaler Richtung zu machen, oder - was wir für das minder Wahrscheinliche halten, ob sie auf liberalen Grundlagen beruht, jedoch starke Zugeständnisse an die konservative Richtung als eine unabweisbare Nothwendigkeit gegenüber dem Willen der Krone oder dem Einflusse des Adels und des Klerus betrachtet. Es bleibt mit a. W. eine offene Frage, ob Herrn v. Neumayr seine liberalen oder seine konservativen Maßregeln vom Herzen kommen, " 322)

Was Neumayrs Haltung in der Vergangenheit betrifft, so zeigt er keine 'liberalen' Tendenzen, und man darf wohl angesichts dessen, was uns von

seiner Psyche bekannt geworden ist, nicht annehmen, daß aus dem Saulus ein Paulus geworden ist. Ein weiterer Gesichtspunkt gehört zu diesen Überlegungen. Die wesentlichen Gesetzeswerke dieser Regierung sind sämtlich keine Neuschöpfungen, sondern nur die Weiterentwicklung bzw. Ergänzung bereits bestehender Entwürfe. Mulzers und Neumayrs Verdienst besteht also nicht darin, neue Gesetze erlassen, sondern Schubladengesetze, die freilich längst überfällig waren, vorangetrieben und zum Abschluß gebracht zu haben. Auf der anderen Seite hat sich Neumayr mit seinem höchsten Einsatz - der Rücktrittsdrohung - für die Durchsetzung der Gesetze stark gemacht.

Man wird vielleicht postulieren dürfen, daß Neumayr erkannt hat, daß eine Reihe sogenannter liberaler Maßnahmen für Bayern unumgänglich notwendig waren, daß er aber andererseits seine konstitutionelle Haltung nie verließ. Ich glaube, daß man Neumayr mit der Bezeichnung 'pragmatisch' weit eher gerecht wird als mit 'liberal'. Es sei zum Schluß nochmals die Wochenschrift zitiert: "Immerhin bezeichnet das neue Gesetzbuch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand und Herr von Neumayr hat an diesem Ergebnisse den bedeutendsten Anteil." 323)

4. Die Ministerkrise von 1864

Das Verhältnis König Max' II. zu seinen Ministern verbessert sich nicht mehr. Im Januar 1864 scheint der König ganz ernsthaft in Erwägung gezogen zu haben, Freiherrn von Schrenk abzulösen ³²⁴⁾ und durch Pfordten zu ersetzen. ³²⁵⁾ Infolge des Todes des Regenten im März 1864 gelangt dieses Vorhaben jedoch nicht mehr zur Ausführung. Es ist zu vermuten, daß der stattfindende Regentenwechsel ein vorzeitiges Ende der Regierung Schrenk-Neumayr verhindert hat.

Der anfängliche Eifer, mit dem sich der neue König Ludwig II. in die Arbeit stürzt, scheint bald erlahmt zu sein. Bestellt der junge Monarch zunächst noch die Minister in täglich wechselndem Turnus zur Berichterstattung ³²⁶⁾, wobei für Neumayr jeweils der Mittwoch vorgesehen ist, so muß Freiherr von Soden im Sommer 1864 berichten:

"Die Minister anbelangend, so findet, wie schon bemerkt, kein regelmäßiger Verkehr, aber auch keinerlei Zuneigung statt. Wie und wo hier Veränderungen getroffen werden, hängt von den Umständen ab; ein eigentliches Vertrauen besteht nicht und hat sich auch bis jetzt, trotzdem daß

einige Zeit hierzu verstrichen wäre, durchaus nicht eingestellt, " 327)

Die immer wieder gelobte Ausgeglichenheit und Geschlossenheit der Regierung ist dahin. Man munkelt, daß Neumayr die Unbeliebtheit Schrenks zu seinen Gunsten ausnützen werde 328); es soll auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Neumayr und Mulzer geben, 329) Der erste Paukenschlag ist der Rücktritt des Justizministers Mulzers und des Kultusministers Zwehl im Juli 1864. Die Vermutungen über die Gründe sind vage gehalten; bei Zwehl wird z. B. "seine nach allen Seiten hin seit Jahren bewiesene Schwäche" 330) angeführt; bei Mulzer könnte es die allzu buchstabenge-treue Auslegung der Gesetze von 1862, vor allem des Gerichtsverfassungs-gesetzes, und ein dadurch hervorgerufener Gegensatz zum Innenministerium gewesen sein, 331) Die beiden Minister werden durch Nikolaus von Koch 332) für das Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten, und Eduard von Bomhard 333) für das Staatsministerium der Justiz ersetzt. Bomhard gilt als ein enger Freund Pfordtens aus gemeinsamen Heidelberger Studienjahren, 334) Die psychische Lage der verbliebenen Minister wird als sehr schlecht bezeichnet: "Die Minister treten nicht mehr mit jener Zuver-sicht auf, welche Achtung gebietet und sie begegnen nicht dem Vertrauen, welches unbescholtenen Staatsbürgern zu Teil wird, sobald sie sich der Al-lerhöchsten Gunst erfreuen, " 335)

Die alte Wunde - das Verhältnis von König zu Regierung und die im Zusammenhang damit zwielichtig erscheinende Rolle des Kabinettssekre-tariats - ist auch unter König Ludwig II. wieder aufgebrochen. Die allge-meine Vermutung geht dahin, daß der junge König ebenso wie sein Vater der Einflußnahme von Personen ausgesetzt ist, die nicht zur Regierung zäh-len. Eine Reihe von Maßnahmen des Monarchen, zu der auch die bisher von den Ministern gewünschte Verkürzung der Finanzperioden gehört, die von Max II. abgelehnt worden ist 336), und die allesamt den Stempel li-beraler Maßnahmen tragen, bestärken den Verdacht, daß Ludwig II. von einer starken lobby beeinflußt wird, 337) Man glaubt, daß Ludwig II., da er aufgrund seiner Jugend und seiner Erziehung von den politischen Gescheh-nissen wenig verstehe, in noch größerem Maße als sein Vater auf die Er-läuterungen des Kabinettssekretärs Pfistermeister angewiesen ist. Pfister-meister gilt aber als eine "subalterne Intelligenz", ja sogar als ein "unge-bildeter Scribler", der seinerseits bei politischen Entscheidungen des Rates dringend bedürftig sei. Der österreichische Gesandte Graf Blome glaubt, das Dunkel um die Gruppe, die 1864 vornehmlich Einfluß auf den jungen König genommen hat, erhellen zu können:

"Nach und nach hat sich auch der Schleier gelüftet und aus dem ge-heimnisvollen Dunkel tritt die Gestalt des greisen Staatsraths von Maurer 338),

welcher am Tage der Entlassung des Cultus- und des Justizministers drei volle Stunden mit dem Könige conferiert haben soll und in Gemeinschaft mit den Professoren Pözl, Dollmann und Herrn von Bodenstedt allgemein als die Quelle bezeichnet wird, aus welcher Herr von Pfistermeister seine Inspirationen schöpft," 339) Diese lobby wird, einerseits aufgrund ihrer liberalen Bestrebungen, andererseits aufgrund der Geburtsorte ihrer Mitglieder (Maurer in der Pfalz, Pözl in der Oberpfalz, desgleichen Pfistermeister) als die "Pfälzer Clique" bezeichnet.

Nach dem Sturz Mulzers und Zwehls gilt die Stellung Schrenks als die gefährdete. Seine Ablösung erscheint im August 1864 als nahezu sicher. 340) Ihm wird nämlich die Erlaubnis zum König, der sich in Kissingen befindet, zu reisen, verweigert, und sowohl er, wie seine Kollegen erhalten auch nach der Rückkehr Ludwigs II. keine Audienz beim König. 341) Es mag richtig sein, den Grund für die Ablösung Schrenks einerseits in seiner Konzeptionslosigkeit, andererseits in seiner, dem jungen König als bevormundend erscheinenden Haltung zu sehen. 342) Am 21. September 1864 bietet Schrenk schließlich seine Entlassung an, weil er sich des Vertrauens seines Herrn nicht mehr sicher fühlte. Statt seiner wird Neumayr wegen der Handelsfragen nach Hohenschwangau berufen. 343) Nach seiner Rückkehr erklärt er dem württembergischen Gesandten Graf Degenfeld: "Er habe den König sehr aufgebracht gegen den Minister von Schrenk gefunden und für denselben mehr als eine Lanze gebrochen. Ob mit dem gewünschten Erfolg, müßte er dahin gestellt sein lassen. Sehr schlimm sei es, daß Herr von Schrenk gleichzeitig mit der Anzeige von der Vollziehung der neuesten, in der Handelsfrage erhaltenen Allerhöchsten Befehle Seiner Majestät nahe gelegt habe, daß, wenn er sich des Allerhöchsten Vertrauens nicht mehr zu erfreuen haben sollte, er jeden Augenblick bereit sei, sein Amt niederzulegen." 344) Degenfeld wie Neumayr befürchten, daß der König, "bekanntlich in hohem Grade eigensinnig", das Entlassungsgesuch annehmen werde, und so geschieht es auch. Am 4. Oktober 1864 erhält Neumayr die offizielle Benachrichtigung durch den König und gleichzeitig die Weisung, "die Verwesung des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußeren bis zur Ernennung eines neuen Staatsministers zu übernehmen". 345) Die Verwesung des Handelsministeriums bekommt Finanzminister von Pfeuffer übertragen.

Die Zukunft des Ministeriums des Äußern ist völlig ungewiß. Neumayr, dem dieses Ministerium angetragen wird, lehnt ab und bleibt während der ganzen Krise bei dieser Ablehnung; mehr noch, er erledigt in seiner Eigenschaft als Verweser des Außenministeriums nur die allerdringlichsten Fälle und beschränkt sich zurückhaltend auf bloße Verwaltungsarbeiten, um seinem Nachfolger in nichts vorzugreifen. 346) Neumayr bleibt sich treu,

wenn er eine Berufung in das exponierte Regierungsamt ablehnt und es bevorzugt, weiter im Hintergrund zu wirken. Es ist zudem möglich, daß Neumayr die Gefahr gesehen hat, als Außenminister nur der Favorit einer bestimmten Gruppe zu werden.

Auch Ludwig Frhr. von der Pfordten winkt zunächst ab. Neumayr ist völlig zu Recht der Ansicht, daß "die Sache nicht so rasch abgehen werde", wie es Ludwig II. zunächst glaubte. Gegenüber dem Freiherrn von Soden soll sich Neumayr beizeiten, am 8. Oktober, darauf festgelegt haben, daß er nichts gegen eine Berufung Pfordtens oder Brays einzuwenden habe, aber, daß - hier zitiere ich Soden - "von Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher, was ich der Curiosität halber anführe, zur Sondierung des Terrains seit zwei Tagen hier ist, nicht die Rede sein könne, da er ((Neumayr)) wenigstens nimmermehr mit diesem Herrn im Ministerium bliebe". 347)

Die Verhandlungen mit den Kandidaten für das Ministerium des Äußeren werden von Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister 348) (1820 - 1912), der zugleich mit dem Rücktritt Schrenks zum Staatsrat in ordentlichen Diensten ernannt worden war - was, da die "Pfälzer Clique" hinter dem Sturz Schrenks vermutet wird, einen Affront gegen Schrenk darstellt -, und von Neumayr, der "sich des Allerhöchsten Vertrauens zu erfreuen scheint", geführt. Neumayr scheint bald die Verhandlungen mit Pfordten zu übernehmen 348a), wenngleich es auch direkte Kontakte von Hohenschwangau aus geben soll. So wird z. B. berichtet, daß ohne Wissen Neumayrs der Ministerialrat im Innenministerium Karl von Nar 349), ein Verwandter Pfordtens, nach Hohenschwangau berufen wurde. 350) Die Verhandlungen scheinen sich bald auf Pfordten konzentriert zu haben. Dennoch werden noch Gerüchte lanciert, daß man auf den Mann, mit dem man gegenwärtig verhandle, auch nicht nach vier Wochen Nachdenken käme! 351) Freilich wird diese Geheimhaltung durch die Stellungnahme Pfordtens durchaus begründet. Sein Schreiben an Neumayr vom 10. Oktober 1864 enthält nur Punkte, die gegen seinen Eintritt ins Ministerium sprechen, und auch die Bitte, von ihm absehen zu wollen.

Das erste Hindernis nach Meinung Pfordtens ist der Vertrag über den Zollverein, vor dessen Abschluß er "unmöglich Minister werden" könne, da es ihm "bei aller Selbstverleugnung doch geradezu unmöglich ist, meinen Namen darunter zu setzen". Hieran schließt sich - und das ist bemerkenswert - ein verbrämter Tadel für Neumayr: "Ich weiß sehr wohl, daß die Mehrheit anders denkt, ich habe es aber nie vermocht, Ueberzeugung und Handlungsweise durch die Mehrheit bestimmen zu lassen ((...)). Dabei bin ich weit entfernt diejenigen zu tadeln, die anders urtheilen, und insbesondere sind Euer Excellenz als bereits im Amte befindlicher Minister in ganz anderer Lage, wenn Sie die Consequenzen der letzten, noch von

dem abgetretenen Minister auch wohl nur in aufopferndem Pflichtgefühle gemachten Schritte, einfach vollziehen ((...)). " 352)

Weitere Gründe Pfordtens gegen einen Eintritt ins Ministerium sind seine Unpopularität sowohl in Bayern ("Ja, ich bins, der in Baierns Nachtgebet hart an dem Teufel steht!") wie auch bei den Großmächten infolge seines Engagements in der Holsteinschen Frage; letzter Grund ist sein schlechter Gesundheitszustand.

Zunächst stellt Pfordten also keine Bedingungen und scheint darauf zu warten, daß seine Bedenken von Ludwig II. bzw. von Neumayr ausgeräumt werden. Erst wenn dies geschehen sollte und er, daraus resultierend, eine weitere Aufforderung zur Übernahme des Amtes erhalten würde, wäre es an der Zeit - so glaubt wenigstens Degenfeld - seinerseits Bedingungen zu stellen, 353)

Der württembergische Gesandte vermutet, daß die Bedingungen Pfordtens in der Hauptsache darin bestünden, "daß die Minister ihm ihr Programm vorlegen, damit er sich überzeugen könne, ob es ihm möglich sei, mit solchen Kollegen einzutreten. Können er dann das Programm gutheißen, so werde er zur Bedingung machen, daß die wichtigsten Fragen aller Ministerien im Minister-Rath, dem er zu präsidieren beanspruche, erwogen werden, damit er gleich sehe, ob die Solidarität des Ministeriums bestehe oder von dem Einen oder Anderen in Gefahr gebracht werde. Außerdem werde er sich ungehinderten Zutritt zum Könige - nicht auf vorherige Anmeldung - ausbedingen. Über diese Punkte werde er jedoch nicht schriftlich verhandeln, sondern wenn die obgedachten Bedenken gehoben und er wiederholt zur Annahme aufgefordert werden sollte, so beabsichtigte er, wegen der erwähnten Bedingungen, zur mündlichen Verständigung nach München zu kommen, " 354)

Neumayr, aufgefordert, sich in einem Gutachten über die Bedenken Pfordtens zu äußern, soll sie als "nicht stichhaltig" bezeichnet haben, 355) Dennoch vollzieht Ludwig II. keine Ernennung. Das Schweigen aus Hohenschwangau ist nicht ohne weiteres erklärlich. Selbst Neumayr, der Pfordten noch am ehesten Widerstand entgegensetzen könnte, erklärt, "daß er nicht mehr länger an der Spitze von zwei Ministerien stehen könne", ja er bittet den König in einem Schreiben, möglichst bald einen Minister des Äußeren zu ernennen. Dies deutet nicht auf offene Feindschaft gegenüber Pfordten hin. Immerhin sieht aber Graf Degenfeld im Gegensatz Neumayr und Pfistermeister contra Pfordten den eigentlichen Hauptgrund für die Verzögerung. Er klassifiziert Neumayr und Pfistermeister "als bekanntlich mehr oder weniger Gegner des Freiherrn von der Pfordten" und hält es für "sehr wohl möglich, daß sie hiebei mehr ihr eigenes Interesse als das des Königs und des Landes im Auge haben und eben nicht sehr geneigt sind, die

ohnehin so bedeutenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Herr von Neumayr ist zu liberal, um sich behaglich in einem Ministerium mit von der Pfordten, den man nun einmal als einen Reactionär, als einen gewalthätigen Mann bezeichnet, zu fühlen, und der Grund, aus welchem Pfistermeister ihm nicht wohl will, liegt nahe. Pfordten ist ein entschiedener Gegner des Wirkungskreises, welchen sich das Königliche Cabinet nach und nach anmaßt, und Pfistermeister fühlt daher wohl, daß mit Pfordtens Eintritt ins Ministerium seine Rolle ausgespielt sein wird." 356)

Wenige Tage später geht Degenfeld nochmals auf den von ihm vermuteten Gegensatz zwischen Pfordten und Neumayr ein: "Aus dieser wirklich auffallenden Verzögerung ersieht man, deutlich, daß Bedenken, beziehungsweise Bedingungen des Freiherrn von der Pfordten ein Programm des Staatsministers von Neumayr gegenüber steht und daß eine Vereinbarung dieser beiden Ansichten große Schwierigkeiten haben muß. Ja, es scheint mit der Fall nicht ganz unmöglich, daß man zwischen den beiden Staatsmännern zu wählen haben könne, d. h., daß man, um Pfordten zu gewinnen, den Minister von Neumayr fallen lassen muß; ein gefährlicher Ausweg, denn die Entfernung des Letzteren aus dem Ministerium würde im Lande den übelsten Eindruck machen, und dem Freiherrn von der Pfordten den Eintritt unendlich erschweren." 357)

Diese Zeilen sind sehr aufschlußreich. Wenn man ihnen Glauben schenken darf, so scheint es, als ob Neumayr zwar nichts gegen Pfordtens Person einzuwenden hat, andererseits aber seine eigene Hausmacht nicht beschnitten wissen will. Ähnlich dürfte der Fall bei Pfistermeister und seinen eventuellen Hintermännern liegen. Neumayr akzeptiert Pfordten als ein notwendiges Übel, als den derzeit "unentbehrlichen Staatsmann" 358), gegenüber einer etwaigen Berufung Hohenlohes; darüberhinaus hält er ihn wohl für den richtigen Mann, dem allein er die Leitung des Ministeriums zutraut 359); weiterhin hat Pfordten schon allein dadurch, daß er sich nicht um das Amt reißt, eine gute Ausgangsposition, die es ihm durchaus erlaubt, an seinen Bedingungen festzuhalten. Die Lage ist also für Neumayr nicht sonderlich angenehm. Einerseits wünscht er eine rasche Lösung der Angelegenheit, andererseits soll durch sie seine eigene Stellung unangetastet bleiben. Noch schwieriger freilich ist die Situation für den jungen Regenten, dem ein Entschluß schwer zu fallen scheint. So ist es nicht verwunderlich, daß immer wieder neue Namen als mögliche Nachfolger Schrenks genannt werden. Es wird berichtet, daß der bayrische Gesandte in Wien, Graf Bray, eine definitive Aufforderung aus Hohenschwangau erhalten habe, das Amt des Außenministers zu übernehmen 360), der Österreicher Graf Blome hat von dem Kandidaten General Tann 361) gehört, dem Wilhelm von Dönniges als Unterstaatssekretär beigeordnet werden solle, auch Baron Verger 362) wird ge-

nannt 363), und auch der badische Gesandte führt noch Mitte November Namen von anderen potentiellen Kandidaten an, 364) Ernstlich glaubt man aber vor allem an Pfordten oder einen "homo novus", 365) Graf Blome schreibt: "Die Geburtswehen des baierischen Ministeriums sind noch nicht beendet, An v. d. Pfordten wird es wohl hängen bleiben; Gott gebe, daß der unruhige Gast jetzt ein wenig Wasser in seinen feurigen Wein mische," 366) Die Verhandlungen schleppen sich hin, ohne daß eine Entscheidung fällt; eine ungute Situation, die, da man immer wieder auf ihn zurückkommt, Pfordtens Stellung noch mehr festigt. Ende November allerdings rechnet man in diplomatischen Kreisen schon fast nicht mehr mit einer Berufung Pfordtens, sondern damit, daß Herr von Wydenbrugk das Portefeuille übernehmen werde. Da die Verhandlungen mit letzterem von Hohenschwangau aus geführt werden, und damit vermutlich von Pfistermeister, Neumayr aber andererseits erklärt, er wisse nicht, ob mit Wydenbrugk verhandelt werde, und ganz definitiv versichert, für ihn "gebe es nur einen Kandidaten, und dies sei Freiherr von der Pfordten" 367), muß man einen Gegensatz zwischen ihm und Pfistermeister in der Frage der Nachfolge Schrenks annehmen. Es sieht so aus, als ob Neumayr sich bereits auf Pfordten festgelegt habe, während Pfistermeister dessen Berufung noch zu verhindern wünscht.

Schließlich wird Pfordten am 26. November 1864 doch aufgefordert, zu mündlichen Besprechungen nach München zu kommen. Er reist - trotz dringender Aufforderung des Königs - erst am 30. November. Am 1. Dezember wird Pfordten zum erstenmal von Ludwig II. empfangen und von diesem mit dem Satz: "Sie werden mich nicht verlassen" 368) beschworen. Die Bedingung, jederzeit beim König vorgelassen zu werden, wird ihm zugesagt. Am 1. und am 2. Dezember verhandelt Pfordten mit den Ministern, wobei die Verhandlungen mit Neumayr "kein Ende" nehmen wollen. Nun, wo der König selbst sich entschieden hat, ist Neumayrs Stellung noch um vieles schlechter geworden. Er ist praktisch zum Nachgeben gezwungen, doch versteht er es angeblich "besonders gut bonne mine à mauvais jeu zu machen", wenngleich es übertrieben sein dürfte, anzunehmen, "daß er mit Grauen an Pfordten's Eintritt denkt". 369) Immerhin kommt es noch am 3. Dezember zu "heftigen Diskussionen" mit Pfordten, doch schließlich erreicht dieser, daß seine Bedingungen zum größten Teil anerkannt werden. Degenfeld faßt diese Bedingungen noch einmal zusammen:

"1. Beschränkung des Wirkungskreises des Königl((ichen)) Cabinets, das übrigens wie bisher zusammengesetzt bleibt ((...)).

2. Zusicherung, daß die bisher üblichen Hausbillets des Königs, kraft deren Seine Majestät sehr häufig in den wichtigsten Angelegenheiten ohne

Beirath der Minister Allerhöchste Resolutionen ertheilen, unterbleiben,

3. Zusicherung, daß in allen wichtigen Fragen erst nach eingeholtem Gutachten des Minister-Raths allerhöchste Beschlüsse gefaßt werden,

4. Allerhöchste Verfügung, daß Herr von der Pfordten jeden Augenblick, wenn es die Geschäfte erheischen, von Seiner Majestät empfangen werden wird, und endlich

5. Die ((...)) Zusage, nemlich daß wenn ((Herr von der)) Pfordten in den Kammern die Majorität nicht haben sollte, der König und die Minister sich jetzt schon zu einer Auflösung derselben bereit erklären, " 370)

Die Furcht des Königs, daß Pfordten ihn wohl noch mehr als Schrenk bevormunden könnte, was vielleicht der Hauptgrund für das lange Zögern des Königs gewesen ist, wird vom objektiven Beobachter angesichts dieser Bedingungen nicht als unbegründet zu betrachten sein. Aber auch der Punkt 5 zeigt deutlich, daß Pfordten gesonnen ist, das Heft fest in die Hand zu bekommen; Neumayr stellt ihm mit seiner Zustimmung einen Blankoscheck aus. Durch diese Verpflichtung scheint Neumayr seiner Basis beraubt. Doch zunächst wird dies nicht offenkundig, da Pfordten noch keinen Konflikt mit Neumayr wünscht, sondern an einer Demonstration der Einigkeit des Ministeriums interessiert ist. Hierzu dient ihm eine Ordensverleihung an Neumayr:

"Dem Staatsminister von Neumayr haben Seine Königliche Majestät das Großkreuz des Verdienstordens vom Heiligen Michael zu verleihen geruht, eine Auszeichnung, welche für Pfordten fast noch wichtiger sein möchte, als für den Begnadigten selbst, denn da nun einmal angenommen wird, daß der jetzige Minister des Äußern der Popularität des Herrn von Neumayr bedürfte, um sich in seiner neuen Stellung zu erhalten, so dürften Viele aus jener Verleihung folgern, daß sie von Pfordten beantragt worden sei und sich der beruhigenden Überzeugung hingeben, daß beide Minister ein Herz und eine Seele seien, " 371)

Zu dem Ordens-Trostpflaster - zu dem Pfordten Neumayr sofort und be-tulich gratuliert 372) - kommt eine noch wesentlichere Stütze für Neumayr: das Handelsministerium wird Herrn von Pfretzschner 373) übertragen, der als Neumayr-Anhänger angesehen wird. Es wäre möglich, daß dies u. A. der Preis für Neumayrs Nachgeben war. Die neue Regierung scheint somit gefestigt; dennoch stellt Graf Degenfeld - er steht hierin nicht allein - für das Zusammenwirken Pfordtens mit Neumayr eine düstere Prognose: "((...)) daß, wenn Pfordten einmal den ersten Landtag hinter sich haben und sich fest im Sattel fühlen wird, die gegenwärtige scheinbare entente cordiale nicht mehr von langer Dauer sein dürfte, denn Pfordten fühlt wohl, daß ihm sein College nicht sehr gewogen ist und mit einem Manne, der, wie Letzterer, ohne alle Energie ist und welcher nach allen

Seiten hin liebäugelt, kann er, der thatkräftige Mann, unmöglich lange zusammengehen." 374) Degenfeld steht Pfordten positiv und Neumayr negativ gegenüber; aber auch der österreichische Gesandte, der Pfordten einen "unheilbaren Doktrinär" 375) nennt und ihm eine "maßlose Eitelkeit" 376) unterstellt und der sich schon 1860 Neumayr als Nachfolger Schrenks gewünscht hat 377), erklärt: "In der That erscheint es unmöglich, daß diese beiden Staatsmänner lange miteinander gehen. Ihre Charaktere und ihre Grundsätze über Fragen innerer Politik sind zu verschieden." 378)

Die Fortschrittspartei sieht den Wechsel im Außenministerium mit gemischten Gefühlen; ihr erscheint Neumayr als der letzte Garant liberaler Politik in Bayern:

"Denn die herrschende Meinung geht dahin, mit Baron Pfordten sei die alte Reaktionstendenz von neuem an's Ruder gelangt und nichts hindere mehr den vollständigen Sieg derselben, als die Standhaftigkeit des Herrn v. Neumayr." 379)

5. Neumayrs Sturz

Anfang des Jahres 1865 soll Neumayr durch eine schwere Erkrankung zwei Monate an der Ausübung der Amtsgeschäfte gehindert worden sein. 380) Gesundheitlich vermutlich angeschlagen sieht er sich nach der Rückkehr ins Ministerium mit dem Problem der Landwehr konfrontiert. Die Landwehr selbst hatte wiederholt Versammlungen abgehalten und Petitionen eingebracht, "welche den Zweck haben, die Auflösung der Landwehr oder die Versetzung derselben in den Stand der ruhenden Aktivität zu bewirken". Neumayr äußert die Ansicht, daß es Aufgabe der Landwehr sei, die Gesetze zu schützen und nicht sie zu ändern. Er erklärt, "daß ((...)) die Versuche, das Gewicht der Massen in die Wagschale der Entscheidung zu werfen, ganz und gar unstatthaft ((sind)) und daß denselben zunächst durch ernste Abmahnungen, und wenn diese fruchtlos bleiben, durch disziplinarische Einschreitung entgegen zu treten ist". 381) Es kommt zur "Landwehrordonnanz" vom 4. Mai 1865, in der der Landwehr untersagt wird, sich ohne Befehl zu versammeln, und, weiterhin, sich über politische Angelegenheiten zu beraten. 382) Da mit dem Ministererlaß ein Grundrecht, nämlich die Versammlungsfreiheit, angetastet erscheint, erhebt sich gegen Neumayr ein Sturm der Entrüstung. Die "Wochenschrift der Fortschrittspartei" wendet sich in scharfer Form gegen den Landwehrrerlaß und äußert ihre Enttäu-

schung über den angeblich liberalen Minister Neumayr, "welchem das Publikum die Aufgabe zugedacht hat, Bayern vor dem Andrang der reaktionären Gewässer zu schützen", 383). Unter der Überschrift "Herr von Neumayr vor dem Staatsgerichtshof" führt eine pfälzische Zeitung aus:

"Die unterzeichneten Bewohner der Rheinpfalz wenden sich an ihre geehrten Vertreter in der Kammer der Abgeordneten, um ein ernstes Anliegen der Beachtung derselben zu empfehlen. Im 9ten Titel der Verfassungsurkunde ist die Errichtung einer Landwehr angeordnet, welche in Kriegzeiten zur Unterstützung des stehenden Heeres dient, in Friedenszeiten zur Erhaltung der inneren Sicherheit mitwirkt. Die allerg. Verordnung vom 5. Oktober 1818 verfügt ausdrücklich, daß die Bestimmungen des Art. IX auch für den Rheinkreis 'ohne Ausnahme' in Anwendung zu bringen seien, demungeachtet ist bis zum heutigen Tag in unserer Provinz die Landwehr nicht Wahrheit geworden. Diese Thatsache involviert eine schwere Verfassungsverletzung, welche den sämtlichen bisherigen Ministern mit Einschluß des gegenwärtigen Ministers des Innern zur Last fällt. Indem der letztere gleich seinen Vorgängern unterließ, die Landwehr in der Rheinpfalz einzuführen, hat er durch diese Unterlassung den § 4 Tit. X der Verfassungsurkunde übertreten und ist nach Art. 9 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, in Anklagezustand zu versetzen. Wir ersuchen die Herrn Abgeordneten der Pfalz die geeigneten Schritte zu thun, damit gegen seine Excellenz den Herrn Staatsminister von Neumayr das in dem Gesetze vom 30. März näher bestimmte Verfahren ungesäumt eingeleitet werde. Das Verhalten des Herrn Ministers erscheint umso weniger entschuldbar, nachdem derselbe durch seine Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Dr. Mayer zu erkennen gegeben hat, daß er den unschätzbaren Werth der uns vorenthaltenen Institutionen in vollstem Maße zu würdigen weiß. Wir selbst sind erst durch die ergreifenden Worte des Herrn Ministers über die Bedeutung der Sache aufgeklärt worden. Da man in den Kreisen jenseits des Rheins, wo die Landwehr besteht, von ihrer militärischen Brauchbarkeit immer nur mit einem sarkastischen Lächeln, von ihren Leistungen für die öffentliche Sicherheit mit Achselzucken, von dem zwecklosen Aufwande an Zeit und Geld, den sie verursachen, mit bitterem Mißvergnügen sprechen hörte, so hatten wir uns bisher im Stillen beglückwünscht, daß die Pfalz, wenn auch verfassungswidrig, mit dieser Plage verschont geblieben sei. Nun aber sehen wir aus den Erklärungen des Herrn Ministers, wie sehr wir im Irrthum gewesen sind." 384)

Dieser Artikel führt nicht dazu, Neumayr ernsthaft juristisch anzugreifen. Dennoch ist erreicht, daß Neumayr lächerlich gemacht ist. Die Reaktion von der Pfordtens ist immerhin bezeichnend:

"Darüber, daß Herr von Neumayr ((...)) in Anklagezustand versetzt

werden soll, hat ((Herr von der)) Pfordten viel gescherzt. Es freut ihn offenbar, daß seinem liebäugelnden Kollegen solches angedroht worden, aber er glaubt auch, daß solches nur ein Schreckgespenst sei und daß selbst die Fortschrittspartei nicht daran denke, ernstlich gegen den eher sonstso bequemen Staatsminister des Innern vorzugehen, " 385)

Immerhin führt der Ministerialerlaß vom 4. Mai zu einer Anfrage des Abgeordneten Völk in der 2. Kammer am 18. Mai 1865, in der dieser ausführt:

"Diese Anordnung des K. Staatsministeriums ist ihrem Wortlaute nach geeignet, bei allen Beteiligten die gerechte Besorgnis zu erregen, daß für sie das gesetzlich garantierte Versammlungs- und Petitionsrecht gefährdet und daß sie sonach in der Ausübung wesentlicher staatsbürgerlicher Rechte beeinträchtigt werden, " 386)

Am 20. Mai 1865 beantwortet Neumayr diese Anfrage. Er weist darauf hin, daß seit langem die Institution der Landwehr angegriffen werde. "Die Staatsregierung ist diesen Agitationen in keiner Weise entgegengetreten, ((...)) es war bis dahin kein Fall zur offiziellen Kenntnis gekommen, ((...)) in welchem überhaupt die Grenze des gesetzlich Erlaubten überschritten worden wäre; es bestand demnach für die Staatsgewalt weder Anlaß noch Berechtigung in die fragliche Agitation mit irgend einer verbietenden Maßregel einzugreifen, " 387) Dies ändert sich, so Neumayr, als ein Landwehrkommandant seine Untergebenen für eine Petition gewinnen will und damit gegen die Dienstordnung verstößt. "Die Staatsregierung, welcher die Ueberwachung dieser Dienstordnung obliegt, konnte und durfte nicht dulden, daß der dienstliche Organismus des Landwehr-Instituts, daß die dienstlichen Einrichtungen und Gliederungen desselben zu Zwecken gebraucht oder mißbraucht werden, die den Interessen des Instituts nicht nur fremd, sondern geradezu feindlich entgegenstehen, " 388) Neumayr beteuert zugleich, daß kein bayrischer Staatsbürger gehindert werde, an Versammlungen gegen die Landwehr teilzunehmen, nur dürfe dies nicht im Namen der Landwehr geschehen.

Neumayrs Ansehen ist, vor allem bei den ihn bisher unterstützenden liberalen Kreisen, gesunken. Dies reicht freilich noch nicht aus, seinen Sturz herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte die Schlüsselfigur - der junge König - gewonnen werden. Und es ist ganz offenkundig, daß Pfordten dieses Ziel konsequent verfolgt. In einem Antwortschreiben geht Ludwig II. auf Pfordtens Darstellung ein:

"Von Herzen theile ich Ihren Schmerz über die Uneinigkeit im Ministerium; und halte dieselbe für ein großes Übel. - Neumayrs wankelmütiger Charakter in einen verlässigen umzuwenden, ihn auf hohe, sichere Bahnen zu lenken, scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Nahte

doch der Augenblick bald, der es gestattete, ihn zu entfernen, erst dann, ich sehe es ein, wird es möglich sein, mit Erfolg gegen die Bureaukratie einzuschreiten. Jeder Tag zeigt mir aufs neue, daß dieses Korps auf dem besten Wege ist, zu einer der Krone feindlichen Macht heranzuwachsen. - Sehr dringend notwendig erscheint es mir, dasselbe in seine Schranken zu weisen oder die Grenzen seiner Befugnisse scharf zu ziehen. - Ich verkenne die Schwierigkeiten dieser Aufgabe nicht; viel erwarte ich von Ihrer Mit-hilfe. -" 389)

Mir scheinen aus diesem Brief - der hier nur teilweise wiedergegeben ist - einige Schlüsse zu ziehen erlaubt. Einmal geht hervor, daß Pfordten eindeutig gegen Neumayr Stellung bezogen hat, zum andern ("erst dann, ich sehe es ein"), daß er die Ablösung Neumayrs im Juli 1865, als diese Antwort geschrieben wurde, noch nicht wünscht. Daran, wie sich Ludwig II. in diesem Brief auch über Privates - z. B. über sein Verhältnis zu Frauen - ausspricht, erkennt man schließlich das übergroße Vertrauen des Königs zu Pfordten, das sich, wenn es sich schon aufs Private erstreckte, sicherlich auch im politischen Bereich bewährt. Neumayrs Tage sind spätestens seit diesem Schreiben gezählt. Die österreichische Gesandtschaft zeigt sich - wenngleich relativ spät - über das Komplott Pfordtens informiert:

"Es wird mir aus guter Quelle versichert, daß es Freiherrn von der Pfordten, mit seinem Colleggen unzufrieden, gelungen sei, vor Allem auch die Unzufriedenheit des Königs auf den Minister des Innern, Herrn von Neumayr zu lenken, der, stets Popularität anstrebend, auch mit den Bewegungsmännern gründlich verdorben, und bei'm Landtage nicht selten eine bedauerliche Rolle gespielt hat. Es ist das Unverlässliche in dem Charakter dieses so begabten und unterrichteten Staatsmannes um so mehr zu beklagen, als schon die neuen Gesetze selbst viele Unsicherheit bieten und lebhaftes Klagen namentlich auf dem Gebiete der Administration und Polizei veranlassen. " 390)

Neumayr scheint seine Stellung zumindestens Anfang Mai noch für unangreifbar gehalten zu haben, da er am 1. Mai noch erklärt, seine ganze Kraft für die Sozialgesetzgebung einzusetzen. Doch scheint Neumayr rasch nachzulassen. Vom 13. Juli bis zum 23. August befindet sich Neumayr offiziell im Urlaub. Dies will allerdings nicht allzuviel besagen, da er sich schon seit einiger Zeit nur noch einmal in der Woche - Dienstags zum Empfang der Diplomaten - in München sehen läßt! 391) Als er schließlich - zum mindestens sieht es nach außen so aus - ins Amt zurückkehrt, wird er anlässlich von Pfordtens Urlaubsvertretung bereits offen brüskiert. Pfordten bestimmt nämlich zwei Minister als seine Vertretung, Neumayr und Pfretzschner, den Handelsminister. Graf Degenfeld führt diese "seltsame Bemerkung" darauf zurück, daß Neumayr von sich aus den Wunsch aus Ab-

neigung gegen das Ministerium des Äußern geäußert habe, doch wäre es durchaus möglich, daß seine Stellung zu diesem Zeitpunkt schon zu sehr angeschlagen ist, um der Pfordtenschen Bestimmung Widerstand leisten zu können, 392)

Im Oktober häufen sich die Stimmen der Gesandten, die eine baldige Ablösung Max von Neumayrs prophezeien. Degenfeld weiß sie auf den 17. /18. Oktober zu datieren, da zu diesem Zeitpunkt der König in München erwartet wird. Es ist deutlich die Ruhe vor dem Sturm; unbegreiflich ist, daß auch Neumayr an dieser Ruhe teilnimmt:

"Auch der Staatsminister von Neumayr ist wieder auf dem Land. Im Publikum wird solches getadelt; namentlich kann man es nicht recht begreifen, wie der Staatsminister des Innern mehrere Monate hindurch, nämlich seit Anfang Juli sein Department von seiner Villa bei Miesbach aus zu verwalten vermag." 393)

Es wird nun auch bekannt, daß der königliche Kabinettssekretär nach Ansbach gefahren ist, um dem dortigen Regierungspräsidenten von Pechmann das Innenministerium anzutragen. 394) Für die öffentliche Meinung fehlt nunmehr eigentlich nur noch ein Anlaß, um ebenfalls in den Chorus der Ablösung des Innenministers einzustimmen,

Am 8. Oktober 1865 soll auf der Münchner Festwiese ein junger Bursche wegen Diebstahls arretiert werden. Daraus entwickelt sich ein Tumult, in dessen Verlauf sich ein Gendarm vor der Menge in Sicherheit bringen muß, 395) Die Tumulte, mancherorts sogar als "Aufstand" deklariert, halten auch am darauf folgenden Abend an; es kommt auch zu Ausschreitungen des Militärs und der Polizei. Zur Aufklärung der Vorfälle wird eine Kommission eingesetzt, um zu untersuchen, "ob die bestehenden Gesetze oder Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in München genügen", 396) Der Fall wird Neumayr zur Last gelegt, da seine liberalen Strafgesetzbücher zur Verrohung der Sitten geführt hätten:

"Eine andere Frage ist es aber, ob es an jenem Abend so weit gekommen wäre, wenn nicht bisher überhaupt die Sicherheitsmannschaft, durch das neue Polizeistraf-Gesetzbuch gehemmt, mit einer gewissen Unsicherheit und Ängstlichkeit vorgegangen wäre und dadurch der Pöbel gewissermaßen die Überzeugung gewonnen hätte, daß man die Polizei weniger als sonst zu fürchten habe. Diese Ansicht macht sich in der That immer mehr geltend und der Minister des Innern ist es nun, dem man den Vorwurf macht, daß er zu nachsichtig gewesen sei und daß er diejenigen Beamten, welche, allerdings nicht immer in strikter Befolgung der wirklich nicht sehr praktischen Bestimmungen des oben erwähnten Strafgesetzbuches, energisch vorgehen wollten, davon abgehalten, und wenn sie es dessenun-

geachtet gethan, nicht unterstützt habe. Daß dem so ist, kann kaum bestritten werden, und die Äußerung: 'das habe man davon, wenn man keine Energie zeige und mit den Demokraten und mit dem Pöbel liebäugle', kann man jetzt vielfach hören. Ja es gibt Leute, selbst höhere Staatsbeamte - ich könnte sogar einen Minister nennen - welche sagen, es sei nur zu bedauern, daß sich die Excesse nicht noch einmal wiederholt hätten, denn dann würde man sich Allerhöchsten Ortes endlich überzeugen, daß Herr von Neumayr nicht der Mann sei, den man noch länger an der Spitze eines so wichtigen Ministeriums wie das des Innern lassen könne.

Ich glaube, daß, um diesen Zweck zu erreichen, eine weitere Ruhestörung nicht nöthig war. Herr von Neumayr wird, so versichern viele gutunterrichtete Leute, in kürzester Zeit und nur von Wenigen beweint fallen. Manche folgern dies schon aus der ganz besonders guten Laune des Staatsministers von der Pfordten, " 397) Was Degenfeld hier darstellt, wird auch von seinem Kollegen, Prinz Reuss, bestätigt, 398)

Es wird schließlich bekannt, daß sich der Ansbacher Regierungspräsident Pechmann zur Übernahme des Amtes bereit erklärt habe. Damit scheint die Ablösung Neumayrs außerhalb jeden Zweifels zu liegen. Dennoch findet sie zum Erstaunen, wenn nicht gar zur Unruhe der an seiner Ablösung interessierten Kreise nicht zum Zeitpunkt der Anwesenheit des Königs in München, also zum 17./18. Oktober statt. Die demokratische Presse polemisiert in diesen Tagen gegen den bevorstehenden Ministerwechsel. Auch Richard Wagner ist, ebenso wie diese Presse, der Ansicht, daß der König getäuscht worden sei. Er schreibt am 26. Oktober an August Röckel (und liefert dabei teilweise neue Motive für die Entlassung):

"Die wichtigsten Arbeiten der Sozialgesetzgebung, Gemeindeverfassung u. s. w., dieses Allerwichtigste ist vom liberalen Minister Neumayr so nachlässig und faul behandelt worden, daß der König - aus diesem Grunde - böß auf ihn war. Die Reaction bemächtigte sich dieser Laune, um den einzigen 'liberalen' Minister fortzuschaffen: der König kam dahinter, u. Neumayr blieb, " 399)

Richard Wagner sollte sich irren; aber auch er macht deutlich, daß Ludwig II. die eigentliche Schlüsselfigur ist und bleibt. Immerhin ist Wagners Irrtum verständlich; selbst der sich an Ort und Stelle befindliche Graf Degenfeld berichtet am 21. Oktober, daß der Ministerwechsel "vorerst nicht stattfinden" wird. Er begründet dies mit dreierlei Erwägungen. Einmal habe der designierte Nachfolger von Pechmann nun doch Bedingungen gestellt, die die Regierung nicht annehmen könne, zweitens sei es außenpolitisch nicht geraten, weil, "man möge thun, was man wolle, es nun einmal als eine reactionäre Maßregel betrachtet werde", und zum Dritten, weil der

König in den nächsten sechs Wochen, die er im Gebirge verbringen wolle, "so wenig als nur möglich mit Geschäften behelligt" werden möchte." 400) Pfordten ist über diesen Aufschub "in hohem Maße verstimmt" und erklärt sich angeblich dahingehend:

"Der Minister von Neumayr müsse nun einmal durchaus entfernt werden und je weiter man diese Maßregel hinausschiebe, desto schwieriger werde es für seinen Nachfolger sein, das verrostete Räderwerk des Ministeriums des Innern wieder ordentlich in Gang zu bringen. Er fürchtet sehr, daß unter diesen Umständen die projektierte Veränderung erst zu Anfang des künftigen Jahres vor sich gehen werde, soll aber, wie man sagt, sich der Hoffnung hingeben, aus dieser Crisis als wirklicher Minister-Präsident hervorzugehen." 401)

Auch die Minister der Regierung - mit Ausnahme Neumayrs natürlich - sprechen sich für eine absolute Stellung Pfordtens im Ministerrat aus, was indirekt einem Votum gegen Neumayr gleichkommt. Sie fühlen alle "das Bedürfnis, ja die Nothwendigkeit ((...)), daß nicht jeder Minister in seinem Ressort schalte und walte, wie er wolle, sondern daß bei wichtigen Angelegenheiten das Ministerium als Ganzes auftrete" 402), wie Graf Degenfeld glaubt.

Es wirkt fast wie eine Erlösung, daß Neumayr schließlich am 4. November 1865, einem Samstag, um seine Entlassung einkommt. Man sagt ihm nach, "daß der genannte Staatsmann eigentlich nicht ganz freiwillig so gehandelt habe, sondern, daß seine Verwandten und Freunde ihn dazu bewogen hätten. weil es würdiger sei, selbst zu gehen, als stets und mit ziemlicher Gewißheit vor Augen zu haben, daß die Entlassung erfolgen werde, sobald der Nachfolger gefunden sein werde." 403) Auf Befehl aus Hohenschwangau erscheint das Rücktrittsgesuch am Abend des 7. November in der halboffiziellen "Bayrischen Zeitung". In ihm scheidet Neumayr aus "im Hinblick auf die Folgen, welche die Anstrengungen der letzten sechs Jahre und insbesondere die zu Anfang des heurigen Jahres bestandene zweimonatliche schwere Krankheit für seine Gesundheit gehabt", 404) Inwiefern tatsächlich gesundheitliche Rücksichten an Neumayrs Rücktritt mitwirken, ist schon im November 1865 zweifelhaft, da sich Neumayr noch am 8. November an einer Ministerratssitzung beteiligt. Der "Korrespondent" notiert hierzu:

"Die Gesundheitsverhältnisse ((...)) scheinen nicht allzu bedenklicher Art zu seyn, denn derselbe ((Neumayr)) hatte sich trotz der heutigen rauen Witterung doch zu Fuß zu dem Ministerrathe in das Ministerium des Aeußern begeben." 405)

Ludwig II. genehmigt das Rücktrittsgesuch am 7. November. "Mit Be-

dauern habe Ich aus Ihrer Eingabe vom 4. November entnommen, daß Sie sich durch Ihre Gesundheitsverhältnisse genöthigt sehen, von Ihrer Stelle als Staatsminister des Innern zurückzutreten. Ich habe Ihrer Bitte um Enthebung von der Leitung dieses Ministeriums in einem heute an das Generalsekretariat des Staatsrathes gerichteten Handschreiben stattgegeben und Ihnen vorläufig den Ruhestand bewilligt, damit Sie Sich vollständig zu erholen im Stande sind und so die Kraft widererlangen, um in der Folge wenigstens in einer anderen Stellung zum Besten des Vaterlandes zu wirken. Indem Ich Ihnen dies selbst mittheile, erkenne Ich gerne die ausgezeichneten Dienste an, welche Sie bisher Meinem Vorfahren auf dem Throne und Mir selbst geleistet haben, und verbleibe mit den Gesinnungen vollkommenster Werthschätzung Ihr gnädiger König Ludwig." 406)

Immerhin erhält Neumayr statt der üblichen Ministerpension in Höhe von 3000 fl vom König 6000 fl zugesprochen, womit, wie Degenfeld vermerkt, den Liberalen "das Maul gestopft" wird. Mit der interimistischen Leitung des Ministeriums des Innern wird der Kultusminister von Koch beauftragt, der nach dem Wunsch der Regierung das Amt definitiv übernehmen soll. Koch scheint sich jedoch "entschieden" zu weigern, diesem Wunsche zu entsprechen. Der preußische Gesandte Prinz Reuss skizziert die entstandene Lage:

"Der neue Minister des Innern ist aber immer noch nicht gefunden und hat sich der Cultusminister von Koch noch nicht entschlossen, die Erbschaft des Herrn von Neumayr anzutreten; es wird überhaupt schwer halten, hierzu einen wirklich conservativen Mann zu finden, weil das, was unter der Neumayrschen Verwaltung verdorben und eingeleitet ist, und darunter ist namentlich die souveräne Stellung, die man der Abgeordneten-Kammer eingeräumt hat, zu verstehen, nicht so leicht zu reparieren sein wird. 407) Am 11. November übermittelt Neumayr offiziell die Nachricht von seinem Rücktritt an Finanzminister von Pfeufer. 408) Zwei Tage später erscheint im "Nürnberger Anzeiger" der berühmte Artikel "Ein freies Wort an Bayerns König und sein Volk über das Cabinetssekretariat". In ihm wird - anknüpfend an den Fall Neumayr, der nach seiner Meinung einer "Cabinetsintrigue" zum Opfer fiel - die Institution des Kabinettssekretariats einer scharfen Kritik unterzogen. "Unsere Meinung ((...)) ist die: daß der König, wenn er 7 Monate des Jahres fern von seinen Ministern weilt, nur umgeben von dem gänzlich unconstitutionellen Institut des Kabinettssekretariats, übel berathen ist und dadurch des Volkes gerechte Besorgnisse erwecken." 409) Es wird die Forderung gestellt, das Kabinettssekretariat künftig nur noch aus der Zivilliste zu bezahlen, um somit seine Stellung als reine Hofinstitution deutlich zu machen. Der Artikel schließt mit dem Aufruf:

"Eine konstitutionelle, keine Cabinetsregierung - das fordert Bayerns Volk!" 410)

Es besteht eine gewisse Möglichkeit, daß dieser Artikel aus Neumayrs Lager kommt. Pfordten ist davon jedenfalls überzeugt und deklariert ihn als eine Erwiderung auf Neumayrs Entlassung. 411) Dennoch unterstellt ein Teil der Presse Richard Wagner die Urheberschaft - die Gelegenheit ist günstig. König Ludwig II. reagiert auf die Pressereaktionen bezüglich Neumayrs Rücktritt allergisch:

"Die Tagespresse hat mehrere Vermuthungen aufgestellt über die Ursachen der Enthebung des Ministers von Neumayr von der Verwaltung seines Ministeriums. Der Reihe nach wurden Meine Verwandten, Sie ((Pfordten)) selbst, einige andere der Herren Minister, gewisse gesellschaftliche oder religiöse Coterien und schließlich - nicht ohne Beimischung leidenschaftlicher Angriffe - die Beamten meiner Kanzlei genannt. Darnach bliebe kein Raum für einen freien Entschluß Meinerseits. Selbst die Dauer Meines Landaufenthaltes mißt man ungehörigen Einflüsterungen zu. Ich habe aber schon durch manchen Akt, wie z. B. durch Bewilligung kürzerer Finanzperioden, bewiesen, daß Ich Meine Entschlüsse unabhängig zu halten vermag von jedem unzuständigen Einflusse, wenn er auch von Seite der theuersten Verwandten käme. Ich werde einen solchen Einfluß Niemanden zulassen, von wem er auch versucht werden sollte. Die jüngste Ministerveränderung habe Ich beschlossen, weil Ich nach lange fortgesetzten, sorgfältigen Beobachtungen erkannte, daß das Verhalten v. Neumayrs gegenüber der Volksvertretung in manchen Punkten anders war, als ich es erwartet hatte, und weil Ich Mich überzeugt habe, daß er in wichtigen Dingen bindende Erklärungen abgab 412), ohne Mich um Meine Willensmeinung zu befragen, sowie daß es dem Ministerium in Folge der Stellung des Herrn von Neumayr zu einzelnen Parteien an jener Einigkeit fehlte, ohne welche keine Regierung Bestand hat." 413)

Man kann aus diesem Brief ein allzu starres Bestehen auf eigenen Entschlüssen herauslesen, das die Unsicherheit des Königs errathen läßt. Es zeigt sich, daß das Ringen um Unabhängigkeit auch gegenüber Richard Wagner gilt. Dieser wird von der Presse, vor allem vom "Volksboten" 414), angegriffen. Wagner vermutet Pfistermeister dahinter, und richtet seinerseits gegen den Kabinettssekretär maßlos heftige Angriffe in den "Neuesten Nachrichten". 415). Wagner begeht den schweren psychologischen Fehler, in seinem Artikel den Sturz Neumayrs auf eine Überredung des Königs zurückzuführen. 416) Da dies eine empfindliche Stelle des jungen Monarchen gewesen sein muß, reagiert er auf den Wunsch Wagners, Pfistermeister abzulösen und durch einen 'liberalen' Mann zu ersetzen, ablehnend. Hinzu kommt, daß Wagner bei seinen Vorschlägen ohne

jede Personalkennntnis vorgeht, wie er selbst zugibt,⁴¹⁷⁾ So schlägt er zunächst einen gewissen Riedel vor; da es aber hiervon zwei in Staatsdiensten gibt, ist die Verwirrung groß. Als schließlich der richtige ermittelt ist, lehnt dieser ab.⁴¹⁸⁾ Wagner nominiert nun den soeben erst in Ungnaden entlassenen Neumayr! Ludwig II. antwortet ihm hierauf:

"Ich hatte vollen Grund Neumayr zu entlassen und ihm das (eine Zeit lang) geschenkte Vertrauen und meine Königliche Gnade zu entziehen, wie inkonsequent wäre es nun von mir, wenn ich denselben Mann, dem gegenüber ich (ich wiederhole es) 'vollen Grund zur Unzufriedenheit' habe, mit der Neubildung eines Kabinetts beauftragte! - Pfistermeister ((...)) und die übrigen Herrn des Kabinetts zu entlassen, scheint mir nicht angezeigt, der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen,"⁴¹⁹⁾

Damit ist der - zu früh gestartete - Versuch gescheitert, Neumayr sofort wieder an die Schalthebel politischer Macht zurückkehren zu lassen.

Beschäftigen wir uns in der Rekapitulation nochmals mit den Gründen für Neumayrs Sturz.

Neumayr hat es nie vermocht, eine eigene Partei, eine Hausmacht von nennenswertem Umfang zu bilden. Nicht einmal im eigenen Ministerium hat er hervorzuhebende Personalveränderungen vorgenommen. Dagegen hat er sich von Anfang an auf die öffentliche Meinung zu stützen versucht. Dies wird ihm vom ersten Tag an als ein "Liebäugeln", als Anbiederung ausgelegt und macht ihn den konservativen Kreisen, darunter der königlichen Familie, suspekt. Tatsächlich soll Ludwig II. zu seiner Entlassung geraten haben.⁴²⁰⁾ Neumayrs Regierungsstil geht so lange gut, als er in der Regierung keinen ebenbürtigen oder überlegenen Kontrahenten besitzt, also bis zum Sturz Schrenks 1864. Pfordten war nicht Schrenk; er konnte einen Dualismus oder gar eine übermächtige Stellung Neumayrs nicht hinnehmen. Pfordten wird man als den eigentlichen Drahtzieher bei Neumayrs Sturz ansehen müssen. Neumayr selbst hat Pfordten offenbar die Sache leicht gemacht, indem er sich z. B. in der Landwehrfrage ungeschickt verhielt und die Unterstützung der Öffentlichkeit verlor. Zudem deutet manches daraufhin, daß Neumayr gesundheitlich angeschlagen war: Anfang 1865 eine schwere Krankheit; im letzten halben Jahr seiner Amtszeit kommt er nur noch wöchentlich einmal nach München. Das Innenministerium dürfte damit nicht voll arbeitsfähig gewesen sein. Wenn Graf Blome vermutet, daß Pfordten in seiner Absicht, Neumayr zu stürzen, aus dem Kabinettssekretariat Unterstützung erhielt⁴²¹⁾, so halte ich das für wahrscheinlich. Die öffentliche Meinung ist sich nicht einig, wem sie mehr die Schuld geben soll: Pfordten⁴²²⁾ oder Pfistermeister.⁴²³⁾ Dem König scheint - trotz seiner gegenteiligen Ansicht - lediglich noch die Rolle der Exekutive zugefallen zu sein. Es wäre dennoch verfehlt, in Ludwig II. nur eine Marionette zu sehen; Pfordten konnte sich

seines Erfolgs bis zuletzt nicht sicher sein. Hätte Wagner seinen Einfluß zeitiger und weniger konfus geltend zu machen versucht, wäre es doch als fraglich anzusehen, ob Neumayrs Amtszeit ein so rasches und unrühmliches Ende gefunden hätte.

Zum Abschluß dieses Kapitels möchte ich einen Artikel Karl Braters 424) in der Wochenschrift seiner Partei 425) anführen, der mit in gelungener Weise die Amtsführung Neumayrs zu umreißen scheint:

"Uns bleibt noch übrig, das Hauptverdienst des abgetretenen Ministers, das mit der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang steht, hervorzuheben und anzuerkennen. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung sowie die Kodifikation des politischen Strafrechts waren Aufgaben, welche Herr v. Neumayr bei seinem Amtsantritt fertig vorand: es konnte sich dort nur noch um eine mehr oder weniger rasche und gute Lösung handeln. In der Angelegenheit der sozialen Gesetzgebung hat er dagegen das Verdienst der Initiative, und zwar einer Initiative, die Muth erforderte. Hier gab es kein Grundlagengesetz und keinen von einem Amtsvorgänger überkommenen Gesetzentwurf. Die Einführung der Ansässigmachungs- und Gewerbefreiheit war zwar in der liberalen Presse und von der liberalen Partei der Abgeordneten-kammer vielfach gefordert, aber kein Beschluß des Landtags hatte sich diese Forderungen angeeignet. Das Verlangen nach Gewerbefreiheit - das zunächst allerdings den Wirkungskreis eines anderen Ministeriums berührt, aber mit den übrigen Fragen in engem Zusammenhang steht - war im Gegentheil von einer schwachen Mehrheit der Abgeordneten-kammer zurückgewiesen. Daß sich in den Kammern selbst und in manchen Bevölkerungskreisen auch gegen die Freiheit der Ansässigmachung und Verehelichung eine heftige Opposition erhoben werde, konnte der Minister mit Gewißheit vorhersehen. Um so verdienstvoller ist seine Initiative, deren Werth dadurch nicht geschmälert wird, daß er jetzt, beim Beginn der Ausführung, die Arbeit abbrechen muß. Das Bewußtsein von der Nothwendigkeit dieser Reformen ist durch die vorbereitende Thätigkeit der letzten Jahre selbst den widerstrebenden Köpfen tief genug eingepreßt und ein Rückschritt auf der eingeschlagenen Bahn nicht mehr möglich." -

V) INTERMEZZO ALS KABINETTSSEKRETÄR 1866

Der "wankelmüthige Charakter", den Ludwig II. Max von Neumayr im Juli 1865 vorwarf, ist dem König in hohem Maße selbst zu eigen gewesen. Die Ereignisse des Jahres 1866 untermauern diese Behauptung aufs eindrucksvollste: gerade der comeback-Versuch Neumayrs ist ein Beispiel hierfür. Eine wohl treffende Charakterisierung König Ludwigs II. liefert Freiherr von Soden im Juli 1864 - eine Charakterisierung, die wohl auch noch 1866 mit kleineren Einschränkungen zutreffend genannt werden kann: "Der König ist, - es muß dieses an die Spitze gestellt werden, - jung, sehr jung. Er hat nicht nur keine Ideen von Staatsgeschäften oder Geschäften überhaupt, sondern es gehen ihm in Folge der durchaus nicht geschlossenen Erziehung eine Anzahl von Anschauungen und Begriffen ab, welche, auch wenn man nicht auf der höchsten Stufe im menschlichen Leben steht, absolut nothwendig sind, und die durch den rechten Fleiß, an dem das Herz ist, - ein trivialer, aber hier jetzt viel gehörter Ausdruck - nicht ersetzt werden können.

Im Zusammenhang mit diesem steht eine große Lebhaftigkeit, eine unendliche Impressionabilität, eine schnelle Zugänglichkeit für augenblickliche Impulse und ein oft unüberlegtes rasches Feilgeben an dieselben, ((...)). Wenn sich diese Eigenschaften und Umstände an sich ziemlich natürlich erklären, so ist dieses in anderen Richtungen wenigstens nicht in gleichem Maße der Fall. Ich rechne hiezu ein etwas herrisches befehlertisches Auftreten auch gegenüber einer höchst gutgemeinten, in tiefster Unterthänigkeit angetragenen Bemerkung, worauf freilich meist wieder ein liebenswürdiger Beisatz folgt; namentlich aber ist kaum begreiflich, wie der junge König, gerade angesichts der bis jetzt stattgehabten Unmöglichkeit, die Geschäfte kennen zu lernen und sich auszubilden, keine eigentlichen Rathgeber hat und namentlich keine sucht, - Abgesehen davon, daß die am Anfange der Regierung eingeführten Arbeitstage mit den Ministern längst wieder aufgehört haben, wird aufs lebhafteste darüber geklagt, daß, außer ein paar jüngeren Offizieren, der König eigentlich mit Niemanden über Geschäfte und Politik spricht, namentlich durchaus nicht sucht, den Besprechungen mit älteren, verdienten Männern in Verkehr zu treten, und es, auch wenn er solche bei sich hat, geflissentlich unterläßt, mit ihnen wichtigere Angelegenheiten zu besprechen - ein Umstand, der durch die ab und dort geltend gemachte Behauptung: der König fühle sich eben in solchen Fällen befangen, nicht genügend erklärt zu sein scheint." 425a)

Ist auch bezüglich des beklagten Mangels an Konsultationen inzwischen - man denke an die Gerüchte um den Staatsrat von Maurer und an die zu vermutende engere Zusammenarbeit mit Pfordten im Jahre 1865 - ein zu-

mindest vorübergehender Wandel eingetreten, so scheinen die anderen angeführten Charakteristika auch später teilweise gegolten zu haben. Prinz Reuss führt im November 1865 aus:

"((...)) als wenn Seine ((des Königs)) Richtung bis jetzt eine durchaus ideale sei, welche im Allgemeinen das Gute will, sich aber noch nicht bewußt ist, auf welchem Wege dieses zu erreichen sein dürfte. Das Souveränitätsgefühl ist dagegen vollkommen ausgebildet ((...))." 426)

Die Vorgänge um den Sturz Neumayrs scheinen auch die Behauptung Graf Blomes zu belegen: "Der König andererseits ist mißtrauisch, eigenwillig und glaubt persönlich zu regieren, wenn er sich nicht von seinen Ministern beeinflussen läßt." 427)

Ludwig II. zeigt sich also als ein König, der zwar den Willen zum Herrschen besitzt, dem aber hierzu ein Teil der Voraussetzungen fehlt und der somit gegen seinen Willen und gegen sein Wissen auf Impulse von außen angewiesen ist. Es wäre aber völlig falsch, in Ludwig II. nur ein repräsentatives Ausführungsorgan irgendwelcher lobbies zu sehen, jedoch muß angenommen werden, daß es solche lobbies gab, daß sie zeitweise das Ohr des Königs erreichten und ihn streckenweise zu beeinflussen vermochten.

Das Leben Ludwigs II. war von der Verbindung zu Richard Wagner geprägt. Dieses Verhältnis ist der Gegenstand sehr vieler Bücher; hier soll nur interessieren, inwieweit Wagner, der mit Empörung der "intrigante Musikanter" genannt wurde, tatsächlich einen "unglaublichen Einfluß" 428) auf Ludwig II. im Falle der Neubesetzung des Kabinettssekretariats 1866 ausgeübt hat, inwieweit etwa die Aussage des französischen Gesandten, "que cette amitié a revêtu le caractère d'une passion à la quelle tout semble subordonné aujourd'hui les intérêts du pays comme ceux des personnes" 429), sich an Hand von Neumayrs Berufung verifizieren läßt.

Wie berichtet, hat Wagner bereits Ende 1865 den vergeblichen Versuch unternommen, dem König Neumayr als Kabinettssekretär anzuloben. Wagner kannte Neumayr nicht persönlich und wußte von ihm nur, daß ihn "jene Herren ((Pfistermeister, Pfordten etc.)) ebenso angelegentlich aus dem königlichen Vertrauen zu entfernen gewußt hatten" 430), wie ihn selbst. Wagner ist also der Überzeugung, er und Neumayr hätten die gleichen Gegner. Dies scheint ihm völlig hinreichend zu sein, um für Neumayr einzutreten, und es zeigt, daß Richard Wagner sich auf der politischen Bühne mit grenzenloser Naivität und Instinktlosigkeit bewegt, was seine Einflußnahme um so gefährlicher erscheinen läßt. Jedenfalls scheint Richard Wagner im Frühjahr 1866 - möglicherweise anläßlich der Reise des Königs nach Tribschen wegen des Geburtstags Wagners am

22. Mai - seinen Versuch, Neumayr zu lancieren, zu wiederholen. Ludwig befindet sich zu diesem Zeitpunkt in einer kritischen Phase. Der Krieg ist im Anzug, die Mobilmachung verkündet, die Anwesenheit des Königs ist in München dringend erwünscht. Zermürbt trägt sich der junge Monarch mit Abdankungsplänen. In diesem Stadium hat die Intervention Wagners mehr Erfolg. Bereits im Mai müssen Kontakte zwischen dem König und Neumayr hergestellt worden sein; am 2. Juni 1866 kommt es schließlich zu einem Treffen.⁴³¹⁾ Ludwig II. schreibt am 13. Juni, daß er Neumayrs "Vorschläge" erwarte und kündigt an: "Dann wird gehandelt werden,"⁴³²⁾ Neumayr geht das Problem mit gebotener Zurückhaltung, vielleicht mit Skepsis an und scheint erst nach Ablauf von drei Wochen seine Vorstellungen und Vorschläge bezüglich seines Eintritts in das Kabinettssekretariat dem Fürsten unterbreitet zu haben. Am 29. Juni trifft ein Brief Neumayrs an den Ordonnanzoffizier und Vertrauten des Königs, Fürst Paul von Thurn und Taxis, ein. Darüber schreibt dieser an Richard Wagner am 2. Juli 1866:

"Auch während das drohend am Himmel gestandene Gewitter losgebrochen, ist der treue Friedrich⁴³³⁾ im Stillen thätig. Ich erhielt von Herrn von Neumayr in Angelegenheit der Cabinetsfrage eine ziemlich befriedigende Antwort mit Vorschlägen zur Neubesetzung. Nur die genannten Herren sind mir vermöge ihrer persönlichen Eigenschaften und ihres Äußeren nicht so ganz für den Erhabenen passend. So Gott will, erledigt sich diese Angelegenheit in Bälde,"⁴³⁴⁾

Der Brief Neumayrs ist nicht erhalten; die Vermutung erscheint jedoch gerechtfertigt, daß er sich in Bezug auf Richard Wagner keinesfalls bindend festgelegt hat. Im Verlauf der Monate Juli und August kann sich Ludwig jedoch nicht zur Annahme Neumayrs als Kabinettssekretär entschließen; inwieweit hieran die politischen Ereignisse, wie etwa der Krieg, beteiligt gewesen sein mögen, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls hält es Richard Wagner für nötig, Anfang September auf den von ihm gewünschten Wechsel im Kabinett zurückzukommen. In seinem Schreiben vom 5. September setzt er dem König, dem er hier eine "energielose Beachtung" seiner Person vorwirft, stark unter Druck:

"Zur Bestellung eines neuen Cabinetssekretariates konnten Sie Sich nicht entschließen; sie war Ihnen, wie ich aus Neumayr's Brief ersehen habe, auf eine Weise geboten, daß für Sie und Ihr königliches Amt zugleich ein wahrer Segen erwachsen wäre. Nun sah ich, wie es stand, und in meiner Seele dämmerte es auf: - 'Er liebt dich - nicht!' -"⁴³⁵⁾

Zugleich fordert Wagner zur sofortigen Entlassung Pfistermeisters auf - in ausführlicher Weise und heftigem Ton -, eine Forderung, die er eine Woche später, am 12. September, kurz und prägnant wiederholt.⁴³⁶⁾ Diesem steten Drängen ist Ludwig II. offensichtlich nicht gewachsen. Es

stimmt, was der französische Gesandte bezüglich des Wagnerschen Einflusses schreibt:

"Dans les circonstances actuelles un pareil concours a plus de valeur qu'aucun autre." 437)

Am 21. September wendet sich der König in einer Form an Neumayr, die diesem kaum die Möglichkeit einer Ablehnung offen läßt:

"Vollen Grund habe ich, mit den Räthen, welche meine jetzige Umgebung bilden, vorzüglich mit dem Chef meines Cabinets im höchsten Grade unzufrieden zu sein; er ist ein zwar mir anhänglicher, aber sehr unbedeutender Mann. So wie jetzt kann es unmöglich fortgehen, ich kann nicht beständig von Männern umgeben sein, die mich nicht verstehen und nie und nimmer verstehen werden,

Vollkommen billige ich das weise und durchdachte Gutachten, welches Sie, mein lieber Herr Staatsrath, vor einiger Zeit schriftlich über die so dringend nothwendige Reform in der (ganzen) Institution des Cabinets abgelegt haben. Ein Personenwechsel scheint mir vorläufig das dringendste u. wichtigste. Auf Sie fällt meine Wahl, Sie und keinen Anderen möchte ich zum Chef meines Cabinets ernennen, hoch schätze ich Ihre so hervorragende geistige Begabung wie Ihren gediegenen Charakter. Zu meiner großen u. wahrhaften Freude vernehme ich, daß Ihre Gesundheit sich in der stärkenden, wohlthuenden Gebirgsluft wieder völlig gekräftigt hat, ich baue auf Ihre Treue u. Anhänglichkeit, die Sie meinem Vater u. mir stets bewiesen haben, und zähle sicher darauf, Sie werden die angebotene Stelle annehmen; wahrhaft betrüben würde es mich, wenn Sie meinen dringenden Wunsch nicht erfüllten; diesen Kummer werden Sie Ihrem Könige nicht bereiten wollen! - Ich ehre in Ihnen, mein lieber Herr Staatsrath, den bedeutendsten aller Staatsmänner, der jeden meiner Unterthanen an Geist weit überstrahlt, Zur Wohlfahrt meines Landes, zum wahren Besten meiner Regierung wird es sein, wenn Sie jenes Amt übernehmen, ein aufrichtiger Freund werde ich Ihnen stets sein, nehmen Sie diese Versicherung entgegen; jeder treue u. anhängliche Patriot wird sich freuen, wird es als ein Glück für das ganze Land betrachten, wenn ich Sie an meine Seite berufe. Mein dringender Wunsch geht dahin, Sie möchten diesen so wichtigen Posten schon in kurzer Zeit, etwa in 4 - 6 Wochen übernehmen.

Und nun lege ich Ihnen diese Angelegenheit noch einmal warm an das Herz; ich sehne mich nach einer recht baldigen, zusagenden Antwort von Ihrer Seite! - Mit wahrer Lust u. begeisterungsvollem Eifer werde ich an die gewissenhafte Erfüllung meiner Königlichen Pflichten gehen, weiß ich einen Mann an meiner Seite, dessen Rath mir werther ist, als der aller meiner Minister. Bedenken Sie dies wohl, bedenken Sie wohl, daß es vielen, angestregten Bemühungen aller Ihrer Feinde nicht gelungen ist, die

hohe Meinung, die ich von jeher von Ihnen hegte, auch im geringsten in mir wankend zu machen, bedenken Sie, daß ich Keinem außer Ihnen mein volles, rückhaltloses Vertrauen schenke, bedenken Sie dies wohl u. folgen Sie dem Rufe Ihres Königs." 438)

Dies ist ein außerordentlich schmeichelhaftes Schreiben; es fragt sich allerdings, inwieweit Ludwig II. das meint, was er schreibt. Doch ganz unabhängig davon, ob diese Schmeicheleien ernst gemeint sind oder nicht, ob sie nun einem echten Gefühlsausbruch entstammen oder nur der Überlegung, möglichst dick auftragen zu müssen, um keine Ablehnung zu riskieren, bleibt die Erkenntnis, daß der König zu diesem Zeitpunkt unter allen Umständen Neumayr zum Kabinettssekretär machen will. Um dem Schreiben noch mehr Nachdruck zu verleihen, begibt sich Minister von Pfretzschner Ende September als offizieller Beauftragter des Königs nach Miesbach, um Neumayrs Bereitschaft zu erkunden. Wie Pfretzschner in seinem Brief 439) an den König am 27. September zu berichten weiß, scheint Neumayr sich seine abwartende, zögernde und vorsichtige, für ihn charakteristische Haltung auch diesmal bewahrt zu haben. Max von Neumayr schließt eine Übernahme des Amtes des Kabinettssekretärs nicht aus, erklärt vielmehr wiederum seine grundsätzliche Bereitschaft hierzu, setzt jedoch den Zeitpunkt zu eben dieser Übernahme für das Frühjahr 1867 an. Dies gelte aber nur für den Fall, daß der Winter seine Gesundheit nicht zu sehr beeinflusse. Weiterhin stellt Neumayr aus "Gesundheitsrücksichten" folgende Bedingungen: nicht zu sehr durch Detailsfragen in Anspruch genommen zu werden, und jederzeit die Möglichkeit zu haben, von sich aus zu kündigen.

Ganz offensichtlich arbeitet Neumayr auf einen Zeitgewinn hin. Vielleicht hält er das ungestüme plötzliche Drängen des Königs für ein Strohfeuer; vielleicht hofft er dies sogar. Neumayr weiß sehr gut, daß im Falle einer Annahme sofort das Problem Richard Wagner auf ihn zukommt. Lehnt er Wagners Forderungen ab, so fällt er sofort beim König ebenso in Ungnade wie sein Vorgänger Pfistermeister; akzeptiert er sie aber, so hat er nicht nur die ganze Öffentlichkeit, sondern auch die königliche Familie, die Regierung und die Kammern gegen sich - eine Situation, die er schon einmal erlebt hat - und wäre nur vom König gestützt gewesen, der zwar für einen kurzen Zeitraum vielleicht als verläßlich gelten kann, nicht jedoch über längere Zeit.

Neumayrs Verzögerungsmittel ist sein Gesundheitszustand. Schon aus früheren Jahren ist uns gelegentlich etwas von seinem relativ labilen Zustand bekannt; ganz aus der Luft gegriffen ist der Entschuldigungsgrund daher sicher nicht. Dennoch erscheint erkennbar, daß es sich um eine naheliegende Ausflucht handelt. Minister von Pfretzschner berichtet, daß Neumayr "noch

immer nicht das erforderliche Vertrauen in seine Gesundheit gewonnen habe und daß er namentlich gar keine Garantie zu besitzen glaube, ob nicht die Einflüsse des Winters - nach früheren wiederholten Erfahrungen - die guten Früchte seines ländlichen Sommeraufenthaltes wieder zunichte machen würden", 440) Pfretzschner weicht bei seiner eigenen Beurteilung der Gesundheit seines früheren Regierungskollegen in ein diplomatisches 'sowohl als auch' aus:

"Die Gesundheitsverhältnisse des Staatsraths von Neumayr fand ich im Allgemeinen wesentlich gebessert und auch dessen Nervensystem, soweit das Auge eines Laien reicht, viel gestärker; obwohl ich mir nicht verhehlen kann, daß in letzterer Beziehung jene Ruhe, wie ich solche sonst an Neumayr gewohnt war, noch nicht vollständig zurückgekehrt ist." 441)

Selbst als Neumayr schon überzeugt ist, das Amt übernehmen zu müssen, dient ihm sein Gesundheitszustand als gewissermaßen vorbeugende Entschuldigung für den Fall eines Scheiterns. "Ich fürchte nur, meine Gesundheit macht mir einen Strich durch die Rechnung, aber Seine Majestät wünschte meinen Eintritt so lebhaft, daß es einem Befehl gleichkam" 442), soll er zu seinem erkorenen Hilfsarbeiter August von Eisenhart gesagt haben.

Dennoch nützt Neumayr die Verzögerungstaktik nichts. Am 2. Oktober 1866 begibt er sich nach München, wo er am Tage darauf - ein Zeichen, für wie dringlich Ludwig II. die Angelegenheit immer noch hält - mit dem König zusammentrifft. Der persönlichen Konfrontation ist Neumayr nicht gewachsen: das Ergebnis des Treffens ist Neumayrs Zugeständnis, das Amt eines Kabinettssekretärs bereits am 1. Dezember 1866 zu übernehmen. 443) Und selbst das ist noch ein kleiner Erfolg für ihn, da sich Ludwig II. überzeugen läßt, daß "sein in der That etwas angegriffener Gesundheitszustand" es ihm nicht gestatte, das Amt auf der Stelle zu übernehmen. Da das alte Kabinett ausscheidet, tritt ein gewisser Schwebezustand ein; es ist möglich, daß Neumayr sich gezwungen sah, sein neues Amt noch im Oktober de facto auszufüllen,

Ludwig II. braucht auf das Lob für seinen Eifer nicht lange zu warten, Drei Tage nach der Unterredung mit Neumayr schreibt Wagner, der durch den König von ihr erfahren hatte, an Ludwig:

"Ich segne diesen Mann, den Sie beriefen, wenn er ((...)) der großen Mühen und Sorgen sich unterzieht, den Boden der königlichen Würde von dem Unrath zu säubern, den eine gewissenlose, nichtswürdige Rotte zum Ersticken anhäuften ((...)) legen Sie dem berufenen Reiniger mit nichts ein Hindernis in den Weg: Würde er zurücktreten, so hielte ich jedes Heil für verloren. Glauben Sie, es ist ein Kampf auf Leben und Tod ((...))." 444)

Es scheint angemessen, hier das, was über die Pläne zur Neubesetzung und auch -gestaltung des Kabinettssekretariats bekannt ist, darzulegen. Neben Neumayr selbst sollten dieser Institution Baron Max von Feilitzsch (1834 - 1913) ⁴⁴⁵⁾, Karl Graf von Tauffkirchen-Guttenberg (1826 - 1895) ⁴⁴⁶⁾ bzw. August von Eisenhart (1826 - 1905) ⁴⁴⁷⁾ angehören. Als Ersatz für Döfflipp war Freiherr von Raesfeldt für das Hofsekretariat vorgesehen; er trat sein Amt gar nicht erst an, ⁴⁴⁸⁾

Angesichts der Erfahrungen, die Neumayr als Minister mit dem Kabinettssekretariat gemacht hatte, wäre es ein Widerspruch in sich gewesen, wenn er nun selbst ein Kabinettssekretär alten Stils geworden wäre. Neumayr sah daher eine seiner Aufgaben darin, nicht nur durch Art und Weise seiner Amtsführung, sondern auch durch eine formelle Veränderung der Position des Kabinettssekretärs dem bisherigen Gegeneinander von Regierung und Kabinett ein Ende zu bereiten. Neumayrs Plan ist es daher, das Amt des Kabinettssekretärs mit dem eines Ministers ohne Portefeuille zu koppeln. ⁴⁴⁹⁾ Damit wäre der persönliche Vertraute des Königs ein Regierungsmitglied gewesen, was ja schon immer gewünscht worden war. Freilich, und das ist die andere, Neumayr sicher wohlbewußte Seite der Medaille gewesen: der Mann, der Ministeramt und Kabinettssekretärsamt auf sich vereinigt hätte, wäre der heimliche Ministerpräsident geworden, ohne den die Regierung machtlos gewesen wäre. Neumayr hätte eine zentrale, auch durch Intrigen nur sehr schwer zu untergrabende Stellung erreicht; er wäre der einflußreichste Politiker Bayerns geworden. Da er sich zudem ausbedungen hatte, als Kabinettssekretär nicht zu sehr von Detailfragen in Anspruch genommen zu werden, andererseits geplant hatte, Minister ohne Portefeuille zu werden, hätte er sich auf die Erteilung der Richtlinien beschränken können. Außerdem wäre er als Minister ohne Portefeuille auch ohne Verantwortlichkeit gewesen.

Neumayr versucht, diesen Plan in Übereinstimmung mit den Ministern voranzubringen ⁴⁵⁰⁾, sieht sich jedoch dem Widerstand vor allem Pfordtens - der sich verständlicherweise nicht derart entmachen lassen will - gegenüber. Am 9. Oktober 1866 begründet Pfordten diese Ablehnung:

"Als mir Euer Excellenz am 4. d. M. mitzuthemen die Güte hatten, daß Sie gesonnen seyen, auf den Ruf Seiner Majestät des Königs die Stellung an der Spitze der Königlichen Kanzlei einzunehmen, welche zur Zeit Staatsrath von Pfistermeister inne hat, fügten Sie bei, daß in formeller Hinsicht noch unentschieden sey, ob Höchstdieselben in der Eigenschaft eines Staatsrathes im außerordentlichen Dienste oder im ordentlichen Dienste oder als Minister ohne Portefeuille eintreten würden. Ich erlaubte mir damals zu erwiedern, daß die Wahl seiner Vertrauensperson Seiner Majestät dem König vollkommen frei stehe und daß ich überdies keinen Grund hätte,

gegen die Berufung Euer Excellenz an die Spitze der Königlichen Kanzlei irgend einen Einwand zu erheben, daß ich jedoch in Bezug auf die formelle Seite in Zweifel sey, ob die Stellung eines Ministers ohne Portefeuille mit unserer Verfassung vereinbar sey. Ich fügte bei, daß ich mir vorbehalten müßte, diese Frage im Ministerrathe zur Berathung zu bringen und mich dann erst darüber zu äußern,

Diese Berathung hat heute stattgefunden und ich beehre mich, das Resultat derselben Euer Excellenz mitzutheilen. Die Herren Minister sind einstimmig der Ansicht, daß die Gründe gegen die Zulässigkeit eines Ministers ohne Portefeuille im Hinblick auf die Verantwortlichkeit der Minister überwiegend seyn, indem einerseits hiernach ein unverantwortlicher Minister nicht denkbar ist, andererseits die Verantwortlichkeit eines bestimmten Geschäftskreises voraussetzt. Der Minister ohne Portefeuille müßte aber offenbar entweder für nichts oder für Alles verantwortlich seyn, in welch' letzterem Falle seine Verantwortlichkeit mit derjenigen der Ressort-Minister in Collision kommen würde." 451)

Nichts stehe aber, so Pfordten, einer Übernahme des Amtes des Kabinettssekretärs als Staatsrat, gleichgültig ob als außerordentlicher oder als ordentlicher, im Wege. Damit hat sich der Plan Neumayrs zumindest vorläufig zerschlagen; er wird zum Staatsrat in ordentlicher Diensten ernannt. 452) Wenn Fürst Hohenlohe am 3. November notiert: "Ich bin einem Komplott auf der Spur, welches Neumayr zum Ministerpräsidenten und Bray zum Minister des Äußeren machen soll" 453), so kann dies bedeuten, daß Neumayr noch an der Durchsetzung seiner Pläne arbeitet, es kann aber auch bedeuten, daß Hohenlohe zu schlecht, vor allem aber zu spät informiert ist. Pfordten zeigt sich noch stark genug, Neumayr zu bremsen, ihn aufzuhalten vermag er nicht mehr. Seine Stellung ist seit dem Kriege zu angeschlagen. Im Gegenteil: wir finden in den Gesandtschaftsberichten im Herbst und Winter 1866 immer wieder Stellen, wonach Pfordten geäußert haben soll, er habe politisch nie etwas gegen Neumayr gehabt, sie seien beide gleich "weiß-blau" und nur im Geschäftsgang habe es Meinungsverschiedenheiten gegeben 454), ja man unterstellt ihm sogar, er wäre bereit, Wagner zu dulden, weil er die Stellung eines staatsleitenden Ministers der eines Zensors vorziehe. 455) Es scheint tatsächlich, als ob nun Pfordten - in Umkehrung der Verhältnisse von 1864 - in Neumayr das geringere Übel gegenüber einer etwaigen Berufung des Fürsten Hohenlohe sähe. Hier wie damals steht Hohenlohe ante portas, was zu einer bedingten Notgemeinschaft Pfordtens und Neumayrs geführt haben mag.

Eine Forderung, die schon lange erhoben wurde und auch in dem Artikel "Ein freies Wort ..." hervorgehoben war, setzt Neumayr rasch durch; künftig wird der Kabinettssekretär aus der königlichen Zivilliste bezahlt,

was diese Institution zu einer eindeutig nicht-staatlichen macht. Ob damit freilich der Grundstein für Ministeramt ohne Portefeuille gelegt ist, wie es Zwierzina vermutet ⁴⁵⁶), erscheint doch sehr unwahrscheinlich.

Mitte des Monats Oktober verhandelt Neumayr mit dem Prinzen Karl von Bayern in Tegernsee, um damit Bedenken von dieser Seite und vor allem von Seiten Ludwigs II. gegen seine Person und evtl. seine Pläne aus dem Weg zu räumen. Er berichtet dem Prinzen "ausführlich" über die "Modalitäten und Voraussetzungen" seiner "wichtigen Mission", ⁴⁵⁷) Wenn behauptet wird, daß Neumayr bei diesem Gespräch sich verpflichtet habe, gegen eine eventuelle Nominierung des Fürsten Hohenlohe für das Amt des Ministers des Äußeren Stellung zu beziehen ⁴⁵⁸), so ist das angesichts der Haltung Neumayrs zu Hohenlohe, die er 1864 erkennen ließ, sehr wohl möglich. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß sich Neumayr mit Prinz Karl auf den Grafen Bray als Nachfolger Pfordtens geeinigt hat. Wie dem auch sei; Prinz Karl erklärt sich zur erhofften Vermittlung bei seinem Bruder bereit. Am 18. Oktober schreibt Ludwig II. an Prinz Karl:

"Lieber Bruder! Auf das, was Du gestern beauftragt, mir geschrieben, ((teile ich Dir mit)) daß ich Herrn von Neumayr als Gesandten gerne hatte, daß nie persönlich etwas zwischen uns vorfiel, daß aber sein Benehmen als Minister bei dem Landtage mir mißfallen mußte. Erfreulich würde es mir sein, wenn er in seiner neuen Stellung sich anders benimmt, und nicht durch Schmälerung der Kronrechte sogenannte Volksgunst Ludwig II. zu erwerben trachten wird, unter welcher heut zu Tage die der Fortschrittspartei verstanden wird. Diese Antwort kannst Du mitteilen von Deinem Dich liebenden Bruder Ludwig." ⁴⁵⁹)

Wagner ist über die nach seinem Wunsch verlaufene Entwicklung zufrieden. Der nächste Schritt ist das Bestreben, direkten Kontakt mit Neumayr aufzunehmen. Hierzu möchte er sich August Röckels bedienen, dem er ein psychologisch einfühlsames, keinesfalls penetrantes Vorgehen nachdrücklich ans Herz legt:

"((...)) jedenfalls dürfte ihm ((Neumayr)) dieser in keiner Weise aufgedrungen werden. ((...)) Lernst Du ihn selber kennen, so dürftest Du, meiner Meinung nach, ihm nur dann überhaupt von mir reden, wenn er Dich darum befrüge, und wenn Du dem ganzen Manne ansähest, daß es ihm im Ernst darum zu thun wäre, einen richtigen Aufschluß über mich zu erhalten. Daß ich vor kurzem wünschte, es möge ihm ((...)) Aufschluß über mich gegeben werden, geschah aus der Befürchtung, er möge durch die Furcht vor meinen Beziehungen zum K((önig)) in einem trivialen Sinne abgehalten werden, dem Rufe des Königs Folge zu geben. Nun diese Befürchtung aber beseitigt ist, habe ich eigentlich gar keinen Grund mehr, zu

wünschen, daß Neumayr von mir geredet werde, vor Allem, weil er um Gotteswillen nicht etwa auf den Gedanken gerathen soll, ich wollte etwas von ihm. Wie gesagt, etwas anderes ist es, wenn er nach Aufschluß über mich verlangt: Du weißt dann zu Genüge, welches Licht Du ihm auf zu stecken hast." 460)

Der Nachsatz deutet daraufhin, daß Wagner, selbst mit künstlerischer Naivität bezüglich der politischen Verhältnisse begabt, Neumayr gewaltig unterschätzt. Der Gedanke nämlich, daß Wagner etwas von ihm wolle, dürfte Neumayr immer wieder bedrängt haben. Und wenn Wagner sein Ziel mit den Worten umreißt: "((...)) einen Mann, wie mich, zwischen Fürst und Volk bedeutungsvoll zu placieren", dann zeigt sich deutlich, daß sein Ziel nicht bescheidener geworden ist. Der Hauptgrund für die im Schreiben an Röckel anempfohlene Zurückhaltung dürfte der sein, daß Wagner der Kontakt mit dem neuen Kabinettssekretär zu wichtig ist, um ihn einem anderen zu überlassen. Deshalb wendet er sich an den König direkt. Wagner verbindet seine Wünsche äußerst geschickt mit Lob und stellt die Situation so dar, als ob es nicht für ihn, wohl aber für Neumayr das Beste wäre, ihn kennenzulernen:

"((...)) diesen Mann ((Neumayr)) segne ich aus ganzer Seele. Auch ihn möchte ich wohl kennen lernen, namentlich um Seinetwegen, damit er eine Ansicht von mir bekommt und sich dort zurechtfinden lernt, wo, wie ich herzlich gerne zugebe, bisher das Studium bayerischer Staatsmänner noch wenig hindrang. ((...)). Auch die Herren Secretäre Ihres neuen Cabinetts wünschte ich gerne persönlich kennen zu lernen ((...)). Jedenfalls, wenn Unser Wiedersehn (wenn auch vorläufig nur zu einem vorübergehenden Besuch!) auf Schwierigkeiten stoßen sollte, die ich jedenfalls nicht bereiten möchte, wäre es wünschenswerth, wenn mein gütiger Herr mir denjenigen Seiner Secretäre bezeichnen wollte, an den ich in den angedeuteten Fällen mich zu wenden haben würde." 461) Verknüpft werden diese Zeilen mit der Bitte um Geld für die "Meistersinger". - taktisch nicht ungeschickt, weil sich Ludwig II. zu diesem Zeitpunkt auf der Frankenreise, und zwar in Nürnberg, befindet.

Richard Wagners Hoffnungen sind noch völlig ungebrochen, seine Vorstellungen nicht enttäuscht, sondern, was die Zukunft anbelangt, gar noch erheblich gesteigert: "((...)) nun habe ich Muth; sein ((des Königs)) Charakter ist mir klar; ich weiß, er wird endlich in letzter Entscheidung stets treu meinem Rathe folgen." 462)

Max von Neumayr scheint sich mittlerweile mit seiner Lage abgefunden zu haben. Mehr noch, nicht ungeschickt versucht er - wie schon der Ausgleich mit der königlichen Familie zeigt - seine Position auszubauen,

Hierzu mußte er

- a) die Vertrauensbasis zum König erweitern, ohne
- b) - mit Rücksicht auf die einflußreichen Gegner Wagners - eine verbindliche, positive Stellungnahme zu diesem abzugeben; zusätzlich den Versuch unternehmen, den Einfluß seines 'Gönners' auf den König wenn irgend möglich zu dämpfen und
- c) mit Pfordten einen Waffenstillstand einhalten, d. h. daran interessiert sein, daß die alte Regierung zumindest vorläufig noch im Amt bleibt, um so eine Regierung Hohenlohe zu verhindern.

Willkommener Anlaß für die Bestrebungen Neumayrs ist die Frankenreise König Ludwigs II. vom 10. November bis 10. Dezember 1866, nach außen eine Art Kondolenzbesuch der vom Kriege heimgesuchten Provinzen und von vielen als die überfällige Repräsentation der Monarchie durch den menschen scheuen König betrachtet, Pfordten hatte angeblich schon zwei Monate zuvor zu dieser Reise geraten, war aber beim König auf taube Ohren gestoßen.⁴⁶³⁾ Neumayr ist es, der sie nun endlich durchgesetzt zu haben scheint.⁴⁶⁴⁾ Der König klagt, daß er gezwungen sei, "aus der wohlthuenden Einsamkeit herauszutreten".⁴⁶⁵⁾ Neumayr muß sich von dieser Reise einiges versprochen haben: die täglich wechselnde Landschaft, die immer neuen Gesichter ließen für den König Zerstreuung und Lockerung erhoffen, ein Herausreißen aus Träumen und Grübeln, ja vielleicht sogar eine Minderung des Einflusses Richard Wagners und eine Stärkung der Person, die dem König auf dieser Reise als wichtigster politischer Begleiter diente, des Kabinettssekretärs Max von Neumayr, dessen jüngster Sohn Melchior im gleichen Alter wie der König war. Mit einem Gefolge von 119 Personen, darunter neben Neumayr auch der Freund des Königs und Wagner-Vertraute Fürst Paul von Thurn und Taxis sowie der Hohenlohe-Parteigänger Graf Holnstein, bricht der König am 10. November zur Reise auf. Sie führt nach Bayreuth, Bamberg, Hof, Schweinfurt, Kissingen, Aschaffenburg, Würzburg und endet in Nürnberg, wo König und Gefolge mehrere Tage verbringen. Von Prinz Reuss erfahren wir: "Herr von Neumayr sucht sich nach Antritt seines neuen Amtes dem Könige so unentbehrlich wie nur möglich zu machen; alle Geschäfte, die von den Ministerien nachgeschickt werden, gehen durch seine Hand und werden andererseits auch zur Zufriedenheit der Minister recht erledigt." ⁴⁶⁶⁾ Wenn dies zutrifft, und es gibt noch andere Anhaltspunkte dafür, daß es zutrifft ⁴⁶⁷⁾, dann hat Neumayr zugunsten des Beweises seiner Unentbehrlichkeit von seinen anfänglich gestellten Bedingungen auch noch die fallen lassen, sich nicht zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftigen zu müssen - ganz abgesehen davon, daß er sein Amt ebenfalls früher als ausgemacht übernimmt.

Es kann Neumayr kaum entgangen sein, daß der König auch während

der Reise brieflichen Kontakt zu Richard Wagner aufrechterhielt, und so mag es für ihn nicht überraschend gekommen sein, als Ludwig II. - von Richard Wagner, wie erwähnt, inspiriert - ihm die persönliche Begegnung mit dem Komponisten anträgt. Genau dies ist es, was Neumayr schon die ganze Zeit gefürchtet haben mag. Schon ein bloßes Treffen mit Wagner wäre ihm als eine positive Stellungnahme zu dem geächteten Musiker ausgelegt worden. Auch hier heißt Neumayrs Lösung: Hinhalten. Angeblich soll er dem König Hoffnungen auf eine mögliche Rückkehr Wagners gemacht haben ⁴⁶⁸), wenngleich sicherlich nicht angenommen werden darf, er habe diese Rückkehr für die nächste Zukunft versprochen. Auch bezüglich seiner Begegnung mit Wagner verzögert Neumayr. Gegenüber dem ungeduldigen König ist dies das falsche Rezept; verärgert schreibt Ludwig II. an Cosima von Bülow am 27. November über Neumayrs Haltung:

"Neumayr nämlich ist auch nicht frei von Vorurtheilen über den Freund; er hält eine Zusammenkunft mit Ihm jetzt noch nicht für gerathen, da die öffentliche Meinung immer noch gegen den Theuersten sei; erst in einiger Zeit, meint er, wäre es rätlich, Uns wieder zu sehen und sprechen. Meine Meinung nun geht dahin, es sei das Beste, wenn Neumayr den Freund endlich kennen lernt. Eine schickliche Bekanntschaft ist gegenwärtig einzig möglich; Neumayr scheint nicht gerne den Anfang machen zu wollen; auch hier kann man ausrufen und zwar mit Kummer: 'Wahn, überall Wahn!' " ⁴⁶⁹)

Damit ist Neumayrs Verhältnis zum König bereits entscheidend gestört.

Zur Konsolidierung von Neumayrs Position schien es weiterhin nötig, die schwelende Ministerkrise vorerst nicht akut werden zu lassen. Es mußte Neumayr daran gelegen sein, sich vorläufig noch den Rücken frei zu halten und Pfordten, der nurmehr Minister auf Abruf zu sein scheint - wegen des ihm angelasteten verlorenen Krieges, wegen seiner Abneigung gegen Wagner, wegen persönlicher vorgeblicher Kränkungen ⁴⁷⁰) - noch eine gewisse Zeitspanne im Amt zu wissen. Deshalb bittet Neumayr noch vor Beginn der Frankenreise - wie der österreichische, preußische und württembergische Gesandte übereinstimmend berichten ⁴⁷¹) - Pfordten "dringend", seine Regierungsposition noch nicht zu räumen. Prinz Reuss skizziert die Lage so:

"Er ((Neumayr)) will es daher, wie es scheint, jetzt noch nicht mit letzteren ((den Ministern)) verderben und spart sich seine weiteren Action(en) für die Zeit des Zusammentritts des Landtags auf. Deshalb scheint es auch äußerlich, als wenn von einer Ministerkrisis gar nicht mehr die Rede wäre. Frhr. v. d. Pfordten sagt, er habe nichts gegen H. Neumayr einzuwenden,

so lange dessen Einwirkung sich nicht aufs Gegenstück erstreckte, welche er, der Minister, nicht mit seiner Verantwortlichkeit verbindbar halten könnte. Er macht sich aber keine Illusionen, daß dieser Fall früher oder später eintreten wird, " 472)

Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingfürst (1819 - 1901) 473) ist eine sehr eigentümliche und schillernde Figur der deutschen Politik gewesen. Seine Rolle im bayrischen Machtkampf des Jahres 1866 findet sich ausführlich bei Karl Alexander von Müller dargestellt, so daß hier nur erwähnt werden soll, was Neumayr tangiert. Aus einer Eintragung vom 11. Oktober 1866 in den "Denkwürdigkeiten" geht hervor, daß der Fürst von dem Wunsche des Königs weiß, Neumayr als Kabinettssekretär, Kabinettsminister o. ä. zu ernennen, ihm selbst aber die Stelle Pfordtens zu übertragen. Zugleich vermutet Hohenlohe, daß Neumayr wahrscheinlich zu seinen Gegnern zählen werde. Zu diesem Zeitpunkt hält Hohenlohe die eventuelle Gegnerschaft Neumayrs noch für entscheidend: "Ob ich Minister werde, hängt davon ab, ob Neumayr es in seinem Interesse erachtet, seine Popularität durch meinen Eintritt ins Ministerium zu erhöhen, oder ob er fürchtet, daß ich ihm schaden könne. Ist letzteres der Fall, so wird ohne Zweifel der gute Bray oder eine andere Nullität aus der bayrischen Diplomatie zum Minister des Äußeren gemacht." 474) Fürst Hohenlohe hat eine einflußreichere lobby als Neumayr, da nicht nur Richard Wagner für ihn votiert, sondern auch der Oberhofstallmeister Graf Holnstein, ein Mann der allerengsten Umgebung des Königs. 475) Dieser ist es auch, der die Verhandlungen mit Hohenlohe im Auftrag des Königs führt und ihm am 1. November 1866 das Außenministerium anbietet. Eine Entscheidung fällt jedoch nicht, da zuvor noch Neumayrs Haltung zu diesem Punkt erkundet werden soll. Neumayr entscheidet sich tags darauf gegen Hohenlohe. Prinz Reuss meint dazu: Herr v. Neumayr gibt sich "alle erdenkliche Mühe, den Eintritt des Fürsten in das Ministerium zu verhindern, aber weniger aus politischen, als aus persönlichen Gründen". 476) Diese Aussage ist mit Vorsicht aufzunehmen, denn immerhin gilt Hohenlohe als kleindeutsch-preußisch durch und durch, was man von Neumayr wirklich nicht sagen kann. Hohenlohe hält - wenn man seinen eigenen Ausführungen Glauben schenken darf - seine eigene Position noch für zu ungünstig, um das Ministerium zu übernehmen, so daß ihm die Ablehnung durch Neumayr "ganz erwünscht" erscheint. Seine Zukunftshoffnungen werden nicht getrübt; offenbar hat er Informationen darüber erhalten, daß Neumayrs Stern im Sinken sei. "Da nun aber Neumayr jetzt schon dem König zuwider ist und sich nicht lange halten wird, so wird er mir nicht lange schaden. Unterdessen wird sich Holnstein in der Gunst des Königs zu halten suchen und meine Interessen vertreten." 477)

Nach dem unwilligen Schreiben Ludwigs an Cosima von Bülow vom 27. November bekommt er von ihr am 5. Dezember eine Antwort, in der sie Verständnis für Neumayrs Haltung zeigt und ihm seine Unwissenheit zugute hält, Wagner selbst, der sich zum wohl ersten und einzigen Male am 6. Dezember an Neumayr selbst wegen des Verkaufs seines Hauses in der Münchner Briennerstraße gewendet hatte⁴⁷⁸), greift noch einmal - zum letztenmal - für seinen 'Schützling' zur Feder und schreibt am 11. Dezember einen Brief an den König, in dem er zwar einerseits Nachsicht und Geduld für Neumayrs Verhalten empfiehlt, andererseits aber ein nahezu unerträgliches Ausmaß von Aufgeblasenheit, Einbildung und Herablassung zeigt: "Sie haben einen erfahrenen und ergebenen Rath sich zur Seite gestellt, der - wie es scheint - mit Aufopferung in patriotischem Pflichtgefühl, und aus wirklicher Liebe zu Ihnen, die Wiederherstellung des königlichen Ansehens sich angelegen sein lässt. Sei er gesegnet, und in Nichts gehemmt! Ist er auch in Vorurtheilen gegen mich eingenommen, so erkennen wir hierin die Folgen der schamlosen Entstellungen und Verleumdungen ((...)) wünsche und hoffe ich, daß er dann wenigstens besser als Herr Pfist(ermeister)) organisirt sei, mich zu verstehen ((...)). Ich erwarte nicht, daß Herr von Neumayr sofort hierfür den Weg der Genies wandeln soll: Was einem Ludwig II. möglich war, kann nicht von einem ehemaligen Minister Seines Vaters erwartet werden. Sehr richtig wird er daher verfahren, wenn er, ohne mich sofort im Triumph an Ihre Seite führen zu wollen, die zerrütteten Verhältnisse umsichtig eben nur so ordnet, daß meine dereinstige Wiedervereinigung mit Ihnen ruhig, ohne Aufsehen als etwas sich ganz von selbst Verstehendes, vor sich gehen kann ((...)). Möge nun der neue Chef Ihres Cabinets nach recht eigenem ((sic!)), freiem Ermessen Ihnen seine Rathschläge für die Wiederherstellung der zuletzt so arg gesunkenen politischen Würde Bayerns geben ((...))." ⁴⁷⁹) Jedoch - dieser Brief scheint zu spät geschrieben worden zu sein. Die Segnungen Wagners wirken sich für den Gesegneten nicht mehr aus, Gerüchte tauchen auf, die von einem Gegensatz zwischen Holstein und Neumayr wissen wollen, der Neumayrs Stellung untergrabe,⁴⁸⁰) In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember kehrt Ludwig II. mit seinem Gefolge von der Frankenreise zurück, Zwar gehen noch am 12. Dezember Gerüchte um - denen auch Hohenlohe zunächst Glauben schenkt und seine Erwartungen auf ein Ministeramt in den Wind schreibt -, daß Neumayrs Einfluß fester stehe denn je, doch erweisen sie sich alsbald als anscheinend unbegründet. Noch am gleichen Abend kann Hohenlohe triumphieren: "Pfordten hatte nach der Ankunft des Königs ((...)) sein Entlassungsgesuch eingereicht, Neumayr liegt krank zu Bett, und der König verlangt Holsteins Rat." ⁴⁸¹)

Ein letztes Aufbäumen Neumayrs ist zu registrieren: laut Hohenlohe

soll er dem König versichert haben, daß alle Minister der bislang amtierenden Regierung für den Fall der Berufung des Fürsten ihren Hut nehmen würden 482); Erfolg hat Neumayr damit nicht.

Ludwig II. versucht einer unmittelbaren Entscheidung auszuweichen und begibt sich in Begleitung von Lutz - was auch nach außen hin die Entmachtung Neumayrs dokumentiert - nach Hohenschwangau. Bereits am 13. Dezember 1866 reist Neumayr seinerseits "für acht Tage" nach Miesbach ab. Die Rückkunft sowohl Neumayrs wie auch des Königs wird für den 21. erwartet. An diesem Tag bittet Max von Neumayr König Ludwig II. aus "Gesundheitsrücksichten" um die Enthebung von seinem Amt - das er nie de jure, wohl aber de facto innegehabt hat. -

Neumayr ist wiederum gescheitert. Die Aufgabe war zu schwer; er vermochte dem Problem Richard Wagner auf die Dauer nicht auszuweichen. Zudem war er wahrscheinlich auch physisch dem aufreibenden Amt des Kabinettssekretärs nicht gewachsen. Behauptungen, daß er in seinem Amt "mit wenig Geschick" arbeitete und in "fremde Ressorts" übergriff 483), ist mit Vorsicht zu begegnen, ebenso wie der, daß er entlassen wurde, weil er "als Vertreter der liberalen Partei mit den Hochrufen der Bevölkerung empfangen wurde". 484) Der Hauptgrund dürfte in dem Interessengegensatz zwischen Neumayr und dem König gelegen haben. Neumayr war hauptsächlich an dreierlei interessiert: an einer Beseitigung des Gegensatzes von Regierung und Kabinettssekretariat, an seinem come-back und an der Abwehr des Fürsten Hohenlohe. Er hatte sich aber getäuscht, "einen bestimmenden Einfluß auf seinen jugendlichen Herrn ausüben zu können". 485) König Ludwig II. erstrebte dagegen von seinem Kabinettssekretär in erster Linie, eine Rückkehr Richard Wagners zu ermöglichen. Als er merkte, daß Neumayr hierfür nicht zu gewinnen war, hatte er an ihm kein Interesse mehr. Daß Fürst Hohenlohe - wenn man dem französischen Gesandten folgt - den Sturz Neumayrs zu einer Bedingung für die Übernahme des Außenministers machte 486), konnte dem König nurmehr recht sein. Neumayr, der erste von König Ludwig II. selbst erwählte Kabinettssekretär, hatte keinen Rückhalt mehr in seinem Herrscher.

Das come-back blieb ein Intermezzo. -

VI) LETZTE POLITISCHE BETÄTIGUNG, LEBENSABEND (1866 - 1881)

Von Neumayrs politischer Tätigkeit nach 1866 sind wir nur spärlich unterrichtet. Noch zieht er sich nicht resignierend aus der Politik zurück; als Abgeordneter der Konservativen wird er für das Zollparlament im Wahlkreis Rosenheim aufgestellt 487) und auch gewählt, 487a) Neumayr geht mit klaren Vorstellungen in das Parlament. Am 17. Januar 1868 schreibt er in der halboffiziellen "Süddeutschen Presse": "Ein stetes Fortgehen auf der Bahn innerer Verkehrsfreiheit und Verkehrserleichterung, die so rühmlich und erfolgreich betreten worden ist, und eine stete Richtung auf niedrigere Tarifsätze im Verkehre mit anderen Ländern, bis zur endlichen Beseitigung der Zollschranken innerhalb Europas - dieß erscheint uns als das, was von der zukünftigen Wirksamkeit des deutschen Zollparlaments erwartet werden sollte." 488)

Im Parlament wird er den Konservativ-Ultramontanen zugerechnet, 488a) Es ist - erinnern wir uns an sein Verhalten in der Frankfurter Nationalversammlung - nicht verwunderlich, daß er auch im Zollparlament nie eine Rede hält oder auch nur das Wort ergreift. In der ersten Legislaturperiode wird er noch zum stellvertretenden Vorsitzenden in der ersten Abteilung gewählt 489), in den beiden anderen ist er nurmehr einfacher Abgeordneter. Es scheint, als ob Neumayrs Zeit als Angehöriger des Zollparlaments nicht mehr als ein Ausklingen seiner politischen Betätigung bedeutete, wobei seine als konservativ bezeichnete Haltung sich wohl treffender als nach wie vor bayrisch-patriotisch und anti-preußisch charakterisieren läßt. Daraufdeutet auch der Hinweis bei Spielhofer 490) hin, daß sich bald nach den Wahlen zum Zollparlament in München ein Verein patriotischer Männer, ein Vorläufer der Zentrumspartei, bildete. Spielhofer nennt als dessen drei Hauptstützen die Exminister "von Schrenk, von Bomhard, von Neumair".

Zur Beurteilung der Tätigkeit und Wirksamkeit der bayrischen Abgeordneten im Zollparlament verweise ich - es soll auch hier eine Doublette vermieden werden - auf Jochen Schmidts Arbeit 'Bayern und das Zollparlament'.

So dürftig auch die Nachrichten über Neumayrs politische Tätigkeit nach 1866 ausfallen, so darf man doch dabei feststellen, daß er sich politisch treu geblieben ist, und daß er keine ausgesprochen exponierte Rolle mehr gespielt hat. Wenn ihm bis zur Reichsgründung in der bayrischen Politik noch eine Bedeutung zukommt, so ist es wohl mehr die eines im Hintergrund wirkenden Drahtziehers. Nach 1871 findet sich kein Hinweis mehr, daß Max von Neumayr noch aktiv Politik betrieben hat.

Neumayr verbringt die letzten anderthalb Jahrzehnte seines Lebens größtenteils auf seinem vier Hektar großen Landgut bei Miesbach. Dieses Grundstück, auch heute noch zum größten Teil erhalten und im Besitz seiner Nachfahren, erscheint als locus amoenus. Kern des Grundstücks ist eine bewaldete Schlucht, in der der 'Birkenbach' fließt. Nördlich davon stehen, nahezu unverändert, Haus und Stall. Das Haus hat zwei Stockwerke und ein Dachgeschoß mit zwei Zimmern. Es beherbergte ein Eßzimmer, ein 'Trinkstüberl', einen Salon, sowie sechs Schlafzimmer, was anzuzeigen scheint, daß Neumayr in Miesbach nicht sehr einsam gelebt haben kann. Tatsächlich soll es, besonders an Wochenenden, im Hause Neumayr von Besuchern nur so gewimmelt haben. Seinen wohl höchsten Besuch erhielt es 1869 in Gestalt der Prinzessin Maria Theresia, der nach der Geburt ihres ersten Kindes (Rupprecht) 'Stallluft' verordnet worden war.

In diesem Refugium, das ihm unter seinen Nachfahren den Namen "Mies-Max" eingetragen hat, lebte Neumayr und lebte hier seinen Liebhabeereien: er züchtete Rosen und Karpfen, hielt sich drei Kühe, ja er trug sich sogar mit dem Gedanken, Hirsche auszusetzen (was allerdings am Widerstand der Familie scheiterte). Ein Weinkeller befriedigte leibliche Bedürfnisse; ein großes Herbarium deutet seine engagierten naturwissenschaftlichen Interessen an. Wichtig scheint für Neumayr die Obstbaumzucht gewesen zu sein. Um sie in dem dafür nicht besonders geeigneten Klima Miesbachs verwirklichen zu können, hatte er sich einen Gärtner aus Württemberg mitgebracht (dessen Nachfahren noch im Anschluß an das Gut ihr Gewerbe betreiben).

Er scheint sich jedoch nicht völlig vom gesellschaftlichen Leben in München zurückgezogen zu haben. Eine Karikatur Franz von Poccis aus dem Jahre 1876 ⁴⁹¹⁾ weist ihn als ein Mitglied, als "Lord", der Gesellschaft "Old England" aus.

Neumayrs ältester Sohn, Max d. J., trat in die Fußstapfen seines Vaters. Sein Weg ⁴⁹²⁾ führte ihn über das Jurastudium in den Staatsdienst - natürlich im Innenministerium. Er avancierte bis zum Staatsrat in ordentlichem Dienst und Ministerialdirektor, 1902 wurde er pensioniert; 1919 starb er im Alter von 81. Jahren. Seine 1869 geschlossene Ehe mit der Tochter seines Onkels Ludwig, Therese Amalie Maria, blieb kinderlos.

Der andere Sohn Melchior, machte eine nicht weniger bedeutende Karriere: zwar begann auch er zunächst mit dem Jurastudium, beendete es jedoch bald mit Zustimmung seines Vaters, um sich den Naturwissenschaften zuzuwenden. Damit durchbrach er die Neumayrsche Juristentradition und begründete eine neue: immerhin sind bis auf den heutigen Tag in der Familie acht Hochschulprofessoren feststellbar, alle in naturwissenschaftlichen

Fächern. Melchior promovierte 1867, ging vorübergehend nach Wien, wurde schließlich Privatdozent in Heidelberg und bald Professor in Wien. 1879 heiratete er Paula Süß, die Tochter seines früheren Ordinarius. Melchior mag wohl zu Recht als der "größte Paläontologe seiner Zeit" ⁴⁹³⁾ bezeichnet werden. Nach seinem frühen Tod 1895 wird sein Denkmal in den Arkaden der Universität aufgestellt; nach ihm ist eine Gasse in Wien benannt.

Neumayrs ereignisreiches und ganz gewiß nicht uninteressantes Leben neigt sich durch stete Kränklichkeit relativ rasch dem Ende zu. Am 14. Januar 1881, "Abends um 9 Uhr", stirbt er im 73. Lebensjahr "an den Folgen wiederholter Schlaganfälle" ⁴⁹⁴⁾, nach "langem, mit Geduld und Ergebung ertragenem Leiden". ⁴⁹⁵⁾ Er ruht auf dem alten südlichen Friedhof in München. Nur ein kurzer Nachruf, der sich auf die Skizzierung seines Lebenswegs beschränkt, wird ihm in der Allgemeinen Zeitung ⁴⁹⁶⁾ zuteil. Die Zeit war über ihn längst hinweggegangen. ---

ZUSAMMENFASSUNG

Max von Neumayr ist seiner politischen Überzeugung in all seinen Lebensstadien, soweit dies erfaßbar ist, treu geblieben; er hat als ein konstitutionell gesinnter, bayrischer Patriot zu gelten. Bedeutung für die bayrische Geschichte kommt ihm nicht aufgrund seiner Zeit als Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung, nicht einmal aufgrund seiner Gesandtenzeit in Stuttgart - obwohl er hier zurecht als "äußerst fähig" 497) eingestuft wird - zu, sondern vor allem aufgrund seiner Tätigkeit als Staatsminister des Innern und seiner Rolle bei der Besetzung des Kabinettssekretariats 1866. Als Innenminister hat Neumayr maßgeblich mitgewirkt, die Gesetzgebung von 1862 in Kraft treten zu lassen und eine Sozialgesetzgebung in Gang zu setzen. In der Reihe der bayrischen Innenminister, die zwischen 1849 und 1868 amtierten, steht er wohl als der liberalste da, obwohl er selbst wie auch seine Maßnahmen wohl tatsächlich nur als "halbliberal" 498) bezeichnet werden dürfen. Immerhin hat Neumayrs sich abzeichnender Sturz sogar Karl Brater zu dem Stoßseufzer veranlaßt: "Im Genuß einer liberalen Maßregel schlafen wir ein, unter dem Druck einer reaktionären wachen wir auf, ((...)). Am einen Ort kommen die Bismarck und Reigersberg, am anderen gehen sie; überall sind sie in Bereitschaft und erwarten den günstigsten Augenblick." 499) Brater meint damit und, wenn er die bayrische Innenpolitik seit der Revolution von 1848 auf den Nenner bringt: "ein schroffes bürokratisches Regiment, so lange es sein kann, und zweitweiliges Einlenken in eine halbliberale Richtung, so oft es sein muß" 500), daß - von der liberalen, progressiven Richtung her gesehen - Neumayr unter den Blinden der Einäugige war.

Als was hat Neumayr nicht alles gegolten! Dem einen war er ein Mann, der "gar keine Energie hat und wenn er zum Handeln getrieben wird, gerne glauben möchte, daß er es ist, welcher den Ausschlag gegeben hat" 501) und der "bekanntlich sich gerne reden hört" 502), dem anderen "ein geistreicher Staatsmann" 503); Julius Fröbel betrachtet ihn "als einen in dem engeren, bayerischen Interessenkreis verständig urteilenden, aber an allzu großem bayerischen Selbstgeföhle leidenden Mann. Als Selbstvertrauen wäre dieses Gefühl zu loben gewesen; als Selbstgenügsamkeit war es ein Übel. Indessen konnte ich mit seinen Ansichten über die Aufgabe Bayerns und der anderen Mittelstaaten zwischen Österreich und Preußen zufrieden sein; hätte er nur nicht in dem Urteil über Bismarck: 'er treibt Politik wie ein betrunkenener Student' - die Beschränktheit seines Blickes an den Tag gelegt. Es ist eine natürliche Folge der Kleinheit, die Größe nicht zu sehen." 504) Ich möchte mich dem lobenden und zugleich einschränkenden Urteil Braters anschließen, der in Neumayr "den begabtesten, in seiner Denkungsart unab-

hängigsten Minister des Innern, den Bayern seit langer Zeit gehabt hat" 505) sah, Freilich halte ich deshalb das Urteil Fröbels nicht für schlechthin falsch, Neumayr war kein 'großer Staatsmann' und die harten Urteile des österreichischen Gesandten Graf Blome: "Die Armut an Staatsmännern ist in Baiern noch größer als anderswo" 506) und: "Es gewährt übrigens ein klägliches Schauspiel in der Nähe zu sehen, wie borniert der Horizont dieser mittelstaatlichen Staatsmänner ist" 507) sind nicht zuletzt auf ihn zurückzuführen. Aber: der Mangel an überragenden Politikern war nicht auf Bayern oder die Mittelstaaten überhaupt beschränkt. Auch den Großmächten ging es hier, wie auch Meiboom meint 508), nicht viel besser. -

ANMERKUNGEN

- 1) Die erwachsene Charlotte wird uns als eine sehr kluge und kritische, wenn auch äußerlich wenig anziehende Frau geschildert. Mit dem Fürstbischof von Breslau, Melchior Frhr. v. Diepenbrock verband sie eine herzliche Freundschaft.
- 2) Ludwig von Neumayr sollte eine nicht weniger bedeutende Karriere als sein Bruder, allerdings im rein juristischen Bereich, machen: er brachte es bis zum Oberappellationsgerichtspräsidenten und Reichsrat. Bei Walter Schär1: Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 - 1918, - Kallmünz 1955, Nr. 731 findet sich eine knappe Übersicht über seine Lebensdaten.
- 3) Vgl. Schär1, a. a. O., Nr. 43.
- 4) Lebensbeschreibung des Clemens Neumayr, 1828. Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München; sie ist, von Dr. H. Schmidt, München, ediert in der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte Bd. 35 Heft 2 erschienen.
- 5) Ebd. p. 687.
- 6) Ebd.
- 7) Ebd.
- 8) Max Spindler: Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Eduard von Schenk, 1823 - 1841, - München 1930, p. 84.
- 9) Vgl. die Hof- und Staatshandbücher des Königreichs Bayern.
- 10) Neumayrsche Familienchronik, Privatbesitz Prof. Dr. Dr. E. Cremer, Innsbruck.
- 11) Es ist trotz Nachforschungen beim Stadtarchiv Burghausen und beim Staatsarchiv für Oberbayern nicht festzustellen gewesen, wieso Neumayr gerade in Burghausen aufgestellt wurde. Die naheliegende Erklärung bleibt wohl die Herkunft der Familie Neumayr aus diesem Ort. Zur Wahl vgl. Allg. StA München MInn 30064.
- 12) Vgl. Heinrich Huber: Die Bayrischen Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung. - In: Archiv für Sippenforschung 21 (1944) p. 68 ff.
- 13) Neumayr an seine Frau, 1848 Mai 29, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 14) Ebd.
- 15) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 27, Ebd.
- 16) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 15, Ebd.
- 17) Ebd.
- 18) Neumayr an seine Frau, 1849 Januar 7, Ebd.
- 19) Vgl. August Priesack: Die bayrischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung. - München 1930, p. 19.

- 20) Walter Tormin: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. - Stuttgart u. a. ³1968, p. 33.
- 21) Vgl. Helmut Kramer: Fraktionsbildung in den deutschen Volksvertretungen 1819 - 1849. - Berlin 1968, p. 265: "Die gängige Annahme, es habe in der Frühzeit des Parlamentarismus eine in freier Diskussion sich entfaltende parlamentarische Willensbildung gegeben, läßt sich hiernach nicht mehr halten."
Bei Kramer finden sich im Anhang auch die Statuten der verschiedenen politischen Gruppierungen der Nationalversammlung, und diese scheinen die Ansicht Kramers zu bestätigen. Danach werden die evtl. Auseinandersetzungen in den jeweiligen Klubs ausgetragen und eine Einigung möglichst erzielt; vor der Nationalversammlung selbst versucht man einheitlich aufzutreten.
- 22) Robert Heller: Brustbilder aus der Paulskirche. - Leipzig 1849, p. 30 f.
- 23) Ebd.
- 24) Entscheidung über den Rabeauxschen Antrag. Dabei ging es um folgendes: Preußen hatte zugleich für die Frankfurter und für seine eigene Nationalversammlung wählen lassen. "Mehrere Abgeordnete waren nun für beide Körperschaften gewählt; die preußische Regierung verlangte eine Entscheidung, welcher von beiden die Betreffenden angehören wollten. Raveaux vertrat nun den Standpunkt, das Frankfurter Parlament möge beschließen, diese Mitglieder sollten das Recht haben, an beiden Versammlungen teilzunehmen. Frankfurt sollte sich also gegen Berlin wenden, Frankfurt sollte gleich im Anfang seine übergeordnete Stellung festlegen; die Frankfurter Versammlung, das war Raveaux' ausgesprochene Meinung, sollte die allgemeine Reichsverfassung begründen. Die deutschen Einzelparlamente sollten das abwarten und Verfassungsfragen so lange vertagen." Ein nicht so scharf formulierter Vermittlungsantrag wird angenommen.
Zit. nach Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848 - 49. - Berlin 1931, Bd. II, p. 17 f.
- 25) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 6, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München; Hervorhebung im Original.
- 26) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 8, Ebd.
- 27) Ebd.
- 28) Ebd.
- 29) Tormin, a. a. O., p. 34.
- 30) Karl Griewank: Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848. - In: HZ 170 (1950) p. 501. "Doch die große

Mehrheit entschied anders, hier wie in der am 18. Mai zusammen-tretenden Nationalversammlung selbst. Sie verzichtete darauf, als zentrale Volksvertretung ihre Macht gegenüber den Einzelstaaten und ihren Fürsten geltend zu machen; sie ließ es zu, daß die bestehenden partikularen Staatsapparate mit Heer und Verwaltung fast unberührt blieben ((. . .)) daß überhaupt das Prinzip der Vereinbarung mit der weiter bestehenden Fürstengewalt an die Stelle eines durchgreifenden revolutionären Handelns der Parlamente trat. Sie wiederholte diese Entscheidung für den 'konstitutionellen' Weg mehrmals in Frankfurt wie in den Einzelparlamenten, schon um ihren radikalen und demokratischen Gegnern nicht die Oberhand zu lassen; je entschiedener diese vorwärtsdrängten, um so mehr fühlte die konstitutionelle Mehrheit sich veranlaßt, die bestehende Ordnung zu achten, ja, sich an die staatlichen Gewalten geradezu anzulehnen."

31) Neumayr an seine Frau, 1848 Mai 29, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.

32) Vgl. Kapitel II/3 Neumayrs Menschenschilderungen.

33) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 1, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.

34) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 6, Ebd.

35) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 8, Ebd.

"Die äußerste Linke endlich steuert direkt auf den Bürgerkrieg los. Ich will glauben, daß ein Teil von ihnen hofft, auf diesem Wege wirklich zur Republik zu gelangen, der Majorität aber ist es offenbar nicht um diese, sondern lediglich um die Anarchie zu tun. Die Entscheidungen (Ruge, Zitz, Kapp, Schlöffel, Vogt, Itzstein etc.) stehen mit Barbé und Blanqui unzweifelhaft auf ganz gleicher Linie. An dem Tage, an welchem diesen Bestien die Gewalt zufiele, wären wir alle der Guillotine überliefert. Sie fraternisieren ganz offen mit den Führern der demokratischen Vereine, mit Fröbel, Heinzen, Metternich, Struve und Hecker. Sie wissen, daß sie unrettbar kompromittiert sind, sobald die Regierungsgewalt und die Achtung vor den Gesetzen in Deutschland wieder die Oberhand gewinnt, sie haben mithin keine andere Wahl, als rücksichtslos vorwärts zu dringen. - Kapp hat es schon gelegentlich des Vorparlaments ausgesprochen: Man möge doch ja nicht vor Blutvergießen sich scheuen. Deutschland müsse republikanisch werden und sollte man darüber auch im Blute bis über die Knöchel patschen."

36) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 6, Ebd.

37) Ebd.

- 38) Ebd.
- 39) Ebd.
- 40) Vor allem im Zentrum befanden sich die bedeutendsten Köpfe an Gelehrten (es sei hier an die Bezeichnung "Professorenpartei" erinnert) wie etwa Bassermann, Dahlmann, Droysen, Gagern, Giesbrecht, Simson, Waitz, Welcker und viele andere. Neumayr vermerkt hierzu selbst in einem Brief an seine Frau vom 1. Juni 1848 mit Stolz: "((...)) an parlamentarischen Notabilitäten hat keine Partey Mangel, wir aber im Zentrum stehen, wie mir scheint, hierin voran."
- 41) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 15, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München; Hervorhebung im Original.
- 42) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 21, Ebd.
- 43) Kramer, a. a. O., p. 264.
- 44) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 15, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 45) Paul Wentzcke: Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. - München 1922, p. 391 - 404, vgl. die Rednerliste: Neumayr ist nicht aufgeführt.
- 46) Paul Wentzcke: Bayrische Stimmen aus der Paulskirche (Juni - Juli 1848). - In: Archiv. Zeitschrift 50/51 (1955) p. 485 ff.
- 47) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 21, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 48) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 49) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 8, Ebd.
- 50) Zur näheren Kennzeichnung dieser Schicht vgl. Griewank, a. a. O., p. 502.
- 51) Griewank, a. a. O., p. 503.
- 52) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 21, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 53) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 54) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 27, Ebd.
- 55) Vgl. ADB 11 und Schärfl, a. a. O., 21; Friedrich Adam Justus Graf von Hegenberg-Dux (1810 - 1872) scheint mit Neumayr freundschaftlichen Kontakt unterhalten zu haben. Er war 1847 zweiter Präsident der Kammer der Abgeordneten, wurde als Abgeordneter für den Wahlkreis Bruck in die Nationalversammlung entsandt, schied aber schon im November 1848 wegen eines Todesfalls in seiner Familie aus. Sein Nachfolger in der Nationalversammlung wurde der spätere Justizminister v. Kleinschrod, 1849 - 1865 war Hegenberg erster Präsident der Kammer der Abgeordneten;

1871/72 Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußeren,

- 56) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 4, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 57) Otto Vossler: Die Revolution von 1848 in Deutschland. - Frankfurt 1967 (= edition suhrkamp 210), p. 94.
- 58) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 4, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 59) Ebd.
- 60) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 16, Ebd.
- 61) Vgl. hierzu:

Hans Kraemer, Das XIX. Jahrhundert in Wort und Bild, Zweiter Band, 1840 - 1871. - Berlin o. J. (verm. 1899 oder 1900), p. 94; "Nicht besonderer Fähigkeiten wegen, noch weil sie großes von ihm erwarteten, hatten die Männer der Paulskirche den Erzherzog Johann auf den Schild erhoben, sondern lediglich darum, weil man eine schlichte Persönlichkeit an die Spitze des neuen Staatswesens stellen wollte, die weder bei den einzelnen Parteien, noch bei den Regierungen Anstoß erregen konnte - der Kaisersohn, der eine bürgerliche Posthalterstochter geehelicht hatte und besonders gern den biedereren Bürger spielte, schien der rechte Mann für die Zeit, in der Fürstenhaß und Unterthanentreue so oft in scharfen Konflikt geriethen."

Zu den Abstimmungen und den allgemeinen Schwierigkeiten vgl. vor allem Valentin, Revolution, Bd. 2, p. 37 - 41.

- 62) Neumayr an seine Frau, 1848 September 9, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 63) Neumayr an seine Frau, 1848 September 18, Ebd.; Hervorhebung im Original.

Vgl. hierzu vor allem Valentin, Revolution II, p. 164 ff; p. 166: "Die im Blutsrausch begangene Greuelthat hat damals der demokratischen Linken und dem Gedanken der revolutionären Volksbewegung mehr als sonst etwas geschadet; es war ja so einfach, in diesem traurigen Einzelfalle das eigentlich Symptomatische zu erblicken; der solide Bürger hörte es mit angesehenem Gruseln, wenn nun alles Revolutionäre hingestellt wurde als ein rohes Bandidentum, Wer wollte auch solche Schandtat ernstlich verantworten? Ein fühlbarer Ruck nach rechts vollzog sich; die Linke der Nationalversammlung, eben noch im Begriffe, nach den verantwortlichen Posten zu greifen, mußte es erleben, mindestens der intellektuellen Urheberchaft verdächtigt zu werden und in machtloser Isoliertheit dazustehen."

- 64) Neumayr an seine Frau, 1848 September 19, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 65) Neumayr an seine Frau, 1848 September 25, Ebd.
- 66) Ebd.
- 67) Ein Name, mit dem Neumayr häufig seine Privatbriefe unterzeichnete.
- 68) Neumayr an seine Frau, 1848 Oktober 19, Ebd.
- 69) Die §§ 2 und 3 lauten:
 "§ 2 Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Land dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsangehörige berufen werden. Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.
 § 3 Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dieses entweder in seinem deutschen Lande residieren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen."
- 70) Neumayr an seine Frau, 1848 November 9, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 71) Ebd.
- 72) Ebd.
- 73) Neumayr an seine Frau, 1869 März 9, Ebd.
- 74) Neumayr an seine Frau, 1848 November 22, Ebd.
- 75) Neumayr an seine Frau, 1848 November 28, Ebd.
- 76) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 77) Neumayr an seine Frau, 1849 Januar 7, Ebd.
- 78) Neumayr an seine Frau, 1849 Januar 22, Ebd.
- 79) Neumayr an seine Frau, 1849 Januar 24, Ebd.
- 80) Ebd.
- 81) Heinrich Ritter von Srbik: Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königsgrätz. Erster Band. - München 1963, p. 329 f.
 Zur Haltung König Max II. vgl. auch: Michael Doeberl: Bayern und die Deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlamentes. - München 1922 (= Bayern und Deutschland 1).
 Theodor Weiß: Zur Lebensgeschichte Jak. Phil. Fallmerayers, München 1906 (= Forschungen zur Geschichte Bayerns. IV. Band) p. 207 ff.

- 82) Neumayr an seine Frau, 1849 Januar 26, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München,
- 83) Ebd.
- 84) Neumayr an seine Frau, 1849 Februar 5, Ebd.
- 85) Vgl. Doeberl, Deutsche Frage, p. 113 f; leider befindet sich unter den königlichen Handschriften im Geheimen Hausarchiv München (76/3/28; 76/4/30; 81/5/346) kein direktes Schreiben des Königs an Neumayr.
- 86) Vgl. Priesack, a. a. O., p. 66.
- 87) Neumayr an seine Frau, 1849 März 16, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München,
- 88) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 89) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 90) Neumayr an seine Frau, 1849 März 27, Ebd.
- 91) Neumayr an seine Frau, 1849 April 2, Ebd.
- 92) Neumayr an seine Frau, 1849 Februar 18, Ebd.
- 93) Neumayr an seine Frau, 1849 April 14, Ebd.
- 94) Ebd.
- 95) Ebd.; Hervorhebung im Original; vgl. auch GehHA München Nachlaß Max II, 76/3/28, Abschr. von der Hand Neumayrs.
- 96) Vermutlich hatte Neumayr Auftrag zu dieser Analyse; es ist wahrscheinlich, daß dieser Privatbrief an seine Frau nur eine Abschrift des offiziellen Gutachtens ist (Brief und Gutachten unterscheiden sich nur gelegentlich in unwesentlichen Worten).
- 97) Vgl. Schärfl, a. a. O., Nr. 1.
- 98) Abel an Max II., 1849 April 20, GehHA München Nachlaß Max II, 76/3/28.
- 99) Ebd.
- 100) Ebd.
- 101) Ebd.; Hervorhebung im Original.
(Hier findet sich die erste Erwähnung von Neumayrs Adelsprädikat. Da es nicht in den Adelsmatrikeln eingetragen ist, kann nicht festgestellt werden, wann und warum Neumayr geadelt wurde.)
- 102) Huber, a. a. O., p. 68 ff, vgl. auch Priesack, a. a. O., p. 103.
- 103) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 26, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München,
- 104) Neumayr an seine Frau, 1849 April 2, Ebd.
- 105) Neumayr an seine Frau, 1849 April 24, Ebd.
- 106) Neumayr an seine Frau, 1849 Februar 25, Ebd.
- 107) Vgl. Paul Wentzcke: Heinrich von Gagern, Vorkämpfer für deutsche Einheit und Volksvertretung. - Göttingen 1957.

- 108) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 1, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 109) Neumayr an seine Frau, 1848 September 15, Ebd.
- 110) Bedeutet 'Zauderer'.
- 111) Neumayr an seine Frau, 1849 Mai 3, Ebd.
- 112) Vgl. Wentzcke, Bayrische Stimmen, p. 490, 492.
- 113) Neumayr an seine Frau, 1848 Juni 1, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 114) Fritz Eckardt: Fr. L. Jahn. Eine Würdigung seines Lebens und Wirkens. - Dresden 1924, p. 83.
- 115) Eckardt, a. a. O., p. 41; danach ist dieser Vergleich zu den negativen zu zählen:
 "Schon die Bezeichnungen für ihn ((Jahn)) muten an wie ein Wettbewerb im Ausdruck der Geringschätzung: der wunderliche Heilige und der wunderliche Recke, der patriotische Wundertäter, der letzte Germane, der alte oder ewige Gymnasiast, woraus andere in geistreicher Abänderung: der ewige Tertianer gemacht haben, der Eremit von Gauting, der Korporal und Generalquartiermeister des Deutschtums, der auf Abwege geratene Turnvater."
- 116) Neumayr an seine Frau, 1848 Juli 16, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 117) Heller, a. a. O., p. 113.
- 118) Vgl. Anm. 55.
- 119) Hegnenberg an die unbekannte Freundin, 1848 Juli 7/8, zit. nach Wentzcke, Bayrische Stimmen, p. 499.
- 120) Griewank, a. a. O., p. 500.
- 121) Neumayr an seine Frau, 1849 Mai 3, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 122) Vgl. Michael Doeberl: Entwicklungsgeschichte Bayerns. Dritter Band. - München 1931, p. 244.
- 123) Vgl. hierzu Michael Doeberl: Bayern und das preußische Unionsprojekt. - München 1926.
- 124) Pfordten an Malzen, 1849 April 19, GehStA München MA I 462.
- 125) Siehe Kapitel II/1, p. 44 ff.
- 126) Dies widerlegt die Behauptung Hubers zumindest für Neumayr:
 "Auch solche Abgeordnete, die dem Stuttgarter Rumpfparlament ferngeblieben waren oder schon vorher ihren Austritt erklärt hatten, blieben wegen ihrer zu vermutenden freiheitlichen Gesinnung bei der bayerischen Staatsregierung noch auf Jahre hinaus mißliebig und verdächtig." (Huber, a. a. O., p. 74).

- 127) Vgl. Srbik III, p. 189 und Peter Hoffmann: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern im Krimkrieg und bis zum Beginn der Italienischen Krise (1853 - 1859). - Stuttgart 1963 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, 23. Band), p. 14.
- 128) Malzen an Pfordten, 1849 April 25, GehStA München MA I 462.
- 129) Vgl. Valentin, Revolution II, p. 504 - 509; zum Ende der Nationalversammlung und zur Haltung Römers vgl. auch Bernhard Mann: Das Ende der Deutschen Nationalversammlung. - In: Historische Zeitschrift (1972).
- 130) Max II. an Kleinschrod, 1849 Juli 1, GehHA München, Nachlaß Max II. 79/4/209; Hervorhebung im Original.
- 131) Pfordten an Max II., 1849 Juli 29, GehHA München, Nachlaß Max II. 76/3/28.
- 132) Ebd., beiliegende Abschrift.
- 133) Pfordten, 1849 Oktober 31, AllgStA München MF 37098.
- 134) Ebd.
- 135) Neumayr an seine Frau, 1849 November 24, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 136) Vgl. Hoffmann, a. a. O., p. 39: "((...)) Da Neumayr den König nie so durchschaute, daß er ihm unangenehm werden konnte."
- 137) Degenfeld an Wilhelm I., 1850 November 5, HStA Stuttgart E 14 Büschel 743.
- 138) Ebd.
- 139) Hoffmann, a. a. O., p. 39.
- 140) Königl. württemb. Kabinett an Degenfeld, 1850 November 8, HStA Stuttgart E 14 Büschel 743.
- 141) Degenfeld an Wilhelm I., 1850 November 6, Ebd.
- 142) Neumayr an Pfordten, 1853 März 12, GehStA München, Nachlaß Pfordten.
- 143) AllgStA München MF 37098.
- 144) Ebd.
- 145) Diese Angaben stützen sich auf die zum Teil erhaltenen Bücher Max von Neumayrs und die darin enthaltenen Jahresangaben. Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 146) Neumayr an Max II., 1857 Oktober 19, GehHA München, Nachlaß Max II. 77/4/80.
- 147) Neumayr an Pfordten, 1853 März 12, GehStA München, Nachlaß Pfordten 105.
"Die durch den Telegraphen so eben empfangenen beiden mysteriösen Worte wage ich ganz in demjenigen Sinne zu deuten, welcher

der Huld des Königs, den gnädigen Gesinnungen Euerer Excellenz gegen mich, sowie meinen eigenen sehnlichen Wünschen am meisten entspricht; und ich eile demnach - von der Unfehlbarkeit meiner Hermeneutik überzeugt - Euer Excellenz, wenn auch nicht in bester Stylistik - /: denn dazu ist mir der Kopf noch zu warm :/ aber dafür aus um so aufrichtigerem Herzen meinen innigsten ehrerbietigsten Dank zu entrichten nicht nur für die Gnade, welche über dem Drange wichtigerer Angelegenheiten auch die meine nicht vergaß, ((...)) sondern auch für jene wohlwollende Teilnahme, welche sogar den Telegraphen aufbot, um mir die Stunden peinlicher Spannung nach Thunlichkeit zu verkürzen. "

- 148) Im Juni 1853 besucht Prinz Karl von Bayern inoffiziell und wohl etwas überraschend Stuttgart. Er wird sofort zu einem Bankett eingeladen, das der König zu Ehren der Herzogin von Leuchtenberg in der Wilhelma gibt. Obwohl zum Beispiel das gesamte Personal der russischen Botschaft - inklusive der Legationssekretäre - eine Einladung erhält und obwohl es bislang offenbar usus war, bei Einladung eines Mitglieds eines anderen Königshauses auch den Gesandten des betreffenden Landes einzuladen, bleibt Neumayr ohne Einladung. Dieser Affront schlägt hohe Wellen und bildet "schon am Abend das allgemeine Hofgespräch" (Neumayr an Max II., 1853 Juni 20, GehStA München MA III 3013). Tags darauf findet ein Bankett zu Ehren des Prinzen Karl statt, zu dem Neumayr eingeladen wird. Auf diesem Diner entschuldigt sich der Gastgeber, Graf Wilhelm von Württemberg, in aller Form; selbstverständlich stärkt auch Prinz Karl seinem Gesandten den Rücken. Damit hätte eigentlich diese Affäre - ob sie nun ein Versehen oder auch eine Verärgerung des württembergischen Königs zur Ursache hatte - ein Ende nehmen können. Nicht so bei Neumayr, den - aus welchen Motiven auch immer - der französische und der österreichische Gesandte weiter anstacheln: "Beide waren sich darin einig, daß ich vor der angeregten Frage unmöglich zurücktreten, die entschiedensten Reklamationen bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten unmöglich unterlassen könne, ohne nicht bloß meine persönliche Stellung, sondern auch die Würde meines durchlauchtigsten Gebieters und des durch jene Unart zunächst betroffenen Prinzen auf das Empfindlichste zu kompromittieren. " (Neumayr an Max II., 1853 Juni 20, GehStA München MA III 3013). Neumayr, für den die Angelegenheit zu einer "Lebensfrage meiner hiesigen Stellung und Wirksamkeit" wird, beschwert sich, allerdings "so versöhnlich als möglich" bei Freiherrn von Neurath,

der sich in "der sichtbarsten Verlegenheit" befindet. Tatsächlich ist die Affäre für die württembergische Regierung und vor allem für den württembergischen König (Seckendorff, 1853 Juli 4, GehStA Berlin III, Hauptabteilung Nr. 780), die an einem guten Verhältnis mit Bayern interessiert sind, ausgesprochen peinlich, zumal die Situation eskaliert und sich der Münchner Hof unter Vermittlung des dortigen Gesandten Graf Degenfeld einschaltet. Es stellt sich immer mehr heraus, daß bloße Schlamperei die Ursache der Nicht-einladung zur Hoftafel gewesen zu sein scheint, Freiherr von Neurath wendet sich schließlich brieflich an Neumayr, um eine Entschuldigung auszudrücken, zugleich aber auch vorsichtig darauf hinzuweisen - ein kleines Zeichen von Verärgerung -, daß es durchaus nicht immer die Regel sei, einen Gesandten mit an die Tafel zu bitten, wenn ein Mitglied seines regierenden Hauses eingeladen sei (Seckendorff, 1853, Juli 4, GehStA Berlin III, Hauptabteilung Nr. 780). Die württembergische Regierung ist nun der Überzeugung, "daß hiermit von württembergischer Seite Alles geschehen ist, was ((von)) bayerischer Seite in dieser Sache irgendwie gehofft werden konnte, ((allerdings)) muß ich EE. vertraulich die Bemerkung beifügen, die Actions-Weise, welche hier von bayrischer Seite empfindlich gezeigt hat, mir nothwendig auffallen mußte. Herr von Neumayr ist während seines ganzen Hierseyns jederzeit mit solcher Zuvorkommenheit behandelt worden ((...))" (Neurath an Degenfeld, 1853 Juni 26, HStA Stuttgart E 46-48 Verz. 1, Büschel 69/3; Hervorhebung im Original). Es scheint, daß hier Neumayr nicht sehr geschickt reagiert und die Angelegenheit zu sehr hochgespielt hat.

- 149) Es handelt sich hierbei um eine angebliche Liaison Max I. Josephs aus den Jahren 1790/91. Die Frau, eine geborene v. Bayerd und mit einem höheren Staatsbeamten verheiratet, flieht aus Zweibrücken, wo sie lebte, und bringt ihr Kind auf einem Einödhof zur Welt. Da sie krank wird, richtet sie 1817 ein Gesuch um Unterstützung an den nunmehrigen bayrischen König, erhält jedoch keine Antwort. Um das Jahr 1850 stellt der Sohn, Josef Karl von Bayerd, der zeitweilig in württembergische Justizdiensten stand, seinerseits einen Antrag auf materielle Unterstützung. Neumayr, der mit Nachforschung beauftragt wird, ist höchste Diskretion anempfohlen (Max II. an Neumayr, 1851 Januar 30, GehHA München Nachlaß Max II. 77/4/80). Neumayr beurteilt den Bittsteller Bayerd als glaubwürdig: "Dagegen glaube ich aber den Umstand nicht verschweigen zu dürfen, daß die Natur selbst einen gewich-

- tigen Teil der einschlägigen Beweislast auf sich genommen und den Gesichtszügen, sowie der ganzen äußeren Erscheinung des Bittstellers einen Stempel aufgedrückt hat, welcher augenfälliger und glaubwürdiger als alle geschriebenen Urkunden darzutun geeignet ist, daß seine Angaben wenigstens der Hauptsache nach auf Wahrheit beruhen." (Neumayr an Max II., 1853 Juni 30, GehHA München Nachlaß Max II. 77/4/80). Es ist nicht bekannt, ob bzw. inwieweit die Affäre bereinigt wurde.
- 150) Degenfeld an Hügel, 1859 Januar 4, HStA Stuttgart E 73 Büschel 34.
- 151) Hoffmann, a. a. O., p. 39.
- 152) Hartig an Buol, 1859 März 27, ÖStA Wien P. A. IV/26.
- 153) Löwenstein an Schleinitz, 1859 April 11, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/47 Bd. 1.
- 154) Löwenstein an Schleinitz, 1859 April 13, Ebd.
- 155) Zschock, 1859 April 14, GehStA Berlin III. Hauptabt. Nr. 784.
- 156) Neumayr an Max II., 1856 April 13, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K. grün 38a/Nr. 53.
- 157) Paul Gehring: Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816 - 1864). - In: Zeitschr. f. württ. Landesgeschichte IX (1950) p. 196 - 257; p. 249: "Der Ausfall der Kartoffel, die allmählich geradezu zum wirtschaftlichen Fundament weiter Schichten der Bevölkerung geworden war, genügte, um sie nun wirklich in verheerender Form auszulösen, so dünn war der Faden, aus dem das Wirtschaftssystem des Landes gewoben war." Auch andere Ernten fielen sehr schlecht aus; z. B. lag die Weinernte 1851 um 4/5 hinter der Normalernte (Gehring p. 248).
- 158) Gehring, a. a. O., p. 246.
"Nicht nur der Adel, sondern auch Kirchen, Schulen und Stiftungen und Private erlitten schwere Einkommensausfälle. Bei den Ulmer Patrizierfamilien und Stiftungen soll es 50 % und mehr ausgemacht haben. Man schätzte die Gesamtverluste der Berechtigten auf fast 60 Millionen Gulden."
- 159) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K. grün 38a/Nr. 49.
- 160) Ebd.
- 161) Vgl. Gehring, a. a. O., p. 248.
- 162) Ebd.
- 163) Neumayr an Max II., 1854 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K. grün 38a/Nr. 51.
- 164) Ebd.

165) Ebd.

166) Auswanderungszahlen zwischen 1848 und 1856:

1848/49: 3784

1849/50: 3148

1850/51: 6100

1851/52: 14565

1852/53: 14582

1853/54: 21320

1854/55: 5377

1855/56: 4747

Nach: Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie. Hrsg. v. dem Königl. statistisch-topographischen Bureau mit dem Verein für Vaterlandskunde. - Stuttgart 1849 - 1858.

167) Neumayr an Max II., 1853 November 18, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 50.

168) Neumayr an Max II., 1854 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 51.

169) Neumayr an Max II., 1855 April 15, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 52.

170) Neumayr an Max II., 1856 April 13, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 53.

171) Ebd.

172) Neumayr an Max II., 1856 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 54.

173) Vgl. Gehring, a. a. O., p. 251 f.

174) Neumayr an Max II., 1857 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 54.

175) Neumayr an Max II., 1858 April 16, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 55.

176) Ebd.

177) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 49.

178) Neumayr an Max II., 1857 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 54.

179) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 49.

180) Ebd.

181) Neumayr an Max II., 1855 April 15, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/52.

182) Ebd.

- 183) Neumayr an Max II., 1854 November 22, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 51.
- 184) Neumayr an Max II., 1853 November 18, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 50.
- 185) Ebd.
- 186) Neumayr an Max II., 1855 April 15, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 52; Hervorhebung im Original.
- 187) Ebd.
- 188) Neumayr an Max II., 1854 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 51:
 "Ein Territorialbestand, der kaum den vierten Theil des Königreichs Bayern übersteigt, eine Dynastie ohne Popularität, ein apoplektischer Greis auf dem Throne, ein Regierungsnachfolger allen Regenten-Berufes baar und auswärtigen Einflüssen im Voraus verfallen, ein grollender Adel, ein übelgesinnter Beamtenstand, eine rührige Umsturz-Partei und eine auf die Spitze getriebene Besteuerung neben massenhafter Volksverarmung."
- 189) Ebd.
- 190) Siegmund Meiboom: Studien zur deutschen Politik Bayerns in den Jahren 1851 - 59. - München 1931 (= Schriftenreihe zur bayrischen Landesgeschichte 6) p. 127 f.
- 191) Srbik III, a. a. O., p. 185.
- 192) Hoffmann, a. a. O., p. 47.
- 193) Srbik III, a. a. O., p. 187.
 "Ein Reich als Bundesstaat mit preußischer Spitze widersprach schon damals seinem dynastisch-württembergischen Staatssinn. Berühmt ist seine Erklärung vom 21. April 1849 geworden: 'Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, ich bin das meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig; würden aber alle Fürsten Deutschlands es tun, so würde ich auch dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Dem Kaiser von Österreich, wenn er gewählt worden wäre, da ich die Überzeugung habe, daß es für Württemberg vorteilhaft geworden wäre, würde ich mich unterworfen haben,'"
- 194) Neumayr an Max II., 1855, April 15, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 52.
- 195) Neumayr an Max II., 1853 Januar 20, GehStA München, MA III 3013.
- 196) Ebd.
- 197) Vgl. z. B. Neumayr an Max II., 1852 August 13, GeHHA München, Nachlaß Max II. 79/4/214.

- 198) Hoffmann, a. a. O., p. 52.
- 199) Neumayr an Max II., 1854 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 51.
- 200) Neumayr an Max II., 1853 November 18, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 50.
- 201) Ebd.
- 202) Karl-Johannes Grauer: Wilhelm I. König von Württemberg und die europäischen Dynastien. - In: Zeitschr. f. württ. Landesgeschichte XV (1956) 253 - 278, p. 269 f.
- 203) Neumayr an Max II., 1853 November 18, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 50.
- 204) Gehring, a. a. O., p. 196.
- 205) Gehring, a. a. O., p. 199.
- 206) Grauer, europ. Dynastien, p. 263.
- 207) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 49.
- 208) Neumayr an Max II., 1857 Mai 12, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 54.
- 209) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 49; Hervorhebung im Original.
- 210) Grauer, europ. Dynastien, p. 265.
- 211) Neumayr an Max II., 1852 November 25, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 49.
- 212) Neumayr an Max II., 1855 September 29, GehHA München, Nachlaß Max II. 77/4/80.
- 213) Neumayr an Pfordten, 1849 Dezember 12, GehStA München, MA III 3009.
- 214) Neumayr an Max II., 1851 Mai 11, GehStA München, MA III 3011.
- 215) Hoffmann, a. a. O., p. 22.
- 216) Neumayr an Max II., 1855 Oktober 9, GehStA München, MA III 3015.
- 217) Srbik III, a. a. O., p. 191.
- 218) Neumayr an Max II., 1855 Dezember 7, GehStA München, MA III 3015.
Neumayr an Max II., 1856 April 13, GehStA München, Stuttgarter Gesandtschaft K, grün 38a/Nr. 53.
- 219) Neumayr an Max II., 1858 März 2, GehStA München, MA III 3018.
- 220) Neumayr an Max II., 1858 Januar 7, Ebd.; zugleich GehHA München, Nachlaß Max II. 77/4/80.

- 221) Neumayr an Pfordten, 1850 Februar 24, GehStA München
MA III 3010.
- 222) Max II. an den Staatsrat, 1859 April 13, AllgStA München
MF 37098.
- 223) Neumar an Max II., 1859 Mai 1, GehHA München, Nachlaß
Max II. 80/1/248a.
- 224) Vgl. Schärl, a. a. O., Nr. 60.
- 225) Wochenschrift der Fortschrittspartei Nr. 36 v. 8. 9. 1866.
- 226) Schönborg an Rechberg, 1860 Januar 17, ÖStA Wien P. A. IV/27
Bayern, Berichte.
- 227) Vgl. Schärl Nr. 50, vor allem aber Eugen Franz: Ludwig Freiherr
von der Pfordten. - München 1938 (= Schriftenreihe zur bayri-
schen Landesgeschichte 29); Pfordten war bereits vom 18. 4. 1849
bis zum 1. 5. 1859 Staatsminister des Königl. Hauses und des
Äußeren sowie des Handels und der öffentlichen Arbeiten gewesen.
- 228) Vgl. Schärl Nr. 51; Pfretzschner ist vom 1. 1. 1865 bis zum 1. 8.
1866 Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten,
vom 1. 8. 1866 bis zum 1. 10. 1872 Staatsminister der Finanzen
und von da an bis zum 4. 3. 1880 Staatsminister des Königl. Hau-
ses und des Äußeren. Die Wochenschrift der Fortschrittspartei
(Nr. 29 v. 22. 7. 1865) rühmt an ihm die "kluge Zurückhaltung",
seine "geschmeidig einnehmenden Formen" und nennt ihn einen
"geschickten Diplomaten".
- 229) Vgl. Schärl Nr. 42 und StadtA Nürnberg Nachlaß Mulzer Rep. E 25.
- 230) Vgl. Schärl Nr. 7; Bornhard ist vom 1. 8. 1864 bis zum 30. 4. 1867
Staatsminister der Justiz. Die Fortschrittspartei nennt ihn das
"unbeliebteste Mitglied des Ministeriums" (Wochenschrift Nr. 29
v. 22. 7. 1865).
- 231) Vgl. Schärl Nr. 78; Zwehl war vom 9. 6. 1849 bis zum 1. 12. 1852
Staatsminister des Innern und vom 30. 11. 1852 an Staatsminister
des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten.
- 232) Degenfeld an Hügel, 1859 Juni 22, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61.
- 233) Ebd.
- 234) Vgl. Schärl Nr. 30; Koch ist vom 1. 8. 1864 bis zum 19. 1. 1866
Staatsminister des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten,
dazu vom 10. 11. 1865 bis zum 19. 1. 1866 Verweser des Staatsmi-
nisteriums des Innern. Die Fortschrittspartei rühmt ihn wegen sei-
nes Kampfes gegen die Klerikalen und erklärt, daß er "seinem
Vorgänger ((...)) entschieden vorzuziehen sei." (Wochenschr.
Nr. 29 v. 22. 7. 1865).
- 235) Vgl. Schärl Nr. 48.

- 236) Wochenschrift d. Fortschrittspartei Nr. 28 v. 15. 7. 1865.
- 237) Vgl. Schärfl Nr. 395; Luder war schon 1849 bis 1855 Kriegsminister.
- 238) Vgl. Schönburg an Rechberg, 1861 Januar 1, ÖStA Wien P. A. IV/28 Bayern, Berichte;
nach diesem Bericht will General Luder 17 Millionen als Etat für sein Ministerium, während Neumayr und Mulzer nur bereit sind, ihm 12 Millionen zuzugestehen. Da Luder hart bleibt, bieten Neumayr und Mulzer dem König ihre Entlassung an, was dazu führt, daß der König sich für einen Etat von 12 Millionen entscheidet.
- 239) Vgl. Schärfl Nr. 403.
- 240) Vgl. Schärfl Nr. 394.
- 241) Vgl. Schärfl Nr. 394; Verweser des Kriegsministeriums vom 11. 12. 1861 bis 20. 1. 1862 und vom 11. 7. 1863 bis 26. 7. 1863.
- 242) Vgl. Schärfl Nr. 389; Verweser des Kriegsministeriums vom 20. 1. 1862 bis 16. 6. 1862, 10. 10. 1862 bis 1. 3. 1863 und vom 27. 7. 1863 bis 15. 8. 1863.
- 243) Vgl. Schärfl Nr. 396.
- 244) Vgl. etwa Schönburg an Rechberg, 1860 Januar 17, ÖStA Wien P. A. IV/27.
- 245) 1859 Mai 1, BGLA Karlsruhe, Großherzogl. Haus- u. StaatsA IV. Gesandtschaftsarchive Fasc. 49/40, Bericht 60.
- 246) Vgl. Eugen Franz: König Max II. und seine geheimen politischen Berater. - In: Zeitschrift f. bayr. Landesgeschichte 5 (1932).
- 247) 1859 Mai 1, BGLA Karlsruhe, Großherzogl. Haus- u. StaatsA IV. Gesandtschaftsarchive Fasc. 49/40, Bericht 60.
- 248) Hartig an Buol, 1859 Mai 18, ÖStA Wien P. A. IV/26 Bayern, Berichte.
- 249) Degenfeld an Hübel, 1859 April 22, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61, Büschel 34.
- 250) Degenfeld an Hügel, 1859 Juni 22, Ebd.
- 251) Hans Ruider: Bismarck und die öffentliche Meinung in Bayern 1862 - 1866. - München 1924 (=Deutsche Geschichtsbücherei 1), p. 16.
- 252) AllgStA München MInn 45292.
- 253) Löwenstein an Schleinitz, 1859 August 10, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/47 Bd. 1.
- 254) AllgStA München MInn 45182; Donau-Zeitung Nr. 326 v. 27. 11. 1863.
- 255) Degenfeld an Hügel, 1859 Dezember 18, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61, Büschel 34.
- 256) Degenfeld an Hügel, 1860 November 21, Ebd.

- 257) Degenfeld an Hügel, 1860 April 22, Ebd.
- 258) Nach Ruider, a. a. O., p. 9; nach Zwierzina an Rechberg, 1862 Mai 31, ÖStA Wien P. A. IV/29, schreibt Neumayr für die Isar-Zeitung.
- 259) Z. B. Isar-Zeitung v. 1. 7. 1862 Nr. 179, Leitartikel zum Inkrafttreten der Gesetzgebung.
- 260) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 29 v. 22. 7. 1865.
- 261) Walther Peter Fuchs: Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853 - 1860. - Berlin 1934 (= Hist. Studien 256), p. 179.
- 262) Ebd.
- 263) Ebd.
- 264) Fuchs, a. a. O., p. 183.
- 265) Julius Fröbel: Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse. Bd. II. - Stuttgart 1891, p. 125, zur Mission Fröbels vgl. auch Real, Willy: Der Deutsche Reformverein, Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz. - Lübeck u. Hamburg 1966 (= Historische Studien Heft 395) p. 25 ff.
- 266) Zwierzina an Rechberg, 1862 Mai 31, ÖStA Wien P. A. IV/29 Bayern, Berichte.
- 267) Ebd.
- 267a) Theodor Schieder: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863 - 1871. - München 1936 p. 17.
- 268) Kurt von Raumer: Das Jahr 1859 und die Deutsche Einheitsbewegung in Bayern, - (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung VIII, Sonderdruck) 1925, p. 308.
- 269) Fröbel, a. a. O., p. 315.
- 270) Neben den Gesetzen selbst und den einzeln angeführten Werken stützt sich der Verfasser bei der Darstellung der Justizreform vor allem auf Max Seydel: Bayrisches Staatsrecht, II. - München 1885.
- 271) Mulzer, 1861 Mai 25, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayrischen Landtags, Stenographische Berichte.
- 272) Ebd.
- 273) Ebd.
- 274) Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch, Bd. I, p. 30.
- 275) Bei den Handelsgerichten 3 Juristen und 2 Kaufleute, bei den Handelsappellationsgerichten 4 Juristen und 3 Kaufleute.

- 276) Unter Titel VIII, § 7.
- 277) Carl Hocheder: Das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern. - München 1862, p. 1 f.
- 278) Hocheder, a. a. O., p. 2, Hervorhebung im Original.
- 279) M. Stenglein: Commentar über das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern und das Gesetz über die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizei-Strafgesetzbuches, Bd. 1 u. 2, - München 1861/62, p. VI.
 "Es baut auf diesen fort und streift nur die wenigen Theile ab, in denen die Strafrechtswissenschaft anerkannte Fortschritte gemacht hat; es entscheidet nur die Streitfragen, welche bisher gar nicht oder nur durch die herrschende Jurisprudenz entschieden waren."
- 280) Hocheder, a. a. O., p. IV.
- 281) Ludwig Weis: Das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern sammt dem Gesetze vom 10. November 1861 zur Einführung des Strafgesetzbuchs und des Polizeistrafgesetzbuchs, Bd. 1, - Nördlingen 1863, p. 9.
- 282) Hocheder, a. a. O., p. 12.
- 283) Strafgesetzbuch 119 : 3 Stimmen, Polizeistrafgesetzbuch 120 : 2, Einführungsgesetz zu beiden 119 : 3. Neumayr hat, um die Gesetze noch durchzubringen, 1861 den König insgesamt 8 mal gebeten, den Landtag zu verlängern (AllgStA München MInn 47496).
- 284) Weis, a. a. O., p. 8.
- 285) Michael Doeberl: Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, - München 1918, p. 137.
- 286) Hocheder, a. a. O., p. 14.
- 287) Mulzer, 1861 November 10, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags.
- 288) Schönbürg an Rechberg, 1860 Januar 2 und 19, ÖStA Wien P. A. IV/27 Bayern, Berichte.
- 289) Degenfeld an Wilhelm I., 1860 März 31, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 35.
- 290) Schönbürg an Rechberg, 1860 März 9, ÖStA Wien P. A. IV/27 Bayern, Berichte.
 "Der Minister des Innern von Neumayr steht gegenwärtig bei dem Könige nicht sehr in Gnaden, weil er sich bei verschiedenen Gelegenheiten energisch dem Könige gegenüber ausgesprochen hat. Ich hoffe, daß Neumayr die Gunst seines Herrn wieder gewinnen wird."
- 291) AllgStA München, Akten d. Staatsrats 1068; vgl. auch preuß. Gesandtschaft an Schleinitz, 1860 April 27, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München, Politische Berichte IVa/49 Bd. 1.

- 292) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 46 v. 18. 11. 1865:
 "Das Polizeistrafgesetzbuch, welches den Minister des Innern zunächst angiegt, ist nichts weniger als ein unverbesserliches Werk; es hat sich von dem Einflusse des hergebrachten Bevormundungssystems in sehr vielen Fällen und namentlich in den das politische Gebiet berührenden Vorschriften nicht freizuhalten vermocht. Doch würde man Unrecht thun, für solche Mängel den Minister allein verantwortlich zu machen. Denn nicht selten zeigte sich die Volksvertretung selbst einer freieren Behandlung abgeneigt und eben so oft wurde mit übergroßer Aengstlichkeit der Besorgnis Raum gegeben, es möchte an der Abneigung des Königs gegen diese oder jene Verbesserung das ganze Gesetzgebungswerk abermals scheitern."
- 293) Degenfeld an Hügel, 1861 September 4, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 35.
- 294) Degenfeld an Hügel, 1861 Mai 16, Ebd.
- 295) Schönburg an Rechberg, 1861 Mai 25, ÖStA Wien P. A. IV/28 Bayern, Berichte.
- 296) Bei dieser Rücktrittsdrohung haben möglicherweise noch andere Dinge eine Rolle gespielt; es wäre durchaus denkbar, daß ein Zusammenhang mit dem Etat besteht, vgl. hierzu Anm. 238.
- 297) Degenfeld an Hügel, 1861 Mai 16, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 35; vgl. auch Löwenstein an Schleinitz, 1861 Mai 17, DZA Hist, Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 7.
- 298) Ladenberg an Schleinitz, 1861 Februar 6, Ebd.
- 299) Messeval, 1861 Dezember 12, AMAE Paris Bavière 237.
- 300) Degenfeld an Hügel, 1861 Dezember 29, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 35.
- 301) Ebd.
- 302) Volksbote Nr. 116 v. 22. 5. 1861; Hervorhebung im Original.
- 303) Vgl. hierzu vor allem: AllgStA München MInn 39826, 39827, 39856.
- 304) Neumayr an Mulzer, 1862 Juli 2, StadtA Nürnberg, Nachlaß Mulzer Rep. E 25 Nr. 47.
- 305) Isar-Zeitung Nr. 179 v. 1. 7. 1862; es sprechen folgende Indizien dafür, daß der anonyme Artikel (mit 'z' gekennzeichnet) von Neumayr selbst verfaßt wurde:
- a) ist bekannt, daß Neumayr für die I. schrieb
 - b) handelt es sich um die Gesetze, für die sich N. so stark engagiert hatte
 - c) ist der Artikel der Tendenz nach im Namen der Regierung

verfaßt

d) deutet eine Anmerkung der Redaktion daraufhin, die sich geehrt fühlt, daß Männer "wie der geehrte Verfasser" ihr bei der Berichterstattung über die inneren Angelegenheiten Bayerns zur Seite steht.

- 306) Zur Sozialgesetzgebung vgl. vor allem:
Günther Müller: König Max II. und die soziale Frage. - München 1964.
Horst Hesse: Die sogenannte Socialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. - München 1971.
- 307) AllgStA München MInn 39743.
- 308) Vgl. Hesse, a. a. O., p. 69.
- 309) Neumayr, 1865, April 5, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten.
- 310) Vgl. Hesse, a. a. O., p. 312 ff.
- 311) Zur allgemeinen Berichterstattung über den Verlauf vgl. u. a. Nürnberger Anzeiger Nr. 312 v. 5. 11. 1862.
- 312) Neumayr an das Ministerium des Äußeren, 1863 Juni 1, AllgStA München MInn 46098; betr. die Antwort auf eine Anfrage der sächsischen Regierung über die Arbeitervereine in Bayern.
- 313) Ebd.; eigenhändige Randnotiz Neumayrs.
- 314) Ebd.
- 315) Müller, soziale Frage, p. 88.
- 316) Max II. an Neumayr, 1863 Juni 17, AllgStA München MInn 46098.
- 317) Abgedruckt in der Isar-Zeitung Nr. 184 v. 6. 7. 1862.
- 318) Gabriac, 1864 Oktober 6, AMAE Paris Bavière 239.
- 319) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 20 v. 20. 5. 1865.
- 320) Schönbürg an Rechberg, 1860 Mai 27, ÖStA Wien P. A. IV/27 Bayern, Berichte.
- 321) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 29 v. 22. 7. 1865.
- 322) Ebd.
- 323) Wochenschrift d. Fortschrittspartei Nr. 46 v. 18. 11. 1865.
- 324) Armin an Bismarck, 1864 Januar 23, DZA Hist. Abt. II Merseburg, A. A. Z. B. 8.
- 325) Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, p. 398.
- 326) AllgStA München MInn 65554.
- 327) Soden an Hügel, 1864 Juli 23, HStA Stuttgart, E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 328) Blome an Rechberg, 1864 April 12, ÖStA Wien P. A. IV/32 Bayern, Berichte.
- 329) Allgemeine Zeitung v. 12. 8. 1864:

"Für jeden, der den Geist der sogenannten Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung kennt, die nun zwei Jahre in Bayern vollständig durchgeführt ist, und sich der maßgebenden Vorbilder jenseits des Rheins erinnert, mag es auffällig sein, daß ein Befehl wie der eben erwähnte ((Bekanntmachung des stellvertretenden Justizministers v. Ringelmann vom 19. 7., daß die Gerichtsbehörden mit den Polizeibehörden besser zusammenarbeiten möchten)), überhaupt für nötig erachtet wurde. Allein der Mangel des Zusammenwirkens zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden scheint nur die Folge eines stillen Krieges zwischen den Ministerien der Justiz und des Innern gewesen zu sein, der sich schon seit geraumer Zeit in der obersten Staatsleitung fortspinn, und seinen Grund in jener irrigen Auffassung der Theorie der Trennung der Gewalten haben dürfte, wie sie im Justizministerium bisher zu herrschen schien. Man hat auf den inneren Zusammenhang der verschiedenen Organe des Staates vergessen und da eine förmliche Trennung eintreten lassen, wo eine Sonderung und gleichzeitige Verbindung erfordert wird. Herr von Mulzer scheint die Omnipotenz und absolute Freistellung der Gerichtsbehörden von den übrigen Staatsorganen dem Geist des Gerichtsorganisationsgesetzes entsprechend gefunden zu haben, und legte sein Portefeuille nieder, als er diesen Standpunkt als praktisch undurchführbar erkannte, und die immer neu entstehenden Konflikte der Behörden unter sich nicht mehr allein bewältigen konnte."

- 330) Zwierzina an Rechberg, 1864 August 6, ÖStA Wien P. A. IV/32 Bayern, Berichte.
- 331) Ebd.; vgl. auch Anm. 329.
- 332) Vgl. Anm. 234.
- 333) Vgl. Anm. 230.
- 334) Vgl. Schärl Nr. 7 und Doeberl, preuß. Unionsprojekt, p. 11.
- 335) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 336) Bonneville, 1861 Januar 30, AMAE Paris Bavière 237.
- 337) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.

"Die erste Andeutung eines neben den Ministern sich geltend machenden Einflusses gab eine in der Handelsfrage gelegentlich der letzten Münchener-Conferenz von Schloß Berg herabgelangte Allerhöchste Resolution, welche dem Antrag des Freiherrn von Schrenk nicht entsprach und die Neigung zu Concessionen an Preussen verwirfth. Hievon drang jedoch, wie sich von selbst versteht,

Nichts in weitere Kreise. Das größere Publikum erfuhr erst durch zwei bald nachher im Wiener 'Botschafter' gegen den bayerischen Minister des Aeußern gerichtete sehr heftige Artikel, daß nicht die wünschenswerthe Uebereinstimmung zwischen Hof und Ministerium herrsche. Auf meine Anfrage erhielt ich ((...)) die Nachricht, daß jene beiden Artikel unter directer Inspiration des Herrn von Pfistermeister verfaßt seien. Kurz darauf ((...)) erfolgte auf die Adresse der in Bamberg versammelt gewesenen Bischöfe eine Königliche Erwiderung, die, stark liberal gefärbt, unnöthiger Weise, wo nur von katholischen Angelegenheiten die Rede war, die Theorie von den Segnungen der confessionellen Parität herbeizog. Dann erschien das Königliche Handschreiben, welches den Ministern zu erwägen empfiehlt, ob nicht die bisherige sechsjährige Finanzperiode in eine dreijährige umgewandelt werden könne und gleichwie dieses Handschreiben ohne Vorwissen der Minister erlassen war, ebenso unerwartet gelangte es durch die "Augsburger Allgemeine Zeitung" an das Licht der Oeffentlichkeit. Der moralische Urheber dieser Manifestation war offenbar von der wohlmeinenden Absicht geleitet, dem jungen Könige durch eine so überraschende Initiative große Popularität zu erringen, aber das Mittel verfehlte seinen Zweck."

- 338) Vgl. SchärI Nr. 36; Georg Ludwig von Maurer (1790 - 1872) war von 1832 bis 1834 Mitglied des Regenschaftsrates für König Otto von Griechenland, vom 1. 3. 1847 bis 9. 11. 1847 Verweser des Innenministeriums, vom 17. 9. 1847 bis 29. 11. 1847 gleichzeitig Verweser des Außenministeriums; seitdem Staatsrat in a. o. Diensten.
- 339) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
 "Er ((Maurer)) war von jeher und ist noch ein fanatischer Protestant, hochliberal und eo ipso eifrigster Gegner Österreichs. Professor Pözl scheint bestimmt, dem Könige im kommenden Winter staatsrechtliche Vorlesungen zu halten, ((...)). Prof. Dollmann gilt für einen strebsamen Protestanten von sehr zweideutigem Charakter. Herr Bodenstedt ist ein literarischer Intrigant, die Feder dieser Cotterie für die Presse."
- 340) Arnim an Bismarck, 1864 August 20, DZA Hist. Abt. II Merseburg, A. A. Z. B. 8.
- 341) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 342) Eugen Franz: König Ludwig II. von Bayern, das königliche Kabi-

nett und das bayrische Volk 1864 - 66. - In: Staat und Volkstum, Diesen 1933, p. 82.

- 343) Blome an Rechberg, 1864 September 29, ÖStA Wien P. A. IV/32 Bayern, Berichte.
- 344) Degenfeld an Varnbüler, 1864 September 29, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 345) Ludwig II. an Neumayr, 1864 Oktober 4, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 346) Zur Weigerung Neumayrs, das Amt des Außenministers zu übernehmen und zu seiner zurückhaltenden Amtsführung als Verweser vgl.
Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia,
"sei es, weil er es verschmähte, sich als Werkzeug einer Partei abnutzen zu lassen, sei es, weil ihm der Antritt der Erbschaft vor die Lösung der schwebenden Fragen zu gewagt erschien."
Blome berichtet weiter, daß ein Mitglied des Kabinetts Neumayr in Miesbach aufgesucht habe, dieser habe aber bei seiner Ablehnung verharret.
Blome an Rechberg, 1864 Oktober 15, ÖStA Wien P. A. IV/33
"Hr. v. Neumayr weicht jedoch jeder Diskussion aus unter dem Vorwande, dem künftigen Minister nicht vorgreifen zu wollen."
Blome an Rechberg, 1864 Oktober 8, ÖStA Wien P. A. IV/32
"wird sich die Regierung voraussichtlich so wenig als irgendmöglich an den vorliegenden politischen Fragen in Deutschland beteiligen."
Meloizes, 1864 Oktober 15, AMAE Paris Bavière 239
"Neumayr un ministre qui n'aspire qu' à s' en dessaisir"
ähnlich 1864 November 11;
Allgemeine Zeitung v. 9. 10. 1864.
- 347) Soden an Varnbüler, 1864 Oktober 8, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 348) Vgl. Schärl Nr. 360; Pfistermeister war von 1849 bis 1866 Kabinettssekretär.
- 348a) Nach Wilhelm Schüßler (Hrsg.): Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860 - 71. - Stuttgart u. Berlin 1920, p. 151, hat Neumayr am 9. Oktober 1864 "im Auftrag des Königs" an Pfordten geschrieben. In seinem Tagebucheintrag vom 12. November notiert Dalwigk: "Auf diesen Brief habe er ((= Pfordten)) weder eine Antwort noch eine weitere Eröffnung erhalten, sodaß er und noch mehr seine Frau in peinlicher Ungewißheit schwebten."

- 349) Vgl. Schärl Nr. 119.
- 350) Blome an Rechberg, 1864 November 9, ÖStA Wien P. A. IV/32 Bayern, Berichte.
- 351) Degenfeld an Varnbüler, 1864 Oktober 13, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 352) Pfordten an Neumayr, 1864 Oktober 10, GehStA München, Nachlaß Pfordten.
- 353) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 7, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 354) Ebd.; Hervorhebung im Original.
- 355) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 11, Ebd.; vgl. auch Berckheim, 1864 November 12, BGLA Karlsruhe Großherzogl. Haus- u. Staatsarchiv, IV. Gesandtschaftsarchive Fasc. 49/50.
- 356) Degenfeld an Varnbüler, 1864 Oktober 28, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 357) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 5, Ebd.
- 358) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 36 v. 8. 9. 1866.
- 359) Berckheim, 1864 November 12, BGLA Karlsruhe, Großherzogl. Haus- u. StaatsA, IV. Gesandtschaftsarchive Fasc. 49/50.
- 360) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 5, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 361) Vgl. Schärl Nr. 476.
- 362) Vgl. Schärl Nr. 671.
- 363) Blome an Rechberg, 1864 Oktober 15, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 364) Berckheim, 1864 November 18, BGLA Karlsruhe Großherzogl. Haus- u. StaatsA, IV. Gesandtschaftsarchive Fasc. 49/50.
- 365) Blome an Rechberg, 1864 Oktober 15, ÖStA Wien P. A. IV/33.
- 366) Blome an Rechberg, 1864 Oktober 29, Ebd.
- 367) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 22, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 368) GehStA München Nachlaß Pfordten 23.
- 369) Degenfeld an Varnbüler, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 370) Degenfeld an Varnbüler, 1864 Dezember 3, Ebd.; diese Bedingungen werden auch von Dalwigk in seinen Tagebüchern (Schüßler, a. a. O., p. 151) bestätigt.
- 371) Degenfeld an Varnbüler, 1864 Dezember 5, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 372) Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 373) Vgl. Anm. 228.
- 374) Degenfeld an Varnbüler, 1864 Dezember 5, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.

- 375) Blome an Mennsdorff, 1864 Dezember 16, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 376) Blome, 1864 Dezember 8, Ebd.
- 377) Schönburg an Rechberg, 1860 März 9, ÖStA Wien P. A. IV/27 Bayern, Berichte.
 "Dieser Minister ist ein sehr constitutionell gesinnter, aber ein sehr rechtlicher und wohl intentionierter Mann. Ich achte den Charakter von Schrenk noch höher, aber, wenn er einmal abtreten sollte, so wäre Neumayer der mir erwünschteste Nachfolger für Schrenk."
- 378) Blome an Rechberg, 1864 November 9, ÖStA Wien P. A. IV/32 Bayern, Berichte.
- 379) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 19 v. 13. 5. 1865.
- 380) Neueste Nachrichten v. 8. 11. 1865.
- 381) Zit. nach den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayrischen Landtags.
- 382) Dieser Ministerialerlaß findet seinen Niederschlag in den Gesetz-entwürfen zur Landwehr in Art. 2 u. 3;
 Art. 2 "Die Landwehr darf sich ohne Befehl ihres Commandanten weder versammeln noch unter die Waffen treten."
 Art. 3 "Berathungen über Angelegenheiten des Staates, des Kreises oder der Gemeinden, oder über Erlässe der zuständigen Behörden sind der Landwehr untersagt."
 AllgStA München MInn 44488.
- 383) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 19 v. 13. 5. 1865; vgl. auch Nr. 20 v. 20. 5. 1865.
- 384) Zit. nach: Degenfeld an Varnbüler, 1865 Mai 9, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 385) Ebd.
- 386) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten v. 18. 5. 1865.
- 387) Ebd. v. 20. Mai 1865.
- 388) Ebd.
- 389) Ludwig II. an Pfordten, 1865 Juli 19, GehStA München, Nachlaß Pfordten 77.
- 390) Zwierzina an Meysenbug, 1865 Oktober 4, ÖStA Wien P. A. IV/34 Bayern, Berichte.
- 391) Degenfeld an Varnbüler, 1865 September 22, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37;
 Reuss an Bismarck, 1865 Oktober 12, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 9;
 Zwierzina an Meysenbug, 1865 September 22, ÖStA Wien P. A. IV/34 Bayern, Berichte.

- 392) Vgl. Degenfeld an Varnbüler, 1865 September 11, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 393) Degenfeld an Varnbüler, 1865 Oktober 8, Ebd.
- 394) Ebd.
- 395) Der Ablauf der Ereignisse wurde den Zeitungen entnommen, vor allem Neueste Nachrichten v. 8. 11. 1865.
- 396) Fränkischer Kurier v. 22. 10. 1865.
- 397) Degenfeld an Varnbüler, 1865 Oktober 11, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 398) Reuss an Bismarck, 1865 Oktober 12, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 9.
- 399) Richard Wagner an August Röckl, 1865 Oktober 26, zit. nach: König Ludwig II. und Richard Wagner, Briefwechsel. Bd. IV, p. 97; Hervorhebung im Original.
- 400) Degenfeld an Varnbüler, 1865 Oktober 21, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37; vgl. auch
Reuss an Bismarck, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München Polit. Berichte IVa/57 Bd. 3.
- 401) Degenfeld an Varnbüler, 1865 Oktober 21, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 402) Degenfeld an Varnbüler, 1865 November 8, Ebd.
- 403) Ebd.
- 404) Bayrische Zeitung v. 7. 11. 1865.
- 405) Korrespondent Nr. 576 v. 9. 11. 1865.
- 406) Ludwig II. an Neumayr, 1865 November 7, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.
- 407) Reuss an Bismarck, 1865 November 13, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/Bd. III.
- 408) Neumayr an Pfeufer, 1865 November 11, AllgStA München MF 37098.
- 409) Nürnberger Anzeiger Nr. 315 v. 13. 11. 1865; Hervorhebung im Original.
- 410) Ebd.
- 411) Reuss an Bismarck, 1865 November 17, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 9.
- 412) Landwehrfrage?
- 413) Ludwig II. an Pfordten, 1865 November 20, GehStA München, Nachlaß Pfordten 80; Hervorhebung im Original.
- 414) Volksbote v. 26. 11. 1865.
- 415) Neueste Nachrichten v. 29. 11. 1865.
- 416) Ebd.; vgl. auch Friedrich Herzfeld: Königsfreundschaft - Lud-

- wig II. und Richard Wagner. - Leipzig 1939, p. 141 und Gottfried v. Böhm: Ludwig II. König von Bayern. Sein Leben und seine Zeit. - Berlin 1922, p. 86.
- 417) Böhm, a. a. O., p. 85.
- 418) Herzfeld, a. a. O., p. 139.
- 419) Ludwig II. an R. Wagner, 1865 November 27, zit. nach: Sebastian Röckl: Ludwig II. und Richard Wagner. - München 1903, p. 140 f.; vgl. auch Böhm, a. a. O., p. 85 f.
- 420) Herzfeld, a. a. O., p. 140.
- 421) Blome an Mensdorff, 1865 November 12, ÖStA Wien P. A. IV/34 Bayern, Berichte.
 "Der Rücktritt des Herrn von Neumayr ist wohl als das Werk des Freiherrn von der Pfordten zu betrachten, wenn auch sehr indirect durch den Canal des Staatsrathes Pfistermeister und mit Hülfe vielfacher Ungeschicklichkeiten des nun entlassenen Ministers des Innern herbeigeführt."
- 422) Neueste Nachrichten v. 9. 11. 1865.
- 423) Korrespondent Nr. 580 v. 11. 11. 1865.
- 424) Nach Hans Spielhofer: Bayerische Parteien und Parteipublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage 1866 - 1870. - In: Oberbayr. Archiv 63 (1922) p. 143 - 233 sind sämtliche mit einem Stern gekennzeichneten Artikel in der Wochenschrift der Fortschrittspartei von Karl Brater selbst. Alle Artikel, die Neumayr betreffen, sind mit diesem Zeichen versehen.
- 425) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 46 v. 18. 11. 1865; zur Charakterisierung der Fortschrittspartei vgl. Spielhofer, a. a. O., p. 147 ff, zu K. Brater vgl. NDB p. 538.
- 425a) Soden an Hügel, 1864 Juli 23, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 426) Reuss an Bismarck, 1865 November 13, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München Polit. Berichte IVa/57 Bd. 3
- 427) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 428) Reuss an Bismarck, 1866 Oktober 29, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 10.
- 429) Gabriac, 1866 Oktober 10, AMAE Paris Bavière 241.
- 430) Richard Wagner an Dr. Schanzenbach, 1867 Januar 17, zit. nach Erich Kloss: Richard Wagner an Freunde und Zeitgenossen. - Berlin 1909, p. 472.
- 431) Ludwig II. und Fürst Paul von Thurn und Taxis an Richard Wagner, 1866 Juni 2:

"Berathung mit Jenem, den mir der Freund in der bewußten An-
gelegenheit nannte. Der Geliebte sieht, daß wir unerschrocken
und entschieden zu Werke gehen ((...))".

Zit. nach König Ludwig II. und Richard Wagner, Briefwechsel,
Bd. II, p. 52.

432) Ludwig II. an R. Wagner, 1866 Juni 13, zit. nach Briefwechsel,
Bd. II, p. 62.

433) Pseudonym des Fürsten Paul von Thurn und Taxis (1843 - 1879);
Taxis schied wenig später aus dem königlichen Dienst und nahm
- nach einer unebenbürtigen Heirat - 1868 den Namen "von Fels"
an (lt. Auskunft des Thurn- und Taxis-Archivs, Regensburg).

434) Fürst Paul von Thurn und Taxis an R. Wagner, 1866 Juli 2, zit.
nach Briefwechsel Bd. II, p. 67 ff.

435) R. Wagner an Ludwig II., 1866 September 5, zit. nach Briefwech-
sel Bd. II, p. 89.

436) R. Wagner an Ludwig II., 1866 September 12:
"Nur eines führt zum Heil: - Bestrafung des Feindes, Belohnung
des Freundes. Das heißt: Ungnädige Entlassung des bisherigen
Cabinetschefs, und - Decretierung der Kunstschule. Alles Übrige
ist von Übel!"

Zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 92.

437) Gabriac, 1866 Oktober 10, AMAE Paris Bavière 241.

438) Ludwig II. an Neumayr, 1866 September 21, Privatbesitz Dr. W.
Grassmann, München.

439) Pffretzschner an Ludwig II., 1866 September 27, GehHA München,
Nachlaß Ludwig II. 57/3/118.

440) Ebd.

441) Ebd.

442) Luise von Kobell: Unter den vier ersten Königen Bayerns. - Bd. II.
München 1894, p. 96.

443) Ludwig II. an Richard Wagner, 1866 Oktober 3:
"Heute sprach ich mit Neumayr und bewog ihn, das Amt, welches
Mime mit seiner Bande inne hatte, zu übernehmen. Sein in der
That etwas angegriffener Gesundheitszustand gestattete ihm jetzt
nicht den Posten sogleich zu übernehmen, jedoch gelang es mir,
ihn zu bestimmen, am 1. Dez. den neuen Wirkungskreis zu begin-
nen."

Zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 93.

444) R. Wagner an Ludwig II., 1866 Oktober 6, zit. nach Briefwechsel
Bd. II, p. 95 f.

445) Vgl. Schärfl Nr. 15; Feilitzsch ging nach dem Scheitern Neumayrs

- zurück ins Innenministerium, wurde 1877 Polizeipräsident von München und 1880 Präsident der Regierung von Oberbayern; von 1881 - 1907 war er bayrischer Staatsminister des Innern.
- 446) Vgl. Schärfl Nr. 663; der Stadtrichter Graf Tauffkirchen ist später vornehmlich als Gesandter tätig geworden, Wenngleich er in später datierten Quellen immer noch als möglicher Kandidat auftritt, hatte er doch bereits im September 1866 an seiner Stelle den Bezirksgerichtsrat August von Eisenhart vorgeschlagen. Vgl. hierzu Kobell, Könige, Bd. II, p. 96.
- 447) Vgl. Schärfl 357; Eisenhart blieb auch nach dem Scheitern Neumayrs als "harmlos" im Kabinettssekretariat und wurde 1870 selbst Kabinettssekretär (bis 1876).
- 448) Böhm, a. a. O., p. 139, 141.
- 449) Vgl. hierzu:
 Paul von Thurn und Taxis an R. Wagner, 1866 Oktober 8:
 "Ich glaube, dieser von Tauffkirchen und Neumayr ausgehende Plan wird ((. . .)) Ihren vollen Beifall haben: Neumayr wird Minister ohne Portefeuille, Chef des Cabinets, Tauffkirchen wird ((an die Stelle von)) Lutz ((treten)) und Frhr. v. Feilitzsch ((an die)) Pfister((meisters))." Zit. nach Briefwechsel Bd. IV, 165, Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe. - Stuttgart 1907, Bd. I, p. 176; Eintragung v. 1866 Oktober 11:
 "Dann hat der König den früheren Minister Neumayr konsultiert, und so kam er zu dem Entschluß, das Kabinett zu ändern, und Neumayr, Tauffkirchen und Feilitzsch zu berufen, ((. . .)). Neumayr soll Kabinettsminister oder Minister des Königlichen Hauses werden. Die beiden anderen sollen als Kabinettsräte eintreten."
- Karl Alexander v. Müller: Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe. - München 1909, p. 167 Anm. 1.
- 450) Gabriac, 1866 Oktober 14, Bavière 241 AMAE Paris.
- 451) Pfordten an Neumayr, 1866 Oktober 9, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München; Pfordten erklärt sich auch gegenüber Zwierzina dahin, daß der Plan Neumayrs nicht durchzuführen sei: Zwierzina an Mensdorff, 1866 Oktober 11, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
- 452) Zwierzina an Mensdorff, 1866 Oktober 15, Ebd.
- 453) Hohenlohe, a. a. O., Bd. I, p. 179.
- 454) Vgl. Zwierzina an Mensdorff, 1866 November 16, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
 Gabriac, AMAE Paris Bavière 241, 1866 Dezember 20.

- 455) Gabriac, 1866 Oktober 10, AMAE Paris Bavière 241.
- 456) Zwierzina an Mensdorff, 1866 Oktober 15, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
- 457) Neumayr an Ludwig II., 1866 Oktober 20, GehHA München, Nachlaß Ludwig II. 57/3/118; vgl. auch Zwierzina an Mensdorff, 1866 Oktober 15, ÖStA Wien P. A. IV/36.
- 458) Hohenlohe, a. a. O., p. 183; vgl. auch K. A. Müller, a. a. O., p. 174.
- 459) Ludwig I. an Prinz Karl, 1866 Oktober 18, Abschrift; Beilage zum unter Anm. 457 näher bezeichneten Brief.
- 460) Richard Wagner an August Röckel, 1866 Oktober 25, zit. nach Briefwechsel Bd. IV, p. 165.
- 461) Richard Wagner an Ludwig II., 1866 November 22, zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 105.
- 462) Richard Wagner an August Röckel, 1866 November 27, zit. nach Briefwechsel Bd. IV, p. 172.
- 463) Gabriac, 1866 November 7, AMAE Paris Bavière 241.
- 464) Zwierzina an Beust, 1866 November 16, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
Gabriac, 1866 November 7, AMAE Paris Bavière 241.
- 465) Ludwig II. an R. Wagner, 1866 November 6, zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 101.
- 466) Reuss an Bismarck, 1866 November 20, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/59 Bd. 4.
- 467) So werden z. B. auch Anfragen des Nürnberger 1. Bürgermeisters betr. der immer wieder verschobenen Ankunft des Königs zunächst von Neumayr, erst später von Holstein beantwortet.
- 468) Zwierzina an Beust, 1866 November 16, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
- 469) Ludwig II. an Cosima v. Bülow, 1866 November 27, zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 111 Anm. 1.
- 470) Böhm, a. a. O., p. 142.
- 471) Vgl. Reuss an Bismarck, 1866 Dezember 4, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/59 Bd. 4:
"Herr von Neumayr habe ihn ((Pfordten)) noch vor der Abreise des Königs dringend gebeten, seine Emission noch nicht zu geben, weil der König noch keinen Nachfolger gefunden habe und seine Cabinetssekretärsaufgabe für den Anfang der Dienste((...)) zu sehr erschwert worden wäre."
Zwierzina an Beust, 1866 Dezember 1, ÖStA Wien P. A. IV/36:
"Uebrigens hat Herr von Neumayr kurz vor der Reise nach Franken,

sich dem Freiherrn von der Pfordten genähert und ihn aufgefordert, angesichts obiger Intriguen ((Holnstein - Hohenlohe!)) mit ihm fest zusammen zu stehen. "

- 472) Reuss an Bismarck, 1866 November 20, DZA Hist. Abt. II Merseburg Rep. 81 München IVa/59 Bd. 4.
- 473) Vgl. Schär1 Nr. 26, Lebensläufe aus Franken II, p. 215; Hohenlohe war von Ende 1866 bis 1870 Staatsminister des Äußeren, von 1874 bis 1885 Botschafter des Deutschen Reichs in Paris, bis 1894 Statthalter in Elsaß-Lothringen, von 1894 - 1900 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.
- 474) Hohenlohe, a. a. O., p. 177.
- 475) Vgl. K. A. Müller, a. a. O., p. 170.
- 476) Reuss an Bismarck, 1866 Dezember 13, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 10.
- 477) Hohenlohe, a. a. O., p. 178 (1866 November 3); zur Überprüfung dieser Behauptung reicht die Quellenlage nicht aus. Immerhin berichtet Wagner Ende November, daß ihm der König geschrieben habe, wie sehr er mit Neumayr zufrieden, ja glücklich sei, Wer hier gelogen oder sich etwas vorgemacht hat, muß offen bleiben.
- 478) R. Wagner an Neumayr, 1866 Dezember 6, abgedruckt bei Röckl Bd. II, p. 222 f (Anm. 18); dieses Haus war im August 1866 dem Könige wieder zur Verfügung gestellt worden. Eine Erwiderung Neumayrs an Wagner ist nicht bekannt, wie überhaupt keine Schreiben Neumayrs an den Komponisten zu existieren scheinen (lt. Auskunft des Richard-Wagner-Archivs, Bayreuth).
- 479) R. Wagner an Ludwig II., 1866 Dezember 11, zit. nach Briefwechsel Bd. II, p. 111 f.
- 480) Laut Zwierzina an Beust, 1866 Dezember 1, ÖStA Wien, P. A. IV/36 ist dies auch die Meinung Pfordtens.
- 481) Hohenlohe, a. a. O., p. 182; der franz. Gesandte äußerte am 20. Dezember 1866, daß ihm versichert worden sei, Hohenlohe habe als Bedingung für die Annahme seiner Berufung die Entlassung Neumayrs gefordert, AMAE Paris Bavière 241.
- 482) Hohenlohe, a. a. O., p. 182 f.
- 483) Böhm, a. a. O., p. 140.
- 484) Ebd.
- 485) Reuss an Bismarck, 1866 Dezember 26, DZA Hist. Abt. II Merseburg A. A. Z. B. 10.
- 486) Gabriac, 1866 Dezember 20, AMAE Paris Bavière 241.
- 487) Wozu ihn Ludwig II. beglückwünschte, vgl. Ludwig II. an Neumayr, 1868 Januar 22, Privatbesitz Dr. W. Grassmann, München.

- 487a) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments, Bd. I, Berlin 1868.
- 488) Süddeutsche Presse Nr. 16 v. 17. 1. 1868; daß der anonyme Artikel von Neumayr stammt, geht aus dem unter Anm. 487 genannten Brief hervor.
- 488a) Vgl. hierzu und zur Haltung der bayrischen Abgeordneten im Zollparlament vor allem: Jochen Schmidt, Bayern und das Zollparlament, München 1973 (= Miscellanea Bavarica Monacensia Heft 46).
- 489) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments, Bd. I, p. 9.
- 490) Spielhofer, a. a. O., p. 224.
- 491) Karikatur Graf Poccis "Die 'Majer' betreffendes Duell", 1876.
- 492) AllgStA München MF 67075; vgl. auch Schärli Nr. 121.
- 493) Othmar Kühn: Melchior Neumayr, der größte Paläontologe seiner Zeit. - In: Österreichische Naturforscher, Ärzte und Techniker, Hrsg. v. F. Knoll. - Wien 1957.
- 494) Familienchronik, Privatbesitz Prof. Dr. Dr. E. Cremer, Innsbruck.
- 495) Todesanzeige in der Augsburger Allgemeinen Zeitung Nr. 17 v. 17. 1. 1881, p. 240.
- 496) Allgemeine Zeitung Nr. 16 v. 16. 1. 1881, p. 228 Beilage.
- 497) Meiboom, a. a. O., p. 125.
- 498) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 36 v. 8. 9. 1866.
- 499) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 42 v. 21. 10. 1865.
- 500) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 36 v. 8. 9. 1866.
- 501) Degenfeld an Varnbüler, 1864 November 26, HStA Stuttgart E 73 Verz. 61 Büschel 37.
- 502) Degenfeld an Varnbüler, 1865 September 27, Ebd.
- 503) Zwierzina an Mensdorff, 1866 Dezember 30, ÖStA Wien P. A. IV/36 Bayern, Berichte.
- 504) Fröbel, a. a. O., p. 314 f.
- 505) Wochenschr. d. Fortschrittspartei Nr. 46 v. 18. 11. 1865.
- 506) Blome an Rechberg, 1864 September 24, ÖStA Wien P. A. IV/33 Bayern, Varia.
- 507) Blome, 1864 Dezember 8, Ebd.
- 508) Meiboom, a. a. O., p. 131.

QUELLEN - UND LITERATURVERZEICHNIS

A) Quellen

Berlin: Geheimes Staatsarchiv (GehStA Berlin)

III. Hauptabteilung Nr. 780 und 784 (Stuttgart, Politischer Schriftwechsel mit der Königlichen Mission daselbst)

Karlsruhe: Badisches Generallandesarchiv (BGLA Karlsruhe)

Großherzogliches Haus- und Staatsarchiv, IV. Gesandtschaftsarchive, Gesandtschaft am Königlichen Bayerischen Hofe, Fasc. 49/50 und 49/40

Merseburg: Deutsches Zentralarchiv, Hist. Abt. II (DZA Hist. Abt. II Merseburg)

Rep. 81 München IVa/47-59 (Politische Berichte)

A. A. Z. B. 6 - 10 (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, München, Politischer Schriftwechsel)

München:

Allgemeines Staatsarchiv (AllgStA München)

Adelsmatrikel; Akten des Staatsrats; MF 37098 (Personalakt) und MF 67075; MH 9697 - 9700, 9705; MInn 30064, 30079, 30757, 30764, 30908a, 30962, 30977, 30981 - 30984, 31004, 36854, 39729, 39732, 39734, 39735, 39742 - 39744, 39756, 39757, 39777 - 39780, 39826 - 39829, 39856 - 39869, 39905, 40982, 44488, 44493, 44496, 44858, 45182, 45204, 45207, 45239, 45266, 45269, 45270, 45277, 45292, 45297, 46042, 46093, 46098, 46102 - 46107, 47167, 47496, 47497, 52745, 52760, 65111, 65112, 65313, 65553, 65554, 65560, 65571, 65638, 65652;

Geheimes Staatsarchiv (GehStA München)

Nachlaß Pfordten; MA I 462 (Stellung Württembergs in der dt. Frage 1849); MA II 1124 - 1128, 1140, 1142; MA III 3009 - 3018 (Württemberg, Politische Berichte der k. bayr. Gesandtschaft in Stuttgart); K. grün 38a/Nr. 48 - 55 (Stuttgarter Gesandtschaft, Dipl. Hauptberichte); MA 63246 - 63254;

Geheimes Hausarchiv (GehHA München)

Nachlaß Max II. (76/3/28, 76/4/30, 77/4/80, 79/4/209, 79/4/214, 80/1/248a, 81/5/346);
Nachlaß Ludwig II. (57/3/118);

Archiv des bayrischen Landtags

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayrischen Landtags, Stenographische Berichte 1859 - 1865;

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayrischen Landtags, Beilagen 1859 - 1865;

Verhandlungen der Gesetzgebungsausschüsse und Kammern der Reichsräte und Abgeordneten des Königreichs Bayern über die Einführung des allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuches, L. u. II, Band, München 1861;

Stadtarchiv

Hausbogen (Ottostr. 8, Sophienstr. 2); Polizeimeldebögen; Chronik;

Bayrische Staatsbibliothek

Allgemeine Zeitung; Bayrische Zeitung; Isarzeitung; Neueste Nachrichten; Nürnberger Anzeiger; Süddeutsche Presse; Volksbote; Wochenschrift der Fortschrittspartei;

Privatbesitz Dr. W. Grassmann

Autobiographie des Clemens d. J. Neumayr; Briefe des Max von Neumayr an seine Frau aus den Jahren 1848/49; verschiedene sonstige Briefe Ludwigs II., Pfordtens;

Nürnberg:

Stadtarchiv (StadtA Nürnberg)

Nachlaß Mulzer Rep. E 25 / Nr. 47 und 52; Akten des Stadtmagistrats betr. d. Reise des Königs in d. fränk. Provinzen 1866;

Stadtbibliothek

Fränkischer Kurier; Der Korrespondent von und für Deutschland,

Paris: Archives du Ministère des Affaires Etrangères (AMAE Paris)

Bavière 236, 237, 239, 240, 241, 259

Stuttgart:

Hauptstaatsarchiv (HStA Stuttgart)

E 14 Büschel 743 (K. Bayer. Gesandtsch. am diesseitigen Hof)

E 46 - 48 Verz. 1 Büschel 69/3 (Akten d. Ministeriums f. Ausw. Angelegenheiten, Fremde Gesandtschaften);

E 73 Verz. 61 Büschel 34 - 37 (Berichte des württemb. Gesandten in München); E 130 II Büschel 630 (Staatsmin.)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie. - Stuttgart 1844 - 1859

Wien: Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA Wien)
P. A. IV/26 - 36 Bayern, Berichte, Weisungen, Varia

B) Literatur

Anonym: Der Fürst von Hohenlohe und seine Gegner. - Würzburg 1867

Bayern, Königreich: Hof- und Staatshandbücher des Königreichs Bayern. - München 1830 - 1870

Bergsträsser, Ludwig: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum. - Frankfurt 1929

--: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. - München u. Wien ¹¹1965 (= Deutsches Handbuch der Politik 2)

Beust, Friedrich Ferdinand Graf von: Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, 1. Bd. 1809 - 1866. - Stuttgart 1887

Bismarck, Otto von: Werke in Auswahl, Dritter Band. Die Reichsgründung. Erster Teil 1862 - 1866; Vierter Band, Zweiter Teil 1866 - 1871. - Darmstadt 1965 bzw. 1968.

Bitterauf, Theodor: Bayern als Königreich, 1806 - 1906. Hundert Jahre vaterländischer Geschichte. - München 1906

Böhm, Gottfried von: Ludwig II. König von Bayern, Sein Leben und seine Zeit. - Berlin 1922

Böhme, Helmut: Deutschlands Weg zur Großmacht, Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848 - 1881. - Köln u. Berlin 1966

Borries, Kurt: Preußen im Krimkrieg (1853 - 1856). - Stuttgart 1930

Bosl, Karl: Die deutschen Mittelstaaten in der Entscheidung von 1866. - In: Zeitschr. für bayerische Landesgeschichte 29 (1966) p. 665 - 679

Brandt, Otto: Mittelstaatliche Politik im Deutschen Bund nach der Revolution von 1848. - In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 2 (1929) 299 - 318

Conte-Corti, Egon Caesar: König Ludwig I. von Bayern. - München ⁶1960

Doeberl, Michael: Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens. - München 1918

--: Bayern und die Deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlamentes, - München u. Berlin 1922 (= Bayern und Deutschland 1)

--: Bayern und das preußische Unionsprojekt, - München u. Berlin 1926 (= Bayern und Deutschland)

--: Entwicklungsgeschichte Bayerns, Vom Regierungsantritt König Ludwigs I. bis zum Tode König Ludwigs II. mit einem Ausblick auf die innere Entwicklung Bayerns unter dem Prinzregenten Luitpold, Hrsg. v. Max Spindler, - München 1931

Eckardt, Fritz: Friedrich Ludwig Jahn, Eine Würdigung seines Lebens und Wirkens, - Dresden 1924

Franz, Eugen: Wilhelm von Dönninges und König Max II. in der Deutschen Frage, - In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 2 (1929) 445 - 476

--: König Max II. und seine geheimen politischen Berater, - In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 5 (1932)

--: König Ludwig II. von Bayern, das königliche Kabinett und das bayerische Volk 1864 - 66, - In: Staat und Volkstum, Neue Studien zur bairischen und deutschen Geschichte und Volkskunde, Karl Alexander von Müller als Festgabe zum 20. Dez. 1932 ... dargebracht, - Diessen vor München 1933

--: Ludwig Freiherr von der Pfordten, - München 1938 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 29)

Fröbel, Julius: Ein Lebenslauf, Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekennnisse, Bd. II - Stuttgart 1891

Fuchs, Walther Peter: Die deutschen Mittelstaaten und die Bundesreform 1853 - 1860, - Berlin 1934 (= Historische Studien 256)

Gehring, Paul: Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816 - 1864), - In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte IX (1950) p. 196 - 257

Grasser, Walter: Johann Freiherr von Lutz (eine politische Biographie) 1826 - 1890, - München 1967 (= Miscellanea Bavarica Monacensia 1)

Grauer, Karl Johannes: König Wilhelm I. von Württemberg und die europäischen Dynastien, - In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte XV (1956) p. 253 - 278

--: Wilhelm I. König von Württemberg, Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit, - Stuttgart 1960

Griewank, Karl: Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848. - In: Historische Zeitschrift 170 (1950) p. 495 - 523

Grube, Walter: Der Stuttgarter Landtag 1457 - 1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament. - Stuttgart 1957

Hauff, Ludwig: Die Gerichtsverfassung der sämtlichen deutschen Staaten mit Einschluß der nicht-deutschen Länder des österreichischen Kaiserstaats und unter namentlicher Aufführung aller Ober- und Untergerichte. - Fürth 1856

Heller, Robert: Brustbilder aus der Paulskirche. - Leipzig 1849

Herzfeld, Friedrich: Königsfreundschaft. Ludwig II. und Richard Wagner. - Leipzig 1939

Hesse, Horst: Die sogenannte Socialgesetzgebung Bayerns Ende der Sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der bürgerlichen Gesellschaft. - München 1971 (= Miscellanea Bavarica Monacensia 33)

Hocheder, Carl: Das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern. - München 1862

Hoffmann, Peter: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern im Krimkrieg und bis zum Beginn der Italienischen Krise (1853 - 1858). - Stuttgart 1963 (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe B Forschungen, 23. Band)

--: Die Politik Württembergs und Bayerns während des Italienischen Einheitskrieges 1859. - In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte XXIX (1970) p. 213 - 293

Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu: Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Im Auftrage des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst hrsg. v. Friedrich Curtius. - Bd. 1 u. 2. - Stuttgart u. Leipzig 1907

Holland, Hyacinth: Franz Graf von Pocci. Ein Dichter- und Künstlerleben. - Bamberg 1890 (= Bayerische Bibliothek 3)

Huber, Heinrich: Die bayerischen Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung. - In: Archiv für Sippenforschung 21 (1944) p. 68 ff

Kobell, Luise von: Unter den vier ersten Königen Bayerns. Nach Briefen und eigenen Erinnerungen. Zweiter Band. - München 1894

--: König Ludwig II. von Bayern und die Kunst. - München 1900

Kolb, Annette: König Ludwig II. von Bayern und Richard Wagner. - Amsterdam 1947

Kramer, Helmut: Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819 - 1849. - Berlin 1968 (Schriftenreihe zur Verfassungsgeschichte 7)

Krusemarck, Götz: Württemberg und der Krimkrieg. - Kiel 1931

Kühn, Othmar: Melchior Neumayr. Der größte Paläontologe seiner Zeit. - In: Österreichische Naturforscher, Ärzte und Techniker. Hrsg. im Auftrage der Österreichischen Akademie der Wissenschaften von Fr. Knoll, Wien 1957

Mann, Bernhard: Das Ende der Deutschen Nationalversammlung. - In: Historische Zeitschrift 206 (1972)

Meiboom, Siegmund: Studien zur deutschen Politik Bayerns in den Jahren 1851 - 59. - München 1931 (= Schriftenreihe zur bayrischen Landesgeschichte 6)

Mensler: Erholungstage Ludwigs II. in Unterfranken. Zum 50. Todestag des unglücklichen Bayernkönigs. - In: Mainfränkische Zeitung (1936) Nr. 162/163, p. 25

Mommsen, Wilhelm: Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung. - In: Historische Zeitschrift 138 (1928) p. 523 - 543

Müller, Günther: König Max II. und die soziale Frage. - München 1964 (= Beiheft 1 der Zweimonatsschrift Politische Studien)

Müller, Karl Alexander von: Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe. Eine Studie. - München u. Berlin 1909 (= Historische Bibliothek. Hrsg. v. der Redaktion der Historischen Zeitschrift. Zwanzigster Band)

--: Unterm weissblauen Himmel. - Stuttgart 1952

Oesterley, Ferdinand: Das deutsche Notariat. Neudruck der Ausgabe Hannover 1842/45. - Aalen 1965

Paul, Johannes: Ernst Moritz Arndt. "Das ganze Teutschland soll es sein!" - Göttingen u. a. 1971

Pfriem, J((ohann Paul)): Die Königstage in Nürnberg. Zur Erinnerung an den Aufenthalt seiner Majestät König Ludwig II. in Nürnberg vom 30. Nov. bis 10. Dez. 1866. - Nürnberg 1866

- Popp, August: Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, - Leipzig 1928 (= Abhandlungen aus dem Staatswissenschaftlichen Seminar an der Universität Erlangen 4)
- Priesack, August: Die bayrischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung mit besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung zur deutschen Frage und ihres Verhältnisses zu König Max II. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus, - München 1930
- Rall, Hans und Michael Petzet: König Ludwig II. - München 1968
- Raumer, Kurt v. : Das Jahr 1859 und die deutsche Einheitsbewegung in Bayern, - (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung VIII, Sonderdruck) 1925
- Real, Willy: Der deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, - Lübeck und Hamburg 1966 (= Historische Studien 395)
- Rehm, Hermann: Das bayerische Notariatsgesetz vom 10. November 1861, - München ²1893
- Röckl, Sebastian: Ludwig II. und Richard Wagner, 1864, 1865, - München 1903; Zweiter Teil, Die Jahre 1866 bis 1883, - München 1920
- Ruider, Hans: Bismarck und die öffentliche Meinung in Bayern 1862 - 1866, - München 1924 (= Deutsche Geschichtsbücherei 1)
- Ruville, A. von: Bayern und die Wiederaufrichtung des deutschen Reichs, - Berlin 1909
- Schärl, Walter: Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 - 1918, - Kallmünz 1955 (= Münchner historische Studien, Abteilung bayerische Geschichte I)
- Schieder, Theodor: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863 - 1871, - München 1936 (= Münchner Historische Abhandlungen, Erste Reihe, Allgemeine und politische Geschichte 12)
- Schmidt, Jochen: Bayern und das Zollparlament, Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren vor der Reichsgründungszeit (1866/67 - 1870), Zur Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, - München 1973 (= Miscellanea Bavarica Monacensia Heft 46)
- Schneider, Eugen: Württembergische Geschichte, - Stuttgart 1896

--: Aus der württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen. - Stuttgart 1926

Schösser, Erich: Presse und Landtag in Bayern von 1850 bis 1918. - München 1968 (= Miscellanea Bavarica Monacensia Heft 6)

Schüßler, Wilhelm (Hrsg.): Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860-71. - Stuttgart und Berlin 1920 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 2)

Schwarz, Max (Hrsg.): MDR. Biographisches Handbuch der Reichstage. - 1965

Sell, Friedrich C.: Die Tragödie des deutschen Liberalismus. - Stuttgart 1953

Seydel, Max: Bayrisches Staatsrecht. Bd. II. - München 1885

Sötl, J((ohannes)) M((ichael)): Max der Zweite, König von Bayern. Ein Bild des Unvergeßlichen. - Augsburg ²1867

Spielhofer, Hans: Bayerische Parteien und Parteipublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage 1866 - 1870. - In: Oberbayrisches Archiv 63 (1922) p. 143 - 233

Spindler, Max: Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Eduard von Schenk. 1823 - 1841. - München 1930

Srbik, Heinrich Ritter von: Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859 - 1866. Bd. I - V. - Berlin 1934 - 1938

--: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. - München ⁴1963

Staatsministerium der Justiz (Hrsg.): Die kgl. Bayer. Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918. Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken. - München 1931

Stenglein, M.: Commentar über das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern und das Gesetz über die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizei-Strafgesetzbuches. Bd. 1 u. 2. München 1861/62

Strobl, Wilhelm: Kardinal Melchior Freiherr v. Diepenbrock, Fürstbischof von Breslau, und der fürstlich Thurn und Taxissche Rat und Prinzenenerzieher Joseph Strobl. Eine Freundschaft in Briefen. - Nürnberg 1953 (= Freie Schriftenfolge der Gesellschaft für Familienforschung in Franken 5)

Thumann, Hans Heinz: Beusts Plan zur Reform des deutschen Bundes vom 15. X. 1861. - In: Neues Archiv für sächsische Geschichte 46 (1925) 46 ff

Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. - Stuttgart u. a. ³1968

Valentin, Veit: Die erste deutsche Nationalversammlung. Eine geschichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche. - München u. Berlin 1919

--: Geschichte der deutschen Revolution 1848 - 1849. Bd. 1 u. 2, Berlin 1930/31

Wagner, Richard: Mein Leben. Erste authentische Veröffentlichung. Einmalige Jubiläumsausgabe. - München 1963

--: König Ludwig II. und Richard Wagner. Briefwechsel. Mit vielen anderen Urkunden in vier Bänden hrsg. v. Wittelsbacher Ausgleichs-Fonds und von Winifred Wagner. Bearbeitet von Otto Strobel. Mit 16 Handschriftennachbildungen und 16 Bildbeilagen. - Karlsruhe 1936

--: Richard Wagner an Freunde und Zeitgenossen. Hrsg. v. Erich Kloss. - Berlin u. Leipzig 1909

--: Richard Wagner an Mathilde Maier (1862 - 1878). Hrsg. v. Hans Scholz. - Leipzig ²o. J.

Weis, Ludwig: Das Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern sammt dem Gesetze vom 10. November 1861 zur Einführung des Strafgesetzbuchs und des Polizeistrafgesetzbuchs. Bd. 1. - Nördlingen 1863

Weiß, Theodor: Zur Lebensgeschichte Jak. Phil. Falmerayers. - München u. Berlin 1906 (=Forschungen zur Geschichte Bayerns IV) p. 207 ff

Wentzcke, Paul: Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. - München 1922 (= Der deutsche Staatsgedanke. Erste Reihe. Führer und Denker. XVII. Erster Band)

--: Bayerische Stimmen aus der Paulskirche (Juni - Juli 1848), Nachlese und Vorschau aus oberfränkischen Archiven. - In: Archivalische Zeitschrift 50/51 (1955) p. 485 ff

--: Heinrich von Gagern. Vorkämpfer für deutsche Einheit und Volksvertretung. - Göttingen 1957 (= Persönlichkeit und Geschichte 4)

Wolf, Georg Jacob: König Ludwig II. und seine Welt. - München 1922

Zechlin, Egmont: Die deutsche Einheitsbewegung. - Frankfurt u. Berlin 1967

Zollparlament; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des durch die Allerhöchste Verordnung vom 13. April 1868 einberufenen Deutschen Zoll-Parlaments, - Bd. 1: Von der Eröffnungs-Sitzung am 27. April 1868 bis zur Schluß-Sitzung des Deutschen Zoll-Parlaments am 23. Mai 1868; Bd. 2: Von der Eröffnungssitzung am 3. Juni 1869 bis zur Schluß-Sitzung des Deutschen Zoll-Parlaments am 22. Juni 1869; Bd. 3: Von der Eröffnungssitzung am 21. April 1870 bis zur Schluß-Sitzung des Deutschen Zoll-Parlaments am 7. Mai 1870, Berlin 1868, 1869, 1870

Zorn, Wolfgang: Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850 - 1879), - In: Historische Zeitschrift 197 (1963)

LEBENS LAUF

Am 21. Januar 1946 wurde ich als zweiter Sohn des Ingenieurs Albert Hofmann und dessen Ehefrau Elise, geb. Bergmeir, in Nürnberg geboren. Von 1952 bis 1956 besuchte ich dort die Volksschule, 1956 wechselte ich an die Dürer-Oberrealschule in Nürnberg über, die ich bis zum Abitur im Juli 1965 besuchte. Vom Oktober 1965 bis zum September 1967 diente ich als Soldat bei der Bundeswehr. Im Wintersemester 1967/68 begann ich an der Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Studium der Geschichte, das ich im Juli 1972 mit der Promotion abschloß.

Rainer Hofmann

